

Aufstieg und Krise der „Generation Schröder“
Einblicke aus vier Jahrzehnten



Heinz Thörmer/Edgar Einemann

Aufstieg und Krise der „Generation Schröder“

Einblicke aus vier Jahrzehnten

mit zwei Beiträgen von
Rolf Wernstedt

SCHÜREN

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnd.ddb.de> abrufbar.

Schüren Verlag GmbH
Universitätsstraße 55 · D-35037 Marburg
www.schueren-verlag.de
© Schüren 2007
Alle Rechte vorbehalten
Druck:
Printed in Germany
ISBN 978-3-89472-285-2

Inhalt

Einleitung	7
I. Der Anfang bei den Jungsozialisten 1968-1978	12
1. Das neue Selbstverständnis der Jusos seit 1968	12
2. Grundpositionen der Jungsozialisten 1969-1978	14
3. Der Juso-Bundeskongress 1978	23
4. Die politischen Anfänge Gerhard Schröders	25
II. Aufstieg und Krise der SPD in Niedersachsen 1983-2003	27
1. Neuaufstellung der SPD 1983-1986	27
2. Oppositionsarbeit im Landtag 1986-1990	40
3. Rot-Grün regiert 1990-1994	43
4. Alleinregierung der SPD seit 1994	50
5. Ausbau der absoluten Mandatsmehrheit 1998	55
6. Zwischentief: Rücktritt eines Ministerpräsidenten 1999	56
7. Der Absturz bei der Landtagswahl 2003	59
<i>Exkurs: Wahlkampf – Tagebuchnotizen von Rolf Wernstedt 2003</i>	63
8. Folgen und Folgerungen	76
III. Aufstieg und Krise der „Generation Schröder“ im Bund 1991-2005	79
1. Die Modernisierung der SPD 1992/93: Das Projekt „SPD 2000“	79
2. Der Streit der <i>Enkel</i> : Die Mitgliederbefragung 1993	89
3. Die Parteitage von Mannheim (1995) und Leipzig (1998)	93
4. Schröder '98 – <i>Kampa</i> und Kanzlerkandidat	96
5. Krisensignale 1999-2004	104
6. Um die Neuwahlen 2005: Schröder am Ende, SPD in der Krise	108
7. Anmerkungen zur Rot-Grünen Politik: <i>Was wurde aus den alten Idealen?</i>	113
IV. Fragmente für eine Neuaufstellung der SPD	117
1. Ständiger Wandel als Aufgabe	117
2. Vor einem Neubeginn	126
3. Beispiel Programmatik: Elemente eines Neu-Ansatzes	128
4. Beispiel Gesellschaftsanalyse: Globale digitale kapitalistische Netzwerkgesellschaft	138
5. Beispiel Organisation: Modernisierung des Führungsstils	145

Inhalt

V. Ausblick	158
1. Wohin treibt unser Parteiensystem?	158
2. Was ist zu tun?	158
VI. Literaturverzeichnis	160
VII. Abkürzungsverzeichnis	163
VIII. Kurzbiographien	164
IX. Biografisches zu den Autoren	179
Trauerrede von Rolf Wernstedt für Heinz Thörmer	180

Einleitung

1. Unsere Fragestellungen

Wir haben dieses Buch geschrieben, weil uns die Zukunft der SPD sorgenvoll beschäftigt. Der Rückblick auf und die Analyse von programmatischen, organisatorischen und personellen Weichenstellungen sowie die Auseinandersetzung mit Entscheidungen handelnder Personen erfolgen in kritischer Solidarität. Wir wollen nicht nur die Erfolge der SPD beschreiben, sondern auch aufzeigen, warum der SPD Wähler und Mitglieder davon gelaufen sind und wie sie – vielleicht – wieder zurückgeholt werden können.

Der Niedergang der SPD begann gewiss nicht erst bei den Landtagswahlen 2005 in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen. Aber dort traten die Mobilisierungsdefizite der Partei besonders augenfällig hervor.

Im Vergleich zur Bundestagswahl 2002 verlor die SPD in Schleswig-Holstein fast 190.000 Wählerstimmen; in Nordrhein-Westfalen über 1,4 Millionen. Wo sind sie geblieben, diese ja offenkundig prinzipiell für die Sozialdemokratie erreichbaren Wählerinnen und Wähler; und vor allen Dingen: wie sind sie (wieder) erreichbar? Und von wem, wenn man bedenkt, dass die Zahl der SPD-Mitglieder weiter rapide rückläufig ist; allein im Jahre 2004 verlor die Partei 45.000 Mitglieder, so dass sie Anfang 2005 noch 605.000 Genossinnen und Genossen umfasste. Ein Jahr später war die 600.000er Grenze unterschritten: gerade noch 580.000 Bürgerinnen und Bürger besaßen ein SPD-Parteibuch.

Der knappe Ausgang der vorgezogenen Bundestagswahl im September 2005, in dem die Mobilisierung der Stammwählerschaft zu beträchtlichen Teilen auf Grund der desaströsen Wahlkampfführung von CDU/CSU gelang, darf nicht über diesen Grundtrend hinwegtäuschen, der auch durch die Landtagswahlen im Frühjahr 2006 bestätigt wurde: Rheinland-Pfalz minus 22.000, Baden-Württemberg minus 750.000 und Sachsen-Anhalt minus 300.000 Stimmen. Und auch die Ergebnisse der Wahlen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern im Spätsommer 2006 deuten nicht auf eine Wende hin.

Noch deutlicher werden die Mobilisierungsdefizite, wenn man die absolute Zahl der auf die SPD entfallenen Wählerstimmen mit denen bei dem mit 34,2 % ja nicht besonders guten Bundestagswahlergebnis 2005 in Beziehung setzt:

Einleitung

	Bundestagswahl 2005	Landtagswahlen 2005 / 2006	Differenz
Rheinland-Pfalz	822 074	799 377	- 22 697
Baden-Württemberg	1 754 834	996 207	- 758 627
Sachsen-Anhalt	508 573	209 185	- 299 388
Nordrhein-Westfalen	4 096 112	3 058 988	- 1 037 124
Schleswig-Holstein	655 361	554 879	- 100 482
Berlin	637 674	423 912	- 213 762
Mecklenburg-Vorpommern	314 830	247 312	- 67 518

Wie können diese Defizite behoben werden? Was muss die SPD leisten, um ihre Mobilisierungsfähigkeiten zu optimieren? Und was könnte oder sollte das Regierungshandeln dazu beitragen?

Um diese Fragen kreist unser Buch. Und um die Voraussetzungen, die eine große Volkspartei wie die SPD erfüllen muss, will sie es erreichen, strukturell mehrheitsfähig zu werden bzw. zu bleiben. Zu diesen Voraussetzungen gehören:

- ein klarer analytischer Blick auf die Realitäten unserer Gesellschaft
- eine belastbare Prognose darüber, wie sich unsere Gesellschaft in Europa und in der einen Welt voraussichtlich entwickeln wird
- daraus folgend eine Definition der programmatischen, kommunikativen und personalen Zielvorstellungen
- sowie schließlich eine Neuaufstellung der Partei auf allen Ebenen.

2. Unsere Doppelrolle: Akteure und Analytiker

Beschrieben und analysiert werden politische Prozesse, Aktionen, Wahlkämpfe und innerparteiliche Auseinandersetzungen aus den letzten vier Jahrzehnten. Auf- und Abstiege sind Normalität für politische Gruppierungen. Manche gehen unter, andere gründen sich neu, etliche haben lange Bestand und verändern sich aus sich selbst heraus.

In Deutschland ist die SPD die mit großem Abstand älteste Partei. Ihre Gründung erfolgte vor bald 150 Jahren im wilhelminischen Kaiserreich. Aber gerade weil diese Partei auf eine so lange Geschichte, eine lang anhaltende Tradition zurückblickt, hat sie sich immer wieder verändert, gewandelt, heute würde man sagen: neu aufgestellt.

Seit 1967/68 haben wir in der SPD gearbeitet, Veränderungen mit voran getrieben oder auch bekämpft. Wir waren in verschiedenen Positionen Akteure,

3. Unser Vorgehen

sowohl in den luftigen Höhen wie in den Niederungen: sei es als Abteilungsleiter beim SPD-Parteivorstand, als Landesvorstandsmitglied, als Ortsvereinsvorsitzender, als Hauskassierer und Plakatekleber, Schreiber von Wahlprogrammen und Wahlkampfleiter, als stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungsozialisten, als Bezirksgeschäftsführer, Abgeordnetenassistent, Büroleiter des erfolgreichen SPD-Kanzlerkandidaten in der *Kampa* 1998 oder Mitarbeiter in Stabsstellen einer Landesregierung.

Gleichzeitig aber haben wir auch versucht, unser eigenes Tun und das der Partei analytisch zu durchleuchten. Das geschah in Vorträgen, in Diskussionsveranstaltungen, vor allem aber immer wieder in teils journalistischen, teils wissenschaftlichen Aufsätzen. Diese Artikel in Pressediensten, Zeitungen und Zeitschriften, die Buchbesprechungen, Vermerke, Vortragsmanuskripte sowie Beiträge zu Sammelbänden und Festschriften sind unser Material.

Der Vorteil eines solchen Materials liegt zum einen in seinem quasi-dokumentarischen Charakter, zum anderen in dessen Nähe zur alltäglichen politischen Praxis. Wir waren selber überrascht, wie sich unser Material gleichsam eigenständig ordnete und sich so Schwerpunkte und Einblicke herauskristallisierten, die Antworten auf unsere Fragestellungen ergaben.

3. Unser Vorgehen

Wir beginnen mit dem Aufbruch, der Neu-Aufstellung der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in der SPD Ende der 1960er Jahre. Die politischen Akteure der Jahrgänge 1940-1953 – die *Generation Schröder* – sind, soweit sie sich an und in der SPD orientierten, hier erstmals miteinander in Kontakt gekommen. Sie haben bei den Jusos mit- und gegeneinander diskutiert, gestritten, gekungelt.

Ein Blick auf die Mitglieder der Juso-Bundesvorstände zwischen 1969 und 1980 belegt, dass das dort erlernte Handwerkszeug auch für die weitere politische Karriere zumindest nicht hinderlich war:

In den Bundesvorständen arbeiteten unter anderen *Karsten D. Voigt*, MdB und Koordinator für deutsch-amerikanische Zusammenarbeit; *Norbert Gansel*, MdB und Oberbürgermeister von Kiel; *Wolfgang Roth*, MdB, Vizepräsident der Europäischen Investitionsbank; *Hans Eichel*, Oberbürgermeister von Kassel, hessischer Ministerpräsident, Bundesfinanzminister; *Thomas von der Vring*, MdEP, Gründungsrektor der Universität Bremen; *Michael Müller*, MdB, Parl. Staatssekretär im Bundesumweltministerium; *Klaus-Uwe Benneter*, MdB, Generalsekretär der SPD; *Rudolf Scharping*, rheinland-pfälzischer Ministerpräsident, Partei- und Fraktionsvorsitzender, Bundesverteidigungsminister, Präsident des

Einleitung

Bundes Deutscher Radfahrer; *Heidemarie Wieczorek-Zeul*, MdEP, MdB, Bundesentwicklungshilfeministerin; *Norbert Hansen*, Vorsitzender der Gewerkschaft TransNet; *Gerd Andres*, MdB, Parl. Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium; *Ottmar Schreiner*, MdB, SPD-Bundesgeschäftsführer; *Gerhard Schröder*, MdB, Parteivorsitzender, Bundeskanzler: Die Liste ließe sich noch verlängern.

Über diese Anfangsjahre, die Lehr- und Gesellenzeit der *Generation Schröder*, wird im *Kapitel I* berichtet.

*

Das *Kapitel II* befasst sich mit „*Aufstieg und Krise der SPD in Niedersachsen 1983-2003*“. Dokumentiert wird, wie durch die Selbsterneuerung Gerhard Schröders zum Spitzenkandidaten für die Landtagwahl 1986 die SPD aus ihrer Lethargie gerissen und wieder für eine breitere Öffentlichkeit interessant wurde.

Die „*intransigente Opposition*“ der Legislaturperiode 1986-1990 legte den Grundstein für den Wahlsieg 1990, Rot-Grün funktionierte unter dem Ministerpräsidenten Gerhard Schröder eine volle Legislaturperiode ohne allzu große Dissonanzen: ein Vorbild auch für andere Länder und schließlich für den Bund. Die langjährige SPD-Alleinregierung war dann die Basis, von der aus Gerhard Schröder seine Kanzlerkandidatur erfolgreich betreiben konnte.

Nach dem überwältigenden Sieg bei der Landtagstagswahl 1998 ging es für die SPD schnell bergab. Der Rücktritt von Ministerpräsident Gerhard Glogowski und das hektische Treiben seines Nachfolgers Sigmar Gabriel konnten den Abstieg 2003 auf ein historisches Wahltief nicht verhindern. Jetzt ist wieder eine Neu-Aufstellung der Niedersachsen-SPD von Nöten. Die frühen 1980er Jahre grüßen – und könnten bedenkenswerte Anregungen dafür liefern.

*

Der SPD-Kanzlerkandidat Gerhard Schröder führte seine Partei 1998 zurück an die Regierungsmacht. Die bundesweite Neu-Aufstellung hatte mit der innerparteilichen Machtübernahme der *Enkel-Generation* und der Modernisierung der Partei begonnen und wurde auf dem Mannheimer Parteitag 1995 fortgesetzt, auf dem der glück- und instinktolose Rudolf Scharping als Parteivorsitzender durch Oskar Lafontaine ersetzt wurde.

Die *Kampa '98* versinnbildlichte den Aufbruch. Doch schon Anfang 2000 krieselte die Regierung und mit ihr die Partei. Die eher überraschende Neuaufgabe von Rot-Grün nach der Bundestagswahl 2002 überdeckte die Krisensymptome nur flüchtig. 2005 wurde Angela Merkel Kanzlerin der Großen Koalition. „*Aufstieg und Krise der ‚Generation Schröder‘ im Bund*“ werden in *Kapitel III* betrachtet.

3. Unser Vorgehen

*

In *Kapitel IV* stellen wir „*Fragmente für eine Neuaufstellung der SPD*“ vor. Nach einem Wort von Willy Brandt gilt es, den ständigen Wandel als Aufgabe zu begreifen. Dem dient ein knapper, schlaglichtartiger Rückblick auf Beschreibungen dieser Veränderung gesellschaftlicher Realitäten und der Reaktionen der SPD darauf, und zwar in programmatischer, kommunikativer, organisatorischer und personeller Hinsicht.

Die SPD steht auch heute wieder vor einem Neubeginn. Wir beschreiben den Ansatz dafür und geben Beispiele für Elemente einer programmatischen Neuausrichtung, einer Gesellschaftsanalyse sowie für eine Modernisierung des Führungsstils.

*

Einige Schlussfolgerungen breiten wir in *Kapitel V* in Form eines kurzen „*Ausblicks*“ aus. Ein Fazit lässt sich allerdings auch mit der Überschrift eines unserer Aufsätze „*Noch eine Chance für die Sozialdemokratie*“ ziehen. Ob mit Frage- oder mit Ausrufezeichen versehen – das bleibt der Einschätzung der Leserinnen und Leser überlassen.

Danksagung

Wir danken *Helmut Holzapfel*, der Co-Autor von zwei der zugrunde liegenden Aufsätzen ist, sowie *Wigbert Löer*, *Till Schwertfeger*, *Jürgen Reiche* und *Wolfgang Jüttner*, die jeweils an einem Aufsatz mitgearbeitet haben; und nicht zuletzt *Matthias Voigt*, der das Literaturverzeichnis zusammenstellte und bei der Eingabe und Formatierung des Textes half.

Hannover/Bremen, 6. Oktober 2006
Heinz Thörmer † /Edgar Einemann

I. Der Anfang bei den Jungsozialisten 1968-1978

1. Das neue Selbstverständnis der Jusos seit 1968

Seit Mitte der 1960er Jahre gab es eine sich als *links* und *sozialistisch* verstehende Strömung bei den Jungsozialisten; seit 1969 bildete diese Strömung die Mehrheit auf den Kongressen der Bundes- und Regionalorganisationen.

Der Verlauf des Münchener Bundeskongresses 1969 wurde von den Medien als Sensation gewertet. Der Juso-Bundesvorsitzende Peter Corterier wurde abgewählt, seinen Rechenschaftsbericht wollte man gar nicht erst hören; dem SPD-Bundesgeschäftsführer Hans-Jürgen Wischniewski wurde nicht das Wort erteilt.

Von nun an begriff eine deutliche Mehrheit der aktiven Jungsozialisten die Juso-AG nicht nur als Jugendverband der SPD, sondern gleichzeitig als innerparteiliche – sozialistische – Richtungsorganisation. Damit war der Verband mit seinen gesellschaftsverändernden Zielvorstellungen für viele Jugendliche attraktiv geworden. Zehntausende wurden über längere oder kürzere Zeit bei den Jungsozialisten aktiv. Traten in der Mitte der 1960er Jahre noch ca. 35.000 neue Mitglieder unter 35 Jahren – also im Juso-Alter – pro Jahr der SPD bei, so steigerten sich die Eintrittszahlen dieser Altersgruppe auf bis zu 100.000 im Jahre 1972 (sie pendelten sich Anfang der 1980er Jahre auf 10.-15.000 ein).

Die Jahre bis 1974/75 wurden so die Blütezeit der Jungsozialisten. Zahlreiche neue lokale Arbeitsgemeinschaften (AGs) konnten gegründet werden; der Zustrom neuer Mitglieder schien nicht zu versiegen. Die Jungsozialisten waren ein beliebter Buhmann der bürgerlichen Medien, ihre Erklärungen wurden zitiert, ihre Repräsentanten waren gefragte Interviewpartner, ihre Stellungnahmen auf SPD-Parteitagungen wurden beachtet. Kurzum: ihr eigener Anspruch – vom stellvertretenden Bundesvorsitzenden Thomas von der Vring in München 1969 formuliert – *Wir sind die SPD der 80er Jahre!* wurde ernst genommen.

Die Ende 1971 mit dem *Strategiekongress* in Hannover einsetzenden Flügelkämpfe innerhalb der Juso-Organisation blieben für die meisten Beobachter undurchschaubar, sie galten als *Selbstbefriedigung*.

Auf ihrem Münchener Bundeskongress 1969 definierten die Jungsozialisten ihr Selbstverständnis als das einer innerparteilichen Opposition in der SPD, und sie bestimmten es näher durch eine eigene Interpretation der politischen Zielsetzungen („*Strategie antikapitalistischer Strukturreformen*“). Darüber hinaus

1. Das neue Selbstverständnis der Jusos seit 1968

entwickelten die Jungsozialisten eine eigenständige Konzeption zur politischen Durchsetzung ihrer neuen Programmatik (*Doppelstrategie* zur Verknüpfung institutionellen Einflusses mit außerparlamentarischer *Basis-Mobilisierung*).

Beide Zentralessagen der Juso-Arbeitsgemeinschaft nach 1969 bedingten zu ihrer – auch nur ansatzweisen – Realisierung einen großen Freiraum innerparteilicher Handlungsmöglichkeiten, denn die Jungsozialisten waren ein integrierter Bestandteil der SPD geblieben; sie lehnten zeitweise aufkommende Tendenzen zu einer organisatorischen Verselbständigung nach dem Vorbild von Junger Union und Jungdemokraten energisch und nahezu einmütig ab.

Allerdings war die programmatische Linkswendung der Jugendorganisation mit einer erheblichen Vermehrung und Verschärfung innerparteilicher Konflikte verbunden. In dem funktionalen und sozialstrukturellen Zusammenhang ihrer Mutterpartei schienen die Jungsozialisten auf das erste Hindernis ihrer *systemüberwindenden* Bemühungen zu stoßen.

Zum politischen Allgemeingut der erneuerten, linken Jugendorganisation gehörte bald die Erkenntnis, dass „*Gesellschaftsveränderung ... mit der Demokratisierung der SPD beginnen muss*“ (Juso-Vorsitzender Wolfgang Roth): die Aktivitäten der Jungsozialisten konzentrierten sich – aus theoretischer Einsicht wie praktischer Notwendigkeit – auf die Veränderung der eigenen Partei; die traditionelle Bezugsgruppe, die Jugend im weitesten Sinne, trat in ihrer faktischen Bedeutung zurück.

In dieser politisch folgerichtigen Ausrichtung auf eine neue Zielgruppe für die Juso-Arbeit, nämlich die SPD, sowie in der neuen und eigenständigen politischen Standortbestimmung ist der Versuch eines Organisationsteils der sozialdemokratischen Volkspartei zu sehen, zunächst für den eigenen Bereich die Volkspartei-Konzeption zu ersetzen durch eine als sozialistisch begriffene Option, um sodann auch die übrigen Teile der Partei in das neue Strategiemodell mit einzubeziehen. Die für den Volkspartei-Charakter der SPD entscheidenden Merkmale sollten verändert werden:

- Die sozialen Bezugsgruppen der SPD sollten nicht mehr auf die Funktion als Wählerpotential beschränkt werden, sondern durch permanente Mobilisierung selbst zum politischen Faktor werden.
- Die Parlaments- und Regierungsmitglieder der SPD sollten an die innerparteiliche Willensbildung gebunden werden.
- Die SPD-Reformpolitik sollte die sozialen Strukturen nicht nur modernisieren, sondern entscheidend in sie eingreifen (Wirtschaftsdemokratie); sie sollte ausschließlich den Interessen der *Arbeiterklasse* dienen und deren po-

1. Der Anfang bei den Jungsozialisten 1968-1978

litisches Bewusstsein fördern; das *Godesberger Programm* sollte in diesem Sinn interpretiert bzw. modifiziert werden.

- Innerhalb der Parteiorganisation sollten durch ständige Diskussion, Minderheitenschutz, Legitimierung von Gruppenbildung und Öffentlichkeit der Entscheidungsprozesse die Mitglieder in die Lage realer Partizipation gebracht werden.

Unter der Bezeichnung *Doppelstrategie* hatten die Jusos auf dem außerordentlichen Bundeskongress zur Kommunalpolitik (Arbeitskonferenz in Mannheim 1971) ihr Strategiemodell zusammengefasst:

„Doppelstrategie heißt:

- 1. Schaffung und Unterstützung eines umfassenden politischen Problembewusstseins bei der Bevölkerung und daraus resultierend ihre Mobilisierung, Politisierung und Organisierung. Zielvorstellung muss sein, dass die Bürger im Wege der Eigeninitiative ihre Interessen und Forderungen den politischen Entscheidungsträgern gegenüber nachdrücklich artikulieren und vertreten.*
- 2. Intensive Mitarbeit auf allen Ebenen der Partei, um auf dem Wege über demokratische Mehrheitsentscheidungen die politischen Voraussetzungen für eine bessere Gesellschaftsordnung zu schaffen.*
- 3. Reform der Partei, damit sie in die Lage versetzt wird, Mobilisierung, Politisierung und Organisierung der Bevölkerung einzuleiten und in wirksamer Weise zur Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung und zur Stärkung demokratischer, antikapitalistischer Machtpositionen beizutragen und in eine Veränderung institutioneller Entscheidungen umzusetzen.“*

Dieser Ansatz der Jungsozialisten ist in der Öffentlichkeit – besonders in Publizistik und Medien – außerordentlich stark beachtet und als prinzipielles Problem des Parteiensystems in der Bundesrepublik, besonders der SPD, wahrgenommen worden.

2. Grundpositionen der Jungsozialisten 1969-1978

Die Jugendorganisation der SPD wurde von den *68ern* beeinflusst und hatte das erklärte Ziel, die Gesellschaft über die Veränderung der SPD von innen her zu verändern (Gansel 1971). Gerhard Schröder wurde 1971 Vorsitzender des Juso-Bezirks Hannover und galt auch noch 1978 bei seiner Wahl zum Bundesvorsitzenden als Repräsentant der (innerhalb der Jusos) linken Minderheiten-Strömung der *Antirevisionisten*.

2. Grundpositionen der Jungsozialisten 1969-1978

2.1. Ansätze und Ziele der Protestbewegung am Ende der 60er Jahre

Michael Kraushaar (2001 b) ist in seinem Aufsatz „Denkmodelle der 68er Bewegung“ zu dem Ergebnis gekommen, dass zumindest bis zum Jahr 2001 „weder eine umfassende Geschichte der 68er Bewegung noch eine kohärente Beschreibung der von ihr rezipierten Theorien bzw. der von ihr propagierten Ideen“ vorlag (S. 14). Er hält die Vorstellung, es habe ein „theoretisch konsistentes Selbstverständnis der Bewegungsformen und -ziele gegeben“ (S. 14), für irreführend. Dennoch versucht er, die wesentlichen Denkmodelle vorzustellen. Für den Zusammenhalt unterschiedlicher Strömungen der Protestbewegung macht er die Verzahnung von „drei Metakritiken“ (S. 15) verantwortlich: „Es waren drei grundlegende Kritiken, die den Kanon an neu gewonnenen Überzeugungen bestimmten: der Antifaschismus, der Antikapitalismus und der Antiimperialismus. Die erste Kritik richtete sich gegen die Nichtauseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit, die zweite gegen eine auf Ausbeutung und sozialer Ungerechtigkeit basierende Wirtschaftsordnung und die dritte gegen die Unterjochung der Länder der Dritten Welt durch die der Ersten und Zweiten“ (S. 15). Im Folgenden sollen zentrale Argumentationslinien der APO und der Jusos zu diesen 3 Themen nachgezeichnet werden.

2.1.1. Autoritarismus-Kritik und Demokratisierungs-Ideen

Die Proteste am Ende der sechziger Jahre waren zunächst und vor allem Aktivitäten von Studenten (Mager & Spinnarke, 1967) um den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) (Fichter & Lönnendonker, 1998), aber auch von Schülern (Michelpers, 2002).

Vor dem Hintergrund der im November 1966 gebildeten großen Koalition aus CDU und SPD verstärkten sich die Zweifel an der Funktionsfähigkeit der Demokratie, der Staat wurde als Machtinstrument des Kapitals begriffen, und auf Basis einer Parlamentarismuskritik wurden rätendemokratische Vorstellungen entwickelt. „Die von der Studentenbewegung mit dem Rätmodell favorisierten Leitvorstellungen lauteten zunächst: Alle für das politische Handeln relevanten Entscheidungen in Basisgruppen zu fällen, über Entscheidungsalternativen gemeinsam und öffentlich zu beraten, die Gefahr einer Verselbständigung von Herrschaftsrollen durch dauernde Kontrolle und Ämterrotation auf ein Minimum zu beschränken und ein imperatives Mandat zu gewährleisten“ (Kraushaar, 2001 b, S. 21).

Die Demokratisierung aller Lebensbereiche und die Entwicklung konkreter Reformstrategien wurden zum Kernanliegen der Jungsozialisten, die diese aber nicht nur außerparlamentarisch, sondern über die SPD und über zu gewinnende

I. Der Anfang bei den Jungsozialisten 1968-1978

Wahlen umsetzen wollten (Bundesvorstand der Jungsozialisten, 1978; Gansel, 1971).

2.1.2. Wirtschaftssystem: Sozialismus statt Kapitalismus

Zur Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse wurde auf die Kapitalismuskritik von Karl Marx zurückgegriffen, ohne allerdings die Zustände in der damaligen DDR oder in der Sowjetunion als Alternative zu akzeptieren (Dutschke, 1968).

Das von Norbert Gansel herausgegebene Buch mit der Strategiebestimmung der Jungsozialisten als innerparteiliche Opposition in der SPD trug den bezeichnenden Titel *„Überwindet den Kapitalismus oder Was wollen die Jungsozialisten“* (Gansel, 1971). Noch in der Einleitung erläutert der Herausgeber das Anliegen: *„Dieses Buch wendet sich nicht zuletzt an die kritische, überwiegend antikapitalistisch eingestellte junge Generation, um ihr zu zeigen, dass die SPD nicht nur pragmatisch und technokratisch den Kapitalismus verwaltet, sondern dass die Jungsozialisten und der linke Flügel der Partei den Kapitalismus grundsätzlich in Frage stellen und nach neuen und gangbaren politischen Wegen suchen, auf denen das ungerechte kapitalistische System zu überwinden und ein demokratischer Sozialismus mit menschlichem Gesicht möglich zu machen ist“* (S. 10). Der besondere Stolz der Jusos war die Entdeckung einer Strategie der *systemüberwindenden Reformen* zur Verbindung von praktischer Reformpolitik und Überwindung des Kapitalismus: *„Der Begriff der systemüberwindenden Reformen in den Beschlüssen der Jungsozialisten auf ihren Kongressen in München und Bremen ist ein erster Ansatz der linken SPD, zu einem selbständigen Faktor auch im Bereich der sozialistischen Theorie zu werden, sich von der theoretischen Vorherrschaft der außerparlamentarischen Neuen Linken zu emanzipieren und eine theoretische Konzeption zu entwickeln, die in einem dialektischen Zusammenhang mit der eigenen politischen Praxis steht“* (S. 7). Norbert Gansel relativierte zwar die Strategie der *systemüberwindenden Reformen* als *Formelkompromiss* und *Integrationsvokabel* innerhalb der Jusos, sah daran aber doch den ernststen Willen, *„die Gesellschaft grundlegend zu verändern“* (S. 91).

2.1.3. Ablehnung militärischer Interventionen

Die *„Identifikation mit der Dritten Welt“* (Kraushaar, 2001 b, S. 23), die Solidarität mit den Armen und Unterdrückten im Allgemeinen und den aktiven, auch bewaffnet kämpfenden Revolutionären im Besonderen, war ein wesentliches Element der Politik der APO.

Die Jungsozialisten haben 1969 die zu diesem Zeitpunkt unter Kanzler Willy Brandt regierende SPD aufgefordert, sich öffentlich gegen den Krieg der Amerikaner in Vietnam auszusprechen und jegliche direkte oder indirekte deutsche

2. Grundpositionen der Jungsozialisten 1969-1978

Unterstützung zu verweigern; offensive Aktionen gegen Bundeswehr und NATO oder eine direkte Unterstützung des militärisch aktiven Vietcong wurden aber nicht propagiert. So hieß es in dem Beschluss des Bundeskongresses der Jusos vom 5. – 7. Dezember 1969 in München: *“Es wurde wiederum klar, dass das offizielle Ziel, die Verteidigung der ‚Demokratie‘ in Südostasien, lediglich ein Vorwand für einen imperialistischen Krieg ist, der zur Ausrottung von großen Teilen des vietnamesischen Volkes führt. Die Jungsozialisten fordern deshalb den bedingungslosen und unverzüglichen Abzug der amerikanischen und alliierten Truppen, sowie die Anerkennung der Regierungen Nordvietnams und des Vietkong. Der Bundeskongress fordert die Bundesregierung auf, jede materielle Hilfe für das Saigoner Regime einzustellen, soweit sie nicht nachweislich humanitäre Züge trägt. Weiter erwartet der Bundeskongress von der Bundesregierung, dass sie alles unternimmt, damit Angehörigen der US-Armee, die wegen des Krieges der USA in Vietnam die Armee verlassen, in der BRD Asylrecht gewährt wird.”* (Bundesvorstand der Jungsozialisten 1978, S. 16).

2.2. Juso-Strömungen 1: Der Strategiekongress 1971

Ausgangspunkt der Juso-Strategiediskussion war der vor allem von Karsten Voigt formulierte Ansatz, der auf *antikapitalistische Strukturreformen* zielt und diese mit einer *Doppelstrategie* von inner- und außerinstitutioneller Arbeit durchsetzen wollte (Voigt 1971, S. 91/92).

Diese strategischen Bestimmungen ließen aber zwei zentrale Fragen offen, die später immer wieder zum Gegenstand von Konflikten innerhalb der Juso-Organisation wurden: Die Fragen nach der Rolle und den Grenzen des Staates bei einer antikapitalistischen Politik sowie der Rolle und den Grenzen der SPD in einem Prozess der Gesellschaftsveränderung hin zum Sozialismus. Demgegenüber haben immer alle Juso-Gruppen die große Bedeutung von *Basisarbeit* betont. Die grundsätzlich unterschiedlichen Positionen bei den Jungsozialisten wurden zum ersten Mal bei der Diskussion eines umfassenden strategischen Ansatzes der Organisation auf dem Strategiekongress 1971 deutlich. Schon im Vorfeld des Kongresses gab es umfangreiche Papiere und harte Kontroversen, die sich z. T. in den Kongressbeschlüssen (Thesen mit unterschiedlichen Intentionen) niedergeschlagen haben.

2.2.1. Die Reformisten

Die *Reformisten* dominierten anfänglich den Bundesverband mit ihren Ansätzen von *antikapitalistischen Strukturreformen* und *Doppelstrategie*. Sie stellten die Fragen nach der Rolle des Staates und der SPD in einem sozialistischen Veränderungsprozess und wollten noch auf kapitalistischer Basis eine *sozialistische* Wirtschaftspolitik betreiben, deren Machbarkeit jedoch selbst bezweifelt

I. Der Anfang bei den Jungsozialisten 1968-1978

wurde. Der Staat wurde als in strukturelle Systemzwänge eingebundene pro-kapitalistische Instanz gesehen, auf die aber auch die Arbeiterbewegung Einflüsse ausüben kann. In der Partei galt es, auf die Machtübernahme durch den sozialistischen Flügel hinzuarbeiten - Motto: „*Wir sind die SPD der achtziger Jahre*“ (Thomas von der Vring).

2.2.2. Die Antirevisionisten

Nicht die Analyse, sondern die strategischen Konsequenzen der *Reformisten* wurden vom Bezirk Hannover unter Führung ihres Vorsitzenden Gerhard Schröder (*Antirevisionisten*) als illusionär und reformistisch kritisiert. Den *Reformisten* wurde unterstellt, die Mobilisierung von Massen für Reformen letztlich nur zum Zwecke der Stabilisierung des kapitalistischen Systems zu betreiben und damit auch die Rolle der SPD als Träger kapitalistischer Herrschaft zu erhalten.

Die Position der *Antirevisionisten* lässt sich so umreißen:

- Sie stimmten in der Analyse der Rolle des Staates (Instanz zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung, die auch die Interessen der Arbeiterbewegung zumindest teilweise berücksichtigen muss) weitgehend mit den *Reformisten* überein.
- Sie sahen deutliche Grenzen einer staatlichen Politik auf kapitalistischer Grundlage und wollten mit Hilfe von Basismobilisierung zu einer Gesellschaft der Selbstorganisation kommen, die sich erst nach einem Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung durchsetzen kann; Ziel der Politik war zunächst nicht die Erringung der Staatsmacht.
- Sie schätzten dabei die Rolle der SPD in einem gesellschaftlichen Veränderungsprozess äußerst kritisch ein und wünschten lieber eine Basismobilisierung außerhalb der SPD, die nicht durch die Begrenztheit der Partei zur Modernisierung des Systems zu missbrauchen ist. Die Orientierung auf die Arbeit innerhalb der SPD mit dem Ziel ihrer sozialistischen Umgestaltung mit der Intensität der *Reformisten* zu betreiben wurde als Weg in die Integration und die Sackgasse abgelehnt.

2.2.3. Die Stamokaps

Eine dritte Gruppierung bei den Jungsozialisten aus den Bezirken Hamburg und Berlin (*Stamokaps*) legte eine umfangreiche und in sich relativ geschlossene Analyse und Strategie vor, die in einer völlig anderen Denktradition stand. Die in den beiden Universitätsstädten stark von Studenten geprägten Landesverbände hatten die *linke Marktlücke* mit der unkritischen Übernahme des Ansatzes und des Erkenntnisstandes der von der SED entwickelten und von der DKP vertretenen Theorie des *staatsmonopolistischen Kapitalismus* (Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, 1971) gefüllt.

2. Grundpositionen der Jungsozialisten 1969-1978

Kernpunkt der Wirtschaftsanalyse war die zunehmende Monopolisierung der Wirtschaft mit dem Ergebnis, dass die Monopole (z. T. indirekt) das ganze Volk und auch die Kleinkapitalisten ausbeuten. Der Staat wurde als Agentur zur politischen Umsetzung monopolistischer Interessen gesehen.

Im Rahmen des strategischen Ansatzes der *Stamokaps* kam der SPD eine zentrale Bedeutung zu: Über die Umgestaltung der SPD zu einer konsequent sozialistischen Partei sollte diese für das politische Bündnis von Sozialdemokraten und Kommunisten geöffnet und in der Bevölkerung durch ein *antimonopolistisches Bündnis* aller demokratischen Kräfte ergänzt werden, damit die Staatsmacht übernommen und gegen die Monopole gewendet werden kann.

Da diese Gruppierung auf einen Personenaustausch in unveränderten Apparaten setzte, war sie im Grunde die *rechteste* Variante der Jungsozialisten, zumal sie keine überzeugende Antwort auf die Probleme wusste, die mit dem *Entreißen* der Staatsmacht aus den Händen der Monopole verbunden sind – ganz zu schweigen von einer Vorstellung davon, wie die machtmäßige Grundlage (Basismobilisierung) eines solchen *Systembruchs* aussehen sollte.

2.3. Juso-Strömungen 2: Der Wandel der Juso-Positionen bis 1978

Die sich 1971 abzeichnenden theoretischen Differenzen führten zur Herausbildung in sich relativ geschlossener Fraktionen, in die nahezu alle Juso-Bezirke einbezogen waren. Die fraktionelle Verbreiterung der theoretischen Ansätze war begleitet von einem Abbröckeln an der Basis der Juso-Organisation und auch von einem Abbröckeln der bevölkerungsnahen Aktivitäten vor allem im Kommunalbereich, wobei die deklarierte *Umsteuerung* der Aktivitäten in den Betriebs- und Jugendbereich kaum Realität wurde. Die regional unterschiedlich starke Herausbildung einer *Parteilinken* relativ unabhängig von der Juso-Organisation, ihre Aktivitäten in der Kommunalpolitik und ihre kritische Rolle in der SPD haben mit dazu beigetragen, dass der Einfluss der Jungsozialisten nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch in der Partei erheblich zurückging und die Jugendorganisation immer mehr zu einer *intellektuellen Spielwiese* wurde. Ende 1978 boten die unterschiedlichen Fraktionen bei den Jusos das folgende Bild.

2.3.1. Die Reformsozialisten

Die *Reformisten* bezeichneten sich selbst als *Reformsozialisten* und waren im *Malenter Kreis* zusammengeschlossen, der für seinen 51 Seiten umfassenden Grundsatzantrag auf dem Bundeskongress von 1978 über 40% der Delegiertenstimmen gewinnen konnte. Sie formulierten eine selbstkritische Bestandsaufnahme (keine Juso-Identität durch Fraktionierung, weitgehend hierarchische Organisation, geringer Basiseinfluss auf Bundeskongresse, Scheitern des Vor-

I. Der Anfang bei den Jungsozialisten 1968-1978

stoßes in den Produktionsbereich, Nachlassen der Verankerung in der SPD, Konflikte mit der Partei an formalen und nicht an inhaltlich ausweisbaren Punkten) und übten harte Kritik an der reformistischen SPD-Politik vor allem in Fragen der Wirtschaftspolitik.

Die Positionen der *Reformsozialisten*, die sich in einigen Punkten mit denen der *Antirevisionisten* von 1971 deckten, waren geprägt durch

- das Ziel eines demokratischen Sozialismus, der durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und eine umfassende Demokratisierung gekennzeichnet ist und weitgehende Selbstbestimmungsprozesse anstrebt;
- die strategische Vorstellung, dass durch die Politisierung der abhängig Beschäftigten Gegenmachtpositionen aufgebaut und Selbstbestimmungstendenzen gestärkt werden, die strukturelle Reformen (Marx: die Politische Ökonomie der Arbeiter) gegen das Kapital durchsetzen können;
- die Einschätzung des Staates als relativ unabhängige Instanz mit der Funktion der Aufrechterhaltung des Kapitalverhältnisses, die zwar auch Interessen der Arbeiterbewegung aufnehmen kann, in einem sozialistischen Transformationsprozess aber selber demokratisiert werden muss;
- die Erkenntnis, dass der Sozialismus keineswegs durch die Aneinanderreihung von Reformen und auf leisen Sohlen zu erreichen ist – wobei unklar blieb, wie der endgültige Bruch mit dem kapitalistischen System ohne den Zusammenbruch der Wirtschaft aussehen kann und welche Rolle der Staat dabei spielt;
- die prinzipielle Entscheidung für die Mitarbeit in der SPD mit dem Ziel, eine starke antikapitalistische Kraft zu entwickeln;
- den Willen zum Bündnis mit der Parteilinken, ohne allerdings die Jungsozialisten voll von ihr vereinnahmen zu lassen;
- die Propagierung des Vorrangs der Basisarbeit in der Bevölkerung vor der Gremienarbeit in der Partei, um bessere Verankerungen zu erreichen.

2.3.2. Der Göttinger Kreis

Die Hannoveraner *Antirevisionisten* hatten sich inzwischen mit Jungsozialisten aus anderen Bezirken zum *Göttinger Kreis* zusammengeschlossen. Sie hielten fest an dem Anspruch einer materialistischen Begründung und Fundierung von Reformpolitik, hatten eine nur geringe Hoffnung auf die Integration aller Sozialdemokraten in einen eurokommunistisch orientierten *marxistischen* Flügel und gingen aus von der Notwendigkeit einer Reformpolitik, die in Verbindung mit Übergangsforderungen geeignet ist, das kapitalistische System zugunsten der abhängig Beschäftigten zu verändern und es in diesem Prozess auch durch ein Mindestmaß an Vergesellschaftung strukturell zu überwinden. Sie sahen die

2. Grundpositionen der Jungsozialisten 1969-1978

Notwendigkeit der Verbindung von Basisarbeit und Arbeit in der SPD (Priorität der Basisarbeit) mit dem Ziel, in der SPD im Bündnis mit Gewerkschaftern und der Parteilinken zunächst *fortschrittliche*, später *marxistische* Positionen durchzusetzen.

Im Bundesvorstand der Jungsozialisten gab es eine zunehmende, auch grundsätzliche Kooperation zwischen Repräsentanten des *Göttinger* und des *Malenter Kreises* und der (von *Göttingern* und *Stamokaps* ins Amt gewählte) Bundesvorsitzende Gerhard Schröder aus Hannover wurde zunehmend auch von den Reformsozialisten als *ihr Mann* betrachtet.

2.3.3. Die Stamokaps

Die *Stamokaps* aus Hamburg und Berlin konnten ihren Einfluss in anderen Bezirken erweitern und hatten sich zum *Hannoveraner Kreis* zusammengeschlossen. Sie haben zwar keineswegs konsequent mit alten Vorstellungen aufgeräumt, sich aber doch zu bemerkenswerten Formulierungen (Bekanntnis zu demokratischen Strukturen eines zukünftigen Sozialismus, klare Distanzierung von der DKP, Wille zu struktureller Reformpolitik mit dem Ziel der Selbstbestimmung) durchgerungen. Ausgegangen wurde von

- dem Ziel eines demokratischen Sozialismus, der durch weitreichende Freiheitsrechte und eine Tendenz zur Selbstbestimmung gekennzeichnet ist;
- der Notwendigkeit antikapitalistischer Reformen zur Erreichung von Zwischenzielen, die den Übergang zum Sozialismus ermöglichen und auch auf eine Demokratisierung des Staates zielen, der nicht als Instrument übernommen werden kann;
- der SPD als eine konsequent sozialistisch zu orientierende Partei, wobei die Jusos als marxistischer Kern das Bündnis mit der sich radikalisierenden Arbeiterschaft in der Partei suchen und so fortschrittliche Mehrheiten herstellen sollen.

Angesichts dieser neuen Positionsbestimmungen ist es verständlich, dass politische Konflikte zwischen den *Stamokaps* und anderen Jungsozialisten sich in der Regel auf analytische Formulierungen, auf die Bedeutung der Monopole für die Politik, auf die Bewertung der so genannten sozialistischen Länder und ihrer Repräsentanten sowie z. T. auf das Verhältnis zur DKP bezogen haben.

2.4. Kernpunkte der Juso-Postionsbestimmung 1978

Politisch waren 1978 alle Gruppen der Jungsozialisten daran interessiert, eine linkssozialistische Identität herauszubilden: die *Reformsozialisten* definierten sich als unabhängiger sozialistischer Teil der Parteilinken, die *Antirevisionisten* hatten sich mehrheitlich vom *Sozialistischen Büro* (Sammelbecken unabhängiger linker Intellektueller in Offenbach) abgesetzt und bei den *Stamokaps* ist ein

I. Der Anfang bei den Jungsozialisten 1968-1978

Trennungsstrich zur DKP gezogen worden. Damit verbunden hatten die Reformsozialisten reformistische Hoffnungen auf die Überwindung des Kapitalismus ohne deutlichen Bruch ausschließlich durch eine linke staatliche Politik auf der Basis kapitalistischer Strukturen eindeutig aufgegeben und ein Mindestmaß an Vergesellschaftung für den Übergang zum Sozialismus eingesehen; die ehemaligen Antirevisionisten hatten erklärt, sie seien keine Antirevisionisten mehr und würden statt der Betonung der Grenzen staatlicher Politik und der Unveränderbarkeit der SPD auf eine materialistische Reformpolitik und die fortschrittliche Veränderung der SPD orientieren; die Stamokaps hatten ihre politischen Ziele und strategischen Ansätze dahingehend geklärt, dass sie an einem grundlegend demokratischen Sozialismus mit Selbstbestimmungsstrukturen interessiert sind und dieses Ziel mit Hilfe einer antikapitalistischen Reformpolitik über Zwischenziele erreichen wollen, wobei die sozialistische Veränderung der SPD eine Schlüsselrolle spielt.

Trotz aller Fraktionsstreitigkeiten waren die Jungsozialisten unter ihrem Vorsitzenden Gerhard Schröder 1978 eine insgesamt linkssozialistisch orientierte politische Kraft mit Einflüssen in der SPD.

Ansatzpunkte für die praktische Politik der Jungsozialisten lagen z. B. in der

- Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit als Teil einer Arbeitslosigkeit, die kurzfristig eine alternative Wirtschaftspolitik und langfristig die Überwindung des Kapitalismus erfordert;
- Unterstützung der gewerkschaftlichen Kämpfe z. B. für die Humanisierung der Arbeit, gegen die Folgen der Rationalisierung, für mehr Mitbestimmung und das Verbot der Aussperrung;
- Forderung nach einer Verbesserung und Verbreiterung der beruflichen Bildung u. a. durch die Einrichtung überbetrieblicher Ausbildungszentren mit Hilfe der Erhebung der Berufsbildungsabgabe;
- Bekämpfung des Abbaus demokratischer Rechte, insbesondere der Berufsverbotepraxis;
- Abwehr der reaktionären Formierung des Bildungsbereichs (Festhalten an der Gesamtschule, Forderung der Novellierung des Hochschulrahmengesetzes, in das an die Stelle des Ordnungsrechtes das politische Mandat der Studentenschaft gehört);
- Verhinderung der Zerstörung der Umwelt (Stopp des Baus und Stilllegung aller laufenden Atomkraftwerke, Beseitigung von Umweltschäden auf Kosten der Verursacher – wobei die Kosten so anzusetzen sind, dass die Beseitigung der Schadensquellen billiger wird);

- Durchsetzung einer optimalen kommunalen Versorgung der Bevölkerung besonders in *benachteiligten* Gebieten, vor allem der Errichtung von Jugendzentren.

3. Der Juso-Bundeskongress 1978

„Hamburger Bündnis“ bei den Jusos baute Mehrheit aus

Der neue Bundesvorsitzende der Jungsozialisten in der SPD hieß 1978 Gerhard Schröder aus Hannover. Beim Juso-Bundeskongress in Hofheim erhielt Schröder im 2. Wahlgang 164 von 298 abgegebenen Stimmen. Sein Gegenkandidat Ottmar Schreiner brachte es auf 126 Stimmen. Acht Delegierte enthielten sich.

Als Schwerpunkt seiner künftigen Arbeit nannte Schröder den *„Kampf für die sozialen Rechte der jungen Generation und den Kampf für die Erhaltung der aktuell gefährdeten politischen Demokratie“*. Im Verhältnis zur Mutterpartei sei eine *„Entkrampfung“* dringend geboten. Er zog es aber vor, nicht zuviel zu versprechen: wenn er den Verband einigermaßen konsolidieren und die Zwänge der Partei – insbesondere die Öffentlichkeitsrichtlinien – etwas lockern könne, dann sei wohl schon mehr erreicht, als man realistischerweise erhoffen könne.

Die Juso-Gruppierungen, die sich in Hamburg 1977 erstmals durchsetzen konnten, bauten ihre Position weiter aus. Bundesgeschäftsführer Egon Bahr analysierte richtig, dass *„aus der hauchdünnen Hamburger Mehrheit eine klare Mehrheit“* geworden ist.

Der Hofheimer Bundeskongress stand unter einem besonderen Druck der Partei. In drei Punkten, so hatte Egon Bahr signalisiert, gebe es für die Partei keine Kompromisse: Benneter dürfe nicht reden, das Russell-Tribunal nicht unterstützt werden, ein Antrag mit positiver Einschätzung des Eurokommunismus nicht beschlossen werden. Andernfalls sei es möglich, ja wahrscheinlich, dass die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten vom Parteivorstand aufgelöst werde.

Diese Drohung schwebte ständig wie das berühmte Schwert des Damokles über dem Kongress. Von daher standen die verschiedenen Juso-Gruppierungen mindestens in diesen Punkten unter einem starken Zwang zur Einigung, und dass es auch möglich war, hier, wenn auch mit Kniffen und Tricks, zu einheitlichen Stellungnahmen zu kommen, ließ für die Schrödersche Amtszeit hoffen. Schließlich sprach Benneter nicht, wurde das Russell-Tribunal nicht unterstützt, sondern nur – einstimmig – für legitim und notwendig erklärt, und das Thema Eurokommunismus wurde auf eine Fachtagung verschoben. Genosse Bahr war's zufrieden: *„Hofheim ist noch kein neuer Anfang, aber es bietet die Möglichkeit dazu.“*

I. Der Anfang bei den Jungsozialisten 1968-1978

Als Anleitung für die Juso-Praxis wurde nach langen Debatten ein über 30 Seiten langes Aktionsprogramm verabschiedet. (Überhaupt, die Papierflut: die Unterlagen einschließlich der auf dem Kongress verteilten Materialien wogen über 3 kg.) Leider war das Programm nach dem Muster gestrickt worden: wer vieles bringt, wird jedem etwas bringen. An Geschlossenheit mangelte es also, dafür konnten sich – irgendwo und irgendwie – alle Juso-Strömungen *drin* wieder finden. Der Kongress beschloss ferner ein umfassendes Papier zur innerparteilichen Demokratie.

Zwei Beschlüsse erregten besonders viel Aufmerksamkeit:

- Die Ablehnung der geplanten *Anti-Terror-Gesetze* und die daraus folgende Solidarität mit den Genossen Manfred Coppik und Karl-Heinz Hansen (beide sprachen beifallumbräust auf dem Kongress) und den anderen sozialdemokratischen Mitgliedern des Bundestages, die mit ihren Nein-Stimmen zu diesen Gesetzen gegen den Abbau demokratischer Rechte kämpften.
- Die bei nur 7 Enthaltungen bekundete Solidarität mit dem ausgeschlossenen Vorsitzenden Klaus-Uwe Benneter. Die Urteils-Gründe, so die Resolution, rechtfertigen in keiner Weise seinen Ausschluss, die Position Benneters werde von vielen Jusos geteilt. Der Bundesvorstand solle sich deshalb dafür einsetzen, dass Benneter „*baldmöglichst*“ wieder in die SPD aufgenommen werde.

Der stellvertretende Parteivorsitzende Hans Koschnick leitete sein Referat mit der Bemerkung ein, die Jusos seien „*als positiver Faktor für die SPD ausgefallen – als negativer ebenfalls.*“ Das liege daran, dass diese Arbeitsgemeinschaft „*sich aufreibt in theoretischen Disputen und Machtkämpfen, sich abschottet von der Außenwelt, nur noch von der Provokation lebt und nicht mehr imstande ist, ihre ureigensten Aufgaben sachlich zu bewältigen.*“ Im Übrigen hätten die Jusos „*viel zu viel darüber gesprochen, was die jungen Arbeitnehmer zu denken haben, statt einmal festzustellen, wie junge Arbeitnehmer denken.*“

Im letzten Punkt konnte Koschnick rasch eines besseren belehrt werden. Ein Betriebsratsvorsitzender, Juso-Delegierter aus Hessen, las ihm und der Partei gehörig die Leviten: die Aussetzung der Lehrlingsabgaben, die Verunsicherung der Rentner, die Senkung der Vermögenssteuer, das schlechte Betriebsverfassungsgesetz, die hysterische Abgrenzung von Kommunisten, kurz: die Politik der SPD-geführten Bundesregierung sei hauptverantwortlich für die traurige Lage von Jusos (und Sozialdemokraten überhaupt), die in den Betrieben SPD-Politik zu vertreten sich bemühen.

4. Die politischen Anfänge Gerhard Schröders

Andere Redner wiesen auf die innerparteiliche Repression mittels Parteiordnungsverfahren, Einvernehmensrichtlinien und Mittelkürzungen hin. Eine Änderung der Haltung des Parteivorstandes konnte Genosse Koschnick allerdings nicht zusagen.

Auch daran wurde deutlich: Gerhard Schröder hatte ein schweres Amt angetreten. Immerhin hatte er seinem Vorgänger wenigstens einen Startvorteil voraus. Als Mitglied des Bezirks- und Unterbezirksvorstandes der SPD Hannover war er in der Partei verankert.

4. Die politischen Anfänge Gerhard Schröders

In seiner kurzen Rede im hannoverschen Rathaus vor dem großen Zapfenstreich anlässlich seiner Verabschiedung als Bundeskanzler erwähnte Gerhard Schröder, er habe es sich 1971, als er in Hannover im Freizeithaus Linden als Nachfolger Herbert Schmalstiegs zum Juso-Bezirksvorsitzenden gewählt wurde, nicht träumen lassen, hier von ihm als Bundeskanzler verabschiedet zu werden.

Am Ende seiner politischen Karriere lohnt es sich, noch einmal in der Festschrift: „*Gerhard Schröder – 60 Freunde zum Geburtstag*“¹, zu blättern.

Denn dort spürt Inge Wettig-Danielmeier seinen ersten SPD-Jahren in Göttingen nach, wobei sie erhebliche Lücken (was die Jahre 1966/67 angeht) einräumen muss. Deutliche Spuren finden sich erst ab 1968, als sich der Jungsozialist Schröder im Kommunalwahlkampf engagiert. Rasch folgen diverse Ämter im Ortsverein, die Mitgliedschaft im Juso-Kollektivvorstand 1970 und schließlich die gescheiterte Bewerbung um den Ortsvereinsvorsitz Göttingen 1973.

„*Dies war Gerhard Schröders erste Wahlniederlage*“, so das Göttinger Tageblatt in einem Rückblick gut 20 Jahre später. Der Versuch der Göttinger Jusos, den Ortsverein zu übernehmen, scheiterte mit 67:61 Stimmen recht knapp. Schröder unterlag Wolfram Bremeier, dem späteren Kämmerer und Oberbürgermeister von Kassel.

Wichtig waren in dieser Göttinger Zeit die informellen Kontakte. Bedeutender als die offiziellen Betätigungen waren für Schröder allemal die Besuche des – wenn man so will – *offenen Salons* von Helga Oetting. Dort debattierten fast allabendlich Leute aus der linken Göttinger Szene über Gott und die Welt, über Stadtpolitik, über Geschichte und Literatur, über die Gemengelage im SPD-Ortsverein und -Bezirk. Das war einer der wichtigsten Lernorte für Gerhard Schröder.

Witzig ist Heiko Gebhardts Geschichte über einen gemeinsamen Ibiza-Urlaub 1979. Gerhard Schröder hatte sich gerade auf den dornigen Weg vom Bun-

1 limitierte Auflage, nicht im Buchhandel erhältlich

I. Der Anfang bei den Jungsozialisten 1968-1978

desvorsitzenden der Jungsozialisten zum Bundestagsabgeordneten gemacht. Was ihn offenkundig beflügelte, sich und seinen drei Freunden die Annehmlichkeiten und Privilegien seiner künftigen Kanzlerschaft in den leuchtendsten Farben auszumalen. Noch heute berät Gebhardt Gerhard Schröder; so gilt er als derjenige, der die Kontakte zum Ringier-Verlag hergestellt haben soll.

II. Aufstieg und Krise der SPD in Niedersachsen 1983-2003

1. Neuaufstellung der SPD 1983 – 1986

1.1. Spitzenkandidatenauswahl der SPD in Niedersachsen 1983

Aus einem Parteivorstand der SPD schied man im Normalfall nur durch freiwilligen Verzicht aus – einmal gewählt, gab es kaum eine Abwahlmöglichkeit. Neue Spitzenfunktionäre wurden quasi *kooptiert* (Dieter Herzog). Ähnliches konstatierte schon Robert Michels vor dem ersten Weltkrieg mit seiner These von der Oligarchisierung der SPD. Eine Abwahl kann erfolgen bei einem programmatischen Wechsel in der Partei (wie 1960 und 1984) bzw. bei der Überformung der Partei durch die Regierungspolitik (1973), die Abwahl eines Parteivorsitzenden (Scharping 1995) war eine in der SPD-Geschichte einmalige Ausnahme. Verallgemeinernd gesagt: Der Apparat der Parteien „*hat sich von den Bloß-Mitgliedern fast völlig abgekoppelt, der Zusammenhalt ist kaum enger als der zwischen der Zentrale einer Bausparkasse und ihren Sparern.*“ (Wilhelm Hennis). Der Verlust an innerparteilicher Demokratie wird so vielfach und von verschiedenen politischen Richtungen her bedauert.

Größere Mitwirkungsmöglichkeiten (mindestens) der Aktiv-Mitgliedschaft gibt es allerdings, wenn innerhalb der Führungsschicht grundsätzliche Differenzen bestehen. Dann wird bei Nicht-Überbrückbarkeit und Scheitern Führungsschichtinterner Kompromisslösungen die nächst tiefere Ebene entweder als *Schiedsrichter* angerufen oder sie wird *selbstständig tätig*, d.h. bezieht unaufgefordert Stellung. Am Beispiel der innerparteilichen Auseinandersetzungen in der niedersächsischen SPD-Organisation um die Nominierung des Spitzenkandidaten für die Landtagswahl 1986 kann das illustriert werden.

Die Ausgangssituation war durch vier Merkmale gekennzeichnet:

- den Verzicht des bisherigen *Amtsinhabers*
- die Sondersituation mit vier Bezirken und einem politisch eher schwachen Landesvorstand
- eine schwache Landtagsfraktion, die innerparteilich wenig Wertschätzung erfuhr
- eine *Vakuum-Situation*: es gab keinen *geborenen* oder unumstrittenen Nachfolger; keinen *Kronprinzen*.

II. Aufstieg und Krise der SPD in Niedersachsen 1983-2003

Gerhard Schröder, gerade zum Vorsitzenden des größten SPD-Bezirks gewählt, erklärte sich Anfang Oktober 1983 im Alleingang bereit, die Spitzenkandidatur zu übernehmen – er meinte, die Spitzenfunktionäre, insbesondere der Landesvorstand, seien sicher gegen ihn, er setze gegen das *Partei-Establishment* auf die Basis. Helmut Bosse, Vizepräsident des Landtages, erklärt sich daraufhin gleichfalls zur Kandidatur bereit; er wurde aber allenthalben nur als Zählkandidat betrachtet. Im Dezember 1983 fordert der Landesvorstand Anke Fuchs, ehemalige Bundesministerin, mit 12:8 Stimmen zur Kandidatur auf. Fuchs nahm an, nachdem andere Kandidaten wie Hans Apel schon im Vorfeld abgewinkt hatten. Der Landesvorstand akzeptierte die Schröderschen Terminvorstellungen und bestimmte den am 7.7.1984 stattfindenden Landesparteitag zum Nominierungsgremium des Spitzenkandidaten.

Die „*amerikanischen Vorwahlen ähnelnde*“ Vorstellungsreise durch die Untergliederungen der Partei (so Werner Perger in *profil*) war von vornherein bereits ein Vorteil für den gegen das Establishment antretenden Schröder durch

- den Startvorteil ab Mitte Oktober
- den Platzvorteil als Vorsitzender des größten Bezirks.

Die öffentliche Meinung favorisierte Schröder: endlich sei die SPD durch seine Kandidatur wieder interessant geworden. Als sich die IG Metall hinter ihn stellte, die IG Chemie sich für neutral erklärte und auch die anderen Gewerkschaftsspitzen sich heraushielten (und sich eben nicht für die ehemalige IGM-Funktionärin Fuchs einsetzten), war die Nominierung praktisch entschieden. Im April 1984 orientierten sich dann auch Leitfiguren wie Johann Bruns um, um sich nicht im Lager der Parteiminderheit wieder zu finden.

1.2. Niedersachsens SPD hat wieder Tritt gefasst (1984/85)

50.000 Plakate mit dem Slogan „*Gerhard Schröder – der neue Kopf – SPD*“ unter dem lächelnden, in die rechte Hand gestützten Gesicht des neuen Spitzenkandidaten; eine Broschüre der Landes-SPD mit den Reden von Johann Bruns und Gerhard Schröder auf dem Landesparteitag – nicht nur diese beiden Aktionen nach dem Landesparteitag belegten: Frischer Wind weht durch die niedersächsische SPD. Mit der Wahl von Gerhard Schröder zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl 1986 und der von Johann Bruns zum Landesvorsitzenden dokumentierte der Landesparteitag seinen Willen, mit neuem Schwung und einer neuen Spitze nach der politischen Macht in Niedersachsen zu greifen.

In dem Interview im Oktober 1983, in dem Schröder seinen Anspruch auf die Spitzenkandidatur anmeldete, setzte er zugleich auf die Unterstützung der SPD-Basis in den Ortsvereinen und Unterbezirken. Er warb um diese Unterstützung in über 100 Vorstellungs-Veranstaltungen in einem guten halben Jahr –

mit Erfolg. Seine Kandidatur riss die niedersächsische SPD aus ihrem jahrelangen Dornröschen-Schlaf.

Die ersten gemeinsamen Veranstaltungen mit dem als Linken verschrienen Schröder und dem allgemein als rechts eingestuften Johann Bruns hatten bewiesen, dass die beiden sich gut ergänzten: Der erfahrene Landespolitiker und wirtschaftspolitische Sprecher der Landtagsfraktion einerseits und der kämpferische Spitzenkandidat andererseits. Die von vielen erwarteten Konflikte zwischen den beiden wurden im Vorfeld bereinigt. Die niedersächsische SPD übernahm in der Frage der Wiederaufarbeitung von abgebrannten Kernbrennstäben die Position des Bundesparteitages in Essen; in der Frage der Inbetriebnahme des Salzkohle-Kraftwerkes Buschhaus schwenkte sie auf die Linie der Bundestagsfraktion ein: Keine Inbetriebnahme vor Einbau einer Entschwefelungsanlage bei Sicherung der vorhandenen Arbeitsplätze in der Region Helmstedt.

Doch neue Gesichter allein sind nicht alles. Der Weg zurück an die Regierung war noch weit. Bei der Landtagswahl im Frühjahr 1982 kam die CDU auf über 50% der Wählerstimmen, während die SPD auf gut 36% abrutschte. Fast 14% gutzumachen, das ist in der Tat keine Kleinigkeit. Zu dem gab es mit der Wende-FDP kaum Gemeinsamkeiten; es galt als sicher, dass sich die FDP – sofern sie wieder in den Landtag käme – für eine Koalition mit der CDU zur Verfügung halten würde.

Die zweitstärkste Oppositionspartei im von der absoluten CDU-Mehrheit beherrschten niedersächsischen Landtag waren die GRÜNEN. Sowohl Bruns als auch Schröder hatten in ihren Reden auf dem Landesparteitag und auch in späteren Interviews eine Zusammenarbeit nicht ausgeschlossen. Eine solche Zusammenarbeit dürfte durch die Haltung der SPD-Landtagsfraktion zu Buschhaus und zur Wiederaufarbeitungsanlage in Niedersachsen erleichtert worden sein. Bisher allerdings stießen die Sozialdemokraten bei den GRÜNEN auf harsche Ablehnung. „*Plumpe Anmache*“ nannte der GRÜNEN-Sprecher Jürgen Högrefe die Aussagen der beiden SPD-Spitzenmänner.

Die überwiegend eher der CDU nahe stehende Presse in Niedersachsen berichtete überraschend positiv über den Führungswechsel in der SPD. Bemerkenswert war, dass die Presse fast einhellig der Meinung war, der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht könne sich jetzt nicht mehr so sicher fühlen; mit Gerhard Schröder sei ihm ein ernst zu nehmender Gegner erwachsen. Im Pressedienst *Rundblick* war sogar davon die Rede, dass in der Staatskanzlei ein besonderer Planungsstab eingerichtet wurde, um der Offensive der SPD entgegenzutreten zu können.

Die SPD hatte Gespräche mit den gesellschaftlichen Gruppen im Lande geplant. Diese Gesprächsserie begann bereits zwei Tage nach dem Landespartei-

II. Aufstieg und Krise der SPD in Niedersachsen 1983-2003

tag mit einer Diskussion zwischen Schröder und den Funktionären der IG-Chemie-Hauptverwaltung in Hannover. Zu diesen Gesprächen gehörten auch Besuche in den großen niedersächsischen Industrieunternehmen, Kreisbereisungen, wie sie Schröder Mitte Juli in der Wesermarsch durchführte (u. a. mit Besuchen beim Ausbesserungswerk der Messerschmitt-Bölkow-Blohm-Flugzeugwerke und der Firma Kronos-Titan), sowie Redaktionsbesuche bei den niedersächsischen Regionalzeitungen während der Sommerpause. In diesen Gesprächen sollten die politischen Vorstellungen des Spitzenkandidaten in den drei Schwerpunkten Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, Umweltschutz und Bildungspolitik erläutert werden.

Mit diesen Schwerpunkten waren auch die Grundzüge der Wahlkampfstrategie umschrieben. Darüber hinaus suchte Schröder die personelle Konfrontation mit dem amtierenden Ministerpräsidenten. Dieser sei kalt, bürgerfern, ein „zu spät auf die Welt gekommener Potentat“. Der Brief an jene Braunschweiger Mutter eines pseudo-krupp-kranken Kindes, in dem Albrecht zynisch empfahl, doch aufs Land zu ziehen, wenn das Kind die Stadtluft nicht vertrage, sei nur ein weiterer Beleg für diese Behauptung.

Wenn es der niedersächsischen SPD gelingen würde, ihre Mobilisierung noch zu forcieren und wirtschaftspolitische und umweltpolitische Themen zu besetzen, dann hatte sie eine reelle Chance, wieder an die Regierungsmacht in Niedersachsen zu kommen. Diese Chance untermauerte nicht zuletzt das Europawahlergebnis. Die Niedersachsen wählten am 17. Juni 1984 zu 43% die CDU, zu 40,5% die SPD, zu 8,3% die GRÜNEN und zu 4,9% die FDP. Die gleichen Stimmanteile bei der Landtagswahl 1986: Das wäre ein Traumergebnis für Schröder und Bruns.

Für die niedersächsische Sozialdemokratie brachte der lange Weg bis zum Wahltermin Vor- und Nachteile zugleich. Die Hauptschwierigkeit bestand darin, die vorhandene große Bereitschaft zur Mitarbeit, zum Mitmachen bei den Genossinnen und Genossen in den Abteilungen und Ortsvereinen aufrechtzuerhalten. Der SPD-Landesverband versuchte dies u. a. durch eine Reihe von Foren vor der Sommerpause. Deren Ergebnisse sollten einfließen in das Landeswahlprogramm, das auf einem Parteitag im Herbst verabschiedet wurde. Die Sommerpause sollte mit einer Bereisung des Spitzenkandidaten durch ganz Niedersachsen überbrückt werden. Die Vorteile einer weit über ein Jahr dauernden Auseinandersetzung mit der Politik der konservativen CDU-Regierung überwiegen.

Gerhard Schröder hatte – gemeinsam mit dem neuen Landesvorsitzenden Bruns – der Partei seit seiner Wahl zum Spitzenkandidaten eine überraschend gute Ausgangsposition erarbeitet. Immer mehr Niedersachsen rechneten da-

1. Neuaufstellung der SPD 1983 – 1986

mit, dass er es schaffen könnte, der nächste Ministerpräsident zu werden. Dies machte sich fest an zahlreichen Einladungen, vor Unternehmern, Handwerkern und Bauern zu reden. Gerade solche Gruppen, die nicht im Verdacht der SPD-Nähe stehen, wollten sich ein persönliches Bild machen von jenem Mann, der in zwei Jahren Regierungschef sein konnte.

Umfrageergebnisse unterstützten diese in Niedersachsen sich ständig weiter verbreitende Ansicht. Es gab keine allgemein bekannten Umfragedaten. Zwar hat die Landesregierung eine Erhebung im Dezember 1984 ins Feld gebracht, die Ergebnisse jedoch nicht veröffentlicht.² Möglich war es aber, anhand der vorherigen Wahlergebnisse die vorliegenden bundesweiten Umfragen auf Niedersachsen umzurechnen. Niedersachsen hat ca. 6,5 Millionen Wahlberechtigte. Die Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen liegt bei 90%, bei der Europawahl 1984 lag sie bei 60% (jeweils etwas über dem Bundesdurchschnitt), bei Landtagswahlen gehen um die 78 % zur Wahl.

Denkbar war eine höhere Wahlbeteiligung:

- Sollten Lafontaine und Rau ihre Landtagswahlen gewinnen, ginge es in Niedersachsen auch um die Bundesratsmehrheit.
- Zudem war die Landtagswahl durch die Personen Albrecht und Schröder hoch polarisiert.
- FORSA-Chef Güllner rechnete bei seinen Daten damit, dass die CDU ihre Wählerbasis nur unzulänglich würde mobilisieren können und ging von einer Wahlbeteiligung von 76% aus.

Das Jahr der Landtagswahl 1982 war ein Jahr mit extrem ungünstigem Bundesumfeld für die SPD. Die Bundeszahlen lagen im März 1982 bei 30% für die SPD und 52% für die CDU. Das Landtagswahlergebnis 1982 hatte gezeigt, dass die CDU etwas unter ihrem Bundesschnitt lag (mit 50,7%) und die SPD mit 36,5% deutlich darüber. Ein solcher Bonus bzw. Malus für die SPD bzw. die CDU war in allen vorhergehenden Wahlen durchgängig zu beobachten. Für die Situation im Jahr 1985 bedeutete das bei Bundesumfrageergebnissen für die CDU von ca. 45% und für die SPD von ca. 40%, dass es in Niedersachsen zu einem Kopf-an-Kopf-Rennen kommen könnte. Selbst bei der Rückkehr der FDP in den Landtag war eine Mandatsmehrheit von GRÜNEN und SPD zusammen nicht auszuschließen. Die Landtagswahl 1986 in Niedersachsen könnte so zu einer *mid-term-election* mit starker bundespolitischer Bedeutung werden; mit all den Verlusten, die die im Bund regierenden Parteien bei solchen Wahlen ohnehin hinzunehmen haben.

2 Angeblich war der Stand für 1984: CDU 48,2%, SPD 37,3%, FDP 3,6%, GRÜNE 10,6%, bei noch knapp 12% nicht entschiedenen Wählern

II. Aufstieg und Krise der SPD in Niedersachsen 1983-2003

Die Frage eines Bündnisses zwischen SPD und GRÜNEN bestimmte auch nach dem Hamburger Bundeskongress der GRÜNEN einen Teil der politischen Diskussion in Niedersachsen. Dabei konnte die SPD die Klärungsprozesse getrost den GRÜNEN überlassen, die sich heftig darüber stritten, ob und wenn ja wie sie sich nach der Wahl eine Zusammenarbeit mit der SPD vorstellen könnten. Den Arbeitnehmern in Niedersachsen, den Umweltschützern, den Berufsverbote-Opfern dürfte kaum glaubhaft zu machen sein, dass – wie es einige GRÜNE auf deren Landesversammlung diskutierten – zwischen Ernst Albrecht und Gerhard Schröder politisch kein Unterschied zu sehen sei. Schröder jedenfalls bekräftigte die fortbestehende prinzipielle Bereitschaft der SPD, mit den GRÜNEN zusammenzuarbeiten. Eine eindeutige Absage erteilte er einer Großen Koalition. So scharf auf ein Regierungsamt sei er nicht, um sich mit der CDU ins Bett zu legen.

Wahlkampfüberlegungen

CDU

Sie wollte versuchen, mit dem Ministerpräsidenten-Bonus von Ernst Albrecht zu wuchern. Sofern der Gegenkandidat Schröder nicht totgeschwiegen werden sollte (und dazu gab es Überlegungen), würde die CDU versuchen, Schröder als zu jung, zu links, zu unerfahren, mit zu wenig Kompetenz darzustellen. Ein Problem für die CDU war die relativ schlechte Bundessituation, wenn nicht vorher ein Wechsel im Amt des Bundeskanzlers stattfinden würde.

SPD

Neben Angriffen auf Versäumnisse und Fehler der Landesregierung und der Bundesregierung sollte es vor allen Dingen darum gehen, den neuen Spitzenkandidaten Schröder bekannt zu machen. Dies sollte auf verschiedenen Foren und zwei größeren Parteitagungen im Jahre 1985 stattfinden. Im Mittelpunkt dieser Bekanntmachungs-Kampagne sollten Begriffe wie *neuer Kopf, frischer Wind* und ähnliches stehen (ein Vorschlag war: *Zukunft gestalten wir*). Der Bundesparteisisituation wurde kein großer Einfluss – negativ wie positiv – auf die Wahlsituation in Niedersachsen unterstellt. Allerdings wollte man von der schlechten Bundessituation der CDU profitieren.

FDP

Sie litt in noch viel stärkerem Maße als die CDU unter ihrer schlechten Bundessituation. Sie hatte darüber hinaus den Fehler gemacht, sich einseitig auf die

CDU festzulegen. Sie würde Mühe haben, das Bild vom Anhängsel der CDU, das die SPD ihr ankleben wollte, zu ändern.

GRÜNE

Die Bundessituation würde hier keinen Ausschlag geben. Der grüne Wahlkampf dürfte sich analog den vorhergehenden Wahlkämpfen entwickeln. Stichworte: grüne Raupe, viel Kultur, Kritik der Umweltsituation und ähnliches. Erst nach der Wahl konnte sich endgültig herausstellen, welche Fraktionszusammensetzung die grüne Landtagsfraktion haben würde. Erst dann auch war zu beurteilen, wie verhandlungsbereit diese Fraktion im Falle der rechnerischen Mandatsmehrheit mit der SPD sein würde.

1.3. Der Machtwechsel schien möglich (1985/86)

„Unser Johannes heißt Ernst!“ tönte nach dem Wahldebakel der CDU in Nordrhein-Westfalen der niedersächsische CDU-Landesvorsitzende Wilfried Hasselmann. Die Aussage, die Optimismus vorführen sollte, erinnerte eher an das Pfeifen von Kindern im Walde. Die CDU sprach sich selber Mut zu. Ministerpräsident Ernst Albrecht galt allgemein als kalt, glatt, arrogant, bürgerfern. Keine Spur von der menschlichen Wärme Johannes Raus. Und so belegte der Spruch Hasselmanns nur die Unsicherheit, die die CDU-Führung in Niedersachsen ergriffen hatte. Der SPD-Spitzenkandidat Schröder kommentierte: *„Ich finde es interessant, dass Ernst Albrecht plötzlich von Johannes Rau lernen will. Dass er jetzt schon kleine Brötchen backt und in Nordrhein-Westfalen Anleihen machen will, zeigt, wie groß seine und die Verunsicherung der CDU bereits ist.“* *„Ich werde der personellen Auseinandersetzung nicht ausweichen“*, erklärte Schröder, danach gefragt. *„Sicher ist Albrecht z. Z. noch bekannter und sicher hat er einen Amtsbonus. Aber er geht nicht sehr gut mit Menschen um, benutzt einen Stil in der Politik, der wenig von Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit zeugt. Auch das hat sich herumgesprochen. Also liegen auch in der personellen Konfrontation Chancen, die wir nutzen werden.“*

Während also die CDU noch nach ihrer Wahlkampfstrategie suchte und verunsichert war durch die zurückliegenden Wahlergebnisse und Umfragedaten, die sie deutlich unter 50% sahen, bereitete die niedersächsische SPD die Wahl so gründlich vor wie nie zuvor. Bis zur Sommerpause ist in sechs Foren über Umweltpolitik, Innenpolitik, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, Bildungs- und Wissenschaftspolitik, Sozialpolitik und über die Gleichstellung der Frau diskutiert worden. Bei diesen Forumsveranstaltungen wurde deutlich, dass die SPD in weit größerem Ausmaße als noch vor wenigen Jahren Aufmerksamkeit fand. So musste das Umweltpolitik-Forum auf Anregung vieler Teilnehmer aus

II. Aufstieg und Krise der SPD in Niedersachsen 1983-2003

dem Bereich der Bürgerinitiativen fortgesetzt werden. Die offenen Diskussionen auf den Foren mündeten am 13. Juli 1985 in den Kongress *Zukunft Niedersachsen*, auf dem der Entwurf des Landeswahlprogramms vorgestellt wurde. Diese Vorgehensweise garantierte eine breite Beteiligung auch unabhängiger Fachleute im Vorfeld der Erstellung des Wahlprogramms und auch eine so breite Beteiligung der Partei wie nie zuvor, denn nach dem Kongress *Zukunft Niedersachsen* hatte die Partei bis zum Landesparteitag am 30. November 1985 Zeit, den Entwurf des Wahlprogramms gründlich zu diskutieren.

Über ein Jahr vor dem Wahltermin war die Wahlkampf-Strategie der SPD noch nicht festgelegt. Aber die Umriss wurden deutlich. Alle Umfragedaten deuteten darauf hin, dass es Gerhard Schröder in kurzer Zeit gelungen war, einen relativ hohen Bekanntheitsgrad von über 70% zu erreichen. Er dürfte damit vor den meisten Mitgliedern des Landeskabinetts gelegen haben. Die Stärken des Spitzenkandidaten Schröder lagen in seiner Jugendlichkeit, Dynamik, Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit. Darüber hinaus hatte die SPD auf den wichtigsten Politikfeldern den ersten Rang bei der Frage nach der Kompetenz zurück gewonnen, wie bundesweite Erhebungen belegten.

In Bezug auf die GRÜNEN war wenig Konkretes zu sagen. Auch die niedersächsischen GRÜNEN waren verunsichert nach den Wahlschlägen im Saarland und in Nordrhein-Westfalen. Die Position der Landes-SPD zu den GRÜNEN war klar: *„Ich lasse mir von Geißler und anderen auch denkbare Partner nicht zerreden“*, so Gerhard Schröder in einem Interview. Im gleichen Interview hatte er die Bedingungen formuliert, die bei einer Zusammenarbeit mit den GRÜNEN – wenn es denn rechnerisch gehen würde – erfüllt sein müssen: *„Es kommt nur eine fest verabredete Zusammenarbeit, also eine Koalition in Betracht, eine Koalition für volle vier Jahre. Das bedeutet zugleich, dass ich es nicht hinnehmen kann, wenn rotiert wird. Dann wollen wir eine Politik machen, die entscheidend darauf setzt, die industrielle Gesellschaft auszubauen, sie in Übereinstimmung zu bringen mit ökologischen Notwendigkeiten. Mit anderen Worten: Wir werden jedes Projekt ablehnen, das praktisch den Ausstieg aus der Industriegesellschaft bedeutet. Wenn die GRÜNEN diese Bedingungen akzeptieren, dann sind sie denkbare Partner.“* Dies war die übereinstimmende Position der Niedersachsen-SPD.

Eine im Juli 1985 veröffentlichte, im Auftrag der SPD mit dem sehr hohen Sample von fast 1.600 Befragten durchgeführte Meinungsumfrage sah die SPD bei der *Sonntagsfrage* deutlich vorn. Wenn am nächsten Sonntag Landtagswahlen wären, könnten die SPD mit 49%, die CDU mit 38%, FDP und Grüne mit je 6% rechnen. Infratest hatte dieses Ergebnis noch weiter aufgeschlüsselt. Das Potential der SPD setzte sich aus 31% *harten Wählern* und 18% *flexiblen Wählern* zusammen; um diese flexiblen Wähler würde die SPD also weiter ringen

1. Neuaufstellung der SPD 1983 – 1986

müssen. Noch wichtiger aber war es, dass bei der Frage, welche Partei die kommende Wahl wohl gewinnen würde, 49% auf die SPD und 48% auf die CDU tippeten. Damit war für die Oppositionspartei eine hervorragende Ausgangsposition gegeben. Gleiches galt für den SPD-Spitzenkandidaten Gerhard Schröder. 73% der Befragten hielten seine Wahl zum Spitzenkandidaten für eine gute Entscheidung; auf der Popularitätsskala hatte er mit 1.0 einen für einen Newcomer ausgezeichneten Wert (Ernst Albrecht kam auf 1.6 Punkte). Noch überraschender und für die SPD positiver war die Antwort auf die Frage, wen die Befragten bei einer Direktwahl des Ministerpräsidenten wählen würden: 42% votierten für Albrecht, aber 32% für Schröder. Und noch ein weiteres Umfrageergebnis belegte, dass die niedersächsische SPD mit Gerhard Schröder eine gute Wahl getroffen hatte: 59% der Befragten sagten, Gerhard Schröder wäre ein guter Ministerpräsident, 62% sagten dies von Ernst Albrecht.

Dem Landesvorsitzenden Bruns und dem Spitzenkandidaten Schröder war es in dem einen Jahr nach dem Neuanfang gelungen, der Partei eine solide Ausgangsbasis zu erarbeiten. Doch Umfragezahlen sind kein Politikersatz und (noch) keine Wählerstimmen. Zu Recht hatte Schröder deshalb auf dem Kongress *Zukunft Niedersachsen* dazu gemahnt, „nicht besoffen zu werden durch das, was sie (die Demoskopen) uns heute einschenken, sondern nüchtern zuzuhören und zu überlegen, ob diese Zahlen mit dem wirklichen Leben zu tun haben“. Und er fügte hinzu: „Hätte ich vor einem Jahr auf die Demoskopen gehört, würde ich hier wahrscheinlich heute nicht stehen.“

Am 10. August begann Gerhard Schröder eine dreiwöchige Sommerreise durch Niedersachsen unter dem Motto *Schröder auf Touren*. Nicht nur Schröder musste jedoch *auf Touren* sein, die gesamte SPD, alle Mitglieder waren gefordert, um nach 10 Jahren Opposition wieder zur Regierungspartei in Hannover werden.

Nach langem Zögern hatte der niedersächsische Ministerpräsident den Wahltermin für die Landtagswahl festgelegt. Er wählte den spätest möglichen Zeitpunkt, den 15. Juni 1986. Damit hatte er, so der SPD-Landesvorsitzende Johann Bruns, „einen Termin gesucht, der eine scheinbare Verbesserung der Situation durch die Sommerbelebung auf dem Arbeitsmarkt verspricht“. Doch dürfte dies nicht der einzige Beweggrund gewesen sein. Nicht auszuschließen ist jedenfalls, dass die CDU auf eine niedrige Wahlbeteiligung spekulierte. Denn dem 15. Juni 1986 folgte ein schulfreier Montag und der gesetzliche Feiertag 17. Juni, so dass davon ausgegangen werden konnte, dass gerade zahlreiche Arbeitnehmerfamilien dieses viertägige verlängerte Wochenende zu einem Kurzurlaub nutzen würden. Überdies lief ab Ende Mai die Fußball-Weltmeisterschaft in Mexiko. Die SPD hatte auf diese Terminfestlegung mit einer Wahlbe-

II. Aufstieg und Krise der SPD in Niedersachsen 1983-2003

teilungskampagne geantwortet. Schon einen Tag nach Bekanntgabe des Wahltermins wurden Flugblätter verteilt. Sie zeigten auf der Vorderseite in einem Stimmkreis eine fallende schwarze Linie, die von einem aufwärts strebenden roten Pfeil gekreuzt wird. *„Wir Niedersachsen – aufwärts mit Schröder – Unser Tag: 15. Juni 1986. SPD“* lautet der Slogan zu diesem Symbol, das es gleichzeitig in zwei Varianten als Autoaufkleber gab. Trotz dieser *„undemokratischen Spekulation“* auf eine geringe Wahlbeteiligung, so Albrecht Müller, Mitglied der Wahlkampfleitung, standen die Chancen für die Wiedererlangung der Regierungsmacht in Niedersachsen für die SPD weiterhin gut.

In einer Grundsatzrede vor dem Parteitag des SPD-Bezirks Hannover hatte dessen Vorsitzender und Spitzenkandidat Gerhard Schröder die Wahlstrategie umrissen. Neben den Stammwählern setzte die SPD, so Schröder, *„auf die Unterstützung all der Menschen, die von Kohl und Albrecht und ihrer Politik der sozialen Ungerechtigkeit enttäuscht sind.“* Sie setzte aber auch auf jene FDP-Wähler von 1982, die in den vergangenen Jahren erkennen mussten, *„dass die FDP inhaltlich ausgebrannt ist und ihre Aufgabe nur noch darin sieht, der CDU die Steigbügel zu halten.“* Und sie setzte auf ehemalige grüne Wähler. Denn: *„Wer die Arbeit der niedersächsischen SPD in den letzten Jahren verfolgt hat, und wer sich die GRÜNEN heute ansieht, der kann der SPD ohne Bauch- und Kopfschmerzen wieder seine Stimme geben.“* Mit weit über 90% der Stimmen wurde Gerhard Schröder als Bezirksvorsitzender wiedergewählt – trotz einiger Unkenrufe im Vorfeld lag dieses Ergebnis noch deutlich über dem vom Herbst 1983.

Mit Kraft, Schwung und Zuversicht war die niedersächsische SPD in das Wahljahr 1986 gestartet. Auf einem Neujahrsempfang begrüßte Gerhard Schröder 800 Bürgerinnen und Bürger, die über die Festtage gearbeitet hatten. Auf die Wahlauseinandersetzung eingehend meinte der niedersächsische SPD-Spitzenkandidat: *„Im Jahr 1986 wird darüber entschieden, welches Menschenbild, welches Bild von Gesellschaft sich durchsetzt im Lande. Den niedersächsischen Landtagswahlen kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Diese Bedeutung reicht über das Land hinaus. Jeder, der ein wenig mithelfen will, die Unmenschlichkeit der Wende-Politik zu korrigieren, ist herzlich dazu eingeladen.“*

Eine Flugblattaktion Schröders vor den Werkstoren setzte dieses Thema in der ersten Januarwoche fort. Die Resonanz war über Erwarten gut. Von sich aus gingen die Kolleginnen und Kollegen auf Gerhard Schröder und seine Helfer zu. Dabei wurde – ebenso wie in Betriebsversammlungen und in zahlreichen gut besuchten Veranstaltungen – spürbar, dass die Wut über den Abbau der Arbeitnehmerrechte durch die geplante Novellierung des § 116 AFG die Parteien der Bonner Regierungskoalition entschieden stärker traf, als diese es wohl vermutet hatten. Im Flugblatt hieß es dazu: *„Ob organisiert oder unorganisiert, vor al-*

1. Neuaufstellung der SPD 1983 – 1986

lem Arbeitnehmerfamilien spüren die Folgen des neuen Klassenkampfes von oben: der Jugendarbeitsschutz wurde eingeschränkt, das BAföG vermindert bzw. ganz gestrichen, befristete Arbeitsverträge eingeführt. Die Lohn- und Gehaltserhöhungen sind seit 1983 so niedrig wie noch nie zuvor, die Abzüge und Steuern dafür um so höher. Netto ist heute durchschnittlich weniger Kaufkraft in der Lohntüte als 1983.“

Die SPD setzte auf eine ehrliche Analyse. In der Neujahrsanzeige hieß es dazu: *„Wer unser Land voranbringen will, der muss ehrlich sagen, was ist, der muss auch die Finger in die Wunden legen. Wer das tut, der wird zunehmend als ‚Miesmacher‘ verleumdet. Bitte achten Sie auf diesen Vorgang, und streiten mit mir für unser demokratisches Recht und unsere Pflicht zu einer ehrlichen Bestandsaufnahme.“* Die über 400 – zumeist positiven – Briefe aus der Bevölkerung auf diese Anzeige hin bewiesen, dass damit die Stimmung im Lande getroffen wurde. Sicher ist, dass in weiten Bereichen Niedersachsens fast jede Familie Arbeitslosigkeit direkt oder indirekt kennen gelernt hatte. Etwa 1/3 der Niedersachsen dürfte mit Arbeitslosen- oder Sozialhilfeempfängern Kontakt gehabt haben. Und ein weiteres Drittel der Niedersachsen stand diesem Problem eben nicht teilnahmslos gegenüber, sondern hatte sein soziales Empfinden bewahrt, dachte solidarisch. Diese Mehrheit galt es, für die SPD zu mobilisieren.

Drei Frauen und drei Männer bildeten neben Gerhard Schröder die Regierungsmannschaft, *„den Kern des künftigen Kabinetts“*, so Schröder auf der Vorstellungskonferenz. Die Personen standen für die Inhalte der SPD-Politik, wie sie im Landeswahlprogramm formuliert wurden. Der Landesvorsitzende *Johann Bruns* sollte den Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik betreuen; die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden *Rolf Wernstedt* und *Gerhard Glogowski* die Schulpolitik bzw. Innen- und Rechtspolitik. Mit *Eva Kaiser*, damals Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG-Chemie und *Heide Pfarr*, damals Vizepräsidentin der Universität Hamburg, waren zwei Frauen in die Regierungsmannschaft berufen worden, die nicht der Landtagsfraktion angehörten, die aber durch ihre persönliche Ausstrahlung und fachliche Kompetenz ohne Zweifel eine Bereicherung der niedersächsischen Politiklandschaft bedeuteten. Eva Kaiser vertrat Sozialpolitik, Heide Pfarr die Wissenschaftspolitik. Die damalige ASF-Bundesvorsitzende *Inge Wettig-Danielmeier* sollte in einem Kabinett Schröder das Ministerium für Bundesangelegenheiten leiten, das zugleich für Frauenfragen zuständig sein sollte; ohnehin lag ja der größte Teil der Gesetzgebungskompetenz in diesem Bereich auf Bundesebene. *„Sechs Richtige mit Zusatzzahl“* nannte SPD-Landeschef Bruns diese Regierungsmannschaft. Mit der *Zusatzzahl* war der damalige Hamburger Staatsrat *Fritz Vahren-*

II. Aufstieg und Krise der SPD in Niedersachsen 1983-2003

holt gemeint. Er war nicht Mitglied der Mannschaft, um mögliche Loyalitätskonflikte von vornherein auszuschalten; aber der Autor von „*Seveso ist überall*“ sollte Schröders Umweltminister werden.

Auf einer Pressekonferenz, auf der das Agrarpolitische Programm der SPD-Niedersachsen vorgestellt wurde, übte der SPD-Spitzenkandidat Gerhard Schröder insbesondere Kritik an dem unseriösen Vorgehen des derzeitigen Ministerpräsidenten: *„Was ist von der Ehrlichkeit eines Mannes zu halten, der im Bundesrat einer Erklärung zustimmt, in der eine Annäherung der Agrarpreise auf den von der Überversorgung gekennzeichneten Märkten als nicht durchsetzbar angesehen wird, der aber in Veranstaltungen gerade diese Preiserhöhung für Landwirte fordert. Der sich im Bundesrat für gezielte Einkommensbeihilfen ausspricht, auf einer Bauernverbandsversammlung aber erklärt, gezielte Einkommensbeihilfen seien das Ende des freien Bauerntums und deshalb abzulehnen. Der im Bundesrat der Einschätzung zustimmt, nachwachsende Rohstoffe könnten nur eine langfristige Perspektive für die Landwirtschaft sein, der aber bei jeder Gelegenheit äußert, angesichts der konkreten schlechten Lage seien die nachwachsenden Rohstoffe und insbesondere das Ethanol eine große Chance.“*

Nun ist es nicht so, dass traditionell stark an die CDU gebundene Landwirte mit fliegenden Fahnen in das Lager der SPD übergehen. Festzustellen war in Niedersachsen aber ein immer deutlicher werdender Ablösungsprozess. Der SPD und ihrem Spitzenkandidaten wurde auf Bauernversammlungen wieder zugehört. Vor rund 500 Landwirten in Norden erntete Gerhard Schröder viel Beifall, als er feststellte: *„Nur 30 Prozent der Gelder landen bei den Landwirten. Damit wird deutlich, dass die Preispolitik schnell an finanzielle und strukturelle Grenzen stößt. Wir müssen weg von den Produktionsschlachten. Angemessene Einkommen lassen sich nicht mehr über den Preis sichern, und da setzt die SPD mit ihren Vorschlägen an.“* Gerhard Schröder schlug ein Bündel von Einkommenshilfen vor, das sich produktionsneutral auf Fläche und Person zu beziehen hätte. Dabei komme es darauf an, die eingesetzten Mittel direkt den Landwirten zukommen zu lassen und sie nicht für Lagerhaltung oder Exportsubventionen zu verschwenden.

Die beginnende Umorientierung unter den niedersächsischen Bauern war nur ein Indiz für die guten Chancen, die die SPD-Niedersachsen hatte, die Landtagswahlen am 15. Juni 1986 zu gewinnen. Hinzu kam die breite Unzufriedenheit mit der Novellierung des Paragraphen 116 AFG, die Ernst Albrecht veranlasste, gleich in der Woche nach der schleswig-holsteinischen Kommunalwahl erstmals auch dazu Stellung zu nehmen und eine neutrale Schiedsstelle zu fordern. Eine Forderung, die er schon wenig später wieder vergessen hatte. Hinzu kamen die zahlreichen Fehler und Pannen der Bundesregierung und das

absolute Negativ-Image des Bundeskanzlers Kohl. Es war schon ein Stück Galgenhumor, wenn der niedersächsische CDU-Vorsitzende Wilfried Hasselmann witzelte, die CDU in Niedersachsen schaffe 52%, bei kräftiger Hilfe von Helmut Kohl würden es wohl nur 50%.

1.4. Das Wahlergebnis vom 15. Juni 1986 und seine bundespolitische Bedeutung

Wahlberechtigte	Wahlbeteiligung	Abgegebene gültige Stimmen	SPD	CDU	GRÜNE	FDP
5 588 597	77,3 %	4 293 146	42,1 %	44,3 %	7,1 %	6,0 %
Mandatsverteilung: (Sitze)			66	69	11	9

Die Niedersachsenwahl am 15. Juni 1986 war der Startschuss für eine ganze Reihe von Landtagswahlen. Wichtiger noch war die Signalwirkung, die die Niedersachsenwahl für die Bundestagswahl am 25. Januar 1987 hatte (und für die niedersächsischen Kommunalwahlen Anfang Oktober 1986 ebenso).

Um diese Wirkung richtig einschätzen zu können, ist ein Rückblick auf die Wahlstrategie der SPD und die des Kanzlerkandidaten Johannes Rau notwendig. Nach den im Frühsommer 1985 triumphal gewonnenen Landtagswahlen im Saarland und in Nordrhein-Westfalen – und in der Folge der Nordrhein-Westfalen-Wahl mit weit über 50% SPD-Stimmen wurde Rau zum Kanzlerkandidaten ausgerufen – entwarf die SPD-Wahlkampfleitung eine Etappen-Strategie. Zug um Zug sollten die Länder erobert werden und so die – geplanten – Siege in den Landtagwahlen mit nachgerade Kautskyscher *Naturnotwendigkeit* in den Erfolg bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag einmünden. Unklar bleibt, ob die Erfinder dieser Strategie sich des großen Risikos bewusst waren; setzte sie doch voraus, in ganz unterschiedlich strukturierten Ländern mit verschiedenen motivierten Landesparteien von Erfolg zu Erfolg zu eilen.

Im Prinzip war diese Strategie nach der Niedersachsen-Wahl noch nicht gescheitert. Die absolute Mehrheit der CDU, die 6% verlor, war gebrochen und die SPD hatte über 5% zugelegt. Aber die Strategie scheiterte tatsächlich mit dem Ergebnis der Niedersachsen-Wahl, weil die Bundestagswahlkampfleitung der SPD es widerstandslos hinnahm (manche behaupten sogar: mit beförderte), dass die CDU dieses für sie im Grunde katastrophal schlechte Ergebnis publizistisch als einen rauschenden Erfolg interpretierte. Damit war die Etappenstrategie schon vor den verheerenden SPD-Ergebnissen in Bayern und Hamburg erledigt – und im Grunde die Rausche Kanzlerkandidatur.

II. Aufstieg und Krise der SPD in Niedersachsen 1983-2003

Umso fahrlässiger erscheint es im Nachhinein, dass die Bundestagswahlkampfleitung nicht alles ihr mögliche tat, um die Wahl in Niedersachsen umzudrehen. Wenn man bedenkt, dass nur 20.000 Stimmen fehlten, um die Regierung Albrecht zu stürzen, mutet es seltsam an, dass die niedersächsische SPD der „Rot-Grünes-Chaos“-Kampagne der CDU und ihrem massiven Einsatz finanzieller Mittel in den letzten 14 Tagen des Niedersachsenwahlkampfes nichts entgegenzusetzen konnte und ohne nennenswerte Unterstützung blieb. 3 bis 4 Werbemillion durch die Bundespartei in den letzten 10 Tagen wären in Niedersachsen wahrscheinlich besser – auch für Rau – angelegt gewesen als in der heißen Phase des Bundestagswahlkampfes. Denn die Ablösung Albrechts hätte in der Tat die Ablösung des Kanzlers Kohl und einen Erdbeben im Unionslager auslösen können. Insofern war Niedersachsen in der Tat entscheidend: Es hätte die politische Landschaft der Republik verändern können. Johannes Raus rot-grüne Phobie hat dies mit verhindert.

2. Oppositionsarbeit im Landtag 1986–1990

Nach vier Plenarwochen des am 15. Juni 1986 gewählten niedersächsischen Landtags war eines sicher: Die Landespolitik war wieder spannend geworden. Das lag zum einen an der knappen Ein-Stimmen-Mehrheit, über die die neu gebildete CDU/FDP-Regierung im Parlament verfügte, und die sie nicht immer auf die Beine würde bringen können. Das lag zum anderen an der Härte, mit der die SPD-Opposition und der Fraktionsvorsitzende Gerhard Schröder im Plenum auftraten.

In der Debatte um Asylpolitik kam es zu einem harten Rededuell zwischen Gerhard Schröder und Ernst Albrecht. Ebenso bei der Diskussion um die Errichtung eines 11. parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der die Hintergründe um das so genannte *Celler Loch* ausleuchten sollte. Nach Schröders Anfangssatz – *„Der Untersuchungsausschuss ist notwendig geworden, weil der Ministerpräsident einen Bombenanschlag auf die Strafvollzugsanstalt in Celle veranlasst hat und der begründete Verdacht besteht, dass damit gegen Gesetz und Verfassung verstoßen worden ist“*, verlor der sonst stets lächelnde Ministerpräsident die Contenance: *„Die politische Brunnenvergiftung haben wir erst, seitdem Sie in diesem Landtag Oppositionsführer sind“*, rief er Schröder zu und spielte die verfolgte Unschuld, obwohl er sich im Wahlkampf des *„Feuerzaubers“* in Celle noch ausdrücklich rühmte.

Vollends vorbei war es mit Ernst Albrechts Beherrschung, als denn der Landtagspräsident Blanke (CDU) eine Mehrheit für SPD und GRÜNE feststellte. *„Das ist eine Unverschämtheit“*, wurde der Landtagspräsident vom Ministerpräsidenten

2. Oppositionsarbeit im Landtag 1986–1990

ten angeschrien. Eine Äußerung, für die sich Albrecht in der nächsten Sitzungswoche vor dem Parlament entschuldigen musste.

Offenkundig hatte Ernst Albrecht noch nicht begriffen, dass er nicht mehr wie bisher im halbfeudalen Stil weiterregieren konnte. Er musste sich im Koalitionsausschuss mit der FDP herumärgern. Er wurde im Landtag hart angegriffen. Selbst der landespolitische Redakteur der nun wahrhaftig nicht SPD-geneigten *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* meinte, bei Ernst Albrecht Amtsmüdigkeit feststellen zu können. In der Sonderbeilage zum 40jährigen Bestehen des Landes Niedersachsen stellte Hans-Peter Sattler fest: „Seine einst so ausgeprägte Lust am Regieren scheint spürbar nachgelassen zu haben. Ob der Grund dafür auch in den landespolitischen Schwierigkeiten zu suchen ist, die nicht kleiner werden wollen? Der wirtschaftliche Silberstreif, den Albrecht an den Horizont zu zaubern verstand, verschwindet immer weiter hinter finanz-, struktur- und konjunkturpolitischen Nebelbänken.“

Für die Landesregierung war das Jahr nach der Landtagswahl ein Jahr der Enttäuschungen, der Rückschläge von teilweise desaströsem Ausmaß. Die Opposition zog folgende – unvollständige – Bilanz:

- Das Gaunerstück um die Celler Bombe stand weiter auf dem Spielplan; es gab die Grotteske, dass weltweit eine Gewürzmischung als Sprengstoff hochgejubelt wurde. Das war niedersächsische Rechts- und Innenpolitik.
- Die Städte und Gemeinden mussten die Fehlplanungen, ja die Renommiersucht dieser Regierung – z. B. der Schlosskauf im Solling – bezahlen. Kommunen ohne Geld, ihre Aufgaben zu erfüllen, das war die Politik des Innenministers.
- Nach der Wahl wurde das NAFöG umgehend einkassiert. Stattdessen wurde über Eliteklassen diskutiert. Die Schülerinnen und Schüler wehrten sich. Das war die Bilanz der Schulpolitik.
- Studiengebühren, der Abschied vom *Forschungsland-Gerede*, das Desaster um Vechta. Eine Hochschulpolitik gab es in diesem Lande nicht. Wohl begründet beklagten die Hochschulen den Vertrauensverlust. Eine konzeptionslose Regierung machte auch ihnen Planung unmöglich.
- Birgit Breuel, die Finanzministerin, würde so nicht weiterstümpfern können. Schon der zweite Nachtragshaushalt, der die Neuverschuldung auf weit über 3,2 Mrd. DM anhob, musste verabschiedet werden. Und wie hatte sie vor Monaten noch getönt: Von „*absoluter Schmerzgrenze*“ war die Rede bei 3 Milliarden Neuverschuldung. Diese Grenze wurde jetzt weit überschritten. Die Mittelfristige Finanzplanung war ohnehin schon das Papier nicht mehr wert, auf dem sie stand.

II. Aufstieg und Krise der SPD in Niedersachsen 1983-2003

- Vom Aufsteigerland redete nicht einmal der Wirtschaftsminister mehr. Im Gegenteil, er beklagt in der *Wirtschaftswoche*, dass der Anteil Niedersachsens an den öffentlichen Inlandsaufträgen von Bundeswehr, Bundesbahn, Bundespost und an den Forschungsaufgaben des Bundes weit unterdurchschnittlich sei. Niedersachsens Wirtschaftspolitik bestand im Notieren der Konkurse: von der Jansen-Werft in Leer bis zum Erzbergwerk in Bad Grund.
- Und der nun nicht mehr ganz so taufrische Umweltminister? Inhaltlich erlebten wir eine konzeptionslose Flickschusterei – beim Giftmüll, beim Naturschutz, bei der Endlagerung radioaktiver Abfälle. Und in der Öffentlichkeit – und leider auch im Parlament – gefiel sich Werner Remmers als Pausenclown des Kabinetts. Wie ein begossener Pudel stand Umweltminister Remmers in der Buschhaus-Debatte des Landtages da. Er musste eingestehen, das Ministerium sei sehr wohl informiert worden. Doch auf welcher Ebene die Briefe der Bezirksregierung mit den Hinweisen auf das Versagen der Rauchgasentschwefelungsanlage in Buschhaus hängen blieben, dass konnte er auch nach 10 Tagen noch nicht feststellen.
- Dem allen präsierte Ernst Albrecht. Ein Mann, dem die Chimären der CDU-Ideologie wie die Steuerreform wichtiger waren als die Interessen des Landes. Amtsmüde, wie Journalisten meinen. Ohne Kraft. Im Amt wohl zu förderst, weil ein Wechsel bei einer Ein-Stimmen-Mehrheit zu risikoreich erschien.

Vor dem Hintergrund der desolaten Situation im Lande war es kein Wunder, dass der angestaute Unmut der CDU-Basis sich auf dem Parteitag am 3. Oktober 1987 in Fallingb. entlud. Die niedersächsische Presse berichtete vom „*Aufstand der Fundis*“. Der Überdruck des Unmuts suchte sich ein bizarres Ventil: die Orientierungsstufe. Einst von Sozialdemokraten eingeführt, von der CDU-Regierung weiter betrieben, war sie den Erzkonservativen schon lange ein Dorn im Auge. Elite hieß ihr Schlüsselbegriff, nicht Chancengleichheit. In dieser Frage drohte der Parteitag aus den Fugen zu geraten. Erst mehrmalige Interventionen von Albrecht und Hasselmann und das Entgegenkommen, zu diesem Thema im kommenden Jahr einen Sonderparteitag durchzuführen, ließ die Parteiführung so eben noch mit 182 : 165 Stimmen die Oberhand behalten. Es gab übrigens 700 Delegierte; nur die Hälfte aller CDU-Parteitagsmandate wurde also überhaupt wahrgenommen. Auch dies war ein Beleg für die miese Stimmung in der christlichen Partei.

3. Rot-Grün regiert 1990-1994

3.1. Der Wahlsieg vom 13. Mai 1990

Wahlberechtigte	Wahlbeteiligung	Abgegebene gültige Stimmen	SPD	CDU	GRÜNE	FDP
5 712 613	74,6 %	4 216 296	44,2 %	42,0 %	5,5 %	6,0 %
Mandatsverteilung: (Sitze)			71	67	8	9

Der Wahlsieg der SPD am 13. Mai war für viele überraschend gekommen. CDU und FDP hatten sich völlig auf Sieg eingestellt. In ihren Reihen herrschte blankes Entsetzen. Ebenso überrascht war die weit überwiegende Mehrheit der *veröffentlichten Meinung*. Ein Beispiel: 1986 erschien der *SPIEGEL* erst am Nachmittag des Montags nach der Wahl mit aktuellen Berichten über den Wahlausgang – weil die *SPIEGEL*-Redaktion einen Sieg der SPD und damit eine veränderte Bundesratsmehrheit für nicht unwahrscheinlich hielt. 1990 machte der *SPIEGEL* business as usual – und die gekippte Bundesratsmehrheit war ebenso wie der Wahlsieg der Niedersachsen-SPD keinen Artikel wert. Wurden 1986 der enorme Zuwachs der SPD um fast 6 % und die drastischen Verluste der CDU als Sieg Ernst Albrechts interpretiert und somit die Chancen der Bundes-SPD geschmälert, so wurde 1990 die Ablösung Ernst Albrechts durch Gerhard Schröder und die so entstandene Bundesratsmehrheit der SPD-geführten Länder publizistisch eher am Rande wahrgenommen – trotz der Überraschung über den Wahlerfolg der SPD: verkehrte Welt!

Nach dem 13. Mai glaubte kaum jemand daran, dass es rasch zur Bildung einer Regierungskoalition kommen könnte. Doch wieder gab es eine Überraschung. Die FDP bekräftigte ihre Ablehnung, überhaupt nur Gespräche mit der SPD zu führen. Den GRÜNEN machte die SPD das Angebot, über eine Koalition zu verhandeln. Und siehe da: nach 3 Wochen war der 121-seitige Koalitionsvertrag ausgehandelt. Der SPD-Landesvorstand stimmte einmütig zu; die grüne Landesversammlung am 16. Juni mit klarer Mehrheit.

Die vorerst letzte Überraschung gab es bei der Wahl Gerhard Schröders zum Niedersächsischen Ministerpräsidenten am 21. Juni. Schröder erhielt – zum ersten Mal seit 1970 geschah das – alle 79 Stimmen der Koalition. Je 2 Abgeordnete der Opposition enthielten sich oder stimmten ungültig.

Wer das Innenleben der SPD-Niedersachsen nicht kennt, kann sich nicht vorstellen, was das – vor allem für die alt gedienten Genossinnen und Genossen – bedeutete: Nämlich nichts weniger als die Überwindung der traumatischen

II. Aufstieg und Krise der SPD in Niedersachsen 1983-2003

Erlebnisse von Anfang 1976. Zur Erinnerung: Anfang 1976 wurde Niedersachsen von einer SPD/FDP-Koalition regiert, die über eine Stimme Mehrheit im Landtag verfügte. Ministerpräsident Alfred Kubel trat in der Mitte der Legislaturperiode zurück, Helmut Kasimier sollte sein Nachfolger werden. Doch bei der geheimen Wahl fehlten der Regierungskoalition drei Stimmen. Bis heute ist ungeklärt, wer auf diese Weise Ernst Albrecht, den wirtschaftspolitischen Sprecher der CDU, zum Ministerpräsidenten zuerst eines CDU-Minderheitenkabinetts und später einer CDU/FDP-Koalition machte. Zuletzt fehlte beim konstruktiven Misstrauensvotum gegen Albrecht im Dezember 1988 eine Stimme aus den Reihen der Oppositionsparteien SPD und GRÜNE.

Jetzt also, am 21. Juni 1990, war es geschafft, das Trauma der fehlenden Stimmen beseitigt und nach 14 langen Oppositionsjahren stellte die niedersächsische SPD mit Gerhard Schröder wieder den Ministerpräsidenten. Die neue Landesregierung hielt Minuten nach Ihrer Vereidigung bereits die erste Kabinettsitzung ab. Es galt, die Haltung zum Staatsvertrag mit der DDR festzulegen, über den am gleichen Nachmittag im niedersächsischen Landtag diskutiert und am Tage darauf im Bundesrat entschieden wurde. Die SPD-geführten Bundesländer setzten im Bundesrat eine Resolution durch, die einer vernichtenden Kritik des Staatsvertrages gleichkam. Dennoch stimmten sie – bis auf das Saarland und Niedersachsen – schließlich zu.

In seiner Jungfernrede vor dem Bundesrat erläuterte Gerhard Schröder, noch keine 24 Stunden im Amt, die Gründe für die Nicht-Zustimmung Niedersachsens. Es gehe bei der Entscheidung um den Staatsvertrag allein darum, ob er ein taugliches Instrument zur Herstellung von Einheit sei oder eben nicht. Neben den unrealistischen Erwartungen und den unwägbareren Risiken betonte er insbesondere, dass durch die Zustimmung zum Staatsvertrag *„die kerntechnischen Anlagen in der DDR, speziell auch ein Endlager für schwach- und mittelradioaktiven Müll ganz nahe bei Helmstedt, auf zehn Jahre“* genehmigt seien, *„ohne dass wir Interventionsmöglichkeiten zum Schutze der Menschen in und um Niedersachsen hatten.“*

In der erwähnten ersten Kabinettsitzung wurde auch die stufenweise Einführung der Lernmittelfreiheit beschlossen, mit der die Eltern in Niedersachsen endlich denen in allen anderen Bundesländern gleichgestellt wurden. Und schon in seiner Regierungserklärung am 27. Juni konnte Gerhard Schröder nicht nur Vorhaben beschreiben, sondern auch Kabinettschlüsse vorstellen, die die Politik der kommenden Jahre verdeutlichten.

Neben der Einführung der Lernmittelfreiheit wurde sofort eine weitere Wahlzusage umgesetzt; die von der alten Landesregierung vorgesehene Streichung von Lehrerstellen wurde gestoppt; 600 Lehrerinnen und Lehrer wurden

3. Rot-Grün regiert 1990-1994

noch für das Schuljahr 1990/91 neu eingestellt, um den katastrophalen Unterrichtsausfall zu mildern; in Zukunft sollen jährlich eintausend Lehrkräfte neu in den Landesdienst aufgenommen werden. Bereits in der zweiten Kabinettsitzung wurde der Radikalenerlass aufgehoben; die Regelanfrage war in Niedersachsen abgeschafft. Ein erstes Signal im Bereich des Tierschutzes war der Erlass, bei der Intensivmast von Flugenten das Amputieren von Schnäbeln und Krallen zu verbieten.

Es war ein guter Start der neuen SPD-geführten Landesregierung. Im ganzen Land war die Stimmung spürbar anders geworden. Viele Menschen waren mutiger und hoffnungsvoller. Aber sie richteten auch große Erwartungen an eine neue Politik. Diese Erwartungen durften nicht enttäuscht werden. Das wusste die niedersächsische SPD, das wusste das Kabinett. Gerhard Schröder hatte das am Schluss seiner Regierungserklärung so formuliert: *„Basis unserer Arbeit sind eine nüchterne Analyse und Bestandsaufnahme des Zustandes unseres Landes sowie die Gewissheit, dass die Wählerinnen und Wähler für Niedersachsen am 13. Mai eine neue Politik verlangt haben, eine Reformpolitik, die wir in der vor uns liegenden Legislaturperiode auch in politische Wirklichkeit umsetzen werden. Auf die Festigkeit dieser Regierung und der sie tragenden Koalition kann sich jeder getrost verlassen. Auch auf ihren Willen, das Notwendige zu tun, kann sich jeder verlassen. Niemand sollte diesen Willen unterschätzen. (...) Vor allem aber wissen wir: Ohne die Vision von einer gerechteren Gesellschaft und ohne die dafür engagierten Menschen ist unsere Reformpolitik nicht durchzusetzen. Wir wollen gewiss eine Politik für die Menschen in Niedersachsen machen, aber vor allem wollen wir eine mit ihnen machen.“*

Die berühmte *Chemie* zwischen den handelnden Personen auf der Ebene der Landesregierung ebenso wie auf der Ebene der Fraktionen stimmte. Dies hing vor allem mit dem sehr hohen Informations- und Kommunikationsfluss zusammen. Man verstand sich. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Johann Bruns hatte in der *Ostfriesenzeitung* geschrieben: aus der Vernunftetehe sei inzwischen Liebe geworden. Ministerpräsident Gerhard Schröder hatte das so formuliert: *„Neben unserer Vereinbarung, Konflikte erst einmal intern auszutragen, sehe ich einen wichtigen Faktor darin, Politik als kommunikativen Prozess zu begreifen. Ich muss viele Gespräche führen, nicht nur mit Abgeordneten, sondern auch mit ihren Mitarbeitern. Der kommunikative Kraftaufwand ist ungleich höher als in jeder anderen Konstellation. Aber Politik, und das habe ich gelernt, ist Kommunikation. Wenn sie es nicht ist, geht sie schief.“*

II. Aufstieg und Krise der SPD in Niedersachsen 1983-2003

3.2. Erfolgreiche Halbzeitbilanz

In den zentralen politischen Themenfeldern ist von der Regierung gute Arbeit geleistet worden. Für die Sozialpolitik hieß das, dass es trotz der Kürzungen von Bundesmitteln beim Wohnungsbauprogramm von 60.000 Einheiten in vier Jahren geblieben ist; und das waren Wohnungen, deren Mieten auch bezahlbar blieben. Die neue Institution des Behindertenbeauftragten war kein Alibi. Die Situation in den Behindertenwerkstätten konnte spürbar verbessert werden. Für mehr Altenpflegerinnen und Altenpfleger wurden 1991/92 120 Millionen DM ausgewiesen und das Arbeitsmarktprogramm 1991 konnte mit über 70 Millionen DM ausgestattet werden. Über die Versöhnung von Ökologie und Ökonomie wurde nicht nur geredet, es wurde gehandelt. In Zusammenarbeit mit den Umweltverbänden wurde eine umweltverträgliche Lösung für den Hafenausbau durch Nutzung der Industriebrache *Amerikahafen* in Cuxhaven gefunden, und die ursprüngliche, Natur verbrauchende Variante verworfen. Dieser Vorgang stand beispielhaft für den sicher nicht einfachen, aber immer lohnenden breiten gesellschaftlichen Diskurs, den die rot-grüne Landesregierung in allen Bereichen anstrebte.

Im Energiebereich wurde der Ausstieg aus der Atomenergie engagiert weiter verfolgt. Auch dazu gehörte die Diskussion vor Ort (in Gorleben, in Salzgitter), die die Kabinettsmitglieder mit den Betroffenen führten. Im Übrigen sollten über einen neu gegründeten Ökologiefonds innerhalb der Legislaturperiode 250 Millionen DM in Umweltprojekte fließen; die neue, vom Land Niedersachsen und der VEBA gemeinsam gegründete Energieagentur beriet mit großem Erfolg Kommunen und Betriebe zu Problemen der Energieeinsparung und der rationellen Energienutzung.

3.3. Wechsel im Vorsitz des SPD-Bezirks Hannover

Die Neuwahlen des Vorstandes und das Thema Europa sowie die Nominierung der Kandidatinnen und Kandidaten für das Europaparlament standen ursprünglich im Mittelpunkt des Ordentlichen Parteitages des SPD-Bezirks Hannover am 5. und 6. Juni 1993 in Hameln. Nun aber stand die Rede des scheidenden Vorsitzenden Gerhard Schröder im Zentrum der Aufmerksamkeit, von dem die zahlreich vertretenen Journalisten eine Grundsatzrede (in der er seine Vorstellungen über das von ihm angestrebte Amt des Parteivorsitzenden und des Kanzlerkandidaten der SPD darlegt) erwarteten. Für den Bezirk Hannover jedoch bedeutet der Wechsel im Vorsitz eine Zäsur. Nach knapp 10 Jahren gab Gerhard Schröder dieses Amt an Wolfgang Jüttner ab. Bereits vor 20 Jahren, 1973, war Jüttner Gerhard Schröder nachgefolgt: damals in das Amt des Juso-Bezirksvorsitzenden. Die Kontinuität wurde also gewahrt.

Bereits in den letzten beiden Jahren erledigte der stellvertretende Bezirksvorsitzende Jüttner die Tagesarbeit für den Vorsitzenden. Jetzt übernahm der 45jährige Landtagsabgeordnete aus Hannover eines der wichtigsten Ämter nicht nur in der niedersächsischen SPD. Der Bezirk Hannover war mit über 50.000 Mitgliedern der mit Abstand größte SPD-Bezirk in Niedersachsen und der fünftgrößte in der Bundesrepublik Deutschland. Seinen Einfluss hatte er aber nicht nur der schlichten Größe zu verdanken. Er leitete sich vielmehr auch immer wieder von den lange Zeit amtierenden Vorsitzenden ab.

Dies begann mit Egon Franke, der seit Beginn der 1950er Jahre bis 1970 Bezirksvorsitzender war und gemeinsam mit seinem Geschäftsführer Hans Striefler den Bezirk und den Landesverband prägte. Das setzte sich fort mit dem ganz anders gearteten Peter von Oertzen, der von 1970 bis 1983, also 13 Jahre lang, die Arbeit des Bezirks entscheidend gestaltete und vor allen Dingen wichtige Impulse in der Theoriediskussion innerhalb des Bezirks und auch in der Bundespartei gab (so war er Vorsitzender der Anfang der 70er Jahre arbeitenden Kommission Orientierungsrahmen '85 der SPD). Und das setzte sich nicht zuletzt mit Gerhard Schröder fort, der mit der Hausmacht des Bezirks Hannover im Rücken die niedersächsische SPD wieder in die Regierungsverantwortung zurückbrachte, die sie 1976 verloren hatte. Eine der wichtigsten Aufgaben des neuen Vorsitzenden Jüttner war es, den Zusammenhalt des doch sehr heterogenen und flächenmäßig großen Bezirks zu garantieren. Es ist nicht immer einfach, die Interessen etwa der ländlichen Gebiete in der Lüneburger Heide mit denen der Universitätsstadt Göttingen oder der Landeshauptstadt Hannover in Einklang zu bringen. Doch war das Jüttner in seiner zweijährigen Amtszeit als stellvertretender Vorsitzender schon gut gelungen.

3.4. Die niedersächsischen Parteien im Wahlkampf-Endspurt

Am 13. März starteten die Niedersachsen als Erste in das Superwahljahr 1994. Die Landtagswahl eröffnete den Reigen der insgesamt 18 Wahlgänge zu Kommunalvertretungen, Landtagen und zum Europäischen Parlament, der schließlich mit der Bundestagswahl im Oktober seinen Abschluss fand.

Seit Monaten waren die veröffentlichten Umfrageergebnisse stabil, wobei die bis zu 35% Unentschlossenen die Ergebnisse der so genannten Sonntagsfrage relativierten. Die SPD lag mit 43 bis 45%-Punkten deutlich vor der zweitstärksten Partei, der CDU, die sich im Bereich um 35% bewegte. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lag mit 8 bis 9% klar vor der FDP, die sich der 5%-Grenze näherte. Rechtsradikale Parteien brachten es insgesamt auf etwa 5%. Zwar brächtige es eine STATT-Partei auf bis zu 17% Sympathisanten – eine solche Partei war aber in Niedersachsen nicht in Sicht. Mehrere lokale Gründungen wollten sich

II. Aufstieg und Krise der SPD in Niedersachsen 1983-2003

zwar so nennen, doch lagen sie in juristischen Auseinandersetzungen untereinander und mit der Hamburger STATT-Partei.

Der neue und junge Spitzenkandidat der CDU, Christian Wulff, war bisher merkwürdig blass geblieben. Das mag auch an den heftigen Auseinandersetzungen in der niedersächsischen Union gelegen haben, deren Nachbeben immer noch zu spüren waren. So waren zwei Landtagskandidaten, eine Frau und ein Mann, von ihrer Kandidatur zurück- und aus der CDU ausgetreten, weil sie einen schlechten Listenplatz erhielten. Es grummelte wegen der Überrepräsentanz von Katholiken im Wulffschen Schattenkabinett. Die Frauen-Union war mehr als verärgert über die mangelnde Repräsentanz auf den Spitzenplätzen der Landesliste. Und der amtierende Fraktionsvorsitzende Jürgen Gansäuer hatte aus seinem Vorhaben keinen Hehl gemacht, nach einer für die CDU verlorenen Landtagswahl weiter Fraktionsvorsitzender bleiben zu wollen.

Demgegenüber zeigte sich die SPD geschlossen. Ihr Wahlkampf-Slogan „*Sozial und Gerecht*“ intoniert das Hauptthema der Sozialdemokraten: Arbeit, Arbeit und nochmals Arbeit. Seit Monaten war Ministerpräsident Gerhard Schröder im Lande unterwegs, um Arbeitsplätze zu retten und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Es gab wohl keinen größeren Betrieb in Niedersachsen, den er im letzten 3/4 Jahr vor der Wahl nicht besucht hätte. Bundespolitische Aufmerksamkeit fand sein Engagement für die Arbeitsplätze des DASA-Werkes in Lemwerder sowie das Modell der 4-Tage-Woche des Volkswagenkonzerns, das er als Mitglied des Aufsichtsrats mit aus der Taufe gehoben hatte. Im Übrigen wollte die SPD im Wahlkampf mit ihren Leistungen im Bereich der Bildungspolitik – u. a. Lernmittelfreiheit, Neueinstellungen von Lehrerinnen und Lehrern, Schaffung von Kindergartenplätzen – sowie mit dem im Ländervergleich einmaligen Wohnungsbauprogramm der Landesregierung wuchern.

Im beginnenden Wahlkampf versuchte BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zwar, das politische Profil zu schärfen und auch begrenzte Konflikte mit dem großen Koalitionspartner zu fahren. Aber diese Regierungskoalition hatte im Großen und Ganzen ziemlich reibungslos funktioniert; und die grüne Landesdelegiertenkonferenz hatte sich auch für eine Fortsetzung der Koalition ausgesprochen. Demgegenüber setzte sich die FDP immer deutlicher von der CDU ab und begann, der SPD Avancen zu machen. Ihre führenden Politiker sahen natürlich, dass es mit einer CDU, die landespolitisch nichts Nennenswertes auf die Beine gebracht hatte und die bundespolitisch im Abwärtstrend war, schon rein numerisch nicht zur Bildung einer schwarz-gelben Koalition reichen würde – falls die FDP wieder in den Landtag kommen sollte.

Ministerpräsident Gerhard Schröder, auf den der Wahlkampf der SPD zu großen Teilen zugeschnitten war, hatte allen Spekulationen über die künftige Re-

3. Rot-Grün regiert 1990-1994

gierungsbildung ein Ende bereitet. In der Tat war die Haltung der SPD völlig eindeutig: Am besten sei es, die SPD könnte mit der Mehrheit der Mandate im niedersächsischen Landtag allein regieren. Eine solche Alleinregierung war angesichts der zitierten Umfragezahlen in der Tat keine Utopie mehr, sondern eine reelle Chance. Koalitionen, so Gerhard Schröder, seien immer nur eine zweitbeste Lösung; die beste zweitbeste Lösung aber sei eine Fortsetzung der rot-grünen Koalition.

Die SPD stand in seltener Geschlossenheit hinter ihrem Spitzenmann Gerhard Schröder; die Wahlveranstaltungen waren größtenteils überlaufen wie zu besten „Willy wählen!“ – Zeiten und die Genossinnen und Genossen in den Ortsvereinen und Unterbezirken waren so motiviert, dass es sogar den Ruhrgebiets-Verwöhnten Rudolf Dreßler bei seinen Wahlkampfauftritten überraschte. Noch eines kam hinzu: die Wahlwerbemittel der SPD vom Großflächenplakat bis zum Handzettel schlugen die der CDU nach Meinung aller Fachleute und so ziemlich aller Medien um Längen.

Ministerpräsident Gerhard Schröder ist mit über 120 Wahlveranstaltungen, zahllosen Betriebsbesuchen und Zielgruppenveranstaltungen im ganzen Lande präsent gewesen. Er hatte diesem Wahlkampf zweifelsohne seinen Stempel aufgedrückt. Bei der Frage, wen die Niedersachsen wählen würden, führte er mit weitem Vorsprung vor seinem Herausforderer.

Auch wenn die Zahl der Unentschlossenen in den Meinungsumfragen noch bei 30 Prozent lag, die Tendenz war seit einem Jahr stabil: die SPD lag bei allen Instituten um mindestens 6% vor der CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hatten sich bei 7 Prozent eingependelt, die FDP bei 5 Prozent, die *Republikaner* lagen unter 5 Prozent, alle anderen Parteien – auch die STATT-Partei – ebenfalls. Bei einem solchen Wahlergebnis lag in der Tat die absolute Mehrheit der Mandate für die Sozialdemokraten in Reichweite. Diese Aussicht motivierte die Genossinnen und Genossen zwischen Elbe und Ems, in den letzten Tagen vor der Wahl noch eine zusätzliche Kraftanstrengung zu erbringen. Gerhard Schröder brachte das in jeder seiner Veranstaltungen auf den Punkt: „*Wer, wenn nicht wir; wann, wenn nicht jetzt!*“

4. Alleinregierung der SPD seit 1994

4.1. Wahlergebnis vom 1. März 1994

Wahlberechtigte	Wahlbeteiligung	Abgegebene gültige Stimmen	SPD	CDU	GRÜNE	FDP
5 851 720	73,8 %	4 249 021	44,3 %	36,4 %	7,4 %	4,4 %
Mandatsverteilung: (Sitze)			81	67	13	-

Ministerpräsident Gerhard Schröder und die SPD hatten ihr hochgestecktes Wahlziel – die absolute Mehrheit der Mandate – erreicht. Im neuen Landtag standen 81 Abgeordneten der SPD 67 der CDU und 13 von den GRÜNEN gegenüber.

Zwei weitere Aspekte dieser ersten Wahl im *Superwahljahr 1994* verdienen, besonders hervorgehoben zu werden: zum einen die für eine Landtagswahl hohe Wahlbeteiligung von 73,8%, die nur geringfügig unter der der Wahl 1990 lag; zum anderen der Misserfolg der *Republikaner*, die deutlich den Einzug in das Parlament verpassten.

Die größte Enttäuschung herrschte bei der FDP. Sie scheiterte mit nur 4,4% an der Fünf-Prozent-Hürde; und das zum zweiten Mal in Folge, denn auch bei der Hamburger Bürgerschaftswahl Herbst 1993 erteilten ihr die Wähler die gleiche Abfuhr. Die GRÜNEN dürften das Ergebnis mit einem weinenden und einem lachenden Auge betrachten. Mit 7,4% erreichten sie ihr bestes Ergebnis in Niedersachsen und legten fast 2% zu. Doch trotz dieses Erfolges schied sie aus der Regierungsverantwortung aus. Die CDU tröstete sich damit, dass alles noch viel schlimmer hätte kommen können. Jedoch hatte sie mit einem Verlust von 5,6% nur noch 36,4% an Wählerstimmen für sich mobilisieren können.

Ungetrübte Freude hingegen konnten die Sozialdemokraten genießen. Sie konnten jetzt allein regieren. Gerhard Schröder wies am Wahlabend darauf hin, dass die erfolgreiche Politik nun *effizienter*, weil ohne die in einer Koalition nun einmal vorhandenen Abstimmungsprozeduren, fortgeführt werden könne. Er lobte aber auch den bisherigen Koalitionspartner: *„Die GRÜNEN haben mich nie an Industriepolitik gehindert, haben mich nie daran gehindert, mich für die Sicherung von Arbeitsplätzen einzusetzen. Die Zusammenarbeit war gelegentlich schwierig, aber doch erfolgreich. Auch menschlich gesehen war die Zusammenarbeit in der Koalition in Ordnung.“*

Die politische Landkarte Niedersachsens jedenfalls hatte sich kräftig gewandelt. 81 von 100 Wahlkreisen eroberte die SPD. Ihr Erfolg in Niedersachsen dürfte nicht zuletzt daran gelegen haben, dass sie sowohl ihre eigenen Anhänger zu mobilisieren verstand als auch großen Zulauf aus dem Nichtwählerbe-

4. Alleinregierung der SPD seit 1994

reich rekrutieren konnte. Das gelang, weil die Themen Arbeit und Bildung das Regierungshandeln ebenso bestimmten wie die Wahlkampfauseinandersetzung. Und weil mit Gerhard Schröder ein anerkannter und kompetenter Ministerpräsident eine hoch mobilisierte Niedersachsen-SPD repräsentierte.

Die Führungen der neuen Fraktionen im 13. Niedersächsische Landtag wurden von allen drei im Landtag vertretenen Parteien sehr schnell bestimmt. Vorsitzender der SPD-Fraktion wurde der vorherige Chef der Staatskanzlei Wolf Weber; in der CDU-Fraktion setzte sich in einer Kampfabstimmung gegen den bisherigen Fraktionsvorsitzenden Jürgen Gansäuer der Spitzenkandidat Christian Wulff durch; die GRÜNEN wählten mit Andrea Hoops erneut eine Frau an die Spitze ihrer Fraktion. Auch weitere Entscheidungen wurden von der SPD-Führung rasch getroffen. So wurde das Ministerium für Bundes- und Europangelegenheiten, bisher von dem grünen Minister Jürgen Trittin geleitet, aufgelöst und seine Aufgaben im Wesentlichen auf Innenministerium und Staatskanzlei konzentriert. Nachfolgerin der grünen Frauenministerin Waltraud Schoppe wurde die stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Christina Bührmann. Getreu dem Motto des Ministerpräsidenten „*Never change a winning team*“ blieben die SPD-Ministerinnen und -Minister einschließlich der parteilosen Wissenschaftsministerin Helga Schuchardt im Amt. Als neuer Chef der Staatskanzlei im Ministerrang wurde der langjährige parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, Willi Waike, Kabinettsmitglied.

Inhaltlich wollte die SPD-Alleinregierung im Wesentlichen an die Arbeit des ersten Kabinetts Schröder anknüpfen. Dabei sollte die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit weiterhin im Mittelpunkt stehen, ohne die Ökologie zu vernachlässigen. Weiteres zentrales Thema der neuen Legislaturperiode wurde die Arbeit an der Modernisierung der Landesverwaltung.

4.2. Niedersachsen als Orientierung für künftige Wahlkämpfe

Als sehr bemerkenswert wurde allgemein die relativ hohe Wahlbeteiligung gewertet. In der Tendenz war die Kommentierung fast einhellig: Niedersachsen könnte ein Zeichen für das Ende der Politikverdrossenheit gesetzt haben. Die Sozialdemokraten erreichten mit 44,3% 0,1% mehr als bei der vorangegangenen Landtagswahl und mit diesem Ergebnis durch das Scheitern von FDP, *Republikanern*, STATT-Partei und der zahlreichen anderen kleinen Parteien an der 5%-Hürde die absolute Mehrheit der Mandate. Insgesamt mobilisierte die SPD nur 16.000 Wählerinnen und Wähler mehr für sich als 1990. Es war ihr dabei vor allen Dingen gelungen, die eigene Anhängerschaft zur Wahl zu bewegen und darüber hinaus aus dem CDU-Lager sowie aus dem Nichtwählerbereich Zugewinne zu erzielen. Sie gab Stimmen ab an GRÜNE und *Republikaner* – so jedenfalls die Wählerstrom-

II. Aufstieg und Krise der SPD in Niedersachsen 1983-2003

Analysen. Im Übrigen gewann die SPD deutlich in den ländlichen Bereichen des Landes hinzu; diese Zugewinne wurden jedoch aufgezehrt durch teilweise massive Verluste in den urbanen Zentren Hannover, Göttingen und Osnabrück.

Während die SPD ihr Stimmenpotential halten bzw. leicht ausbauen konnte – zum ersten Mal übrigens in den Landtagswahlen der letzten Zeit – rutschte die CDU auf ihr schlechtestes Wahlergebnis seit drei Jahrzehnten ab. Sie verlor nach allen Seiten und sie verlor flächendeckend. Ein Teil ihrer Anhängerschaft dürfte sich in die Wahlenthaltung zurückgezogen haben, während ein anderer direkt zur SPD übergelaufen war. Dieter Oberndörfer, Gerd Mielke und Ulrich Eith beschreiben die Lage der CDU in ihrer Wahlanalyse (*Frankfurter Rundschau* vom 18. März 1994) wohl zutreffend wie folgt: *„Die Union scheint nunmehr in eine ähnliche Zwickmühle geraten zu sein wie vor einem Jahrzehnt die Sozialdemokraten. Es zeichnet sich deutlich ab: Auch im Bereich der CDU hat ein Wertewandel stattgefunden, der die politische Landschaft rechts von der Mitte zerteilt. Durch das Wählerpotential der Union zieht sich eine ideologische Trennlinie zwischen einem eher nationalkonservativen Segment und einer sozial engagierten und liberal orientierten Wählerschicht. Diese unterschiedlichen Wählergruppen waren so lange halbwegs bei der Stange zu halten, solange sich die SPD programmatisch und personell eher den weichen und postmaterialistischen Themen zugewandt hatte.“*

Eine bundespolitische Auswirkung des Ergebnisses der Wahl in Niedersachsen wurde schnell sichtbar. Die ersten Europawahl-Plakate der SPD warben mit dem Slogan *„Arbeit! Arbeit! Arbeit!“*. Diese Konzentration auf das Thema Arbeit zog sich auch deutlich spürbar durch den Entwurf des Regierungsprogramms, das der Bundesparteitag in Halle im Juni verabschiedete. Darüber hinaus hatten die – mit welcher Vorsicht auch immer – zu betrachtenden Wählerstrom-Analysen in Niedersachsen jedenfalls eines verdeutlicht: Es gibt nicht nur Wählerwanderungen innerhalb der so genannten Lager, also zwischen CDU und FDP einerseits und SPD und GRÜNEN andererseits. In Niedersachsen jedenfalls hatten sich solche Austauschprozesse seit langem zum ersten Mal in der Bundesrepublik ganz deutlich auch zwischen den Lagern vollzogen. Einen Grund dafür nennen Oberndörfer, Mielke und Eith in dem schon zitierten Aufsatz: *„Mit Schröder in Niedersachsen und Scharping im Bund ist jedoch für die Wähler ein programmatischer Schwenk der Sozialdemokraten sichtbar geworden, der die Union nunmehr in der politischen Mitte einer erhöhten Konkurrenz aussetzt. Die CDU ist dieser Konkurrenz nach rechts ausgewichen und hat dadurch dem Vordringen der SPD Raum gegeben. Unverhofft findet sie sich nun in einer Spagatstellung zwischen zwei gegensätzlichen Strömungen in der eigenen Anhängerschaft wieder, eine schmerzhaft Pose, die über ein Jahrzehnt einzunehmen das zweifelhafte Privileg der SPD gewesen war.“*

4.3. Die Situation der SPD 1997

Ist die SPD über den Berg? – so lautete die Frage, die vor der Landtags- und Bundestagswahl 1998 die Mitglieder bewegte. Diese Frage ließ sich mit „Ja“, genauso gut aber auch mit „Nein“ beantworten. Deshalb sollte besser anders gefragt werden: Was musste getan werden, was mussten die Sozialdemokraten tun, um fit zu sein für das Jahr 1998 mit Landtagswahl und Bundestagswahl; um die absolute Mehrheit im Niedersächsischen Landtag zu erhalten und den Machtwechsel – und damit den Politikwechsel – in Bonn zu schaffen?

Die SPD hatte nach dem Mannheimer Parteitag und mit dem Vorsitzenden Oskar Lafontaine unstrittig wieder Tritt gefasst. Sie lag in den meisten bundesweiten Umfragen nur noch wenige Prozentpunkte hinter der Union, in einigen sogar gleichauf, bei 36-40%. Das hatte nicht nur mit der katastrophalen Politik der Bundesregierung zu tun. Das hatte vor allem damit zu tun, dass das Erscheinungsbild der SPD klarer geworden war und Querelen in der Führungsspitze abgestellt wurden.

Fasst man die von verschiedenen Meinungsforschungsinstituten durchgeführten Befragungen zusammen, kristallisierten sich drei zentrale Erwartungen an die Parteien bzw. die Politik heraus:

- Führungsstil und Teamgeist
 - Zukunftskompetenz und Gestaltungswillen
 - Bürgernähe bzw. eine Partei zum Anfassen
- wurden gewünscht.

Was die erste Erwartung angeht – Führungsstil und Teamgeist – so war die Sozialdemokratie auf einem guten Wege. Was die Zukunftsfähigkeit und den Gestaltungswillen angeht, so machten die Umfragen deutliche Defizite aus: Die SPD bot noch keine Alternative zur Bundesregierung, sie war noch nicht die Partei, auf die sich die Hoffnungen der Menschen richteten. Zwar wurde anerkannt, dass die SPD gute Leute habe, aber die geringe wirtschaftliche Kompetenz, die der SPD zugemessen wurde, blieb in den Augen der Befragten bestehen. Nur bei der sozialen Kompetenz (Sozialstaatlichkeit, Familie, Beruf, Wohnung) lag die SPD im Vergleich mit der CDU/CSU eindeutig vorn. Aber auch hier wurde ihr kaum Zukunftsfähigkeit zugestanden. Bei der wirtschaftlichen Kompetenz führte mit weitem Vorsprung die CDU. Die wirtschaftliche Kompetenz wurde bei allen Befragten festgemacht am guten Verhältnis der CDU zur Wirtschaft bzw. zu den Wirtschaftsverbänden. Diese Kompetenz ist über Jahre hinweg gleich geblieben und hatte sich inzwischen völlig verfestigt. So kam es zu dem im Grunde paradoxen Ergebnis, dass in der Wahrnehmung der Wählerinnen und Wähler die SPD die Arbeitslosigkeit zwar bekämpft, die CDU aber die Arbeitsplätze schafft. Es gab in den Umfragen deutliche Mehrheiten für eine soli-

II. Aufstieg und Krise der SPD in Niedersachsen 1983-2003

darische und soziale Gesellschaft, die sich weitgehend mit den Vorstellungen der SPD deckten, während der CDU Kälte und Ellenbogenmentalität unterstellt wurde. Aber viele Leute wählten dennoch CDU, weil sie glaubten, dass Einschnitte und harte Sparmaßnahmen unvermeidbar seien und die CDU eben dieses Unvermeidliche tue, weil es getan werden muss. Man kann es sogar drastischer ausdrücken: Die CDU stand in den Augen der meisten Wählerinnen und Wähler für Zukunft, so dass das, was sie an harten Einschnitten vornahm, in den Augen der Leute Maßnahmen für eine sichere Zukunft waren.

Die beiden Oppositionsparteien GRÜNE und SPD hatten gleichfalls in den Augen der Wählerinnen und Wähler eine deutliche Funktion. Die GRÜNEN waren für sie die Hüter umweltpolitischer Belange, und die SPD wurde immer stärker reduziert auf eine Wächterfunktion für sozialpolitische Belange. Das ist der Grund, weshalb man auf die Frage „Ist die SPD über den Berg?“ auch mit „Nein“ antworten konnte.

In Niedersachsen setzte die SPD auf das Thema Arbeit. Sie hat deutlich gemacht, dass es zuallererst um diejenigen geht, die Tag für Tag in die Betriebe und Verwaltungen gehen, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen; es geht um die Sicherheit derer, die nach dem Arbeitsleben ihre Rente beziehen; und es geht um die jungen Menschen, die ihren Weg in das Arbeitsleben suchen und die dabei nicht allein gelassen werden dürfen.

Denn ein Zusammenhang war klar: Die Altersversorgung ist umso sicherer, je mehr Menschen Erwerbseinkommen haben, aus dem sie die Beiträge für die sozialen Sicherungssysteme entrichten. Und mehr Beschäftigung heißt schließlich auch: mehr Ausbildungsplätze. Deshalb stand auf den Kommunalwahlplakaten der Niedersachsen-SPD „*Erst die Arbeit...!*“

In den erwähnten Umfragen machten die Bürgerinnen und Bürger inzwischen auch in Bezug auf die Bürgernähe Defizite bei der SPD aus. Deshalb musste sie sich der Frage stellen: Wie muss eine moderne sozialdemokratische Volkspartei am Beginn des 21. Jahrhunderts aussehen? Kann die SPD die von Willy Brandt eingeforderte Integrationsleistung, nämlich das Schmieden ständig neuer sozialer Bündnisse, leisten und wie muss sie an diese Aufgabe herangehen? Wie kann die SPD sich den gesellschaftlichen Realitäten öffnen und die Menschen, die immer stärker individuell handeln, erreichen und mit ihnen politisch agieren? Das musste mit Sicherheit zu neuen Organisationsstrukturen in der haupt- und ehrenamtlichen Arbeit führen. Die Partei musste offener werden. Sie musste hingehen zu den Leuten.

Gelegentlich war zu lesen, die SPD wisse den Willen zur Macht nicht glaubwürdig zu verkörpern. Das war ein Vorurteil. Eine Partei, die in der übergroßen Mehrzahl der Bundesländer den Regierungschef oder die Regierungschefin stellt, die

5. Ausbau der absoluten Mandatsmehrheit 1998

weiß mit Regierungsmacht umzugehen. In der deutschen Wählerschaft gab es gute Voraussetzungen für die SPD, eine Wählerkoalition zu organisieren, die sowohl jene Wählerinnen und Wähler umfasst, für die soziale Gerechtigkeit ein zentrales Anliegen ist und bleibt – also die *Traditionswählerschaft* der SPD – als auch – und darum gab es eine harte Auseinandersetzung mit den GRÜNEN – die *neuen Mittelschichten*, die sich als modern und innovativ empfinden, aber auch Wert auf eine gesunde Umwelt legen. All diese Wählergruppen verbindet *Arbeit*; sie alle können mit diesem zentralen Thema erreicht werden.

5. Ausbau der absoluten Mandatsmehrheit 1998

Wahlergebnis vom 1. März 1998

Wahlberechtigte	Wahlbeteiligung	Abgegebene gültige Stimmen	SPD	CDU	GRÜNE	FDP
5 929 342	73,8 %	4 314 932	47,9 %	35,8 %	7,0 %	4,9 %
Mandatsverteilung: (Sitze)			83	62	12	-

Die SPD verbesserte ihren prozentualen Anteil deutlich auf knapp 48%. Da die FDP, wenn auch knapp, abermals an der 5%-Hürde scheiterte, errang die SPD eine satte Mehrheit von 83 Mandaten gegenüber 74 Mandaten von CDU und GRÜNEN. Besonders bemerkenswert am Wahlkampf war, dass es der SPD und vor allen Dingen dem Ministerpräsidenten Gerhard Schröder gelang, die Abstimmung auch zu einem Plebiszit über den Kanzlerkandidaten der SPD zu machen. Schröder selbst legte sich vor der Wahl fest: 46% seien für ihn die Messlatte für eine Kanzlerkandidatur.

Am sinnfälligsten wurde diese Strategie in einer riesigen Anzeige, die am Sonnabend vor der Wahl in den niedersächsischen Tageszeitungen erschien. Sie wurde, wie sich später heraus stellte, vom AWD-Chef Carsten Maschmeyer finanziert. In großen Buchstaben wurde in ihr gefordert: „*Ein Niedersachsen muss Kanzler werden!*“ Am oberen Rand standen die Porträtfotos der bisherigen Kanzler von Adenauer bis Kohl, jedes Bild mit dem gleich knappen Text unterschrieben: „*Kein Niedersachsen.*“ Die Botschaft war glasklar. Schröder muss Bundeskanzler werden und deshalb müssen ihn die Niedersachsen jetzt wählen.

Der Wahlkampagne der SPD gab dieses Momentum einen kräftigen Schub. Mitglieder und Anhänger wurden zusätzlich motiviert und aktiviert. Aber es appellierte eben auch an das Selbstbewusstsein, ja den Stolz der Niedersachsen. „*Einer von uns*“ kann es ganz nach oben schaffen. Die exzellenten Ergebnisse

II. Aufstieg und Krise der SPD in Niedersachsen 1983-2003

der Niedersachsen-SPD bei den drei folgenden Bundestagswahlen unterstrichen, dass sich dieser Appell an den *niedersächsischen Nationalstolz* in den Wahlurnen auszahlte.

Nach Ansicht der meisten Beobachter könnte das Mitentscheiden über die Frage der Kanzlerkandidatur für die SPD ein Plus von bis zu 5% ausgemacht haben. Nach diesem Wahlergebnis war Gerhard Schröder nicht mehr aufzuhalten. Noch am Wahlabend rief ihn der Parteivorsitzende Oskar Lafontaine an und begrüßte ihn mit den Worten „*Hallo, Kandidat!*“

Nach der Wahl Gerhard Schröders zum Bundeskanzler wählte der niedersächsische Landtag im November 1998 Gerhard Glogowski (von vielen Glogo genannt) zum Ministerpräsidenten.

6. Zwischentief: Rücktritt eines Ministerpräsidenten 1999

Tagebuchnotizen 20. November – 2. Dezember 1999 von Heinz Thörmer

Sonnabend, 20.11.99

Auf der Fahrt in die Stadt traf ich in der U-Bahn Konrad Keller, der seit der Landtagswahl 1998 sachsen-anhaltinischer Landwirtschaftsminister war. Er erzählte mir von Rundfunkmeldungen, nach denen Glogo außer der schon bekannten *Braunschweiger Edelsause* zur Verabschiedung des Stadtwerke-Chefs noch in weitere Geschichten verwickelt sei.

Es handelte sich, wie ich dann selbst nachmittags hörte, um eine Vorabmeldung der *Welt am Sonntag* (WamS). Ein Redakteur einer niedersächsischen Regionalzeitung war zur WamS gewechselt und hatte seine Einstandsgeschichte mitgebracht.

Nach dem, was Konrad erzählte und was der Rundfunk meldete, handelte es sich um irgendwelche Kleinigkeiten, die nur aus einem Grunde bedrohlich für Glogo werden könnten: er war vorbelastet, denn schon 1990 musste er – wegen eines opulenten Ausfluges der Braunschweiger Stadtwerke zum Münchener Oktoberfest – eine fünfstellige Geldbuße berappen.

Sonntag, 21.11.99

Die Lektüre der WamS bestätigt meine Vermutung. Vermutlich viel Geschrei um (fast) nichts. Grotesk allerdings das dort veröffentlichte Farbfoto: Glogo und Frau in den Flitterwochen in Eilat, vor einer TUI-Fahne, die sie gestreckt halten, was natürlich die Frage nach der Bezahlung dieser Hochzeitsreise aufwirft. Wurde sie von TUI gesponsert? Was sollte das Foto? Regierungssprecher Koerth erklärt, in den Urlaubsorten flatterten doch überall Fahnen herum.

6. Zwischentief: Rücktritt eines Ministerpräsidenten 1999

Montag, 22.11.99

Die Vorwürfe konkretisieren sich: Bezahlung der erwähnten Hochzeitsreise, Sponsoring durch zwei Brauereien und einen Kaffeeröster auf der Hochzeitsfeier, Flug aus dem Mallorca-Urlaub mit Frau zur Aida-Aufführung an den Pyramiden; die *Edelsause* taucht gleichfalls immer wieder auf.

Am Abend *Hallo Niedersachsen* gesehen. Manifestester Eindruck: Glogo in Wien zum Opernbesuch auf der Flucht vor dem NDR-Kamerateam, durch Hinterausgänge, in anderen Autos. Mit dem Handy am Ohr im Hotel-Foyer. Stellungnahmen gibt es nicht. So verhalten sich Leute, die erwischt werden. Wenn auf der für morgen anberaumten Pressekonferenz kein wirklicher Befreiungsschlag gelingt, dann war's das.

Dienstag, 23.11.99

Abends Diskussion über Glogo. Meine These, nach dem was in *Hallo Niedersachsen* zu hören und vor allen Dingen zu sehen war: Glogo ist nicht mehr zu halten.

Mittwoch, 24.11.99

In den Zeitungen wird deutlich, dass die Pressekonferenz nicht den gewünschten Erfolg brachte. Vor allem, weil weiterrecherchiert wird und weitere Ungeheimheiten auftauchen. Ist – und wenn ja wann – für die Hochzeitsreise (die mit der TUI-Fahne) eine Rechnung vom Persönlichen Büro angefordert worden? Das gleiche gilt für den Flug von Mallorca nach Kairo und zurück (die ALDA-Aufführung), der zum Teil im Preussag-Jet gemacht wurde. Die Staatskanzlei sagt Ja, die Preussag dementiert. Widersprüche auch zwischen Aussagen Glogos in einem Interview mit der Braunschweiger Zeitung und den Erklärungen der Regierungssprecher. O-Ton Benke: „*Das habe ich auch nicht verstanden*“.

Donnerstag, 25.11.99

Seit gestern ist Glogo in Braunschweig abgetaucht. Neue Vorhalte: er habe den Landesanteil an seinen Aufsichtsratsantiemen nicht, nicht vollständig, auf jeden Fall zu spät an die Landeskasse abgeführt. Er habe die Miete für die Nutzung des Gästehauses in der Luerstraße nicht bezahlt. Er habe eine Mieterin in seinem Haus in Potsdam, die ein behindertes Kind habe, anwaltlich verfolgen lassen, um die Miete einzuklagen. Jeder einzelne Vorwurf in der Tat eher marginal. Aber die Summe machts; und die Wiederholung; und das unglaublich schlechte Management durch die Pressestelle der Staatskanzlei.

II. Aufstieg und Krise der SPD in Niedersachsen 1983-2003

Freitag, 26.11.99

In den Vordergrund der Berichterstattung rückt immer mehr der *Braunschweiger Sumpf*, ein wohl enges Freundschaftsgeflecht mit *gibst Du mir, dann geb ich Dir* – Mentalität.

Die Routine-Pressekonferenz mit Koerth und Benke am Vormittag gerät zum Desaster. Werden in der Staatskanzlei Akten gefälscht und/oder vernichtet? Was trieb der Glogo-Intimus Matthias (Matze) Wehrmeyer die Woche über in Braunschweig?

Meldete Regierungssprecher Koerth noch zu Beginn der Pressekonferenz vollkundig: „*Der Kapitän ist wieder an Deck!*“, zog Matze noch fröhlich pfeifend über die Flure der Staatskanzlei: „*Ist was?*“ – so war nach der Pressekonferenz klar: es geht nicht mehr. Oder in den Worten Koerths zu Glogo: „*Jetzt geht es nur noch um Deine Ehre*“.

Um 17.00 Uhr erklärt Glogo seinen Rücktritt.

Sonnabend, 27.11.99

Riesentumult im Landtag. Es tagen alle möglichen Gremien: Landesvorstand, Bezirksvorstände, die Landtagsabgeordneten nach Bezirken getrennt und schließlich die Fraktion.

Aus der Nachfolgedebatte hatte sich Oppermann durch seine publizitäts-süchtigen Fernsehauftritte am Freitagabend selbst herauskatapultiert.

Die Abstimmung zwischen Jüttner und Gabriel entschied Gabriel in der Fraktion dann deutlich für sich. Die Spekulationen um einen Sonderlandesparteitag brachen schnell in sich zusammen. Jetzt musste Einigkeit demonstriert werden.

Sonntag, 28.11.99

Dem *Braunschweiger Umfeld*, aus dem sich Glogo auch als MP nicht lösen konnte, wurde die Hauptschuld zugeschrieben. Wer sich nur auf seine Seilschaften stützt, der wird immun gegenüber kritischen Hinweisen. Das on-dit auf den Landtagsfluren, Glogo sei der erste MP, der an seinem Persönlichen Büro (und seinem persönlichen Umfeld) gescheitert sei, ist ja wirklich nicht von der Hand zu weisen.

Das beste Beispiel dafür ist das Hick-Hack um die TUI-Rechnung mit möglicherweise nachträglich angelegtem Vermerk, der ein Telefongespräch bestätigt, das nach den Telefonlisten der Staatskanzlei nicht geführt wurde.

Diesem Fälschungsverdacht und auch den anderen Vorwürfen soll nun der ehemalige Landesrechnungspräsident Herbst nachgehen. Das Ziel, mit einer solchen Untersuchung den Untersuchungsausschuss zu vermeiden, wurde aller-

7. Der Absturz bei der Landtagswahl 2003

dings verfehlt. Auch nach Glogos Rücktritt wird es den Untersuchungsausschuss geben.

Montag, 29.11.99

Der designierte MP muss sich ab Mittwoch ins Krankenhaus begeben, Operation an der Bandscheibe.

Auf jeden Fall hat er eine Bombenpresse: „Zupackend, dynamisch“, der „Harzer Roller“.

Donnerstag, 2.12.99

In der Presse gehen die Spekulationen um Glogos Sturz weiter. Wer hat ihn gestürzt? Wer wusste überhaupt von den Dingen, die zu seinem Sturz führten? Letztlich können das nur Leute aus seinem ganz persönlichen Umfeld gewesen sein.

Einige Zeitungen meinen, wie auch immer, auf jeden Fall sei Glogo aus der SPD heraus gestürzt worden. Es galt, schlicht und ergreifend, eine falsche Personalentscheidung zu korrigieren.

Ausschlaggebend sei vor allem das Chaos in der Staatskanzlei und im Regierungsgeschäft überhaupt gewesen.

7. Der Absturz bei der Landtagswahl 2003

14,5% Verlust für die SPD und 12,4% Gewinn für die CDU bedeuteten, dass sich das Verhältnis zwischen den beiden großen Parteien in Niedersachsen umgekehrt hatte. Nur die Gewinne der FDP (+ 3,2 %) und der Grünen (+ 0,6%) verhinderten ganz knapp die absolute CDU-Mehrheit, 48,3% reichten nicht aus.

Die SPD rutschte von 47,9% auf 33,4% ab. Sie verlor fast ein Drittel ihrer Wähler. Das wird besonders augenscheinlich, legt man die absoluten Zahlen zu Grunde:

SPD	1.330.721 Zweitstimmen = - 737.756
CDU	1.925.664 Zweitstimmen = + 376.437
GRÜNE	304.704 Zweitstimmen = + 511
FDP	323.351 Zweitstimmen = + 113.541

Die mit 67% um 6,8% geringere Wahlbeteiligung als 1998, die niedrigste bei einer niedersächsischen Landtagswahl seit 1947, schlug dabei für die SPD laut

II. Aufstieg und Krise der SPD in Niedersachsen 1983-2003

infratest-dimap ähnlich stark durch wie die Wählerwanderung an die direkte politische Konkurrenz. Sowohl an die *Partei der Nichtwähler* als auch an die CDU verlor die SPD jeweils rund 300.000 Stimmen.

Im Niedersächsischen Landtag verfügten nun die CDU mit 91 Sitzen und die FDP mit 15 über eine mehr als satte Mehrheit gegenüber SPD (63) und GRÜNEN (14).

7.1. Erklärungsversuche

Am Wahlabend gab es im Niedersächsischen Landtag ein geflügeltes Wort unter den dort versammelten Sozialdemokraten: „*Der Gerd hat's gegeben, der Gerd hat's genommen.*“ Aber es greift zu kurz, die Schuld ausschließlich bei der Bundesregierung oder bei dem SPD-Parteivorsitzenden und Bundeskanzler Gerhard Schröder zu suchen. Eine solche Wahlanalyse tut zwar der gebeutelten Niedersachsen-SPD gut. Sie kann aber beispielsweise nicht erklären, aus welchen Gründen die mit absoluter Mehrheit regierende Partei in der heißen Wahlkampfphase des Januar 2003 in den Umfragen noch einmal rund 5% verlor und so von 38% auf 33% absackte.

Dabei scheint zumindest die Erklärung dafür auf der Hand zu liegen: Die Wahlkampfführung ließ keine klare Linie erkennen.

Auf der Auftaktveranstaltung am 05. Januar dominierte der Spaß-Faktor. Udo Lindenberg und andere Rock-Größen spielten auf, weil „*der Sigmar uns zu 'ner Party eingeladen hat.*“ Die Musik ging weitestgehend am traditionellen SPD-Publikum, das über die Ortsvereine mobilisiert wurde, vorbei. Die kurze Rede von Ministerpräsident Sigmar Gabriel gipfelte in der Aussage, dass Wahlkampf fair geführt werden und auch Spaß machen müsse. Die politische Botschaft dieser Veranstaltung brachte der Comedian Ingo Appelt auf den Punkt mit der Liedzeile: „*Es gibt nur einen dicken Sigmar, einen dicken Sigmar...*“.

Nach dem Muster der Auftaktveranstaltung wurden weitere Shows in den großen Städten des Landes durchgezogen. Das Spaß-Programm lief weiter bis zur (ursprünglichen) Abschlussveranstaltung am 30. Januar in Braunschweig. Party mit Sigmar statt Kampf um Wählerstimmen – so könnte dieser Teil des Wahlkampfes überschrieben werden. Der Lage im Lande (Stichwort: katastrophale Finanzsituation) und in der Welt (Irak-Krise) war das kaum angemessen.

Hinzu kam, dass die Wahlkampflinie der fairen und fröhlichen Auseinandersetzung wie aus heiterem Himmel durch Anzeigen mit Angriffen auf Mitglieder des Schattenkabinetts der CDU geradezu konterkariert wurde. Völlig zu Recht wurde dieses *negative Campaigning* von CDU-Mitgliedern mit dem Begriff *Angst-beißen* belegt.

7. Der Absturz bei der Landtagswahl 2003

Gleiches galt für die Einschätzung des CDU-Spitzenkandidaten durch die SPD. Nach der zunächst proklamierten Ignoranz diffamierte man ihn Anfang Januar als entscheidungsschwachen *Warmduscher* und wechselte dann dazu über, ihn als eine Art Stoiberschen Widersänger und katholischen Großinquisitor zu dämonisieren. Dass die Wählerschaft diese Sprunghaftigkeiten nicht sonderlich gut finden konnte, liegt auf der Hand.

Selbst die eigenen Wahlkämpfer konnten dem Zickzackkurs in der Kampagne kaum folgen und ihn erst recht nicht unterstützen.

Und drittens schwenkte die öffentliche und veröffentliche Meinung in der Einschätzung des Ministerpräsidenten um. Das Gleiche, was zuvor als Kreativität und Phantasie gelobt wurde, wurde jetzt als Flatterhaftigkeit und Unernst, als unseriös kritisiert.

7.2. Fehlstart im Dezember 2002

Das Drama in der Führung des SPD-Wahlkampfes begann schon im Dezember 2002. Am Mittwoch, dem 4.12., wollte der Ministerpräsident seine zentrale Wahlkampfbotschaft vorstellen: „1% Vermögenssteuer für 100% Bildung“. Eine Stunde vor der Präsentation jedoch liefen die Ticker der Agenturen an: Gerhard Schröder hatte in Berlin apodiktisch verkündet, eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer werde es mit ihm nicht geben. Damit standen die SPD-Niedersachsen und der niedersächsische Ministerpräsident im kalten Regen. Im Grunde hatte die sozialdemokratische Wahlkampagne an jenem Tage einen Stoß erhalten, von dem sie sich nicht mehr erholen konnte.

Wie konnte es zu dieser peinlichen (Kommunikations-)Panne kommen? Ob es Absprachen mit Gerhard Schröder gab, wie es Sigmar Gabriel darstellt („*Erst hat er dem Pferd einen Klaps gegeben, dann hat er es erschossen.*“), ob schlicht aneinander vorbeigeredet wurde oder ob der Kanzler über die Vorabmeldung des STERN sauer wurde, in der es einen Tag vor der Präsentation hieß, Gabriel sei der logische Ersatz-Kanzler, wer weiß das schon. Wie auch immer: Die Kampagne war hin.

Die von Schröder beklagte „*Kakophonie*“ während und nach der Bildung der Bundesregierung tat ihr Übriges. Mitveranstalter in dieser Kakophonie war allerdings auch Sigmar Gabriel selbst, der nahezu an jedem Tag Schlagzeilen zu bundespolitischen Themen produzierte. Da war nicht nur die Forderung nach Wiedereinführung der Vermögenssteuer, da gab es Vorschläge zum Vorziehen der Steuerreform, zur Tarifpolitik, zur Irak-Krise, Bewerbungen als stellvertretender Parteivorsitzender und als Vorsitzender der Programm-Kommission, um nur Einiges zu nennen. Für einen beträchtlichen Anteil der Wählerschaft wurde

II. Aufstieg und Krise der SPD in Niedersachsen 1983-2003

der niedersächsische Ministerpräsident so zu einem Teil des Vertrauensproblems der Bundesregierung.

7.3. Die Wählerinnen und Wähler, wo sind sie geblieben?

Nach grober Schätzung dürften also knapp 5% der SPD-Verluste auf das Konto der Wahlkampfführung und das Verhalten der niedersächsischen Sozialdemokraten zu verbuchen sein; eben jene 5%, die die SPD in den Meinungsumfragen im Januar 2003 einbüßte.

Für weitere mindestens 6% zeichnet wohl der dramatische Vertrauensverlust in die Bundesregierung und den Bundeskanzler verantwortlich. Für einen solchen 11%igen Niedergang sprechen im Übrigen auch die Verluste der SPD-Hessen bei der dortigen Landtagswahl am gleichen Sonntag und die Verluste der SPD-Schleswig-Holstein bei der dortigen Kommunalwahl vier Wochen später.

Der restliche Verlust von 3,5% erklärt sich aus dem Ergebnis der vorherigen Niedersachsenwahl im März 1998. Um eben diese 3,5% war das Ergebnis für die SPD damals zu hoch. Zur Erinnerung: Die Landtagswahl 1998 war überlagert von der Frage, wer Kanzlerkandidat der SPD werden sollte, Oskar Lafontaine oder Gerhard Schröder. Der SPD-Niedersachsen und Gerhard Schröder gelang es, die Wahl zu einem großen Teil zu einer Art Plebiszit über diese Frage zu machen. Dadurch konnte die Wahlbeteiligung bei 73,8% auf der gleichen Höhe wie 1994 gehalten und das sehr gute 1994er-Ergebnis der SPD von 44,3% nochmals um 3,6% gesteigert werden. Diese Steigerung kann guten Gewissens als Kanzlerkandidaten-Sonderfaktor angesehen werden.

7.4. Das Irak-Thema

Zwar wurden in Niedersachsen nicht wie in Hessen Wahlplakate mit Anti-Kriegs-Parolen überklebt; aber auch in Niedersachsen nahm das Thema Irak-Krieg immer breiteren Raum in den Reden vor allen Dingen des Ministerpräsidenten und des Bundeskanzlers ein. Die Einschätzung, mit diesem Thema, ähnlich wie im Bundestagswahlkampf, die schlechten Prognosen noch einmal drehen zu können, ging jedoch fehl. Und zwar aus einem ganz simplen Grunde. Das Irak-Thema war schlicht und einfach verbraucht. Die Wählerinnen und Wähler hatten bereits bei der Bundestagswahl am 22. September 2002 gegen den Krieg votiert. Der auch deswegen wiedergewählte Bundeskanzler blieb bei seiner Linie und knickte nicht vor den Amerikanern ein. Es war also in den Augen der Wählerinnen und Wähler nicht erforderlich, den Frieden sozusagen zum zweiten Male zu wählen; denn sie hatten es ja schon getan.

Exkurs: Wahlkampf-Tagebuchnotizen von Rolf Wernstedt (2003)

Vorbemerkung der Verfasser:

Vier Leitlinien durchziehen die Tagebuchnotizen des damaligen Landtagspräsidenten Rolf Wernstedt aus dem Januar 2003, der heißen Phase des Landtagswahlkampfes.

Da ist zum einen der ganz normale Wahlkampfstress: Veranstaltungen, Hausbesuche, Straßenaktionen im eigenen Wahlkreis und als Prominenter der SPD-Niedersachsen darüber hinaus auch in anderen Wahlkreisen von Osnabrück bis Uelzen, von Delligsen bis Langenhagen.

Zum anderen reflektiert Wernstedt aus den Erfahrungen in seinem Wahlkreis heraus besonders über das soziale und das Wahlverhalten der Aussiedler und das der einheimischen Wähler auf Grund des in einigen Wohngebieten recht hohen Aussiedleranteils.

Drittens werden immer wieder die sich nicht bessernden Wahlumfragen der verschiedenen Institute zitiert. Ihre Auswirkungen auf die Motivation der Parteimitglieder ist wohl in der Tat gar nicht hoch genug zu veranschlagen. Auch Wernstedt selbst deprimieren die ständig schlechter werdenden Zahlen.

Ins Auge springt zu guter letzt die manchmal drastische Kritik an der Wahlkampforganisation und -gestaltung des Spitzenkandidaten und Ministerpräsidenten Sigmar Gabriel. Im Mittelpunkt steht dabei eine Anzeigenkampagne der SPD in den letzten drei Wochen des Wahlkampfes, bei der der politische Gegner CDU direkt und ad personam angegriffen wird, wobei die Grenze der politischen Fairness nach Wernstedts Meinung überschritten und so vor allen Dingen die Wählerbasis der CDU mobilisiert wird.

2. Januar

Die Frauen im SPD-Landtagsbüro sind zweifelnd optimistisch, was den Wahlausgang angeht. Man ist sich sicher, dass Rot-Grün gewinnt, aber der Landtagspräsident an die CDU fällt. Dies ist die Konstellation, die ich seit Oktober fürchte, seitdem die Berliner schreckliche Anfangsphase auch uns in Niedersachsen so herein gerissen hat.

Die SPD in Deutschland in den Umfrageergebnissen auf 26% zu bringen ist eine solche unglaubliche Verantwortungslosigkeit, dass es nahezu unglaublich ist. Die Partei ist Gerhard Schröder, einem Spieler, ausgeliefert. Geht Niedersachsen für die SPD verloren, muss er gehen. Er weiß, dass wir alle irgendwo von ihm abhängen. Schröders Wahlkampfbroschüre „Wir sind bereit“ ist aus heutiger Sicht so lächerlich, dass man sich nur schütteln mag oder verzweifeln. Weil Politik das unbeständigste Medium der Welt ist, kommt es darauf an, das Be-

II. Aufstieg und Krise der SPD in Niedersachsen 1983-2003

ständige zu definieren, damit wenigstens irgendwo Halt ist. Überzeugungen sind keine Dekrete, aber Richtmarken.

Sehr schön ein Artikel aus der FR vom 31. 12. : „*Wehklagen allerorten – und meistens gerade von denjenigen, denen es im Grunde recht gut geht. / Eine Polemik über das Jahr des Jammerns auf hohem Niveau.*“ Ob das Jammern deswegen so viel Spaß macht, weil es eigentlich ohne Folgen für einen selbst ist? Jammern ist Schuldzuweisung und verlängert die Unmündigkeit.

3. Januar

Gegen 15.30 Uhr ins Freizeitheim Vahrenwald zu einer so genannten Strategiekonferenz der SPD-Niedersachsen gefahren. Eine etwas traurige Veranstaltung: nur wenige Landtagskandidaten. Sigmar Gabriel kam etwas später und wirkte aufgeräumt und ausgeruht, machte ein paar Witze, sprach von dem ungefähren Gleichstand von SPD und CDU, von Bundesumfragen, die am Wochenende vorliegen. Ich habe ihm gesagt, dass Gerhard Schröder seinen prinzipiellen Vertrauensverlust nicht wettmachen kann, trotz der geglückten Fahrt mit dem Transrapid in Shanghai. Er stimmte mir zu. In der Veranstaltung hatte keiner Fragen.

4. Januar

Um 10 Uhr auf den Herrenhäuser Markt. Im Einzugsbereich des Marktes liegen aus meinem Wahlkreis Leinhausen und Burg. Es gibt nicht so viel Stände und nicht so viel Besucher.

Der SPD-Unterbezirksvorstand hat eine 1-Cent-Aktion gestartet. Auf einem Kärtchen mit einem Neujahrsgruß ist 1 Cent (*Glückspfennig*) aufgeklebt. Ich verteile ihn mit freundlichem Gesicht und kleinen Schnacks: „*Sie haben immer gute Ware verkauft, heute bekommen Sie mal etwas.*“ – „*Suchen Sie nicht im Portemonnaie, hier haben Sie einen Cent.*“ – „*Der Cent soll Ihnen Glück bringen, wenn für uns davon etwas abfällt, ist es auch schön.*“

Die Resonanz ist überraschend positiv. Das Hauptproblem ist die Glaubwürdigkeit der Politik und Gerhard Schröders im Besonderen. Der Blumenverkäufer wollte erst wieder etwas annehmen, wenn wir Gerhard Schröder zum Teufel gejagt haben. Aggressiv sind immer einige Verkäufer.

Mich begleitet ein Schornsteinfeger in Originaltracht. Viele Menschen freuen sich darüber. Vor allem die Verkäuferinnen wollen ihn des Glücks wegen anfassen. Gegen 11.30 Uhr fahre ich mit meinem Schornsteinfeger zum Einkaufsmarkt in die Mecklenheidestraße. Auch hier freundliche Aufnahme. Ich bin misstrauisch, wengleich erfreut, weil es nicht so stressig ist.

Um 13 Uhr versammeln sich die SPD-Kandidaten mit ihren Schornsteinfegern am Kröpcke. Die Stimmung ist gut; das Wetter wird schlechter.

5. Januar

Auftakt-Veranstaltung der SPD-Niedersachsen in der Preußag-Arena auf dem ehemaligen EXPO-Gelände.

Viel Show-Prominenz. Sigmar Gabriels Rede war auf drei Minuten geplant. Er redet länger, aber für eine traditionelle SPD-Veranstaltung natürlich viel zu kurz.

Es ist immer ungeheuer laut. Die Stimmung bessert sich im Laufe der drei Stunden von 17 bis 20 Uhr. Vor allem, als Ingo Appelt seine etwas zweifelhaften Witze unters Volk bracht, den Papst und Gabriel gleichermaßen veräppelnd (den einen wegen seiner zittrigen Hände, den anderen wegen seiner Leibesfülle). So etwas dürfen nur Comedy-Stars; Politikern wäre das zu Recht verboten.

6. Januar

In Langenhagen, um dort im Kunstverein die frohe Botschaft einer Förderung von 22.000 aus Landesmitteln zu verkünden und Günter Lenz bei einer kleinen Pressekonferenz zu unterstützen.

Rückfahrt nach Hannover zur SPD-Fraktion. Ich hatte früh noch einen Antrag zum Thema „*Jüdische Bücher als Beutegut*“ geschrieben, den alle Fraktionen einbringen und gleich verabschieden sollen.

Anschließend nach Loccum. Dort findet der alljährliche Neujahrsempfang der evangelischen Landeskirche Hannover statt im alten Bibliotheks-Refektorium. Dieser Empfang ist traditionell der Beginn der politischen Arbeit in Niedersachsen im Jahr. Nur in diesem Jahr haben wir wegen des Wahlkampfs früher begonnen.

Ich nehme seit 1983 teil: erst für die SPD-Fraktion, seit 1990 als Minister bzw. Landtagspräsident. Das alte Ritual: Begrüßung durch Abt und Bischöfin. Small Talk. Es sind vorwiegend Männer über 50 Jahre. Zentrum ist der Haupttisch mit dem Ministerpräsidenten zwischen Abt und Bischöfin. Dazu Landesminister, weiter Bischöfe, der Oppositionsführer.

Gabriel redet über die mangelnde Zeit der Politiker. Spontan, aber wenig inspiriert. Gut anzuhören die Rede von Bischöfin Käßmann über Kirche und Wirtschaft. Gegen die totale Unterordnung der Menschen unter ökonomische Zwecke.

Die Stimmung war insgesamt etwas anders als früher. Man kalkuliert dort auch mit der Möglichkeit, dass die CDU die Wahl gewinnen könnte.

7. Januar

Um 17 Uhr nach Stöcken. Erstmals Besuch des neuen Lidl-Markts. Riesiger Schuppen, nicht überzeugende Ware. Auffällig die hohe Zahl russisch sprechender Menschen. Aussiedler, Ehepaare mit Kindern. In den billigen Läden sind sie die dominierende Schicht. Sie werden CDU wählen; die Deutschen mögen sie nicht und werden deshalb auch CDU wählen. Es ist verrückt.

II. Aufstieg und Krise der SPD in Niedersachsen 1983-2003

8. Januar

Es gibt eine kleine Notiz in der HAZ, dass eine Umfrage von Forsa die CDU in Niedersachsen bei 45% sieht, die SPD bei 36, die GRÜNEN bei 10 und die FDP bei 5. Dies beunruhigt mich sehr, da wir bisher auf Grund der Erfahrungen von einem Gleichstand der großen Fraktionen ausgegangen sind.

15 bis 17 Uhr mit Anderen Hausbesuche in der Erfurter Straße. Zwei Stunden lang treppauf – treppab. Klingeln: „Wir kommen von der SPD. Ich möchte Ihnen mein Flugblatt und einen Glückscent übergeben.“ Bis auf eine Ausnahme positive Resonanz. Aber Misstrauen gegenüber der Leistung der Politik überhaupt.

Eine freundliche Aussiedler-Familie: Frau, Kind, russischer Mann: alle arbeitslos. Später klingeln wir an der Tür ihrer Eltern, beide arbeitslos. Die Nachbarn meinen natürlich, dass sie Geld bekommen und die Sozialsysteme in Anspruch nehmen. Sie sind teilweise sauer, neidisch, schimpfen. – Einige Gespräche gehen darüber, ob Schröder glaubwürdig sei und die Berichterstattung über seine Ehe eine Schweinerei sei. – Am Ende hatten wir eigentlich einen positiven Eindruck.

9. Januar

Der Journalist Krupa von der Hamburger Wochenzeitung Die ZEIT führt mit mir ein Hintergrundgespräch zu Sigmar Gabriel. Wir diskutieren über dessen Spontaneität, seine schnelle Auffassungsgabe, seine rhetorische Brillanz, seine Ungeduld und seine Konzeptionen. Ich weise darauf hin, dass Sigmar belesen ist, Karl Marx und Rosa Luxemburg kennt und sich auch einen prominenten Beraterkreis zu kulturellen und allgemeinpolitischen Fragen hält. Krupa meint, das sei ja tröstlich, möglicherweise einen Politiker der Zukunft zu haben, der nicht von der Hand in den Mund lebt.

Jedes neue Jahr empfangen ich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung, der Fraktionen und die Rentner zum Neujahrsempfang. Diesmal sind ziemlich viele erschienen. Die Stimmung ist gut. Ich empfinde es als ausgesprochen wohltuend, dass von den Bediensteten niemand verhaltensmäßig Absatzbewegungen macht. Es gibt offenbar keine Wechselstimmung.

Um 17 Uhr an den zentralen Info-Stand der SPD am Kröpcke. Hin und wieder ein Gespräch. Es ist eine ganz andere Stimmung als im Frühjahr oder Sommer. Am Besten gehen noch die kleinen Glückscent.

Heute kam die Nachricht, dass der ehemalige CDU-Landesvorsitzende Wilfried Hasselmann gestorben ist. Er ist zweifelsohne eine der bedeutenden Figuren der Landespolitik, weil er die CDU geeint hat und zusammen mit Albrecht zu einer gut funktionierenden Regierungspartei gemacht hat. Trotz seiner manchmal zu aufdringlich schneidigen Art mochte ich ihn eigentlich. Mir ist unvergesslich, wenn Peter von Oertzen mit ihm im Landtag stritt. So viel gegen-

7. Der Absturz bei der Landtagswahl 2003

seitiges Nichtverstehen, physisch spürbare Distanz und intellektuelle Distanz habe ich selten erlebt. Mir hat er in den letzten Jahren bei zufälligen Begegnungen attestiert, dass ich mein Amt als Präsident hervorragend wahrnehme. Es schmeichelt natürlich.

Einige Presseleute wollten Statements von mir. Ich habe gesagt, dass er wusste, warum er für die Demokratie tritt, dass er das Militär so sehr liebte, dass er schneidiger war als die Generäle. Die gnadenlose Jagd auf ihn im Spielbanken-Untersuchungsausschuss hat mir immer ein bisschen Leid getan. Er hasste Christian Wulff und mochte die emsländische CDU-Mafia um die Remmers-Brüder und Josef Stock aus Melle nicht.

10. Januar

Der Tag beginnt nach Schreibtischarbeiten zu Hause mit Aktionen auf dem Stöckener Markt. Dort kommen Mitglieder des Ortsvereins und stellen sich mit dem Wahlkampfbus an den Rand. Ich gehe über den Markt, verteile die Cents, Eiskratzer und Einladungen. Nach der Veröffentlichung der Umfragen sind die Leute zögerlicher. Das Verteilen macht Spaß, ich kenne viele, viele kennen mich. So richtig fröhlich wird die Stimmung bei der Kälte dennoch nicht. Politische Themen werden wenig angesprochen.

Um 12 Uhr empfangen im Landtag etwa 30 Journalisten ausländischer Zeitungen. Sie wollen auch diskutieren, stellen sehr politische Fragen: ob die Umfragewerte der SPD mit den bundespolitischen Entscheidungen zusammen hängen; ob Schröder oder Gabriel der bessere Redner sei.

Ich antworte auf die Frage, ob ich von Schröder enttäuscht sei: „*Nein, denn ich kenne ihn seit 30 Jahren.*“ Ich mache deutlich, dass die Art der Politik – nicht die Inhalte – für mich nicht akzeptabel sei; dass der drohende Krieg im Irak viele Deutsche beunruhige und sie den auch nicht wollen.

Gegen 13 Uhr treffe ich mich in meinem Büro mit dem Vorstand der Landespressekonferenz. Es geht im Wesentlichen um die Organisation des Wahltages, weil sich dazu so viele Journalisten wie selten zuvor angemeldet haben. Die Stimmung war gut. Ich habe den Eindruck, dass die anwesenden Journalisten es sich noch nicht recht vorstellen können, dass die CDU die Regierung übernehmen könnte. Sie sind kulturell und mental auf unserer Seite. Allerdings wird die allgemeine miese Stimmung durch die Bild-Zeitung so angeheizt, dass unsere Wählerschaft immer mehr verunsichert ist.

Abends im Fernsehen die neuesten Zahlen der *Forschungsgruppe Wahlen* für Niedersachsen: CDU 45, SPD 37, FDP 6, GRÜNE 7,5. Dies würde den Verlust der Macht für die SPD in Niedersachsen bedeuten. Es ist eine Katastrophe für die Gefühlslage.

II. Aufstieg und Krise der SPD in Niedersachsen 1983-2003

11. Januar

Ab 9 Uhr Verteilaktion in Vahrenheide. Frostige Luft und viele Gegenstimmen. Die heute früh veröffentlichten Zahlen wirken stimulierend auf die Gegner der SPD und zögerlich auf ihre Anhänger.

10 Uhr das Gleiche auf dem Herrenhäuser Markt: freundlicher als in Vahrenheide. Die meisten Gespräche kreisen um die Glaubwürdigkeit der Bundesregierung, um kommunale Probleme, kaum um Landespolitik.

13.30 Uhr zum Nordufer des zugefrorenen Maschsees, auf dem sich zehntausende tummeln. Am dortigen SPD-Stand Glückscenten verteilt. Die Leute sind freundlich, aber es gibt keine wirklich zuverlässigen Reaktionen.

19 Uhr nach Vinnhorst zur Jahreshauptversammlung der Freiwilligen Feuerwehr. Rundum Sympathie. Kurze Ansprache über die Unerlässlichkeit des Ehrenamtes. Ich werde über 40 Eiskratzer los.

12. Januar

10 Uhr Wahlkampfveranstaltung in Bothfeld. Sigmar Gabriel wollte kommen, ist aber stimmlich angeschlagen. Es sind etwa 100 Leute da. Kurze Reden vom Ortsvereinsvorsitzenden, von Axel Plau, dem Fraktionsvorsitzenden, der Kultusministerin Renate Jürgens-Pieper und von mir.

Gespräche hinterher: Warum laufen die Politiker der Bild-Zeitung hinterher? Warum brauchen wir mehr Ausländer? Wieso hat die SPD die Orientierungsstufe abgeschafft?

13. Januar

Um 10.30 kommt Jobst Plog, der Intendant des NDR, den ich seit 30 Jahren kenne, um mein Buch im Landtag der Presse vorzustellen. Er lobt das Buch und mein Denken über alle Maßen, mir fast peinlich. Aber er trifft zu Recht meine Intention, Tagesanlässe auf ihre Wurzeln hin zu analysieren, um von dort aus nach tragfähigen Lösungen zu suchen.

In der Sitzung der Fraktion gibt es fast verzweifelte Reaktionen über die nicht besser werdenden Umfrageergebnisse. Die Berichte aus den Wahlkreisen sind deprimierend. Im Landkreis Harburg ist der CDU-Kandidat für den Landrat mit 65% gewählt worden; die SPD hat 26%: emsländische Verhältnisse.

Axel Plau ist stinksauer, weil Gabriel gestern nicht in Bothfeld und Buchholz war (wegen Stimm Schwierigkeiten), gleichzeitig aber gestern Abend in der Fernsehendung DAS auftrat und sich heute sein Bild in der HAZ fand, wo er mit Freundin und Gerhard Schröder und Frau auf dem zugefrorenen Maschsee spazieren ging. Es ist schon eine bemerkenswerte Brückierung des Fraktionsvorsitzenden der eigenen Fraktion und der Partei, die in beiden SPD-Ortsvereinen

7. Der Absturz bei der Landtagswahl 2003

viele Nichtmitglieder in die Neujahrsempfänge geholt hatte. Alles, was geschieht, geht negativ aus. Herr Wulff kommt durch Wegducken an die Macht.

14. Januar

Erster Außentermin ist der traditionelle Neujahrsempfang der Bundeswehr. Es ist eine freundliche Atmosphäre, aber alle stellen sich auf einen Regierungswechsel ein.

Ansonsten ist dieser Tag den beiden Landtagskandidatinnen für Osnabrück gewidmet. Es stellt sich heraus, dass meine Veranstaltung in der Lokalpresse nicht angekündigt wurde, aber man habe 500 Einladungen verschickt. Als es um 19 Uhr losgeht sind etwa 20 Personen im Saal, unter ihnen ein Redakteur der NOZ.

Ich referiere über die „Gefahren politischer Polemik“, mache das ziemlich systematisch und historisch. Polemik ist nach meiner Meinung gestattet, aber sie sollte die persönliche Diffamierung unterlassen. Angewandt wird sie natürlich, um den Gegner zu treffen und die eigenen Leute zu begeistern. Ich wusste noch nichts davon, dass die SPD mit dem Schalten einer ziemlich an die Grenze gehenden Anzeigenserie beginnen wird.

In die Versammlung – die Diskussion war sehr gut – kam auch noch der Osnabrücker Oberbürgermeister, der mich einladen wollte, eine Willy-Brandt-Porträtausstellung am 16. Februar zu eröffnen. Er fragt auch ängstlich nach den Chancen bei der Wahl und meint, man könne noch etwas wenden.

Von dem stürmischen Dauerregen sind meine Plakate und die der CDU heruntergefallen oder locker. Ansonsten macht die CDU bei uns keinen Wahlkampf. Meinen Gegenkandidaten habe ich im Wahlkampf nur beim Uni-Empfang gesehen. Es passt ins Gesamtbild, dass die CDU keine Fehler machen will.

15. Januar

Mit Karl Ravens zur Trauerfeier für Wilfried Hasselmann. Im Vorraum wartet ein ungeduldiger Volker Benke, 2. Pressesprecher in der Staatskanzlei und früher Redakteur der niedersächsischen CDU-Zeitung, die Hasselmann herausgegeben hat. Die CDU-Leute verübeln ihm, dass er 1990 Pressesprecher des Innenministeriums blieb, als der SPD-Mann Glogowski einzog.

Es gibt neue, schlechte Umfragen von dimap: CDU 46, SPD 37, GRÜNE 8, FDP 6. Es wird nichts besser, nichts bewegt sich. Sigmar Gabriel kommt verspätet.

Am Ende der Trauerfeier spreche ich noch kurz mit Sigmar, sage ihm, er solle nicht so hektisch sein. Er reagiert irritiert.

Auf der Rückfahrt informiert mich meine Sekretärin, dass Sigmar mich dringend zu sprechen wünscht. Sie vermutet, dass es um die Anzeige geht, die heute

II. Aufstieg und Krise der SPD in Niedersachsen 1983-2003

die SPD in HAZ und NP geschaltet hat mit der Überschrift: „*Mit der CDU werden Kinder wie Verbrecher behandelt.*“ Darunter ein Text über die Absichten von Schünemann: Gentests für Schwarzfahrer und Sprayer. Ich halte die Vokabel Verbrecher für falsch.

Im Telefongespräch sage ich Sigmar, wie schlecht das ist. Er rechtfertigt dies mit dem Hinweis auf die Umfragen und die Notwendigkeit, unsere Leute zur Wahl zu bringen. Ich wollte mich öffentlich hoffentlich nicht äußern. Es werde jetzt 10 Tage lang so weitergehen. Ich bin unzufrieden und erfahre in der Vorbesprechung zum Ältestenrat von Dieter Möhrmann, der im Landesvorstand sitzt, dass man sogar „Sexualmörder“ in die Überschrift nehmen wollte.

Der letzte Ältestenrat. Ich gebe einen Sekt aus. Es herrscht eine lockere Stimmung. Herr Schünemann von der CDU geht fast auf alles ein, was die SPD-Seite vorschlägt. Wir sind mit der Aufstellung der Tagesordnung für das nächste Plenum schon nach 45 Minuten fertig.

16.30 Uhr nach Ledeburg; 40 Hausbesuche. Freundliche Aufnahme.

Die detaillierte Darlegung der schlechten Wahlprognose in N 3 demotiviert ungeheuer. Wie soll man emotional damit umgehen?

16. Januar

Im Büro empörte, wütende Anrufe wegen der Anzeige. Heute unter dem Titel „*Die CDU ist Gift für Niedersachsen.*“ Der darunter stehende Text ist ein Dreh: Zurückweisung der Absicht, auch europäischen Atommüll nach Gorleben zu schicken.

Wahlkampftermin in Werdum, Kreis Wittmund. Rundgang durch den schönen Ort. Gespräch mit Ehrenamtlichen aus den Vereinen.

Auf der Rückfahrt überlege ich mir, wie auf die wahrscheinlichen Fragen nach der Werbekampagne zu reagieren ist. Mir fällt ein

1. Die demokratischen Parteien müssen untereinander verständigungsfähig bleiben.
2. Es kann nicht sein, dass man verbal so sehr zuspitzt, dass nicht Klarheit entsteht sondern Empörung und damit Ablehnung.
3. Man kann sehr deutlich Negatives über die politischen Positionen der CDU sagen, wenn man sachlich bleibt.

Es ist schrecklich: die SPD macht sich selbst fertig. Aus Angst vor der Niederlage begeht sie Selbstmord. Ein Abgeordneter sagt, Gabriel ist ungeeignet für das Amt, weil er unreif ist. Ein Ortsvereinsvorsitzender ruft an und protestiert gegen die Kampagne. Er schäme sich für die Partei. Der UB-Geschäftsführer berichtet von ablehnenden Reaktionen am zentralen Info-Stand. „*Das ist Schill-Niveau!*“ habe einer gemeint. Diese Art beleidigt mein Sprachempfinden und meine poli-

7. Der Absturz bei der Landtagswahl 2003

tische Grundauffassung. Wahrscheinlich mobilisiert diese Anzeigenserie mehr die CDU-Leute als unsere Leute.

Warum nicht positive Meldungen? Hochschule/Abbau der Jugendarbeitslosigkeit/ Gründung der IN-Bank/Verlässliche Grundschule/Umweltpolitik/Täter-Opfer-Ausgleich/ gute Polizeipolitik.

Die Großwetterlage ist verheerend, aber warum dann auch noch so schreckliche handwerkliche Fehler?

Horst Hormann, meinen Vorgänger im Amt des Kultusministers, treffe ich auf dem Landtagsflur. Er berichtet, dass es in der CDU-Fraktion Leute gäbe, die sich vor einem Ergebnis wie 1982 fürchten, weil sie dann nicht mehr über die Liste in den Landtag kämen, wie es ihm seinerzeit ergangen sei.

17. Januar

Mit Erleichterung schlage ich heute die Zeitung auf, denn die heutige Anzeige ist in Ordnung: „*Ohne ‚verlässliche Schulen‘ findet jede Frau ihre Rolle Rückwärts.*“ Das ist polemisch, witzig; aber es bleibt das Manko, dass zu viel Symbolik, Namen und Absichten der CDU darin sind. Nur ein aufmerksamer Leser merkt überhaupt, dass es um eine SPD-Anzeige geht. – Ansonsten ist die Überschrift der HAZ verheerend: „*Schwerste Wirtschaftskrise seit 10 Jahren*“.

Auf dem Stöckener Markt meine endlich eingetroffenen Blöcke mit meinem Konterfei vorne drauf verteilt. Sie gehen sehr gut weg. Die Masse der Menschen ist weiter freundlich, aber die Ablehnung wird entschiedener. Es kommen weniger Gespräche zu Stande.

Mein Fahrer fragt am CDU-Stand, der erstmalig da ist, ob sie sich nicht gegen die Anzeigen wehren wollten. „*Auf dieses Niveau begeben wir uns nicht.*“, sei die Antwort gewesen.

Statt auf landespolitische Themen angesprochen zu werden muss ich reden über die plötzliche Erhöhung der Bäderpreise im Stöckener Bad. Es ist zum Kotzen.

18. Januar

Vahrenheide und Sahlkamp: Verteilung der Schreibblöcke. Es kommen viele Ablehnungen, viele aggressive oder verächtliche Handbewegungen. Die besser Angezogenen und das erkennbare Subproletariat sind gegen die SPD. Zwei oder drei wollen mit mir über Schröder, Glaubwürdigkeit, Wirtschaftspolitik reden. Insgesamt empfinde ich das Klima als ausgesprochen böse und deprimierend. In Hainholz und Herrenhausen im Grunde das gleiche Bild.

16 Uhr Mühlenberg. Die SPD und der Zentralverband der Mittel- und Ostdeutschen veranstalten zentral ein Treffen mit Russland/Kasachstan-Aussiedlern. 150 Leute nehmen teil. Nach Volkstanzaufführung und Gesang eine Podiumsdis-

II. Aufstieg und Krise der SPD in Niedersachsen 1983-2003

kussion. Innenminister Heiner Bartling ist der Buhmann, weil seine Aussagen über die Begrenzung von Aussiedlern vor allem von den CDU-Engagierten als Provokation und Beleidigung empfunden werden. Die statistisch hohe Kriminalitätsrate der Aussiedlerjugendlichen wird von den Aussiedlern relativiert mit dem Hinweis auf andere russische Einwanderer, vor allem Juden.

Sie fühlen sich wie Deutsche und verstehen nicht die Ablehnung. Sie spüren, dass die CDU ihre Gefühle besser artikuliert. Dadurch geschieht es, dass die Aussiedler die CDU wählen; und die ursprünglichen Deutschen wehren sich gegen die Anspruchshaltung vieler Aussiedler. Sie verstehen nicht, dass sie so viel Geld erhalten. Deshalb bestrafen sie die SPD und wählen CDU.

In der Aussiedlerfrage steckt die SPD in der Wählerfalle. Ich versuche, in meiner Abschiedsrede ein bisschen Verständnis für die deutsche Politik zu erreichen und würdige ihr Schicksal und ihre Leistungen. Dadurch gibt es guten Beifall, aber ich glaube nicht an den Erfolg.

19. Januar

Früh werde ich darüber informiert, dass Sigmar Gabriel die Anzeige zum Frauenbild der CDU unter die Überschrift „*CDU will Berufsverbot für Frauen*“ stellen will. Unglaublich.

In Vahrenheide Neujahrsempfang von sechs Sportvereinen mit allen lokalen Würdenträgern.

Zu 11.30 Uhr haben Sympathisanten etwa 30 Leute in ihre Wohnung eingeladen, alles keine SPD-Leute. Gut die Hälfte ist gekommen. Sehr interessante Diskussionen über Politik-Methoden, Gewerkschaften, SPD und Irak, Straßenwahlkampf. Es hat viel Spaß gemacht. Dennoch ist die Rückwirkung natürlich zwiespältig. Es ist eine bildungsbürgerliche Veranstaltung, die scharf kontrastiert zu den Bildern aus Vahrenheide, Stöcken oder Hainholz.

Mich beschleicht in Sahlkamp und Vahrenheide erstmals die Ahnung, dass ich selbst meinen Wahlkreis verlieren könnte.

20. Januar

Die Zeitungslektüre gerät zur Furcht. Der Kommentar des HAZ-Chefredakteurs „*Sind wir alle Idioten?*“ gab Zeichen, wie die SPD einen günstigeren Wahlkampf machen könnte, weil die Regierung in Hannover doch gar nicht so schlecht sei (womit er Recht hat), ließ am Ende aber keinerlei Trost übrig. Es würde auch darüber abgestimmt, wie wir behandelt werden wollten. Die schlechten Daten des Arbeitsmarktes tun das Übrige.

Um 13 Uhr Fraktionsvorstandssitzung der SPD. Bericht der Anwesenden über ihre Erfahrungen im Wahlkampf. Die Wende in der Linie der Werbung wird in der Regel als richtig, die Überschriften als falsch gewertet. Allgemein be-

7. Der Absturz bei der Landtagswahl 2003

steht die Erfahrung, die gefühlte Stimmung sei besser als die in Umfragen veröffentlichte. Die Streitsendung von Gabriel und Wulff auf RTL haben viele gesehen, man sah Gabriel vorn.

Aber Furore macht der Vorwurf von Wulff, Gabriel sei, bezogen auf das Schulbauprogramm, ein Lügner. Ein Brief von Gabriel an Wulff wird vorgelesen, in dem Wulff aufgefordert wird, den Vorwurf zurück zu nehmen und sich zu entschuldigen.

In der Runde der Arbeitskreisvorsitzenden ist derselbe Eindruck aus den Wahlkreisen. Richtig optimistisch ist keiner, aber alle kämpfen natürlich unverdrossen.

21. Januar

Um 18 Uhr wird der – inzwischen renommierte – Kunstpreis der SPD-Landtagsfraktion an Tim Ulrichs verliehen. Es sind erstaunlich viele Leute gekommen. Natürlich die angereisten SPD-Abgeordneten, aber auch viele aus der SPD-nahen Kunstszene. Fast alle Gespräche drehen sich um die schlechten Umfrageergebnisse, die so gar nicht zu den konkreten Erfahrung bei Veranstaltungen passen wollen.

22. Januar

Heute beginnt die letzte Sitzungsperiode dieses Landtages. Befürchtet werden große Streitereien und schwer zu handhabende Debatten. Das Gegenteil wird der Fall sein. Die Umfragen, es sickern wieder Zahlen durch, die die CDU bei 48 und die SPD bei 36 sehen, lasten auf uns, und die CDU hat die Parole ausgegeben, sich nicht provozieren zu lassen. Ihre Gelassenheit ist groß, manchmal gibt es ein verständnisvolles Schulterklopfen.

Der Landtag ist langweilig, ich präsidiere noch einmal. Abends tagt die so genannte Rathausfraktion, in den 70er Jahren das Sammelbecken der Rechten. Sie besteht inzwischen aus fast allen Abgeordneten und den Mitarbeitern. Die Stimmung ist gut aber melancholisch. Wir wissen, dass wir die Wahl verlieren werden. Die einzige Hoffnung ist, dass die FDP nicht reinkommt und es noch für Rot-Grün reicht. Aber auch das wird immer zweifelhafter.

23. Januar

Die letzte Landtagsdebatte vor der Mittagspause gilt der Bildungspolitik. Auf welchen Hund ist sie gekommen!

II. Aufstieg und Krise der SPD in Niedersachsen 1983-2003

24. Januar

Nach dem Plenum nach Delligsen, in den Wahlkreis von Ernst-August Wolf. Ich spreche vor gut 100 Besuchern über „*Kooperative Gesamtschule auf dem Lande*“. Es ist eine freundliche und zugewandte Stimmung.

25. Januar

In der Zeitung gibt es wieder einen Hammer: keine Besserung in den Umfragen, wieder nur 36%.

Fahrt nach Vahrenheide/Sahlkamp: wieder vor dem HL-Markt und der Bäckerei eigene Materialien verteilt. Kurze Diskussionen, aber entschiedene Ablehnungen. Es wird immer deutlicher, dass es ein Bündnis zwischen dem Subproletariat und den Wohlhabenden gibt. Dagegen ist nichts zu machen.

Vor dem Lidl-Markt in Bothfeld verteilen wir Material: Es geht gar nicht schlecht. Ich spreche Leute an, aber wirklich Spaß macht es nicht. Von dort gegen 11 Uhr nach Hainholz. Unsere Genossen stehen eng an ihrem Stand. Ich gebe einigen, die aus dem Laden kommen, Material. Ein Mann: „*Ich schätze Sie, Herr Wernstedt, aber ihre Partei wähle ich nicht.*“ Wieder einige Äußerungen, dass die SPD immer alles schlecht gemacht habe.

Gegen 11.30 Uhr in das Verkaufszentrum des VW-Werkes Stöcken. Dort warten etwa 800 Arbeitnehmer auf Sigmar Gabriel. Er wartet draußen und macht mir Vorwürfe über meine öffentliche Distanzierung von einigen Anzeigen.

Gabriel hält eine kämpferische und sehr gute Rede, die die Leute begeistert. Nach minutenlangem Beifall gebe ich dem Sender *Phoenix* ein live-Interview: ob ich wieder Präsident würde, ob ich noch an einen Sieg glaube, ob es schwer sei im Wahlkampf. Alles Käse.

26. Januar

Für 11 Uhr ist eine große Konzert-Veranstaltung mit der Big Band des Berenbosteler Gymnasiums im Freizeitheim Stöcken angesetzt. Es sind zum Schluss über 80 Personen im Saal. Nach schmissigen Stücken halte ich eine politische Rede, in der ich nicht über Bildung und Gabriel rede, sondern über die Regierung und ihre einzelnen Leistungen: Wirtschaftsministerin Knorre, Sozialministerin Trauernicht, Justizminister Pfeiffer, Umweltminister Jüttner, Landwirtschaftsminister Bartels, Innenminister Bartling. Ich wundere mich darüber, wie gut diese Art ankommt. Ich glaube, es besteht ein großes Bedürfnis nach ruhiger Erklärung und Erläuterung. Weil nichts oder schlecht erklärt worden ist, scheuen die Leute. Unser Wahlkampf ist insofern falsch. Alles auf Gabriel zuzuspitzen, der mehr überredet als überzeugt, ist ganz falsch, weil eine gute Regierung verschwindet.

7. Der Absturz bei der Landtagswahl 2003

27. Januar

Ich schreibe den ganzen Morgen an meinem Vortrag heute Abend in Uelzen.

Gegen 16 Uhr Abfahrt. Im Zuge des Wahlkampfes hatte mich der örtliche SPD-Kandidat eingeladen. Er hatte es mit dem Uelzener Bürgermeister hinbekommen, dass ich bei der offiziellen Gedenkfeier der Stadt Uelzen zum 27. Januar die Gedenkrede halten kann. Ich erhalte viel Beifall, später will man meinen Text haben.

28. Januar

Es gibt heute keine Märkte und Straßenaktivitäten. Deshalb Büroarbeit.

29. Januar

Es sickern wieder Umfragen durch, diesmal CDU 48, SPD 36%. Das deprimiert ungeheuer. – Zur Präsidentenkonferenz nach Berlin.

In einer Beratungspause treffe ich Rainer Sontowski, der auf dem Wege nach Hannover ist, um Gabriel für seinen Fernsehauftritt heute Abend zu beraten. Er meint, Schröder habe Gabriel bewusst einen Kopf kleiner machen wollen in der Frage Vermögenssteuer, Vorziehen der Steuerreform und ihn damit als Hohltöner entlarven wollen. Im Übrigen würden in Berlin eifrig die Legenden verbreitet, dass Gabriel allein Schuld am Wahlausgang haben werde.

Gegen 19 Uhr zu Hause. Ich gucke das Fernsehduell zwischen Gabriel und Wulff auf N 3. Gabriel ist richtig gut, konzentriert und faktenreich. Insgesamt ist das eine Werbeveranstaltung für Politik. Allerdings wundere ich mich sehr, mit wie wenig strukturellem Faktenwissen ein Mann wie Wulff offenbar punktet. Es sind nicht die Fakten, es ist die Interpretation und das Gefühl, das entscheidet. Eigentlich eine alte sokratische Weisheit. Die Strategie der CDU geht auf, den Trend zu bedienen.

30. Januar

Um 15 Uhr als dessen Vorsitzender den Konvent der Evangelischen Akademie Loccum im Landtag begrüßt. Anschließend zum Wahlkampf nach Vinnhorst. Im beginnenden Schneefall verteile ich Rosen. Anschließend das Gleiche in Sahlkamp.

31. Januar

15.45 Uhr in den Kuppelsaal des Kongresszentrums. Knapp 1000 Genossinnen und Genossen sind da. So wenig gab es noch nie bei einer Abschlussveranstaltung. Sie werden durch einen schlechten Witze-Erzähler und eine laute Band bei Laune gehalten.

Schröder und Gabriel werden mit lauten Tönen angekündigt. Wir erheben uns und klatschen rhythmisch. Gerhard Schröder gibt mir die Hand und guckt

II. Aufstieg und Krise der SPD in Niedersachsen 1983-2003

mich an, was er sonst nie tut. Später wird er mich in seiner Rede sogar loben, weil ich immer für Chancengleichheit eingetreten sei. Muss es ihm schlecht gehen!

Sigmar Gabriel hält eine kämpferische Rede. Danach folgt sofort Schröder. Am Stillsten ist es, als er vom drohenden Irak-Krieg redet: „*Vom Frieden versteht die SPD mehr.*“ Die Friedensfrage ist zum einzigen Trumpf geworden.

1. Februar

Rosen verteilen in Sahlkamp, Vahrenheide, Bothfeld. Hainholz und am zentralen Infostand am Kröpcke. Ich mag das eigentlich nicht, weil die Leute, vor allem Frauen, die Blumen nehmen und es doch politisch unverbindlich bleibt.

Anne Will bringt in den Tagesthemen neue Trends, die besagen, dass 64% der Niedersachsen einen politischen Wechsel wollen und 60% sagen, dass ihnen bei dieser Wahl die Bundespolitik wichtiger sei als die Landespolitik. Damit dürfte alles gelaufen sein.

2. Februar

Heute ist Wahltag. Wir gehen um 12.30 Uhr wählen. Etwa 30% haben schon gewählt. Wir treffen unsere Nachbarn, die alte SPD-Wähler sind. Auf dem Rückweg ruft jemand über die Straße: „*Viel Glück!*“. Eigentlich erfreulich.

Es ist geschehen: CDU 48,3, SPD 33,4, FDP 8,1, GRÜNE 7,6. – Und ich habe meinen Wahlkreis Hannover-Nordwest mit 47 zu 42 verloren.

Das Ende eines politischen Lebens?

8. Folgen und Folgerungen

8.1 Einige Folgen

Der Verlust der niedersächsischen Landesregierung vergrößerte die CDU/CSU-Mehrheit im Bundesrat so, dass auch ein Herausbrechen des einen oder anderen so genannten B-Landes nicht mehr zu einer Mehrheit für Positionen der Bundesregierung führen konnte. Verhandlungen mit der CDU/CSU bei allen zustimmungspflichtigen Gesetzesvorhaben waren für die Bundesregierung nun unumgänglich. Die Möglichkeit auch einer richtigen Großen Koalition begann sich am politischen Horizont der Berliner Republik abzuzeichnen.

Die sichtbarste Folge im Landtag ist, dass die SPD-Landtagsfraktion um 20 Mandate auf 63 Mandate geschrumpft ist. Hinzu kommt, dass sich diese Fraktion zu einem Großteil aus Mitgliedern der SPD-Diaspora zusammensetzt. In Niedersachsen wie in anderen Ländern ist es üblich, die Vertreterinnen und Vertreter der Wahlkreise, die die geringsten Chancen auf ein Direktmandat eröffnen, auf die besten Listenplätze zu setzen. Dies hat im Falle der Niedersachsen-Wahl 2003

dazu geführt, dass etwa die Lüneburger Heide, ganz und gar kein Kernland der SPD, flächendeckend mit Abgeordneten vertreten ist, wohingegen als sicher erachtete Wahlkreise der SPD in Hannover, im Hildesheimer Umland oder in Braunschweig nicht mehr im Landtag vertreten sind. Nur die Anzahl von 14 CDU-Überhangmandaten – alle 91 Sitze der CDU wurden direkt gewonnen – führte dazu, dass über die Ausgleichsmandate wichtige sozialdemokratische Abgeordnete noch ins Parlament kamen wie beispielsweise der ehemalige Innenminister Heiner Bartling oder der Ex-Wissenschaftsminister Thomas Oppermann.

Das ist die Landtagsperspektive. Wichtig ist aber auch, dass durch die deutlich verringerte Wahlkampfkostenerstattung durch das Land für die Arbeit der SPD ein Betrag in Höhe von 1,75 Millionen € fehlen wird. Es könnte sein, dass dieser finanzielle Druck dazu führt, dass nach vielen vergeblichen Anläufen nun konkreter über die Gründung eines Landesverbandes mit den Kompetenzen, die jetzt noch die vier SPD-Bezirke Niedersachsen haben, nachgedacht und möglicherweise bis zum Beginn der nächsten Wahlkampfphase auch umgesetzt wird.

8.2 Einige Folgerungen

Für Bund und Land gilt: die SPD muss sich neu aufstellen. Regierungshandeln, zumal als kleinerer Partner in einer Großen Koalition, reicht dafür nicht aus. Gewiss hatte die Agenda-2010-Rede Gerhard Schröders am 14. März 2003 bittre Wahrheiten und eine Fülle konkreter Vorschläge enthalten. Doch eine zentrale Botschaft über den Tag hinaus musste schon damals gesucht oder hinein interpretiert werden. Und auch das sozialdemokratische Stimmengewirr setzte prompt wieder ein. Vielleicht war es ein Fehler, die Erwartungen an diese Rede geradezu ins Uferlose zu steigern. Dieser hoch geputzten Erwartungshaltung konnte keine Rede der Welt gerecht werden.

Vordringlich ist es, die demotivierte und ständig geringer werdende Mitgliedschaft wieder auf die Beine zu bekommen. Eine gute Möglichkeit dazu könnte die so lange in der Partei vernachlässigte, trostlos vor sich hindümpelnde Programmdiskussion bieten.

Nicht nur den Mitgliedern – aber ihnen eben auch – stellt sich die Sinn-Frage: Was wollen Bundesregierung und SPD eigentlich? Wohin soll es gehen? Was sind die Zielvorstellungen, man könnte auch sagen: Visionen? Wie soll Deutschland im Jahre 2009 oder in zehn Jahren aussehen? Oder anders gefragt: Wo wollen wir stehen nach dem Ende der Großen Koalition? Erst vor einer solchen Folie können die Menschen bewerten, ob die verwendeten Instrumente und Teilschritte in die richtige Richtung gehen oder nicht.

Man kann die genannten Fragen mit einer schnodderigen Bemerkung wie ehemals Wolfgang Clement (angeblich Helmut Schmidt zitierend) abtun, dass,

II. Aufstieg und Krise der SPD in Niedersachsen 1983-2003

wer Visionen habe, zum Arzt gehen solle. Realistischer ist aber wohl die Annahme, dass die Beantwortung oder zumindest die Arbeit an den Antworten eine Voraussetzung für das Überleben der SPD ist. Dazu gehört eine nüchterne Sicht auf die gesellschaftlichen Realitäten und auf die Lebensumstände der Menschen. Von dieser Basis aus könnten unter Berücksichtigung der sozialdemokratischen Grundwerte und –überzeugungen handlungsleitende Gestaltungsideen entworfen und diskutiert werden.

Es geht also um ein Leitbild für die Sinnhaftigkeit des Handelns von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Regierungen, Fraktionen und Parteigliederungen; um das, was auch als roter Faden, als Kompass oder Perspektive vielfältig eingeklagt wird.

Veränderungen um der Veränderungen willen enthalten das nicht. Im Gegenteil: ohne ein solches Leitbild haben viele zu Recht Angst vor dem Begriff Reform, da sie fürchten, ihre materielle Situation werde sich dadurch schlicht verschlechtern. Um Vertrauen (wieder) zu erlangen reicht pragmatische Politik allein eben nicht aus. Mit den Worten Oskar Negts gesagt: *„Wer über Veränderungen redet, der muss auch Perspektive anbieten. Jeder Einzelne muss sich sagen können: ich verzichte jetzt im Interesse der Modernisierung der Lebensverhältnisse auf Geld, dafür bekomme ich aber Existenzsicherheit und Zukunftsperspektive.“*

Für Niedersachsen heißt das: beharrliche inhaltliche Oppositionspolitik und gleichzeitig Entwicklung einer *Perspektive 2010*; eine gemeinsame Überschrift für das Handeln der SPD muss dabei in Diskussionen mit den Mitgliedern, mit interessierten Verbänden und Bürgerinnen und Bürgern definiert werden.

Im Grunde steht die SPD-Niedersachsen jetzt da, wo die CDU nach ihrer Niederlage 1990 stand. Das heißt für das *„Rückspiel“* (Gabriel) im Jahre 2008 vor allem Zurückgewinnen des – auch in Niedersachsen selbst – verspielten Vertrauens. Und das geht eben nur durch Stetigkeit, die an klaren Zielen orientiert ist.

Vor allem aber: es ist zwar möglich, ohne – zur Not auch gegen – die eigene Partei zu regieren. Aber aus der Opposition heraus lässt sich die Regierungsmacht ohne die Partei gewiss nicht zurückerobern.

III. Aufstieg und Krise der „Generation Schröder“ im Bund 1991-2005

1991 war die *Enkel-Generation* mit dem Wechsel im Parteivorsitz von Hans-Jochen Vogel zu Björn Engholm, dem damaligen Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, endgültig im Machtzentrum der SPD angekommen. Zusätzlich zu Engholm bildeten die Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine (einer der stellvertretenden Parteivorsitzenden), Gerhard Schröder, Rudolf Scharping, Hans Eichel, Manfred Stolpe und Johannes Rau sowie die Bürgermeister der Stadtstaaten Henning Voscherau (Hamburg) und Klaus Wedemeier (Bremen) eine von der SPD-Bundesgeschäftsführerin Anke Fuchs so bezeichnete *schmucke Riege*. Neue Gesichter (viele mit ausgewiesenem Juso-Hintergrund) waren da; ebenso ein neues Programm, das *Berliner Programm* von 1989, das aufgrund der deutschen Vereinigung allerdings schon bei der Beschlussfassung in wesentlichen Teilen überholt war und bis heute kaum zur Kenntnis genommen wird. Nun folgte ab 1992 die Modernisierung der SPD-Parteiorganisation unter dem Titel *Projekt „SPD 2000“*. Der mit der Mitgliederbefragung zur Kür eines neuen Parteivorsitzenden 1993 offen begonnene Streit unter den *Enkeln* wurde erst nach den Zwischenspielen auf den Parteitag von Mannheim (1996) und Leipzig (1998) sowie dem Rücktritt Oskar Lafontaines im Jahr 1999 endgültig beendet. Bundeskanzler Gerhard Schröder wurde auch Parteivorsitzender und damit die Nummer 1 – der verbliebene Ober-Enkel. Der nach der Ära Brandt/Schmidt/Wehner zweite große Aufstieg – und die anschließende Krise – der SPD auf Bundesebene ist das Verdienst und das Dilemma der *Generation Schröder*.

1. Die Modernisierung der SPD 1992/93: Das Projekt „SPD 2000“

Man durfte getrost unterstellen, dass Mitglieder und Funktionsträgerinnen und Funktionsträger der Partei, aber natürlich auch Journalistinnen und Journalisten zum Thema „SPD 2000“ eine Frage stellen würden: Wann modernisiert und verändert sie sich denn nun, die SPD?

Die Projektgruppe des Parteivorstandes hatte nach langen Diskussionen und intensiver Prüfung auch sehr unkonventioneller Ideen Vorschläge gemacht, die nahe an der Organisationsrealität der SPD lagen und die Charakteristik *modera-*

III. Aufstieg und Krise der „Generation Schröder“ im Bund 1991-2005

te Veränderung verdienen – eine sehr weit reichende *Umkrempelung* bewährter Strukturen und die Freigabe der SPD zum *Feldversuch* sind von einer Organisation mit einer mehr als hundertjährigen erfolgreichen Tradition wohl auch kaum zu erwarten gewesen.

Organisationsreform war in den letzten Jahrzehnten häufiger ein Thema für die SPD; so hatten sich z. B. Bruno Friedrich, Holger Börner und Hans Koschnick sowie Peter Glotz mit viel beachteten Beiträgen um die Anpassung der Parteiorganisation an die veränderte gesellschaftliche Situation bemüht und zur Weiterentwicklung der Parteistrukturen beigetragen. Die in den 90er Jahren diskutierten Veränderungen standen in dieser Tradition, mussten sich aber die Frage nach den praktischen Konsequenzen gefallen lassen.

An dieser Stelle ist eine erste Zwischenbemerkung erforderlich. Organisatorische Veränderungen einer Partei sind eine hochpolitische Angelegenheit. Sie basieren auf einer spezifischen Einschätzung der gesellschaftlichen Situation und versuchen, Parteistrukturen so anzulegen, dass ein hohes Maß an gesellschaftlicher Verankerung und politischer Effektivität erreicht wird. Insofern ist eine optimale Organisation eine unverzichtbare Voraussetzung für den politischen Erfolg. Aber zu warnen ist vor dem Umkehrschluss, eine gute Organisation könne z. B. politische Strukturprobleme lösen. Um es an einem Beispiel zu erläutern: Auch die genialste organisationspolitische Entscheidung in Bezug auf die Struktur der SPD in den neuen Bundesländern wird wohl nicht erreichen können, dass die Partei einen massenhaften Zulauf von Mitgliedern erhält. Eine gute Organisation muss den erreichbaren Zuwachs von Mitgliedern, Sympathisanten und Wählern ausschöpfen – auf Basis einer überzeugenden Politik, die das Wichtigste ist.

Im Kern ließen sich die von „SPD 2000“ angestrebten Veränderungen in vier Punkten zusammenfassen:

1. die Verringerung der *Kontaktschwellen* von Bürgern zur Partei durch eine stärkere Öffnung,
2. die Eröffnung stärkerer Beteiligungsmöglichkeiten für Mitglieder in der politischen Arbeit mit dem Ziel einer breiteren politischen Aktivierung,
3. die bessere Qualifizierung von Funktionsträgerinnen und Funktionsträgern und Hauptamtlichen für das innerparteiliche Management sowie die politische Auseinandersetzung und
4. die systematische Verbesserung der internen Infrastruktur mit einem zeitgemäßen Angebot von Dienstleistungen für die Mitglieder und Aktivisten.

Der Bericht der Projektgruppe des Parteivorstandes wies aus, dass es zu dem letztgenannten Punkt erhebliche Fortschritte gegeben hatte. Der SPD-Parteivorstand verfügte über ein transparentes, breit gefächertes Dienstlei-

1. Die Modernisierung der SPD 1992/93

stungsangebot für die Organisation und betrieb trotz knapper Ressourcen eine entschlossene Politik der Modernisierung der EDV, die verstärkt zu einem Instrument der politischen Information und Kommunikation wurde.

Das Ziel, über eine systematische Bildungs-Infrastruktur zu verfügen, war nahezu erreicht: Es gab ein breites Angebot für die Aus- und Weiterbildung von Hauptamtlichen, und für die Weiterqualifizierung von Ehrenamtlichen standen mehr als hundert speziell ausgebildete Teamer, Moderatoren und Referenten zur Verfügung.

Das Projekt „SPD 2000“ hatte auf der Ebene des *zentralen Parteiapparates* stattgefunden. Diese Leistung durfte aber trotz der intensiven politischen Diskussion einiger Hundert Funktionsträgerinnen und Funktionsträger auf den *Spitzenebenen* sowie möglicherweise veränderten Richtlinien und Statuten nicht mit einer Veränderung der Organisations-Realität der SPD in ihrer Breite verwechselt werden. Die Frage bleibt: Was hat sich geändert, was wird sich ändern?

1.1. Die Rolle des Erich-Ollenhauer-Hauses

Die Parteizentrale der SPD war nicht mehr – falls sie es denn jemals war – die Politik der Partei per Dekret bestimmende Instanz. Politik wird auf unterschiedlichen Ebenen formuliert und gemacht, und wichtige Entscheidungen kommen in der Regel erst nach kontroversen Diskussionen bei Integration verschiedener Interessenlagen zustande. Die zunehmende Pluralisierung der Politik-Formulierung und die gewachsenen Integrationsbedürfnisse fanden ihren Niederschlag auch in einem neuen Aufgaben-Profil der Partei-Zentrale.

Unter Hinweis auf die für die aktuelle Politik wichtige Rolle der Fraktionen und deren im Vergleich zur Partei bessere Ausstattung waren Peter Lösche und Franz Walter zu dem Schluss gekommen, der Apparat des Parteivorstandes habe nur noch zwei Funktionen: die des Service-Betriebes für die Organisation und die der Wahlkampf-Organisation. Die Unterstellung, die Bundeszentrale der SPD sei *„eine weitgehend von der übrigen Organisation abgekoppelte Dienstleistungseinrichtung“*, ist zu kurz gegriffen – sie unterschätzt die politische Bedeutung der Parteizentrale. Aber: der Aufbau einer modernen und leistungsfähigen Dienstleistungs-Einheit war das erklärte politische Ziel von Präsidium und Vorstand der SPD, und das Projekt „SPD 2000“ bezog sich zu einem großen Teil auf diese Aufgabe. Hinter dem Begriff *„verbesserte Service-Leistungen für die Partei“* verbargen sich eine Reihe von bewährten und neuen Aktivitäten, die Hilfestellungen für die Basisarbeit der Partei zur Verfügung stellen sollten. Insofern war die möglichst optimale Unterstützung der Arbeit der Ortsvereine ein zentrales Anliegen des Parteivorstandes: „SPD 2000“ bedeutete das Festhalten am Ziel der Aktivierung möglichst vieler Mitglieder und der Direktansprache der

III. Aufstieg und Krise der „Generation Schröder“ im Bund 1991-2005

Bevölkerung durch die Basiseinheiten der Partei. Das Projekt „SPD 2000“ setzte auf kontinuierliches persönliches Engagement in den Gliederungen der Partei und nicht auf die *Fraktionspartei* der Profis. Die Unterstützung der zum großen Teil ehrenamtlichen Aktivisten sollte allerdings so gut und professionell wie möglich erfolgen.

Die Dienstleistungs-Funktionen des Erich-Ollenhauer-Hauses für die Partei ließen sich unabhängig von den gesondert zu betrachtenden Aufgaben im Wahlkampf mit den Stichworten Organisation von Betreuung, Beratung, Erfahrungsaustausch, Information und Kommunikation kennzeichnen. Nicht alle Service-Leistungen konnten allen Ebenen der Partei gleichermaßen zur Verfügung gestellt werden: So beschränkte sich die Organisation von Veranstaltungen aufgabengemäß auf die Bundesebene, und die Betreuung des parteieigenen Computernetzes konzentrierte sich auf den Bereich der Hauptamtlichen bis hin zu den Unterbezirken. Aber auch die Service-Leistungen, die sich nicht direkt an die Ortsvereine richteten, kamen diesen zugute; das galt z. B. für die elektronische Mitgliederverwaltung und den Bankeinzug von Beiträgen ebenso wie z. B. für die durch Veranstaltungen der Parteischule erreichte bessere Qualifikation von Hauptamtlichen.

Zur besseren Übersicht konnte man die Service-Leistungen des Parteivorstands für die Ortsvereine in zwei Schwerpunkt-Bereiche unterteilen: sie zielten einerseits auf die Verbesserung der innerparteilichen Arbeit und andererseits auf die optimale Darstellung der Partei nach außen.

1.2. Schwerpunkt innerparteiliche Arbeit

Ein großer Teil der Angebote des Parteivorstands wendete sich an die in den Ortsvereinen verantwortlichen Funktionäre. Sie sollten helfen,

- die politische Information zwischen Parteivorstand und Ortsvereinen zu organisieren
- den Ortsverein effizient zu managen
- Ortsvereinsversammlungen interessant zu gestalten
- die innerparteiliche Bildungsarbeit voranzutreiben.

Politische Information

Das wichtigste Instrument der politischen Information der Ortsvereine durch den Parteivorstand war das Funktionärsblatt INTERN, das alle 14 Tage erschien und die politischen Vorgänge auf Bundesebene gründlich dokumentierte. Darüber hinaus konnte man die an alle Mitglieder versendete Parteizeitung *Vorwärts* sowie viele Materialien und Dokumente des Parteivorstands als Produkte zur innerparteilichen Information bewerten.

1. Die Modernisierung der SPD 1992/93

Als Instrument der schnellen Information wurde z. B. im Landtagswahlkampf Schleswig-Holstein das Instrument OV-FAX erprobt. Damals reichte das Fax-Netz des Parteivorstands nur bis zu den Unterbezirken; hier schien eine weitere Dezentralisierung auch im Interesse der Bezirke und Unterbezirke sinnvoll, denn in den meisten Ortsvereinen war zumindest ein Multiplikator für die Partei über Fax erreichbar.

Die mit Computern ausgestatteten Funktionäre konnten sich kurzfristig Informationen aus Mailboxen besorgen. Der Parteivorstand betrieb einen solchen elektronischen Briefkasten in Bonn, wobei aktuelle Informationen (z. B. Presseerklärungen) über ein Mailbox-Netz (Zerberus/LINKS) in vielen Orten dezentral abgerufen werden konnten.

Effizientes Management des Ortsvereins

Die Organisation des *laufenden Betriebes* eines Ortsvereins und die Betreuung der Mitglieder erfordern ein hohes Maß an Engagement, wobei häufig auch neue Genossinnen und Genossen eingearbeitet werden müssen. Der Parteivorstand stellte Handbücher wie z. B. das *Organisations-Handbuch* zur Verfügung, das Aufgabenbeschreibungen und Hilfen für Ortsvereins-Funktionäre enthielt. Die Handbücher *Mitglieder werben*, *Zeitung machen* und *Öffentlichkeitsarbeit* sollten Anregungen für Aktivitäten nach außen liefern, nützten aber zunächst einmal den Aktiven bei der Vorbereitung ihrer Arbeit. Darüber hinaus gab es die Bereitstellung von Service-Produkten wie Ehrenurkunden, Anstecknadeln, Briefbögen, Mustersatzungen, Informationen für neue Mitglieder (*Wir über uns*) usw.

Innerparteiliche Bildungsarbeit

Für Ortsvereine stand das *Handbuch innerparteiliche Bildungsarbeit* bereit. In der Reihe *Materialien für die Bildungsarbeit* war z. B. eine Seminarkonzeption zum Thema Rechtsradikalismus verfügbar. Die Bildungsobleute der Ortsvereine erhielten regelmäßig die *Informationen zur politischen Bildung* und wurden einmal jährlich zu einem *Bildungstag* des Parteivorstands eingeladen. Der Parteivorstand hatte die Ausbildung von Teamern und Moderatoren für die politische Bildung erheblich ausgeweitet und wollte über den Aufbau einer Referenten-Datenbank die Unterbezirke in die Lage versetzen, die Ausbildung der Bildungsobleute der Ortsvereine zu verbessern. Die durch die Parteischule organisierte Qualifizierung der Hauptamtlichen war ebenfalls als Beitrag zur Stärkung der innerparteilichen Bildung zu bewerten.

III. Aufstieg und Krise der „Generation Schröder“ im Bund 1991-2005

Reise-Service

Die Erkenntnis, dass Reisen bildet, ist nicht neu. Ausgesprochen erfolgreich war die Idee, ein Reise-Angebot zu organisieren, bei dem SPD-Mitglieder ihre Freizeit gemeinsam mit Gleichgesinnten gestalten und mit der Teilnahme an interessanten politischen Veranstaltungen verbinden können. Darüber hinaus eröffnete sich die Möglichkeit, Noch-Nicht-Mitglieder an das innerparteiliche Leben heranzuführen.

1.3. Darstellung der Partei nach außen

Die über 100.000 Aktivistinnen und Funktionäre in rund 10.000 Ortsvereinen sind das neben der medienvermittelten Öffentlichkeitsarbeit wichtigste *politische Kapital* der SPD: die Multiplikatoren der Partei leisten die Direktansprache der Bürger am Arbeitsplatz und im Stadtteil, sie werben mit ihrer Person für die SPD und sind präziser als alle Umfrageergebnisse in der Lage, die Sorgen und Wünsche der Bevölkerung in die politische Willensbildung hinein zu vermitteln. Die von den Ortsvereinen organisierte Darstellung der Partei nach außen im Rahmen von Aktionen und Kampagnen ist von zentraler politischer Bedeutung. Diese Arbeit wurde vom Parteivorstand unterstützt u. a. durch die Bereitstellung von

- technischen Hilfen
- Beratungsangeboten/Anregungen für neue Formen der politischen Arbeit
- politischen Informationen und Werbemitteln
- Hilfen beim Zugang zu Referenten und Künstlern.

Der *Wilhelm-Dröschner-Preis* und die Ausstellung *Lebendiger Ortsverein* im Rahmen der ordentlichen Bundesparteitage sind bis heute Foren für die Präsentation von Ortsvereinen mit interessanten Projekten. Im Erich-Ollenhauer-Haus erfolgte der Aufbau einer Ideenbörse als Datenbank, die der Aktions- und Projektberatung von Ortsvereinen diente. Die Magazine *Vor Ort* im *Vorwärts* informierten regelmäßig über Ortsvereins-Projekte.

Man konnte von einem sehr dichten Dienstleistungs-Angebot des Parteivorstandes für die politische Arbeit der Ortsvereine sprechen. Der 1992 erstmals veröffentlichte *Service-Katalog* gab eine gute Übersicht über verfügbare Produkte. Darüber hinaus standen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Parteivorstandes für Beratungsgespräche zur Verfügung.

1.4 Modernisierung der Computer-Vernetzung

Wenn man eine moderne und effektive Parteiorganisation will, dann muss man nicht nur technisch auf der Höhe der Zeit sein, sondern auch die Intelligenz und die Interessen der aktiven Mitglieder und Funktionäre in die Überlegungen ein-

1. Die Modernisierung der SPD 1992/93

beziehen. Dieser Satz ist folgenscher: Es reicht nicht mehr aus, sich auf die Ebene der Hauptamtlichen zu konzentrieren.

Die Partei verfügte über ein bundesweites Netz, das von Personalcomputern (PC) in den Unterbezirken über Anlagen der mittleren Datentechnik mit Terminals in den Bezirken bis zu einem Großrechner mit fast 200 Arbeitsstationen in der Bonner Zentrale reichte. Die Produktion von Texten, die Verwaltung der Mitglieder und die Änderung ihrer Daten sowie die Finanzbuchhaltung waren Anwendungen, die niemand mehr ohne Hilfe von Computern erledigen wollte.

Die Projektgruppe „SPD 2000“ des Parteivorstandes hatte in These 51 ihres Berichts in Bezug auf die EDV gefordert: *„Wir streben einen Standard an, der modernen Unternehmen des Dienstleistungsbereichs entspricht. Dabei geht es im Kern darum, die EDV zu einem Instrument der politischen Information und Kommunikation zu machen und sie nicht auf die Funktion etwa der Unterstützung bei der Mitgliederverwaltung oder bei der Texterstellung zu beschränken.“*

Die EDV wurde kompatibel zum Industriestandard. Die SPD wurde unabhängig von einzelnen Hardware-Herstellern und setzte soweit wie möglich am Markt vorhandene Standardsoftware ein. Anlagen der mittleren Datentechnik wurden durch PC-Netzwerke ersetzt. Beim Nachrichtenaustausch setzte die Partei auf Standards und garantierte so einen problemlosen Datenaustausch nicht nur untereinander, sondern auch zum Beispiel mit der SPD-Bundestagsfraktion.

Der praktische Nutzen: Texte, Grafiken, Nachrichten und Informationen konnten blitzartig ausgetauscht und problemlos weiterverarbeitet werden – zum Beispiel bei der Erstellung von Flugblättern oder der Verteilung von Argumentationshilfen im Wahlkampf. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in Bonn konnten direkt vom PC aus nicht nur elektronische Post, sondern auch Fax-Mitteilungen versenden.

Die grundlegende Modernisierung der EDV ermöglichte den Einsatz von Datenbanken zur Verbesserung der politischen Information und zur Optimierung von Verwaltungsarbeit. Einsetzbar waren die Ideenbörse *Lebendiger Ortsverein*, in der etwa eintausend Modellprojekte gespeichert waren, und eine Datenbank für die *Kulturbörse*. Laufende Projekte waren die Elektronisierung des politischen Archivs (zum Beispiel eine Datenbank mit *Gegnerzitate*), die Modernisierung der Mitglieder- und Adressverwaltung, die Erstellung eines Wahlkreis-Informationssystems und der Aufbau einer Teamer- und Referentendatenbank.

Über den Bereich der Hauptamtlichen hinaus wurde versucht, durch drei Projekte eine gerade im Wahlkampf wichtige schnelle Information von Multiplikatoren zu erreichen:

III. Aufstieg und Krise der „Generation Schröder“ im Bund 1991-2005

- Fax-Verteiler wurden aufgebaut, die bis auf die Ebene der Ortsvereine reichen sollten.
- Der Abruf von Informationen aus einer Mailbox in Bonn, deren Zugangskapazität allerdings begrenzt war, wurde ermöglicht.
- Über eintausend Redaktionen von Stadtteil-, Ortsvereins- und Betriebszeitungen sowie alle SPD-Parteibüros erhielten den Artikeldienst auch auf Diskette (Texte und Grafiken).

1.5 Neue Formen der Mitgliederbeteiligung

Hier lag der Kern- und Angelpunkt der Parteireform: Was verändert sich im praktischen Handeln von Ortsvereinen, Unterbezirken und Bezirken? Die – natürlich immer unzureichenden – Informationen auf Bundesebene mussten zu dem Schluss führen, dass von einer breiten Welle der Veränderung noch nicht die Rede sein konnte. Die Realität der Organisation war schon immer differenziert: So waren einzelne der auch in dem Bericht der Projektgruppe des Parteivorstandes erwähnten neuen Formen der Parteiarbeit an der einen oder anderen Stelle längst gängige Praxis, so dass hier kaum Veränderungsbedarf gesehen wurde; an anderen Stellen bestand eine so ausgeprägte Zufriedenheit mit der derzeitigen Situation, dass kein akuter Handlungsbedarf ausgemacht wurde. Die Mitte 1992 begonnenen Reformdiskussionen wurden an vielen Stellen überlagert durch die Konzentration auf politische Auseinandersetzungen im Vorfeld des Sonderparteitages (*Asyl-Parteitag*) Ende 1992. Dennoch gab es in vielen Gliederungen Kommissionen, die sich mit der Modernisierung der Parteiorganisation beschäftigten, und es gab eine Reihe von Pilotprojekten, deren Verbreiterung zu einer Verbesserung der Qualität der politischen Arbeit beitragen würde. Zumindest zwei dieser erprobten Ansätze sollten in der Partei intensiv diskutiert und mit Unterstützung durch den Parteivorstand möglichst überall realisiert werden. Dabei ging es zum einen um Befragungs-Aktivitäten und zum zweiten um die Durchführung von Zukunftswerkstätten/Planungsklausuren auf der Ebene von Unterbezirken.

Befragungs-Aktivitäten

Das Ziel von innerparteilichen *mobilisierenden Befragungsaktivitäten* bestand darin, eine Optimierung der politischen Arbeit im Dialog mit den *Betroffenen* zu erreichen. Das Grundmuster war

- von einer kleinen Projektgruppe besonders Engagierter einen Fragebogen entwickeln und testen zu lassen,
- den Befragten den Fragebogen mit entsprechender Werbung zugehen zu lassen und ihn mit einer möglichst hohen Beteiligung zurückzuerhalten,

1. Die Modernisierung der SPD 1992/93

- eine Auswertung vorzunehmen und strategische Konsequenzen zu formulieren,
- die Ergebnisse der Befragung allen Befragten zurückzuvermitteln und
- eine politische Diskussion unter möglichst breiter Beteiligung über die Ergebnisse der Befragung zu erreichen.

Auf diesem Weg bestand auch die Möglichkeit, Hinweise auf Beteiligungschancen für die Befragten zu geben: Sie wurden zu Diskussionen eingeladen, und sie wurden auch nach ihrer Aktivitätsbereitschaft gefragt, die wiederum die Grundlage für neue Angebote der Partei sein könnte. Der Anfang 1993 fertig gestellte Videofilm des Parteivorstandes zum Thema „SPD 2000“ dokumentierte solche Befragungsaktionen.

Ein erfolgreiches Projekt konnte der SPD-Bezirk Westliches Westfalen vorweisen: Die Organisationskommission des Bezirks hatte eine Befragung aller 782 Ortsvereine des Bezirks durchgeführt und insgesamt 311 Fragebögen (40 Prozent) zurückerhalten. Der Fragebogen zur Ortsvereinsarbeit wurde ausgewertet, und es wurden sowohl politische Konsequenzen als auch Hilfen für die Verbesserung der Ortsvereinsarbeit formuliert. Diese Ergebnisse wurden den Ortsvereinen zur Verfügung gestellt, und es fand auf Bezirksebene eine Ortsvereinskonferenz statt. Über 200 Ortsvereinsvorsitzende kamen zusammen und diskutierten in mehreren Arbeitsgruppen über Schritte zur Verbesserung der Ortsvereinsarbeit und über mögliche Aktivitäten im Rahmen der Parteireform.

Ein sehr viel aufwändigeres Befragungsprojekt hatte im SPD-Bezirk Ostwestfalen-Lippe stattgefunden. Nach einem *Pilotversuch* wurden alle 28.000 Parteimitglieder mit einem von den Funktionären überbrachten Fragebogen konfrontiert, der im Wesentlichen auf eine Verbesserung der Datenbasis der Partei zielte. Es ging darum, aktuelle Mitgliederdaten zu gewinnen (z. B. in Bezug auf die Berufsgruppenzugehörigkeit oder die Mitarbeit in Vereinen und Verbänden), die überhaupt erst eine vernünftige Zielgruppenarbeit ermöglichten. Darüber hinaus hatten die Mitglieder die Chance, ihre Wünsche in Bezug auf Angebote zur Mitarbeit anzumelden (Interesse an bestimmten Themenfeldern, Bereitschaft zur Mitarbeit in Projektgruppen) und über einen beigefügten Fragebogen zur Ortsvereinsarbeit auch ihre Meinung in Bezug auf das Funktionieren der Basisorganisation zu artikulieren. Die erreichte Rücklaufquote von knapp über 50 Prozent war beachtlich. Ein wesentlicher Effekt der Aktion war, dass jedes Mitglied von einem Vertreter der Partei besucht wurde und über das Ausfüllen von Fragebögen hinaus die Gelegenheit hatte, *der Partei* die Meinung zu sagen.

III. Aufstieg und Krise der „Generation Schröder“ im Bund 1991-2005

Zukunftswerkstätten/Planungsklausuren

Die Durchführung von Planungsklausuren in Form von Zukunftswerkstätten unter Einsatz der Metaplan-Technik hatte sich als besonders effiziente Form der Parteiarbeit herausgestellt, die eine Bündelung des Wissens und der Phantasie der Beteiligten ermöglichte und eine solidarische und kooperative Form des Umgangs miteinander förderte. Die SPD verfügte über ausgebildete Moderatoren und Teamer, die die Durchführung von Zukunftswerkstätten/Planungsklausuren für jeden Unterbezirksvorstand oder auch für die Bildungsobleute jedes Unterbezirks sicherstellen konnten. Erste Erfahrungen mit *Wahlkampf-Klausuren*, die in dieser Form in den ostdeutschen Ländern durchgeführt wurden, hatten sich als ausgesprochen erfolgreich erwiesen. Zentraler Gegenstand der Seminare/Klausuren sollte die Vorbereitung des Wahlkampfes 1994 unter politischen wie organisatorischen Aspekten sein. Häufig war es so, dass nach einem ersten Erleben dieser neuen Arbeitsform der Wunsch nach einer Wiederholung zu anderen Schwerpunkten bestand – die Beteiligten machten die Erfahrung, dass Parteiarbeit in der Tat Spaß machen kann und zugleich eine bisher kaum erreichte Effektivität bekommt.

Die SPD konnte für sich reklamieren, eine zeitgemäße Veränderung ihrer Organisationsstrukturen gründlich diskutiert zu haben; auf der Ebene der Hauptamtlichen beim Parteivorstand wurde eine qualitative Verbesserung der internen Infrastruktur realisiert; in vielen Ortsvereinen, Unterbezirken und Bezirken hatte es nachahmenswerte Pilotprojekte gegeben. Eine Aktivierung der Untergliederungen traf auf gezielte Unterstützungsangebote des Parteivorstandes. Die Modernisierung der Organisation war keine Diskussionsveranstaltung für politikarme und wahlkampffreie Zeiten mit dem Ziel einer Änderung der Papierformen. Es ging um die Entfaltung neuer und die Bündelung vorhandener Aktivitäten unter möglichst effizienter Nutzung der vorhandenen Infrastrukturen. Ziel war die Aktivierung der Partei, die nur als Mitgliederpartei in der Bevölkerung verankert bleiben und erfolgreich Politik betreiben kann.

2. Der Streit der *Enkel*: Die Mitgliederbefragung 1993³

2.1. Die politischen Rahmenbedingungen 1993

Im Frühsommer 1993 befand sich die SPD in einer unangenehmen schwierigen Situation. Nach der verlorenen Bundestagswahl 1990 hatte Kanzlerkandidat Lafontaine angeblich keine rechte Meinung zur Übernahme des Parteivorsitzes; die Suche nach einem Nachfolger von Hans-Jochen Vogel endete nach einem quälenden Prozess Anfang 1991 mit der Inthronisierung von Björn Engholm, der in das Amt des Parteivorsitzenden eher gedrängt werden musste als dass er sich selbst gedrängt hätte. Nach einer kurzen Zeit des mit viel Enthusiasmus gestarteten ersten Vertreters der so genannten *Enkelgeneration* an der Spitze der Partei erklärte Engholm schon im Mai 1993 den Rücktritt von seinen Ämtern, weil er in einem Untersuchungsausschuss des Kieler Landtags nicht die Wahrheit gesagt hatte. Johannes Rau wurde kommissarischer Vorsitzender der SPD und hatte damit eine besondere Verantwortung für die Gestaltung des Übergangs des Parteivorsitzes auf eine neue Person – an einer Wiederholung der *Quälnummer* von 1991 konnte niemand ein Interesse haben.

Die Personalsituation der SPD war Anfang 1993 keineswegs schlecht. Geworben wurde mit der „*schmucken Riege unserer Ministerpräsidenten*“. Neben Engholm (Rücktritt) und Rau (Generation, Ambition) kam zu diesem Zeitpunkt allerdings wohl auch der stellvertretende Vorsitzende Lafontaine für den Parteivorsitz nicht in Frage. Falls Lafontaine überhaupt motiviert gewesen sein sollte, wird er wahrscheinlich den Eindruck gehabt haben, dass ihm weder seine Zurückhaltung 1990/91 noch seine gerade wieder in Vergessenheit geratenen Probleme im Saarland nützlich sein würden. Die Medien berichteten von einem „*krassen Fall von Selbstbedienung im Saarland*“, bei dem es zunächst „*nur*“ um die Versorgung von Politikern und später um zweifelhafte Bezüge des Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine selber ging. Laut SPIEGEL hatte Lafontaine nach seinem Ausscheiden als Saarbrücker Oberbürgermeister Versorgungsansprüche und bekam „*dubiose Ausgleichszahlungen, die seine Bezüge im Laufe der Zeit um mehr als 200.000 Mark vermehrt haben*“ (SPIEGEL vom 15.6.1992). Die ZEIT vermutete Mitte 1992: Der SPD-Vize „*scheidet bis auf weiteres als eine der großen sozialdemokratischen Möglichkeiten aus*“ (SPIEGEL vom 15.6.1992). Vermutet wurde allerdings, dass sich Oskar Lafontaine nach einer Spende in Höhe der möglicherweise zu Unrecht erhaltenen Zahlungen und einer gewissen Zeit für das Vergessen der *Pensionsaffäre* die Option auf eine erneute Kanzlerkandidatur gegen Kohl offen halten wollte.

3 Dieser Artikel stützt sich im Wesentlichen auf die Berichterstattung des SPIEGEL von 1992 (Hefte 20,21,25, 39) und 1993 (Hefte 20, 21,23,25)

III. Aufstieg und Krise der „Generation Schröder“ im Bund 1991-2005

Von den im SPD-Präsidium verankerten Ministerpräsidenten blieb nur noch Gerhard Schröder. Der hatte sich in den Medien mit großer Freude gegen die *Bonner Führung* und Positionen der Parteiführung profiliert: Mal eher von rechts (Wirtschaftsfragen), mal eher von links (Asylrecht). Dennoch hatte er nicht zuletzt aufgrund seiner Juso-Biographie und seines Wahlerfolgs in Niedersachsen starken Rückhalt in der Partei. Ebenfalls im Präsidium war Heidemarie Wieczorek-Zeul, ehemalige Juso-Bundesvorsitzende schon vier Jahre (1984) vor Gerhard Schröder. Rudolf Scharping, der es bei den Jusos immerhin zum Beisitzer im Bundesvorstand gebracht hatte, war zwar als junger Ministerpräsident ein Star in Rheinland-Pfalz, konnte sich bei seiner Kandidatur für das SPD-Präsidium im Vorstand allerdings nicht einmal gegen Christoph Zöpel aus Nordrhein-Westfalen durchsetzen. Schröder, Wieczorek-Zeul und Scharping hatten Ambitionen auf den SPD-Vorsitz – Schröder in Verbindung mit der Kanzlerkandidatur, die beiden anderen ohne ein erklärtes Junktim. An einer Entscheidung für Schröder hatte Oskar Lafontaine kein Interesse. Am 11. Mai 1993 erklärte er im Parteivorstand, eine Person alleine könne den Machtwechsel nicht schaffen, es komme auf die richtige Personenkoalition an – und die werde er nicht mit Gerhard Schröder bilden: *„Lafontaine sagte, er werde Schröder nicht unterstützen“* (FAZ vom 12.5.1993). Der SPIEGEL berichtete gar von einer *„fulminanten Attacke auf Schröder“* (17.5.1993) – Lafontaine nehme Schröder übel, dass dieser mit der SPD *„va banque“* spielen wolle, weil er nach einer möglichen Wahlschlappe in Niedersachsen 1994 als Kanzlerkandidat verbrannt sein könnte. Wenn die Berichte zutreffen, kann es sich hier um eine Schlüsselzene für das Verständnis des späteren temporären Zweckbündnisses der beiden *Parteifreunde* handeln: Schröders Weg zur Kanzlerkandidatur wurde 1998 erst nach seinem überzeugenden Wahlsieg in Niedersachsen unter einem Parteivorsitzenden Lafontaine möglich, dessen persönliche Zuneigung zu Schröder wahrscheinlich nicht zugenommen haben dürfte.

Der immer ausgezeichnet informierte Redakteur Günter Bannas von der FAZ konnte am 12.5.1993 sehr detailliert von der nicht öffentlichen langen Debatte (7 Stunden!) über das Verfahren zur Auswahl des Parteivorsitzenden im Parteivorstand der SPD am 11. Mai 1993 berichten – mit Statements von Personen und wörtlichen Zitaten. Viele wichtige Personen hatten sich gegen eine Urwahl durch die Mitglieder ausgesprochen: Oskar Lafontaine, Bundesgeschäftsführer Karlheinz Blessing, NRW-Fraktionsvorsitzender Friedhelm Farthmann, der Linke Peter von Oertzen; Franz Müntefering war für eine Wahlmänner-Entscheidung. Wolfgang Thierse und Hans-Jochen Vogel waren für eine Mitgliederbefragung. *„In der SPD-Führung wurde darauf hingewiesen, aus dem Debattenverlauf sei zu erkennen, dass eine Mitgliederbefragung abgelehnt worden sei“* (FAZ vom

2. Der Streit der Enkel: Die Mitgliederbefragung 1993

12.5.1993). Schröder hielt die Idee einer Mitgliederbefragung für eine „*Strategie, meine Kandidatur zu verhindern*“. In der FAZ wird Gerhard Schröder wörtlich zitiert: Die Urwahl sei nicht von ihm, sondern „*von Leuten ins Gespräch gebracht worden, die sich von plebiszitären Elementen sonst nichts versprechen*“.

Das hatte sich vor allem an den kommissarischen Parteivorsitzenden Johannes Rau gerichtet, der die Befragung aller Mitglieder zur Auswahl des neuen Parteivorsitzenden gegen alle Skeptiker und Widersacher durchgesetzt hat. Ausgerechnet der Chef der SPD-Traditionalisten aus Nordrhein-Westfalen (wohl wesentlich unterstützt von Wolfgang Clement, damals Chef der NRW-Staatskanzlei) setzte die wohl größte Organisations-Innovation aller Zeiten durch und entmachtete die Funktionäre! Es darf gerätselt werden, ob dieses Manöver nur der Vermeidung von Instabilitäten in der Partei oder auch der Verhinderung von Gerhard Schröder dienen sollte, dem man auf einem über die Person entscheidenden Parteitag die allerbesten Chancen unterstellte. Nach Äußerungen von Rau-Intimus und Umweltminister Klaus Matthiesen wurde vermutet, dass das Machtzentrum in Nordrhein-Westfalen durchaus auch an einer Konstellation von Scharping als Parteivorsitzendem und Lafontaine als Kanzlerkandidat gefallen finden könnte. Berichte über eine *Kungelrunde* in der saarländischen Landesvertretung unter Beteiligung von Lafontaine, Scharping, Matthiesen und anderen untermauerten diese Einschätzung. Die späteren Ergebnisse der Mitgliederbefragung zeigen, dass sich Rudolf Scharping sowohl im Nordrhein-Westfalen des Johannes Rau als auch im Saarland des Oskar Lafontaine über besonders viele Stimmen freuen konnte. Anscheinend hatten sich sowohl Rau/NRW (größerer eigener Einfluss) als auch Lafontaine (Option auf eigene Kanzlerkandidatur) massiv für Scharping eingesetzt.

2.2. Die Ergebnisse der Mitgliederbefragung

Der Beschluss, an einem Sonntag (13. Juni 1993) einen *Tag der Ortsvereine* auszurufen und den Mitgliedern der SPD die Gelegenheit zur Abgabe eines Votums für den Parteivorsitz zu geben, war durchaus von Befürchtungen um eine geringe Beteiligung (und damit eine geringe Legitimationskraft) begleitet. Der Wert der Urabstimmung war durch die Selbstbindung der Kandidaten wesentlich erhöht: alle wollten sich an das Votum der Mitglieder halten und nicht auf einem Parteitag gegen den Sieger antreten (ein Fehler im Drehbuch war allerdings, dass für das angesichts von drei Kandidaten wahrscheinliche Verfehlen der absoluten Mehrheit kein zweiter Wahlgang mit einer Stichwahl eingeplant wurde).

Der innerparteiliche Wahlkampf der drei Kandidaten hatte ein ungeahntes Presseecho, es wurde immer spannender, das Interesse an der Entscheidung war riesengroß. Die anfängliche Skepsis bei vielen wich der Erkenntnis: so viel Werbung hätten wir gar nicht bezahlen können! Und: Die Beteiligung der Mit-

III. Aufstieg und Krise der „Generation Schröder“ im Bund 1991-2005

glieder war überraschend hoch, die Ortsvereine hatten Zulauf wie nie zuvor. Von ca. 870.000 Mitgliedern hatten über 490.000 von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht, die Wahlbeteiligung lag bei knapp 57%. Das Resultat des Experiments war eine Sensation.

Sieger der Mitgliederbefragung wurde Rudolf Scharping, der knapp 200.000 Stimmen bekam (ca. 40%) und Gerhard Schröder (gut 160.000 Stimmen, ca. 33%) sowie Heidemarie Wieczorek-Zeul (knapp 130.000 Stimmen, ca. 27%) hinter sich ließ. Dieses Resultat scheint in Deckung mit der Meinung in der Bevölkerung gewesen zu sein: eine Umfrage von EMNID für den SPIEGEL vom 24. und 25. Mai 1993 sah Scharping mit 30% vor Schröder (27%) und Wieczorek-Zeul (21%). Eine Erklärung für die Entscheidung liefert die nähere Betrachtung der Wahlergebnisse auf der Landes- bzw. Bezirksebene.

Gerhard Schröder gewann erwartungsgemäß in Niedersachsen klar (ca. 46.000 Stimmen, gut 68%) vor Wieczorek-Zeul und Scharping (jeweils ca. 11.000 Stimmen oder 16%). Scharping hatte in *seinem* Land Rheinland-Pfalz die Nase vorn und einen auffällig großen Vorsprung vor Schröder (von den ca. 46.000 Stimmen bekam Scharping gut 36.000 oder fast 79%, während Schröder mit knapp 4.000 Stimmen nur 8% erreichte; Wieczorek-Zeul kam mit ca. 6.000 Stimmen und 13% auf Platz 2). Klar ist, dass die Entscheidung in den mitgliederstarken Landesverbänden bzw. Bezirken gefallen ist; die z. B. weniger als 2.000 abgegebenen Stimmen in Mecklenburg-Vorpommern konnten auf nationaler Ebene keine Durchschlagskraft haben. Der Blick auf die *großen Länder* zeigt, dass die Entscheidung weder im Norden noch im Süden gefallen ist: in Schleswig-Holstein und Bayern lagen Scharping und Schröder eng beieinander (Scharping bekam in Schleswig-Holstein ca. 32%, Schröder ca. 30%; in Bayern lagen beide mit ca. 37% gleich auf). Es bleiben: Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und das mitgliederstarke Saarland – und hier lag Scharping überall deutlich vor Schröder. In Baden-Württemberg bekam Scharping (kaum entscheidende) ca. 3.500 Stimmen mehr als Schröder und gewann mit ca. 39% gegenüber ca. 29%. In Nordrhein-Westfalen entfielen von den ca. 135.000 Stimmen (fast 28% der bundesweit abgegebenen Stimmen) ca. 52.000 auf Scharping (ca. 38,5%), ca. 42.500 auf Schröder (ca. 32%) und ca. 40.000 auf Wieczorek-Zeul (ca. 29,5%); das war absolut betrachtet ein Vorsprung von ca. 9.500 Stimmen für Scharping. In Hessen gewann Scharping in Wieczorek-Zeuls *Heimat* mit ca. 27.000 Stimmen (ca. 42%) vor Wieczorek-Zeul (ca. 21.000 Stimmen, 33%) und holte gegenüber Schröder (ca. 15.500 Stimmen, 24%) einen Vorsprung von ca. 11.500 Stimmen heraus. Dieser Vorsprung wird übertroffen vom mitgliederstarken Saarland, wo Scharping um ca. 12.500 Stimmen vor Schröder lag: Scharping kam auf nahezu 63% (ca. 15.500 Stimmen),

3. Die Parteitage von Mannheim (1995) und Leipzig (1998)

Schröder nur auf ca. 12% (ca. 3.000 Stimmen) – hier hat Lafontaines Parteiorganisation im Sinne des Chefs funktioniert!

Die Betrachtung der Wahlergebnisse im Detail zeigt, dass Rudolf Scharping seinen Sieg vor allem in Saarland erreicht hat – aber auch im *Stammland* von Heidemarie Wiczorek-Zeul (vor allem im Bezirk Hessen-Nord) und in Nordrhein-Westfalen. In diesen 3 Ländern hat Scharping ca. 33.500 von seinen insgesamt ca. 35.000 Stimmen Vorsprung vor Schröder geholt. Die Unterstützung Scharpings durch Oskar Lafontaine und Johannes Rau hat Früchte getragen, insbesondere das Ergebnis aus dem Saarland ist sensationell (weil Scharping hier bundesweit mit über 12.000 Stimmen den absolut größten Vorsprung vor Schröder außerhalb von Rheinland-Pfalz hatte). Man kann sich vorstellen, dass die spätere Ankündigung Rudolf Scharpings, selber die Kanzlerkandidatur anzustreben, bei Oskar Lafontaine keine Begeisterung ausgelöst haben dürfte.

3. Die Parteitage von Mannheim (1995) und Leipzig (1998)

3.1. Der Mannheimer Parteitag 1995

Der Parteitag war völlig unzureichend vorbereitet. Anträge fehlten. Eine Strategie des Vorstandes war nicht erkennbar, außer der, dass die Delegierten sich *auskotzen* sollten. Entsprechend war die Stimmung dieses Parteitages. Sie kippte nahezu stündlich weiter um.

Allein die Jungsozialisten hatten eine Strategie. Alle ihre Redner sprachen über die Ausbildungsplatzabgabe. Dies wurde unterstützt durch etliche Juso-Stände im *Lebendigen Ortsverein*, durch Materialverteilung, durch Flugblattwerfen von den Tribünen.

Beim Dampfablassen am Dienstagnachmittag bis in den späten Abend hinein spielte Gerhard Schröder die Rolle des *bad guy*. Neben Heide Simonis war er der einzige aus der Parteiführung, der in dieser Debatte seine Position verteidigte. Er tat dies nach dem Motto „*hier stehe ich, ich kann nicht anders*“. Daran gab es auch nur wenig Kritik. Übel nahm die Mehrheit der Parteitagsdelegierten, dass er mit ihren Gefühlen spielte, als er seine Kandidatur-Bemerkung machte: „*Ich kandidiere ... (lange Pause) ... für den Parteivorstand natürlich!*“ Und viele sahen, als er zu seinem Platz zurückging, die wegwerfende Handbewegung. Mit anderen Worten: Der Schlussgag der Schröderschen Rede war witzig und schön für die Presse – auf große Teile des Parteitages wirkte sie wie ein rotes Tuch.

Auf diesem Parteitag fand kein geplanter Putsch statt. Die Rede Oskar Lafontaines traf auf einen völlig atomisierten Parteitag, dessen Haltung sich weder nach dem Rechts-Links-Muster noch nach Bezirksblöcken festmachen ließ.

III. Aufstieg und Krise der „Generation Schröder“ im Bund 1991-2005

Lafontaine ließ sich vom Beifall während seiner Rede immer weiter mitreißen und legte ständig nach. Nach der Rede schien er direkt erschrocken über das, was jetzt notwendigerweise folgen musste. Er wusste, er konnte nicht mehr zurück.

Die beste Lösung – auch zur Vorbeugung gegenüber weiteren Dolchstoßlegenden – war dann das Gegeneinanderkandidieren von Rudolf Scharping und Oskar Lafontaine. Denn die für Rudolf Scharping allerbeste Lösung, nach Oskar Lafontaines Rede ihm den Parteivorsitz anzutragen, wurde verpasst.

Es gab im Grunde nur zwei andere Möglichkeiten: Rudolf Scharping verzichtet; dies hätte nicht unbedingt der Klarheit gedient. Oder: Rudolf Scharping kandidiert ohne Gegenkandidaten wieder, weil Lafontaine nicht will; dies hätte ein wahrscheinlich sehr schlechtes Ergebnis für Rudolf Scharping oder sogar seine Nichtwahl zur Folge gehabt.

Dass Gerhard Schröder im ersten Wahlgang für den Parteivorstand nicht genügend Stimmen bekam, hing auch damit zusammen, dass er auch bei seiner Vorstellungsrede kein Wort zum Neuanfang, zum Mitmachen-Wollen dabei, fallen ließ. Er wirkte über weite Strecken des Parteitages auf die Delegierten distanziert, manchmal sogar abwesend. Es hat aber auch mit dem Blocken bei der Wahl zu tun. Die 516 Delegierten, die gültige Stimmen abgaben, konnten zwischen 19 und 37 Personen ankreuzen. Im Schnitt wurden aber nur gut 23 Kreuze pro Stimmzettel gemacht.

Immerhin: Er hat trotz vorheriger gegenteiliger Ankündigungen im zweiten Wahlgang kandidiert und dort mit 303 von 487 Stimmen ein recht ordentliches Ergebnis erhalten. In einer Art Trotzreaktion auf die Kandidatur im zweiten Wahlgang zu verzichten, hätte seine Position – gerade angesichts der euphorischen Aufbruchstimmung nach der Wahl von Oskar Lafontaine – deutlich verschlechtert.

Klar war: CDU und CSU würden sich zu allererst mit Oskar Lafontaine befassen. Mit den PDS-Kontakten; dem von ihm ausgelösten Linksrutsch der SPD; seiner Rotlicht- sowie Pensions-Affäre; seiner Gegnerschaft zur Deutschen Einheit; mit der wirtschaftlichen Lage im Saarland. Die größte Gefahr für die Union ging allerdings von einem Tandem aus: Lafontaine als Parteivorsitzender und Schröder als Bundeskanzlerkandidat. Deshalb war mit verstärkten Angriffen auf Gerhard Schröder zu rechnen. Diese Angriffe dürften sich vor allen Dingen mit der niedersächsischen Landespolitik auseinandersetzen. Einige Zeitungen gaben dafür schon einen Vorgeschmack, beispielsweise die FAZ während des Parteitages. Der Tenor dürfte lauten: Gerhard Schröder hat seinen Laden in Niedersachsen nicht im Griff.

3.2. Der Leipziger Parteitag 1998

Auf ihrem Wahlparteitag in Leipzig im April 1998 präsentierte sich die SPD in seltener Geschlossen- und Entschlossenheit. Vergessen – oder verdrängt – war der Mannheimer Parteitag 1995, dessen Ereignisse einen tiefen Einschnitt in die Tradition der Partei bedeuteten. Vergessen waren zweieinhalb Jahre später in den Leipziger Messehallen auch die – vor allem intern und verdeckt geführten – Debatten um die Kanzlerkandidatur. Der überraschend hoch ausgefallene Sieg der Niedersachsen-SPD und Gerhard Schröders im März 1998 wurde außerhalb wie innerhalb der SPD als Quasi-Plebiszit für die Kanzlerkandidatur aufgefasst. Er beendete die langen Diskussionen, die sich dem Mannheimer Parteitag angeschlossen und bis zum Tag der Landtagswahl in Niedersachsen nicht geendet hatten. Und so bestimmte der Leipziger Parteitag mit übergroßer Mehrheit Gerhard Schröder zum Kanzlerkandidaten, verabschiedete einstimmig ein Wahlprogramm, welches das Werben um die *neue Mitte* ins Zentrum der sozialdemokratischen Politik stellte, und bejubelte die Rede des Kanzlerkandidaten, obwohl diese unangenehme Wahrheiten nicht ausklammerte. Tatsächlich bestimmte die knapp zweistündige Rede Gerhard Schröders den Parteitag maßgeblich. Diese war alles andere als inhaltsschwach, skizzierte vielmehr die Grundzüge seines Regierungshandelns und war schon fast so etwas wie eine vorweggenommene Regierungserklärung.

Der Leipziger Parteitag war insgesamt ein großer Erfolg für die SPD. Natürlich mussten die Sozialdemokraten auch harsche Kritik einstecken: Leipzig wurde auf Show und Inszenierung verkürzt. In der Tat bediente sich die SPD – stärker als jemals zuvor – Elementen der Inszenierung. Doch gerade dies war ein Beispiel für das erfolgreiche Lernen der Sozialdemokraten aus der jüngsten Vergangenheit. Denn 1995 in Mannheim hielt der damalige Parteivorsitzende Rudolf Scharping seine Rede zu Beginn ganz allein auf einer riesigen Bühne, die – abgesehen vom Rednerpult – völlig leer war. Keine Tagungsleitung, kein Vorstand, nichts. Das war ganz schlecht, um nicht zu sagen, überhaupt nicht inszeniert.

Jeder Parteitag, generell jede große Veranstaltung richtet sich an drei unterschiedliche Gruppen: an die Leute im Saal, an die Journalisten und, vermittelt über diese, an die Zuschauer, Zuhörer und Leser. In der Mediengesellschaft hat das gesprochene und von den Fernsehanstalten ausgestrahlte Wort einen herausragenden Stellenwert bekommen. Das geschriebene Wort bleibt wichtig, zum Nachlesen, zum genauen Wahrnehmen. Aber die bunten Bilder auf dem Fernsehschirm erreichen viel mehr Menschen und viel mehr Wählerinnen und Wähler. Auf diesen Sachverhalt haben sich auch die Parteien einzustellen. Seit dem legendären Fernsehduell zwischen Richard Nixon und John F. Kennedy

III. Aufstieg und Krise der „Generation Schröder“ im Bund 1991-2005

müssen sie auf das achten, was – meist etwas abfällig – Inszenierung genannt wird. Die Meinungsforscher stimmen darin überein, dass eben genau dieser TV – Showdown ausschlaggebend für den knappen Wahlsieg Kennedys war und dabei vor allen Dingen das, was man das *Rüberkommen* nennt: das Erscheinungsbild, die Gestik, die Mimik, das Äußere.

Ohne Inhalte taugt zwar die beste Verpackung, die beste Inszenierung nichts. Aber es muss in einer Gesellschaft, die nicht zuletzt durch Pluralität und Vielfalt der Medien gekennzeichnet ist, auch Verpackung geben. Die inhaltlichen Debatten hatte es fünf Monate vor dem Leipziger Parteitag in Hannover gegeben. Sie waren kontrovers und so wird es in der SPD wohl auch stets bleiben: Eine über 135jährige Tradition innerparteilicher Diskussion läßt sich nicht einfach beenden und darf auch nicht verdrängt werden. In den Worten Gerhard Schröders: „*Eine stumme Partei ist eine dumme Partei.*“ Der Parteitag in Leipzig verabschiedete das Wahlprogramm, das unter anderem auf den Beschlüssen des Hannoveraner Parteitages basierte.

Die Chance zum demokratischen Diskurs eröffnet sich vor allem dem, der möglichst viele Wählerinnen, möglichst viele Wähler erreicht. Fernsehpräsenz, Fernsehbilder, Bilder überhaupt sind dazu unerlässlich. Weil der demokratische Diskurs über und durch die Medien erfolgt, wird ja mittlerweile schon jede kleine Veranstaltung von Parteien *inszeniert*. Es gibt Rückwände, Rednerpult, Blumenschmuck, Transparente mit Slogans. Wer politisch bestehen will, muss sich diesem Aspekt des Strukturwandels der Öffentlichkeit stellen. In Leipzig hat sich gezeigt, dass die *alte Tante SPD* in der Lage ist, die neuen Herausforderungen anzunehmen. Und das war hohe Zeit, wollte sie sich nicht als *Traditionskompanie* – zuständig allein für die Modernisierungsverlierer im globalen Wettbewerb – von jedweder (bundesweiten) Machtperspektive verabschieden.

4. Schröder '98 – Kampa und Kanzlerkandidat

Es war der Abend des 27. September 1998, und bei der SPD hatten alle alles richtig gemacht. Und ohne Zweifel: Der Wahlsieg der Sozialdemokratie bei der Bundestagswahl war gewaltig. Außer dem Institut Allensbach hatten weder die Meinungsforscher noch die Wahlkämpfer der SPD mit einem Erfolg in dieser Größenordnung gerechnet. Ein Traum wurde wahr, der Blick zurück lohnt sich.

Gerhard Schröder war monatelang ohne Patzer und ohne Erschöpfung durch Stadthallen, Talkshows und Präsidiumssitzungen getingelt. Oskar Lafontaine hatte Disziplin gezeigt, sich selbst zurück- und seine Partei zusammengehalten. Franz Müntefering wandelte an diesem Wahlsonntag noch gegen Mitternacht durch die Gänge des Erich-Ollenhauer-Hauses, lächelte und zog zufried-

4. Schröder '98 – Kampa und Kanzlerkandidat

den an seinem Zigarillo: Er und sein Büroleiter Matthias Machnig hatten den Wahlkampf organisiert. Und der war erfolgreich. Nicht nur das: Vorbildlich und beispielhaft sei die SPD-Kampagne für den Parteienwettbewerb in Deutschland gewesen, stellten Wahlforscher und Politologen in den Jahren nach der Wahl fest. Sie habe Maßstäbe gesetzt und werde in Zukunft sicher von anderen Parteien kopiert. Entscheidend für den Erfolg der SPD so die Wissenschaftler, war die Arbeit der Wahlkampfzentrale *Kampa '98*.

Die Auslagerung der Wahlkampfzentrale aus der SPD-Parteizentrale bleibt das Verdienst Franz Münteferings. Nur ein Parteisoldat, ein Traditionalist wie Franz Müntefering konnte solch eine Entscheidung überhaupt durchsetzen. Einem Bundesgeschäftsführer wie Peter Glotz wäre dies wohl als intellektuelles Hirngespinnst oder als ungehörige Amerikanisierungsmarotte ausgelegt und untersagt worden.

Die Auslagerung war allerdings zum Teil nicht mehr als Augenwischerei, denn der größte Teil des Personals wurde aus der *Baracke* übernommen oder war schon seit langem an den Wahlkämpfen der SPD beteiligt. Einzig die Arbeitsbereiche *Ost* und *Gegnerbeobachtung* wurden weitgehend mit neuen Leuten besetzt. Hinzu kam der Leitungsbereich, im Wesentlichen mit früheren SHB-Mitgliedern aus Münster (*bekannt als Hochburg der Stamokap-Fraktion*)bestückt.

Die *Kampa* mit zuletzt über 100 Mitarbeitern und rotem SPD-Ballon auf dem Dach lag nur einen Steinwurf entfernt von der Parteizentrale. Leider wurden auch etliche weiterhin im Ollenhauerhaus vorhandene analytische Potentiale ausgegrenzt. Was Wunder, dass unter den in der Parteizentrale verbliebenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Auslagerung zu Unmut führte: Die vermeintlich *Guten*, so die oftmals larmoyante Interpretation, seien in die *Kampa* gekommen, die *Schlechten* hätten in der *Baracke* bleiben müssen.

Doch bei aller Demotivation, welche die Trennung von Wahlkampf- und Parteizentrale im Ollenhauerhaus auslöste, war die Maßnahme in mehrfacher Hinsicht gerechtfertigt. Der Wahlkampf galt von Anfang an als befreit vom Mief des alten *Baracken-Trotts*. Es wurde mit Elan und Lust zu arbeiten begonnen; der Wahlkampf, so merkte jeder *Kampa*-Mitarbeiter, hatte ab sofort begonnen. Die rigide Herrschaft der persönlichen Zeiterfassungskarten über den Arbeitsalltag war außer Kraft gesetzt. Am Wichtigsten aber war, dass durch die symbolträchtige Auslagerung das Bild einer hocheffektiv arbeitenden Kampagnenzentrale entstand. Dieses Bild erregte gesteigerte öffentliche Aufmerksamkeit.

III. Aufstieg und Krise der „Generation Schröder“ im Bund 1991-2005

4.1. Die Kampa als Wahlkampf-Subjekt

Schon im Sommer 1997 wurde sie zum besonderen Ereignis dieses letzten Bonner Bundestagswahlkampfes. Und das konnte der Partei erst einmal nur Recht sein. „SPD will wie Blair und Clinton siegen. Kampagne nach britischem und amerikanischen Vorbild“ titelte die SÜDDEUTSCHE ZEITUNG im Juni 1997. Andere Blätter schrieben vom *war room* der SPD. Hintergrund dieser Berichte war nicht mehr als die Vorstellung des Wahlkampfkonzepts. Doch bereits damit konnte die Partei, die seit 15 Jahren in der Opposition saß und viermal in Folge erfolglos gegen Helmut Kohl angetreten war, an die Seite der erfolgreichen Staatsmänner Bill Clinton und Tony Blair rücken.

Als professionell und hocheffizient, ja als einmalig in der deutschen Wahlkampfgeschichte, weil weitgehend hierarchiefrei und deshalb besonders kreativ präsentierte sich die *Kampa* selbst. Die Zusammenarbeit mit der inzwischen prämierten Hamburger Werbeagentur KNSK-BBDO unterstrich dieses Image.

Die Medien berichteten von nun an regelmäßig über den Wahlkampf der SPD – fast immer ganz in deren Sinne. Ob im September 1997 die Uhr am Kampa-Gebäude die Stunden und Minuten zum Wahltag zu zählen begann oder ob ein Kamerateam exklusiv die ersten Bilder von Fluren und Büros des Wahlkampfquartiers erhaschte, die Botschaft war immer dieselbe: Die SPD führt diesmal eine neuartige, moderne und spannende Kampagne. Auf die Neugier oder Beflissenheit, mit der die Medien über die Wahlkampfzentrale und ihre Arbeit berichteten, hatten Müntefering und Machnig gesetzt. Die bis zum Wahltag andauernde Berichterstattung, die am Ende auch mehrseitige Reportagen aus dem *Innenleben* der *Kampa* enthielt, sollte ein Baustein zum Wahlsieg sein.

Die Journalisten mochten noch so kritisch formulieren. Mit jedem Bericht über die Arbeit der Wahlkampfzentrale transportierten sie die Neuheiten und Ideen, die die Kampa-Mitarbeiter sich ausdachten. Werbepлакate, Seitenhiebe und freche Postkarten (etwa das Kohl-Foto mit dem Trapattoni-Satz *Ich habe fertig*) landeten so nicht auf teuren Anzeigenplätzen, sondern im redaktionellen Teil der Medien.

Die Idee, die *Kampa* zum Werbeobjekt und somit zum Subjekt des Wahlkampfes zu machen, war richtig – bis zur niedersächsischen Landtagswahl am 1. März. Denn die Medien konzentrierten sich auf die Wahlkampfzentrale und diskutierten so vergleichsweise wenig, ob und wie sehr es der SPD schade, dass sie noch keinen Herausforderer habe. Im Winter 2001/2002 hat sich am Beispiel der Union gezeigt, wie und mit welcher Ausdauer Journalisten einer Partei „Lähmungen“, „Reibungsverluste“ oder „Unentschlossenheit“ attestieren können, wenn diese nicht weiß, welche Person gegen den Kanzler antreten soll. Solch negative Einschätzungen blieben der noch unentschiedenen SPD in

4. Schröder '98 – Kampa und Kanzlerkandidat

den Monaten vor der Niedersachsenwahl weitgehend erspart. Sie konnte die Zeit des Moratoriums der Kanzlerkandidatenkür so geschickt überbrücken.

Als der Kandidat nach der absoluten SPD-Mehrheit in Niedersachsen feststand und auch niemand die Entscheidung für Gerhard Schröder bezweifelte, änderte die SPD ihre Strategie allerdings nicht. Sie machte die *Kampa*, die bei den Bonner Korrespondenten so gut angekommen war, weiterhin zum Subjekt des Wahlkampfes. Sie bewarb ihr Instrumentarium, ihre Technik, ihr modernes Auftreten. Der Kandidat indes musste sich in das lang geplante Konzept einpassen. „*Wir hätten auch mit Lafontaine gesiegt*“, sagte Kampa-Koordinator Matthias Machnig im Rückblick auf den Wahlkampf: Aus dem Zitat spricht das Selbstbewusstsein der Planer. Es zeigt aber auch, wie wahlentscheidend ihnen die *Kampa* erschien. Bei aller Raffinesse, mit der die *Kampa* das verbrauchte Image des Amtsinhabers verstärkte („*Wir wünschen Helmut Kohl einen schönen Urlaub am Wolfgangsee. 365 Tage lang.*“) – natürlich hat die Person des Herausforderers 1998 eine wichtige Rolle gespielt.

Es spricht viel dafür, dass die SPD-Kampagne 1997 mit einem Kanzlerkandidaten Lafontaine im Hinterkopf geplant wurde. Auch dürfte die Mehrheit der Kampa-Mitarbeiter eher Lafontaines linke Linie als Schröders traditionsfernen Kurs („*Es gibt keine linke oder rechte, es gibt nur eine richtige oder falsche Wirtschaftspolitik*“) favorisiert haben. Nun aber war Schröder Kandidat. Der Ministerpräsident aus Niedersachsen hatte sich (wie Oskar Lafontaine in den 80er Jahren ebenfalls) jahrelang auf Kosten seiner Partei profiliert. Er hatte über antiquierte Parteidogmen gelästert, sich über langweilige Funktionäre und mittelmäßige Abgeordnete mokiert. Das war bei der Partei schlecht, bei den Medien und bei den Wählern aber umso besser angekommen.

4.2. Der Streit um die Wahlkampf-Linie

Für einen Wahlsieg benötigte Schröder Stimmen aus der bürgerlichen Mitte der Gesellschaft. Dazu musste er wirtschaftskompetent auftreten, durfte auf keinen Fall als *Traditions-Sozi* wahrgenommen werden. Und genau hier, so schien es, arbeitete die *Kampa* in die falsche Richtung.

„*Danke Helmut, aber jetzt reicht's!*“ So beendete Gerhard Schröder in der Regel seine Wahlkampfreden. Und er versprach in ihnen: „*Wir werden nicht alles anders, aber vieles besser machen.*“ Das zielte auf die Teile der Gesellschaft, die sich unter dem Begriff der *Neuen Mitte* etwas vorstellen konnten. Potentielle Wechselwähler sollten so überzeugt und gewonnen werden. Die Wahlreden implizierten auch einen deutlichen Generationswechsel: alt gegen neu, verbraucht gegen kraftvoll. Nicht Konfrontation sondern Konsens sollte die Politikform der neuen Regierung werden. Von scharfzüngiger Wählerbeschimpfung

III. Aufstieg und Krise der „Generation Schröder“ im Bund 1991-2005

und Rechthabereien wollte sich der Kanzlerkandidat diesmal bewusst distanzieren. Denn die übliche Schimpfkanonade auf den politischen Gegner bringt kaum neue Stimmen; sie macht allenfalls aus 100-prozentigen 150-prozentige SPD-Wähler. Eine Mehrheit lässt sich damit nicht erreichen.

Den Kampa-Strategen blieb dieser Ansatz fremd. Die *Neue Mitte* war für sie nicht mehr als ein Slogan, der auf die Rückwände der Veranstaltungswände geschrieben wurde. Ja, der Ansatz wurde faktisch konterkariert. Die Filmplakate („*Denn sie wussten nicht, was sie tun*“) und das Plakat, das Kohl auf der untergehenden Titanic zeigte, wirkten genau in die entgegen gesetzte Richtung. Mit solchen Werbemitteln wurde im Grunde allein die Partei bedient.

Hinzu kam, dass alle personellen Elemente, die gezielt den Spitzenkandidaten herausstellten, von der *Kampa* bis in die Phase der Schlussplakatierung hinein eher als „*von Hannover aufgesetzt*“ angesehen wurden.

Ähnlich konterkariierend arbeitete die *Kampa*, indem sie Gerhard Schröders Image des innovativen Wirtschaftsreformers eher mehr als weniger ignorierte. Schröders *Dresdner Thesen* zur Wirtschaftspolitik waren im Herbst 1997 ein gelungener Aufschlag. Sie versprachen Innovation, Aufbruch von Verkrustungen, Bewegung und die Wahrnehmung der Realität einer veränderten, weil globalisierten Wirtschaft. Die ZEIT dokumentierte die Thesen und verglich Schröder mit Ludwig Erhard. Im April 1998, als in Leipzig das Wahlprogramm verabschiedet wurde, war diese Handschrift des Kanzlerkandidaten noch immer deutlich erkennbar. Die Partei hatte sich auf Schröders Positionen zu bewegt, Schröder war auch gleichzeitig der Partei entgegengekommen. Kaum noch wieder zu erkennen war Schröders wirtschaftspolitische Position indes auf der in hoher Stückzahl aufgelegten *Garantiekarte*. Dort lasen sich klassisch sozialdemokratische Programmpunkte, die traditionelle Sozialpolitik bildete einen Schwerpunkt.

Über diese Garantiekarte war länger diskutiert worden. Konnte man dieses erfolgreiche britische Wahlkampfmittel – Tony Blair hatte den Wählern in Scheckkartenformat fünf Versprechen präsentiert – angesichts der föderalen Struktur Deutschlands ohne weiteres übernehmen? Dass es die Karte geben musste, war nicht mehr zu ändern. Welche Versprechungen also konnten von einer SPD-geführten Bundesregierung zeitnah eingelöst werden?

Es gab verschiedene Entwürfe und Gegenentwürfe. Ohne Absprache mit den Mitarbeitern des Kanzlerkandidaten ging die Karte schließlich in Druck und war nicht mehr zurückzuholen. Wahlkampfentscheidend war dies sicher nicht; aber es machte deutlich, dass der ursprüngliche Regieplan – Kandidat hin, Kandidat her – auf jeden Fall eingehalten werden sollte und auch eingehalten wurde. Der Preis bestand allerdings darin, dass die Karte für ein enges, typisch sozialde-

4. Schröder '98 – Kampa und Kanzlerkandidat

mokratisches Programm stand. Die *Neue Mitte* konnte sich höchstens in einem Punkt wieder finden: „*Deutschland als Ideenfabrik*“. Umgesetzt wurde aber auch hier das Versprechen wiederum klassisch: Von der „*Verdoppelung der Investitionen in Bildung, Forschung und Wissenschaft in fünf Jahren*“ war zu lesen, mit anderen Worten von mehr Geld. Begriffe wie Phantasie, Kreativität, Bündelung der schöpferischen Kräfte kamen nicht vor, auch wenn sich diese Topoi aus Schröders Reden gerade hinter dem Programmpunkt „*Deutschland als Ideenfabrik*“ verbargen.

Gegen die *Pledge Card* sprach auch, dass ein derart griffiger und umfangreicher Versprechenskatalog dem politischen Gegner eine wunderbare Vorlage liefert. Eine Zentralregierung wie die britische besitzt den Handlungsspielraum, den sie zur Erfüllung ihrer Versprechen braucht. Ein Kanzler im föderalistischen Deutschland hat es deutlich schwerer: Versprochen – gebrochen, die CDU setzte die Karte im nächsten Wahlkampf bereits eifrig ein. Und: *spiegel-online* machte daraus schon im Frühjahr 1999 die Serie „*Schröders Wahlversprechen*“ und bilanzierte die Ankündigen kritisch.

Durch die Garantiekarte war der Inhalt des Startprogramms vorentschieden. Es musste notwendigerweise die Versprechen der Karte aufnehmen. Ein bisschen mehr von Aufbruch und Innovation war zwar die Rede, und auch Ökologie und Kultur wurden stärker gewichtet. Aber diese Engführung auf die traditionellen Positionen der SPD hin konnte auf Grund des geschilderten Verlaufs bestenfalls erweitert, nicht aber gesprengt werden.

Das Hauptinstrument dieser Erweiterung war das Schröder-Buch zur Wahl, das in Taschenbuchformat die zentralen Positionen des Spitzenkandidaten in verständlicher Sprache und lockerer Aufmachung wiedergab. Es handelte sich dabei um die Weiterentwicklung eines Werbemittels, das sich im niedersächsischen Landtagswahlkampf vortrefflich bewährt hatte.

Die Entwicklung und Publikation dieses Buches war innerhalb der *Kampa* umstritten. Es wurde zum einen als überflüssig angesehen, zum anderen als nicht völlig kompatibel mit der Grundlinie der Wahlkampfstrategie, was sicher zutraf. Nur mit Ach und Krach konnte es durchgesetzt werden. Schließlich wurde das Buch später als geplant (möglicherweise zu spät) den Untergliederungen angeboten, es war vielen von ihnen zu teuer (und außerhalb Niedersachsens auch zu ungewohnt). Die Werbung war halbherzig, was zur Folge hatte, dass der Absatz deutlich hinter der schon reduzierten Auflage zurückblieb.

Völlig ohne Beteiligung der *Kampa* entstand und erschien Gerhard Schröders „*Und weil wir unser Land verbessern. 26 Briefe für das moderne Deutschland*“, von der *Kampa*-Leitung nicht ohne Misstrauen beäugt. Die große publizistische Resonanz, die in der Regel positiven Kritiken, vor allen Dingen der Vorabdruck

III. Aufstieg und Krise der „Generation Schröder“ im Bund 1991-2005

im SPIEGEL, verhinderten jedoch, dass Mäkeleien an diesem Produkt *der Hannoveraner* aufkommen konnten.

4.3. Inszenierung oder Über-Inszenierung?

Kein Zweifel: Politik muss auch inszeniert werden. Dies gilt insbesondere für Veranstaltungen wie Parteitage, Wahlkampfkundgebungen, Foren und Kongresse. Und in der Tat hat die *Kampa* die Veranstaltungen im Bundestagswahlkampf erstklassig inszeniert. Den Medien wurden beste, regelrecht durchgestylte Bilder geliefert. Dabei wurde völlig zu Recht immer wieder an das meinungsbildende Medium Fernsehen gedacht. So tat der SPD-Wahlkampf gut daran, die hohe Bedeutung des Fernsehens nicht zu ignorieren. Doch es wurde übertrieben. Der Umgang mit der Darstellung der eigenen Darstellung geriet zu offensiv. Die bisweilen hemmungslose Offenheit gegenüber den Medien führte denn auch zu negativer Berichterstattung.

Den Leipziger Parteitag etwa setzten große Teile der Presse mit einer reinen Show gleich. Diese Kommentierung neutralisierte die an sich positive Botschaft, dass die SPD mittlerweile im Stande sei, einen Parteitag mediengerecht auf die Beine zu stellen. Die Organisatoren waren daran nicht schuldlos, hatten sie doch den minutengenauen Ablaufplan des Einzugs der SPD-Spitzen in die Pressemappen gelegt. „*Winken bis Musikende*“ oder „*Lichtstimmung*“ war darin nachzulesen. Dass diese Information auch die Unionsparteien erreichte, die anschließend von „*hohler Inszenierung ohne jeden Inhalt*“, von viel Show und wenig Politik sprachen, ließ sich natürlich nicht verhindern.

Der politische Gegner intonierte diese Melodie bis zuletzt. Und Momente der Überinszenierung wie jene in Leipzig wiederholten sich. In der *Kampa* gaben sich die Kamerateams nämlich bald die Klinke in die Hand. Sitzungen des Leitungskreises durften ebenso gefilmt werden wie die alltägliche Morgenbesprechung. Das führte zu teilweise absurden Bildern in den Wahlkampfspecials der verschiedenen Sender, die den Inszenierungskritikern der Gegenseite neue Munition lieferten. Die Entwicklung kulminierte in Bildern von einer Klausurtagung einiger Schröder-Mitarbeiter, die beim Brainstorming für eine Schröder-Rede aufgenommen wurden. Was dort formuliert wurde, wurde dann in dem Filmbeitrag gegen die jeweilige Redesequenz Schröders geschnitten. Der so entstandene Eindruck vom Kanzlerkandidaten als Sprechpuppe seiner Berater hätte leicht vermieden werden können.

4.4. Zweierlei Wahlkampf

Im Laufe des Wahlsommers knirschte es also des öfteren bei der Zusammenarbeit zwischen *Kampa* und Kandidaten. Das lag vor allem daran, dass Gerhard Schröder sich für einen nur wenig konfrontativen Umgang mit Helmut Kohl

4. Schröder '98 – Kampa und Kanzlerkandidat

entschieden hatte. Wenn Schröder sein „Danke Helmut, es reicht“ in die Säle schmetterte, zollte er Kohl so auch immer Respekt. Und sein Slogan „Wir wollen nicht alles anders, aber vieles besser machen“ kündigte keineswegs eine vollständige Verteufelung der Regierungspolitik an. Die Wähler, so die wohl richtige Überlegung, brächten Leistung und Person des 16-Jahre-Kanzlers bei allem Verdross ein gewisses Maß an Achtung entgegen.

Die Kampagne der Bundes-SPD im Bundestagswahlkampf 1998 beinhaltete also im Grunde zwei unterschiedliche Wahlkampfplänen. Die Wahlkampfzentrale *Kampa* stand für eine hochmoderne Technik, durchaus kreative Umsetzungen und allerdings klassische Inhalte. Der Kanzlerkandidat wurde in das frühzeitig vorhandene Konzept hineingepresst, konnte sich nur teilweise davon absetzen. Gerhard Schröder selbst und seine größtenteils aus Hannover agierenden Berater hingegen bemühten sich, über die Person des Kanzlerkandidaten Modernität, Innovation und Kompetenz in die Medien zu bringen. Die mehrheitsbringenden Signale jedenfalls gingen vom Kanzlerkandidaten persönlich aus. Sie verdichteten sich in den Personen der *Quereinsteiger* Walter Riester, Jost Stollmann und Michael Naumann. Stollmann repräsentierte im Wahlkampfteam den Typus junger, dynamischer und erfolgreicher Unternehmer, den *selfmade-man* einer neuen Gründergeneration; er sprach insbesondere die Kids der Computer-Generation (folgerichtig führte er *seinen Wahlkampf* überwiegend im Internet) und die nur lose gebundene FDP-Klientel an. Riesters Wirkung reichte über den zukunftsorientierten Teil der Gewerkschaften hinaus bis hin zu konsensorientierten Unternehmern; und er war zugleich Ansprechpartner der Teile der Gesellschaft, die als *Modernisierungsverlierer* gelten. Mit der Nominierung Naumanns schließlich als zuständigem Mann für die Kultur gelang mitten im Wahlkampf die Eroberung der Feuilletons und die Anbindung größerer Teile der kulturellen Eliten an die SPD – oder besser: an diejenige Politik der SPD, die durch Gerhard Schröder personifiziert wurde.

Am Wichtigsten aber war Schröders Image als Frontmann der Neuen Mitte innerhalb der SPD und als parteiübergreifender Modernisierer. In der öffentlichen Wahrnehmung war diese Zusage spätestens nach der Niedersachsenwahl so gefestigt, dass dieses Image nicht mehr beschädigt oder gar umgeprägt werden konnte. Schröder selbst setzte auch im Wahlkampf die zentralen Punkte der Auseinandersetzung. Sein Satz in der ZDF-Sendung *Was nun, Herr Schröder?*, der sich abzeichnende Aufschwung sei „*mein Aufschwung*“, ist nur ein Beleg dafür.

Gegen Ende des Wahlkampfes erfolgte schließlich eine Annäherung der beiden Wahlkampfplänen, die auf einem bekannten Phänomen beruht: Der Spitzenkandidat wird im Laufe der Wahlkampfveranstaltungen immer sozialdemokrati-

III. Aufstieg und Krise der „Generation Schröder“ im Bund 1991-2005

scher. Das liegt darin begründet, dass das Publikum dort zu 90 Prozent aus Parteimitgliedern und Sympathisanten besteht, die genau dann Zustimmung signalisieren und klatschen, wenn sie vertraute Parolen hören. Darauf reagiert der Redner entsprechend. So war Schröders Spruch, die Regierung handle in der Gesundheitspolitik nach dem Motto: „*Wer nichts zu beißen hat, der braucht auch keine guten Zähne*“ schon im niedersächsischen Landtagswahlkampf 1986 mit viel Beifall bedacht worden.

Ein Rückblick auf 1998 wäre unredlich, verschwiege er die professionelle Organisation der *Kampa*. Die Parteibasis wurde über das neue Intranet eingebunden, jeder Unterbezirk erhielt die Tageslosung des Bundesgeschäftsführers, die Analysen der Gegnerbeobachter, die Argumentationsmuster und Sprachregelungen der Wahlkampfleitung. Die Großveranstaltungen liefen reibungslos ab, die Journalisten waren offenbar bestens betreut.

Zum Auftakt der heißen Phase im August lobten sie dann auch den so genannten *Dreisprung*, einen Kundgebungsgewaltmarsch von Schröder und Lafontaine an einem Tag von Berlin über München nach Bonn. Der Abteilung *Unterstützergruppen* gelang es sogar, Schriftsteller, Professoren und Schauspieler für die SPD auftreten zu lassen. Die Stimmung beim Kulturforum im Berliner Willy-Brandt-Haus war nicht im Entferntesten vergleichbar mit der Euphorie der Intellektuellen im Brandt-Wahlkampf 1972. Doch der Auftritt von Jürgen Habermas und des Unterstützer-Urgesteins Klaus Staeck schien zu belegen: auch unter dem Pragmatiker Schröder werden Geist und Macht sich näher kommen.

Neben der ersten echten Abwahl eines Kanzlers seit Bestehen der Bundesrepublik dürfte vom Bundestagswahlkampf 1998 deshalb auch zu Recht die neuartige und ungewohnt professionelle SPD-Kampagne in Erinnerung bleiben. Dass die Schwierigkeiten und Schwächen im Zusammenspiel von *Kampa* und Kandidat weitgehend unbemerkt blieben, spricht für die Geschlossenheit der SPD und am Ende nur für alle Beteiligten.

5. Krisensignale 1999-2004

5.1 Desorientierung Anfang 2000

Ende 1999, etwas mehr als ein Jahr nach der Regierungsübernahme durch SPD und GRÜNE, steckten die Regierungsparteien in einem scheinbar hoffnungslosen Umfrage-Tief. Auf Betrachter von außen wirkte die SPD um die Jahreswende 1999/2000 wie zwischen zwei Polen. Der eine Pol wurde durch die Positionen Oskar Lafontaines markiert, die im Kern staatsinterventionistisch ausgerichtet waren. Seine Anziehungskraft speiste sich aus der Geschichte der Sozialdemokratie. Der andere Pol wurde durch das Schröder/Blair-Papier

beschrieben, das die Herausforderung der globalisierten Weltwirtschaft annehmen wollte, aber die Wurzeln sozialdemokratischer Identität, das solidarische Füreinandereinstehen, weitgehend unbeachtet ließ.

Keine Frage, beide Pole entwickelten abstoßende und anziehende Kräfte, was auf viele Menschen im Umfeld der SPD verwirrend wirkte. Dieser Eindruck wurde durch die öffentliche Darstellung der Politik der Bundesregierung verstärkt, die offenbar im ständigen Wechsel zwischen beiden Polen handelte und damit beliebig nach außen und chaotisch von innen wahrgenommen werden musste.

Die Folge davon war: Die Mitgliedschaft der SPD war weitgehend desorientiert. Es fehlte das, was man interne Fortschrittsperspektive nennen könnte. Es gab eine massive Demotivation der Sozialdemokraten auf allen Ebenen der Partei, und zwar bei den

- ca. 10.000 hauptamtlichen *Politik- und Partei-Arbeitern*, die zwar nicht resigniert wegtauchten, aber unter der politischen Situation (1999) stark litten, sich um Schadensbegrenzung bemühten und die nächsten Wahlen fürchteten;
- ca. 100.000 ehrenamtlichen Funktionären der Partei, deren Desorientierung sich bei vielen in einem Rückzug aus Ämtern und einer eingeschränkten Bereitschaft zu Wahlkampfaktivitäten niederschlug;
- ca. 600.000 *einfachen Mitgliedern* und ihren vielleicht 1 Mio. engeren Freunden und Familienmitgliedern, die eine sinkende Bereitschaft sowohl zur Teilnahme an Parteiversammlungen als auch dazu hatten, zumindest im privaten Gespräch oder am Arbeitsplatz stolz als bekennender Sozialdemokrat aufzutreten und die Position von Partei oder Regierung zu vertreten.

Über diese Mobilisierungsschwäche der SPD wurde schon länger geredet. Bei aller Bedeutung der Medien: Ein Verzicht auf die Begeisterung der Mitarbeiter der eigenen *Firma*, die Duldung der inneren und die Hinnahme der realen Kündigung (Austritt) als Resultat falscher Ansprüche, mangelhafter Strukturen, unklarer politischer Ziele und nicht nachvollzogener Regierungspolitik, ist auch durch noch so aufwendige Werbestrategien nicht zu kompensieren.

5.2 Desaster 2004

Der Ausgang der Wahl zur Hamburger Bürgerschaft 2004 war ein weiteres Desaster für die Sozialdemokratie. Sie erreichte mit nur 30% der abgegebenen Wählerstimmen – bei 6% Verlust – einen historischen Tiefststand in Hamburg. Der Vorsprung der CDU sowohl bei den Wählern unter 30 als auch bei den Arbeitern war eine Katastrophe für die SPD. Die Partei hätte wohl noch schlechter

III. Aufstieg und Krise der „Generation Schröder“ im Bund 1991-2005

abgeschnitten, hätte nicht der so genannte *Münche-Effekt*, die Übergabe des Parteivorsitzes von Gerhard Schröder an Franz Müntefering, die Parteifunktionäre neu motiviert und hätte nicht der Spitzenkandidat der SPD, Thomas Mirow, einen beachtlichen Schlussspurt hingelegt. Nach Umfragen entschieden sich von den bis dahin unentschlossenen Wählerinnen und Wählern in den letzten drei Tagen vor der Wahl 36% für die SPD und 35% für die CDU.

Wenn es stimmt, dass im Jahr 2003 ca. 40.000 Mitglieder die Partei verlassen hatten und allein im Januar 2004 ca. 10.000 Austritte erfolgt sind, hatte sich die Demotivation der Sozialdemokraten erheblich verschärft. Eine nähere Analyse der Parteiaustritte dürfte diese Diagnose weiter dramatisieren: so wurde z. B. aus einem Ortsverein gemeldet, dass von den 9 zur weihnachtlichen Jubilarehrung vorgesehenen Mitgliedern (die der Partei zwischen 25 und 40 Jahren angehören) nur noch 6 zur Verfügung standen – ein Drittel der *Treuesten der Treuen* war zwischenzeitlich ausgetreten.

Ohne tiefere Analyse dürfte unstrittig sein, dass es dem Kanzler und der Parteiführung nicht gelungen war, die einfachen Mitglieder z. B. von der in der Agenda 2010 formulierten Politik zu überzeugen. Der *normale Sozi* war in seiner normalen Umgebung (am Arbeitsplatz, im Verein, in der Kneipe, in der Nachbarschaft) schlicht nicht mehr sprach- und artikulationsfähig.

Geradezu groteske, verniedlichend *handwerklich* genannte Fehler des Regierungshandelns waren ja auch nicht zu übersehen. Es fiel kritischen Journalisten nicht einmal mehr schwer, statt einer detaillierten inhaltlichen Auseinandersetzung zu Einzelfragen gleich zu zusammenfassenden Aburteilungen der „Lachnummer Deutschland“ überzugehen. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit:

- Wer verstand schon, dass von jedem Bürger eine Praxisgebühr einbehalten wurde, die Pharmakonzerne aber ungeschoren davonkamen und die Arzneimittelpreise in Deutschland weiterhin weit über denen in unseren Nachbarstaaten lagen?
- Wie konnte es dazu kommen, dass sich die Belastungen für die Rentnerinnen und Rentner im ersten Halbjahr 2004 – sozusagen pünktlich zu vielen Wahlterminen – kumulierten?
- Warum blieb es folgenlos, wenn Nieten in Ministersesseln – wie im Falle des Karneval-Dauerwitzes Maut – offenkundig völlig unzureichende Verträge aushandelten und so die Bundesregierung ebenso blamierten wie sich unsere führenden Technologiekonzerne blamiert haben?
- Wieso war es der Bundesregierung nicht möglich, den Umbau der Arbeitsverwaltung so zu organisieren oder organisieren zu lassen, dass nicht jede Woche neue Pannen, Fehlleistungen und Skandale die Schlagzeilen beherrschten?

Mit Antworten auf diese und etliche weitere Fragen wurde nicht nur das einfache SPD-Parteimitglied alleine gelassen. Ein für unvermeidlich gehaltener Politikwechsel durch schlichten Vollzug von Regierungshandeln ohne Parteikommunikation führte zu Brüchen.

Die SPD hatte bei der Europawahl im Juni 2004 im Vergleich zur Bundestagswahl 2002 fast drei Viertel ihrer Wähler verloren, über 10 Millionen Menschen waren nicht mehr zur Wahl *ihrer* Partei zu bewegen; man konnte von Rekord-Verlusten mit historischen Ausmaßen sprechen, die selbst das miserable Landtagswahl-Ergebnis in Niedersachsen im Jahr 2003 in den Schatten stellten. In ostdeutschen Städten lag meist die PDS, in den Großstädten der alten Bundesrepublik die Partei der GRÜNEN vor der SPD, die in einigen Regionen nicht einmal mehr die 10%-Hürde überspringen konnte. Bei den Jungwählern und den Arbeitern hatte die SPD ihre traditionelle Vormachtstellung an die konservative Opposition verloren. Der Parteienforscher Franz Walter meinte, dass man die Wahlergebnisse *„ohne Übertreibung als Revolution in der deutschen Wahl- und Parlamentsgeschichte bezeichnen darf“* (SZ vom 7.7.2004). Der SPIEGEL brachte es auf den Punkt: *„Die SPD hat ihre Identität verloren und auch die Zustimmung der Bürger“* (Nr. 30, 19.7.2004).

Zu den Gründen zählte die Regierungs-Politik der *Ankündigungsverängstigung*: Reihenweise wurden Maßnahmen präsentiert, die große Einschnitte für die Menschen bedeuten, diese wurden dann regelmäßig ganz oder teilweise wieder zurückgenommen. Für den Bürger war nicht mehr klar erkennbar, wer ihm wann welche Zumutung auferlegen wollte und was davon wann zur realen Umsetzung anstand.

Die Idee des Aufbaus einer neuen *linken* politischen Organisation mit dem Ziel der Kandidatur zu Parlamentswahlen bewegte mit wohl eher aktiver als passiver Duldung durch die Spitzen der Gewerkschaften IG Metall und Ver.di (SPIEGEL Nr. 29, 12.7.2004, *„Angriff von Innen“*) tausende von Aktivisten. Resultat war auf jeden Fall eine weitere Schwächung der SPD.

Die allgemeine Verwirrung von Wähler- und Mitgliedschaft der SPD ließ sich auf einen gemeinsamen Nenner bringen: Durch das Regierungshandeln wurden alte, teilweise traditionelle inhaltliche Positionen der Partei abgeräumt, ohne dass sie durch neue oder modifizierte Leitideen und Positionen ersetzt wurden. Die im Juli/August 2004 gelaufene Plakat- und Anzeigenaktion der Bundesregierung – *„Warum Agenda 2010? – Darum!“* – war der viel zu späte Versuch, diese verpasste Debatte nachzuholen.

6. Um die Neuwahlen 2005: Schröder am Ende, SPD in der Krise

6.1. Tageskompetenz und *muddling through*

„Du musst immer so regieren, als ob morgen Wahlen wären“, so lautete der klassische Rat von Anthony Giddens, des Erfinders des *dritten Weges*, an Tony Blair. Im Regierungssystem Gerhard Schröders war dieser Satz so etwas wie der kategorische Imperativ. *Tageskompetenz* wurde zum Schlüsselwort. Um sie in der Politik zu erlangen, um an jedem Tag kompetenter zu erscheinen als der politische Wettbewerber, gibt es eine unabdingbare Voraussetzung: Informationen müssen schnell, stetig und umfassend fließen, aufgenommen und verarbeitet werden. Nur dann gelingt es, auf dem Markt der Nachrichten die Nase vorn zu haben, dem Wettbewerber die Themen zu diktieren; laxer ausgedrückt: ihm die Schau zu stehlen.

Ein durchschlagendes Beispiel für diese Art, Politik zu betreiben, bot der Mai des Jahres 2005. Um 18 Uhr schlossen die Wahllokale in Nordrhein-Westfalen. Das Ergebnis war für die SPD desaströs. Um 18.30 verkündete der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering, der Bundeskanzler strebe vorgezogene Bundestagswahlen im Spätsommer des Jahres an. Damit war an diesem Abend ein völlig neues Thema gesetzt und besetzt. Jürgen Rüttgers und der Wahlsieg der CDU in NRW waren uninteressant geworden. Die Diskussionen an diesem Wahlabend kreisten um andere Fragen: wie soll die vorgezogene Bundestagswahl zu Stande kommen? Wie will Schröder ein Misstrauensvotum gegen seine Regierung begründen? Spielt der Bundespräsident mit? Wird die Verfassung mit solch einem Vorhaben nicht überdehnt, ja gebrochen? Mit anderen Worten: Gerhard Schröder bestimmte mit seiner Ansage die Agenda des Abends und der folgenden Wochen. Er hatte ganz eindeutig das Heft in der Hand, bestimmte das Gesetz des Handelns. Auf seinen Coup mussten die anderen Parteien reagieren – er agierte.

Das Sich-Ausrichten an der Tageskompetenz birgt aber auch gewichtige Nachteile. Es ist vor allen Dingen und zu aller erst selbst nur Reaktion. Reaktion auf tatsächliche oder vermutete Ereignisse oder Vorhaben, die von außen herangetragen werden. Auch der Schachzug Gerhard Schröders am Abend der nordrhein-westfälischen Landtagswahl war Reaktion auf das sozialdemokratische Wahldesaster an Rhein und Ruhr. Ständige, tägliche Reaktionen aber verwischen die eigenständige, der jeweiligen Partei zugewiesene Kompetenz, ihre Alleinstellungsmerkmale bis hin zur Beliebigkeit. Ein roter Faden im Handeln einer Regierung oder einer Partei ist nicht mehr zu erkennen. *Muddling through*, *Durchwursteln*, wird in den Augen der Wählerinnen und Wähler zum

Kennzeichnen solch einer Praxis. Für die Sozialdemokratie kam erschwerend hinzu, dass ihr praktisches Regierungshandeln auf diese Weise als völlig abgehoben von ihren traditionellen Grundwerten und ihren programmatischen Überlegungen erlebt wurde.

Das Sich-Ausrichten an der Gewinnung der Tageskompetenz war so gleichzeitig einer der Gründe für die mangelnde Konsistenz sozialdemokratischer Regierungspolitik. Es fehlte das Grundsätzliche; Beliebigkeit wurde zum Kennzeichen. Auf diese Ursache war primär das Scheitern des niedersächsischen Ministerpräsidenten Sigmar Gabriel zurückzuführen. Sigmar Gabriel übrigens schien aus seiner Niederlage gelernt zu haben. Als Bundesumweltminister vermied er (bisher) alle populistischen Äußerungen. Er sprang nicht mehr auf jedes Thema an, selbst nicht auf innerparteiliche Diskussionen, sondern er widmete sich den umweltpolitischen Fragestellungen seines Amtes. Allenfalls die Berufung des vormaligen Kampa-Leiters Matthias Machnig zu seinem Staatssekretär war als Signal für einen umfassenden politischen Anspruch zu deuten.

6.2. Szenen aus dem Innenleben der Partei Mitte 2005

Hannover

Wer aber ist die Partei?
Sitzt sie in einem Haus mit Telefonen?
Sind ihre Gedanken geheim, ihre Entschlüsse unbekannt?
Wer ist sie?
Wir sind sie.
Du und ich und ihr – wir alle.
In deinem Anzug steckt sie, Genosse, und denkt in deinem Kopf.
Wo ich wohne, ist ihr Haus, und wo du angegriffen wirst, da kämpft sie.
Zeige uns den Weg, den wir gehen sollen, und wir
Werden ihn gehen wie du, aber
Gehe nicht ohne uns den richtigen Weg
Ohne uns ist er
Der falscheste.
Trenne dich nicht von uns!
Wir können irren, und du kannst recht haben, also
Trenne dich nicht von uns!
Dass der kurze Weg besser ist als der lange, das leugnet keiner
Aber wenn ihn einer weiß
Und vermag ihn uns nicht zu zeigen, was nützt uns seine Weisheit?

III. Aufstieg und Krise der „Generation Schröder“ im Bund 1991-2005

Sei bei uns weise!
Trenne dich nicht von uns!

Bertolt Brecht

Das Brecht-Gedicht rezitierte Stefan Weil, der SPD-OB-Kandidat (und heutige Oberbürgermeister) in Hannover. Anlass war die Feier des 60. Geburtstages des SPD-MdL Walter Meinhold, der am 16.6. 2005 auf einem Ausflugsschiff mit einer Fahrt auf dem Mittellandkanal begangen wurde. Weil traf die Stimmung. Durch etliche Gespräche mit den aktiven Parteimitgliedern zog sich die Feststellung: die Partei wurde kaltgestellt, abgeschaltet, wir haben nichts mehr zu sagen. Und hinzu kam fast so etwas wie Wut, wenn der Chor der SPD-List-Süd die Neuwahlentscheidung als „Wahnsinn“ besang. Wut, aber auch Trauer: „Gerd, warum lässt du unsre Seelen erfrier'n?“

Der Minister (1.6.2005)

Hans Eichel sprach auf einer öffentlichen Veranstaltung der niedersächsischen SPD-Landtagsfraktion über seine Haushaltspolitik und den notwendigen Subventionsabbau. Er referierte seine Zahlen, geißelte die Blockade der Union im Bundesrat und wies den Vorwurf der sozialen Ungerechtigkeit an die Regierungspolitik zurück: 50% des Einkommenssteueraufkommens erbrächten 10% der Steuerpflichtigen; also trügen doch die starken Schultern mehr als die schmalen. Man hörte ihm ruhig zu, applaudierte verhalten am Ende der Rede. So etwas wie Aufbruchstimmung aber konnte der Bundesfinanzminister nicht entfachen. Das gelang in Ansätzen dem damaligen Vorsitzenden der Landtagsfraktion, Sigmar Gabriel. Der drosch vehement und rhetorisch gekonnt auf die Haushaltspolitik der Landesregierung ein.

Das Spargelesen (21. 6. 2005)

Ein Sigmar Gabriel in guter Form testete Versatzstücke seiner Wahlkampfreden als Bundestagskandidat auf diesem gemütlichen Beisammensein der SPD-Landtagsfraktion in Peine-Stederdorf. Er strich die Erfolge der Bundesregierung heraus – „das müsst ihr weiter sagen“ – und malte das Bedrohungsszenario einer schwarz-gelben Koalition an die Wand. Großer Beifall für Gabriel. Wohingegen der designierte Fraktionsvorsitzende sich in seiner Rede darauf beschränkte, zum 20. Jubiläum der Veranstaltung zu gratulieren und politisch stille schwieg. Im Übrigen gab es auch unter den aktuellen und ehemalige Landtagsabgeordneten und den Fraktionsmitarbeitern so gut wie kein Verständnis für die einsame Neuwahlentscheidung der beiden älteren Genossen in Berlin. Abgesehen von Gabriels Rede war vom Wahlkampf um die Regierungs-

macht in Berlin keine Rede. Gekämpft und gekungelt wurde allein um Ämter in der Fraktionsführung.

Bremen

Mitgliederversammlung SPD-Ortsverein Peterswerder-Steintor, am 26. Mai 2005

Wenige Tage nach der Neuwahlentscheidung wurde auf Anregung eines Mitglieds der Punkt „aktuelle Situation“ als zusätzlicher Punkt auf die Tagesordnung gesetzt. Begonnen wurde aber wie geplant mit dem Vortrag des SPD-Staatssekretärs für Arbeit sowie eines Sprechers der Bremer Arbeitsloseninitiative zu Hartz IV (Kritikpunkte waren z. B.: organisatorische Mängel der Umsetzung, Gerechtigkeitslücke für langjährig Beschäftigte, vermeidbare Optik bei den Arbeitslosenzahlen). Kurz vor 22.00 Uhr begann die Diskussion des Punktes „Neuwahl-Entscheidung“. Es gab immer Kritik am Kurs der Bundesregierung bis hin zu Anträgen an Parteitage und Schreiben an den Parteivorsitzenden. Nur wenige Statements repetierten die offizielle Erklärung der Oberen, die Neuwahlen sollten die Blockade des Bundesrates auflösen.

Nach der presseöffentlichen Erklärung des amtierenden älteren Bundestagsabgeordneten, lediglich aus Pflichterfüllung und entgegen der eigenen Lebensplanung erneut für eine Kandidatur bereitzustehen, gab es einen konkreten Vorschlag für eine Initiative, einen jüngeren Kandidaten zu benennen. In der Diskussion wich die allgemeine kritische Grundhaltung dem realistischen Parteisolddatum. Es gab Statements

- jetzt Schröder plakatieren, der hat die Realitäten auch gegen die Partei erkannt und in hervorragende Politik umgesetzt
- jetzt kämpfen für ein optimales Wahlergebnis, um als Maximalziel eine Große Koalition zu erreichen
- den verdienten Bundestagsabgeordneten aus taktischen Gründen erneut nominieren, weil das die Chance zur Verteidigung des Wahlkreises erhöht
- die Diskussion um nötige Korrekturen der Reformpolitik eröffnen.

Es wurden zwei neue UB-Delegiertinnen gewählt; die jüngeren Frauen erklärten, nach dem Absinken der SPD seien sie der Meinung: „Jetzt erst recht“. Sie ersetzen die ehemalige Ortsvereinsvorsitzende und die ehemalige Schriftführerin, die ihren Rücktritt von den Delegierten-Funktionen erklärt hatten und sich an der Parteiarbeit nicht mehr beteiligen wollten.

Nach dem *Dampfablassen* ging man ohne konkrete Aktivitätsplanung auseinander. Die Parole: Abwarten, was zur Wahl von Oben kommt und dann business as usual.

III. Aufstieg und Krise der „Generation Schröder“ im Bund 1991-2005

6.3. He did it his way

Kurzer Rückblick auf die letzten 18 Monate der Amtszeit Gerhard Schröders (Bundeskanzler vom 27.10.1998 bis zum 22.11.2005)

Auf der schwungvollen Feier zu seinem 60. Geburtstag im Frühjahr 2004 im *Theater am Aegi* in Hannover ahnte noch niemand der gut 500 Gäste – und der Jubilar Gerhard Schröder gewiss auch nicht -, dass sich die meisten von ihnen eineinhalb Jahre später keine 200 Meter entfernt wieder treffen würden: zum großen Zapfenstreich anlässlich des Abschieds Gerhard Schröders vom Amt des Bundeskanzlers. Nur 18 Monate lagen zwischen diesen beiden Festveranstaltungen. Aber was für welche !

Zum Geburtstag gratulierten unter anderen Günter Grass, Wladimir Putin und der frisch gewählte SPD-Vorsitzende Franz Müntefering. Frisch gewählt, denn im Februar hatte Gerhard Schröder den SPD-Vorsitz zur Verfügung gestellt, um sich ganz auf das Amt des Bundeskanzlers konzentrieren zu können.

Auf die Partei wirkte das – nach Mitgliederverlusten in sechsstelliger Höhe und einer ganzen Serie verlorener Landtagswahlen (u. a. gab es im Februar 2003 in Niedersachsen einen Absturz von 15% in der Wählergunst) – wie ein Befreiungsschlag. Trotz der anhaltenden auch innerparteilichen Kritik an jener Politik, die mit dem Begriff Agenda 2010 gekennzeichnet wurde, konnte die Talfahrt bei den Wahlen in Bremen, Brandenburg und Sachsen zumindest abgebremsst werden. In Sachsen gelangte die SPD sogar in die Regierungsmitverantwortung.

So retteten sich die rot-grüne Bundesregierung und die SPD ins Jahr 2005. Doch dann kam es knüppeldick. Trotz anders lautender Umfragen landete die SPD in Schleswig-Holstein knapp hinter der CDU. Die Bildung einer Landesregierung aus SPD, Grünen und Südschleswigschem Wählerverband scheiterte, als Heide Simonis bei der Wahl zur Ministerpräsidentin auch im 4. Wahlgang eine Stimme fehlte. Die Stimmung in der Sozialdemokratie war im Keller. Im Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen kämpfte die SPD auf aussichtslosem Posten. Der erdrutschartige Sieg von CDU/FDP überraschte niemanden mehr.

Um so mehr überraschte am Wahlabend Franz Müntefering. Er gab eine halbe Stunde nach Schließung der Wahllokale bekannt, dass sich Bundeskanzler Schröder einer Vertrauensfrage im Deutschen Bundestag stellen wolle mit dem Ziel, so bald wie möglich Neuwahlen herbeizuführen. Nach den Ergebnissen der Landtagswahlen und der bröckelnden innerparteilichen Zustimmung zum Agenda-Kurs brauche die Bundesregierung eine neue Legitimation durch den Souverän, die Wählerinnen und Wähler.

Vorgezogene Bundestagswahlen. Ganz abgesehen von den verfassungsrechtlichen Problemen mutete dies Unterfangen den meisten Kommentatoren

7. Anmerkungen zur Rot-Grünen Politik

wie Harakiri an, dümpelte doch die SPD in den Meinungsumfragen um die 25% herum. Zudem waren die Aktivisten nach den verlorenen Landtagswahlen alles andere als erpicht auf noch einen harten Wahlkampf aus, wie es schien, hoffnungsloser Position heraus.

Doch gelang es der SPD und vor allem ihrem Spitzenmann Schröder, die Stimmung zu drehen. Gerade in den letzten drei, vier Wochen des Wahlkampfes zog das Thema *Soziale Gerechtigkeit*. CDU/CSU und FDP konnten – mit dem Finanzministeranwärter Prof. Paul Kirchhoff als Beleg – als Parteien der sozialen Kälte abgemahnt werden.

Um nicht einmal einen Prozentpunkt, um gerade einmal vier Mandate verfehlte der brillante Wahlkämpfer Schröder das Ziel, wieder, dann zum dritten Male hintereinander, die SPD zur stärksten Fraktion im Bundestag zu machen. Doch blieb die SPD in der Bundesregierung und steht acht Ministerien vor. Das ist und bleibt ein großer Erfolg nach einer fulminanten Aufholjagd, die alle Meinungsforschungsinstitute alt aussehen ließ. Dieser so kaum erwartete Wahlausgang wurde zudem erstritten auch gegen die überwältigende Mehrheit der veröffentlichten Meinung.

7. Anmerkungen zur Rot-Grünen Politik: Was wurde aus den „alten Idealen“

7 Jahre waren Vertreter der *68er*-Generation Mitglieder der Regierung der Bundesrepublik Deutschland. Der jahrelang beliebteste deutsche Politiker, der ehemalige Vizekanzler und Außenminister Joschka Fischer, war am Ende der 60er Jahre in Frankfurt einer der führenden Köpfe der außerparlamentarischen Opposition (APO) und an einer Vielzahl von militanten Aktivitäten bis hin zum Verprügeln eines Polizisten beteiligt (Kraushaar 2001 a, S. 62). Die Jugendorganisation der SPD wurde von den *68ern* beeinflusst und hatte das erklärte Ziel, die Gesellschaft über die Veränderung der SPD von innen her zu verändern. Bundeskanzler Gerhard Schröder wurde 1971 Vorsitzender des Juso-Bezirks Hannover und galt auch noch 1978 bei seiner Wahl zum Bundesvorsitzenden als Repräsentant der (innerhalb der Jusos) linken Minderheiten-Strömung der *Antirevisionisten*. Nach 7 Jahren rot-grüner Bundesregierung unter Schröder/Fischer stellt sich die Frage, ob und wie weit die Oppositionsgeneration des Jahres 1968 die Welt in ihrem Sinne verändern und ihre Ziele umsetzen konnte. Hier kann es nicht darum gehen, eine umfassende Bilanz rot-grüner Politik zu ziehen. Es geht um einen Vergleich zentraler Denkmodelle der Protestgeneration (bezogen sowohl auf die APO als auch auf die Jusos) mit den heutigen Realitäten und den politischen Positionen der rot-grünen Bundesregierung.

III. Aufstieg und Krise der „Generation Schröder“ im Bund 1991-2005

7.1. Demokratisierung

Die radikaldemokratischen Ansätze der Protestgeneration haben Deutschland verändert: Das Problem des politischen Einflusses einer in undemokratischen Zeiten geprägten Generation hat sich politisch und biologisch erledigt, die Beteiligung von Schülern und Studenten an Entscheidungsprozessen ist zumindest begrenzt möglich, öffentliche Diskussionen und Demonstrationen sind Teil der Normalität und auf kommunaler Ebene gibt es Chancen für die Bürgerbeteiligung an Planungsprozessen.

Der Antiautoritarismus der 68er hat insgesamt zu einer Liberalisierung des gesellschaftlichen Klimas geführt. Silvia Bovenschen (1998) hat das in ihrem Rückblick so formuliert: *„Wenn uns auch der revolutionäre Höhenflug missraten ist, so hatten wir doch eine ‚kolossale Breitenwirkung‘ in die Lebensstile hinein“* (S. 235). Vorstellungen von einer Abschaffung des Parlamentarismus und der Installation einer Räte Demokratie konnten sich nicht durchsetzen. Heute gibt es keine ernsthaften politischen Vorschläge in diese Richtung.

In Deutschland wurde diskutiert, durch eine Verfassungsänderung in Zukunft die Möglichkeit zu eröffnen, zu besonders wichtigen Fragen (z. B. zur EU-Verfassung) Volksabstimmungen durchzuführen. Die rot-grüne Bundesregierung war (zumindest offiziell) skeptisch und betonte auf ihrer Homepage die Risiken direkter Demokratie. In dieser Frage muss man konstatieren, dass sich Kanzler Schröder und Vizkanzler Fischer weit von ihren Ausgangspositionen entfernt hatten. Auch wenn sie nicht (mehr) für eine direkte Demokratie nach dem Muster der Schweiz waren, hätten sie zumindest für wichtige Fragen Plebiszite zulassen können.

7.2. Kapitalismus

Im Gegensatz zu allen Hoffnungen und Prognosen der 68er hat es keinen Niedergang des Kapitalismus, sondern eine weltweite Ausbreitung der Marktwirtschaft gegeben. In Russland und dem ehemaligen Ostblock ist deren Variante von Sozialismus gescheitert, und Chinas Wirtschaft wächst nach der Einführung marktwirtschaftlicher Elemente.

Jochen Grünwald (1998) hat in einem persönlichen Rückblick (*„Was wir wollten und was daraus wurde“*) bilanziert: *„Der Kampf der 68er gegen den Kapitalismus war also völlig erfolglos. Ein Grund lag sicher darin, dass längst nicht alle von uns die Beseitigung des kapitalistischen Wirtschaftssystems für richtig, zumindest aber für wichtig hielten ... Das größere Problem aber war, dass die Mehrheit der Arbeitnehmerschaft offenkundig unsere antikapitalistische Zielsetzung ablehnte“* (S. 388-389).

7. Anmerkungen zur Rot-Grünen Politik

Die rot-grüne Regierung pflegte die kapitalistische Wirtschaft und hoffte auf Wachstum, damit die Arbeitslosigkeit sinkt und der Sozialstaat finanziert werden kann. So formulierte Kanzler Schröder in seiner Regierungserklärung zur *Agenda 2010*: „Eine dynamisch wachsende Wirtschaft und eine hohe Beschäftigungsquote sind die Voraussetzungen für einen leistungsfähigen Sozialstaat und damit für eine funktionierende Soziale Marktwirtschaft.“ Der Kanzler genoss den Ruf, zumindest zeitweilig der *Genosse der Bosse* zu sein.

Man kann feststellen, dass die regierenden *68er* in der Frage des Wirtschaftssystems das Gegenteil von dem taten und vertraten, was am Ende der sechziger Jahre die Mehrheitsmeinung der oppositionellen Aktivisten war.

7.3. Militärische Interventionen

Die deutsche Sicherheits-Situation hatte sich durch das Ende des *Kalten Krieges*, die Auflösung des *Ostblocks* und die Ost-Erweiterung der NATO positiv verändert. Die Bedrohung durch eine permanente Kriegsgefahr schien bis auf weiteres beendet, die Bundeswehr schien zur Sicherung der deutschen Grenzen gegen aggressive Nachbarstaaten eher überflüssig.

An die Stelle von Kriegen zwischen Staaten treten häufiger militärische Interventionen zur Beseitigung unerwünschter Machthaber. Dabei treten teilweise Soldaten aus unterschiedlichen Nationen im Auftrag der Vereinten Nationen als *Weltpolizisten* auf, die Gewalt zur Durchsetzung humanitärer Interessen einsetzen (das gilt für das ehemalige Jugoslawien). Teilweise werden aber auch einseitig erklärte Kriege geführt, die nicht durch Beschlüsse der Völkergemeinschaft gedeckt sind und auf nachweislich falschen Begründungen basieren – wie der Krieg der Amerikaner im Irak.

Die rot-grüne Bundesregierung hatte entschieden, sich unter bestimmten Voraussetzungen erstmals in der deutschen Nachkriegsgeschichte an militärischen Aktivitäten außerhalb Deutschlands zu beteiligen. „Die Bundeswehr ist gefordert bei der Evakuierung deutscher Staatsbürger aus Notlagen und bei humanitären Einsätzen. Gemeinsam mit Streitkräften befreundeter Nationen und Partnern beteiligt sie sich an friedenserhaltenden, stabilisierenden und Frieden erzwingenden Operationen ... Hinzu kommen Einsätze im Kampf gegen den internationalen Terrorismus, auch als Beiträge zur Unterstützung von Bündnispartnern“.

Zugleich hatte es die Bundesregierung aber abgelehnt, sich direkt am Krieg der Amerikaner im Irak zu beteiligen. Vizekanzler Fischer hatte dies im November 2004 in einem Interview mit dem STERN bekräftigt: „Die Haltung der Bundesregierung ist und bleibt klar: Wir werden keine Soldaten in den Irak schicken ... Westliche Truppen werden als Besatzer gesehen. Besatzung löst die Probleme nicht“.

III. Aufstieg und Krise der „Generation Schröder“ im Bund 1991-2005

Für die regierenden *68er* war es ein großer politischer Erfolg, Deutschland und die Bundeswehr gegen vielfältigen politischen Druck weitgehend aus dem Irak-Krieg herausgehalten zu haben. Dennoch ergibt sich eine große Diskrepanz zu der Sichtweise der *68er*: weder die NATO noch militärische Interventionen an sich werden grundlegend abgelehnt.

7.4. Eine kurze Bilanz

Die zentralen *Denkmodelle* der *68er* von der APO und von den Jungsozialisten in der SPD hatten von wenigen Ausnahmen abgesehen keinen Eingang in die Entwicklung der Gesellschaft und die Politik der rot-grünen Bundesregierung gefunden. Die Überwindung des Kapitalismus und des Parlamentarismus sowie der grundsätzliche Verzicht auf militärische Interventionen sind nicht Realität geworden, und sie waren nicht Ziel der Bundesregierung. Aus Sicht von Anhängern der *alten APO* ist die Bilanz eindeutig negativ, weil zu viele Positionen aufgegeben worden sind. Kraushaar fragte danach, was denn aus „dem Konzept des langen Marsches durch die Institutionen“ geworden sei – und befand: „*Ein historischer Treppenwitz*“ (S. 87).

Dennoch kann man nicht von einer völligen politischen Erfolglosigkeit der Protestgeneration sprechen. Zur Abkehr von autoritären Strukturen und zur Demokratisierung der Gesellschaft haben die *68er* ebenso beigetragen wie zur Schärfung des Bewusstseins gegenüber völkerrechtswidrigen Militäraktionen.

IV. Fragmente zu einer Neu-Aufstellung der SPD

1. Gesellschaftlicher Wandel und sozialdemokratische Reaktionen

Noch Mitte der 50er Jahre konstatierten die Soziologen Popitz, Bahrnt, Jüres und Kesting in ihrer empirischen Studie über *„Das Gesellschaftsbild des Arbeiters“* deren *„dichotomisches Bewusstsein“*, also eine klare Vorstellung von einer in Oben und Unten zweigeteilten Gesellschaft. Zur gleichen Zeit aber begann der Rückgang der klassischen Arbeiterberufe. Die Mitte der Gesellschaft verbreiterte sich. Der Soziologe Schelsky sah gar eine *„nivellierte Mittelstandsgesellschaft“* kommen. Die deutsche Sozialdemokratie reagierte auf diesen gesellschaftlichen Wandel in den Jahren 1958-1960.

Eine solche Anstrengung hat die SPD in ihrer langen Geschichte schon des Öfteren unternehmen müssen. Ihre großen Vorsitzenden der Nachkriegszeit wussten das – und sie warben dafür. Schon Kurt Schumacher propagierte die Öffnung der SPD für neue soziale Schichten. Die Sozialdemokratie sollte allen gesellschaftlichen Kräften offen stehen, die durch den Nationalsozialismus nicht diskreditiert worden waren. In seinen *„politischen Richtlinien“* formuliert Schumacher im August 1945 fast schon die Strategie der neuen Mitte: *„Der Kampf um den alten und neuen Mittelstand ist heute ein zentrales Problem“*. Es war folglich eine bewusste politische Entscheidung der Schumacher-SPD, das traditionelle sozialdemokratische Vereinswesen nicht wieder vollständig herzustellen, obwohl ihr dazu ein gewisses Potential zur Verfügung gestanden hätte. Denn nicht alle Mitglieder der Arbeiterkulturbewegung waren ja nach dem Ende der Weimarer Republik in bürgerliche Organisationen und Vereine gewechselt. Doch die Sozialdemokraten wollten eben verhindern, sich – wie im Kaiserreich und in der Weimarer Republik geschehen – von der übrigen Bevölkerung zu isolieren. Hoffnung und Ziel der SPD war die Einflussnahme auf andere Teile der Gesellschaft. Doch die Vorstellungen Schumachers blieben noch Jahre über seinen Tod 1952 hinaus bloße Theorie.

Erst Willy Brandt schlug später den von Schumacher vorgeschlagenen Weg ein.⁴ Auch ihm ging es immer wieder darum, weite Teile der Gesellschaft in die

4 Schumachers Nachfolger im Parteivorsitz, Erich Ollenhauer, hatte den Weg geebnet. Obwohl als politischer Führer nur mäßig erfolgreich, gewöhnte er immerhin die Parteitraditionalisten an die gesellschaftliche und politische Modernität. Ohne Ollenhauers Loyalität hätten die Parteireformer ihren Modernisierungskurs nicht so reibungslos durchsetzen können.

IV. Fragmente zu einer Neu-Aufstellung der SPD

Sozialdemokratie zu integrieren. Brandt machte sich deshalb stark für das ständige Organisieren neuer sozialer Bündnisse.

Dazwischen allerdings lagen die deutlichen Niederlagen bei den Bundestagswahlen 1949 bis 1957, die diesen Einsichten innerparteilich zum Durchbruch verhalfen. Erst ein gutes Dutzend Jahre nach der Wiedergründung der SPD in Wennigsen 1945 brachte die Partei die Kraft auf, die innerparteiliche Reform hin zur *neuen* SPD zu vollziehen.

Wie gesagt: Die SPD wurde *wieder gegründet*. Und auf diesem *wieder* muss die Betonung liegen. Die Genossinnen und Genossen, die in Wennigsen tagten, kamen aus den Konzentrationslagern der Nazis, sie kamen aus der Widerstandsarbeit, sie kamen aus dem Exil. Als Überlebende des Naziterrors waren sie einig in dem Willen: nie wieder Krieg; nie wieder Faschismus. Ihre politischen Erfahrungen hatte sie fast alle – wie auch Kurt Schumacher – in der Weimarer Republik gemacht.

1945 wurde quasi die Weimarer SPD wieder gegründet, mit den alten Strukturen, mit all ihren Stärken, wie der beispielhaften Solidarität, die sich in den Jahren der Verfolgung und Unterdrückung bewährt hatte, aber auch mit der überkommenen sozialen Orientierung. Der Forderung des Parteivorsitzenden Kurt Schumacher, neu zu beginnen und neu aufzubauen, wurde kaum gefolgt, weder in den Ortsvereinen noch im Parteivorstand selbst. Die SPD blieb bis in die fünfziger Jahre im Wesentlichen die alte *Traditionskompanie*.

Die Entwicklung zur großen linken Volkspartei erfolgte erst Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre. Und es wurde ein gründlicher Neubeginn, auf dem die Wahlerfolge der sechziger und siebziger Jahre gründeten. Die Partei hatte die Kraft, die innerparteiliche Reform in drei großen Schritten zu vollziehen: Der *erste* Schritt erfolgte 1958 mit der Stuttgarter Organisationsreform. Bereits seit dem für sie enttäuschenden Abschneiden bei der ersten Bundestagswahl galt das Hauptaugenmerk der Sozialdemokraten auch der offenbaren Misere in der Parteioorganisation. Ein auf dem Hamburger Parteitag von 1950 verabschiedetes Statut vergrößerte zunächst den Einfluss der Parteiführung: Der Parteivorstand entwickelte sich dadurch immer mehr zum Machtzentrum. Auf seine Politik, besonders auf die des geschäftsführenden Vorstandes, hatten andere Bundesgremien der Partei faktisch weder Einfluss noch besaßen sie Kontrollmöglichkeiten. Deshalb wurden die folgenden SPD-Wahlniederlagen zwangsläufig dem mächtigen geschäftsführenden Parteivorstand angelastet. Vor allem ihm galten die organisatorischen Reformbestrebungen. 1958 schließlich, auf ihrem Stuttgarter Parteitag, reformierten die Sozialdemokraten ihre Organisationsstruktur: Das politische Zentrum der Partei verschob sich von den hauptamtlich angestellten Parteivorstandsmitgliedern zu den gewählten

1. Gesellschaftlicher Wandel und sozialdemokratische Reaktionen

Mitgliedern. Die gleichzeitig vorgenommenen Vorstandswahlen stärkten vor allem die Position der Bundestagsfraktion in der neuen Parteiführung. Die SPD *parlamentarisierte* sich.

Der *zweite* Schritt, ebenso wichtig wie der erste und ohne diesen nicht zu machen, erfolgte 1959 mit der Programmreform. Die Niederlage bei der Bundestagswahl 1957 hatte auch parteiprogrammatisch die Dämme der Tradition gebrochen, nachdem die 1955 begonnenen Programmvorbereitungen bis dahin eher schleppend verlaufen waren. Auf allen Ebenen der Parteiorganisation kam sehr bald eine lebhafte Diskussion auf. Nach zahlreichen Einwänden und Änderungsvorschlägen nahm der Parteitag das *Godesberger Programm* im November 1959 fast einstimmig an. In Godesberg wurde die Öffnung der SPD gegenüber allen Schichten der Bevölkerung beschrieben: Die SPD, so stand es im *Godesberger Programm*, „*ist eine Gemeinschaft von Menschen, die aus verschiedenen Glaubens- und Denkrichtungen kommen. Ihre Übereinstimmung beruht auf gemeinsamen sittlichen Grundwerten und gleichen politischen Zielen*“. Durch das *Godesberger Programm* warfen die Sozialdemokraten ideologischen Ballast ab. Die SPD wandelte sich von der proletarischen Klassenpartei zur Volkspartei, die zu einer wirklich konstruktiven Opposition bereit war. Der Wille der Mehrheit in der Partei, vor allem der neuen Parteiführung, endlich die politische Macht zu erringen und diese auch zu behaupten, bestimmte fortan ihr politisches Handeln.

Als *dritter* Schritt folgte die personelle Erneuerung der SPD. Seit 1953 bildete sich mit Fritz Erler, Carlo Schmid und Herbert Wehner eine *informelle Elite* heraus. Allen drei gemeinsam war, dass sie nicht zur alten Garde der Weimarer SPD gehörten und dass sie sich für eine Modernisierung der Partei und ihrer Politik einsetzten. Den Anfang bei der personellen Erneuerung machte die Bundestagsfraktion, die 1957 mit eben jenen Männern gleich drei neue stellvertretende Vorsitzende wählte. Die Partei folgte auf dem Stuttgarter Parteitag im Jahr darauf: Herbert Wehner und Waldemar von Knoeringen, die gemeinsam die ganze Breite des sozialdemokratischen Spektrums verkörperten, wurden zu Stellvertretern des Vorsitzenden Erich Ollenhauer. Dem neuen Parteivorstand gehörten sechs Angehörige des Fraktionsvorstandes an. Am offensichtlichsten zeigte sich der personelle Wandel 1960 mit der Nominierung Willy Brandts zum Kanzlerkandidaten der SPD, jenes Willy Brandt, der zuvor die Wahl in den Parteivorstand verpasst hatte. Vier Jahre später übernahm Willy Brandt zudem den Parteivorsitz.

Mit der Inthronisierung Brandts zum Kanzlerkandidaten beugte sich die SPD erstmals den Gesetzen der Mediengesellschaft. Denjenigen kürte sie zum Kandidaten, der im neuen Medium Fernsehen die beste Figur machte und der au-

IV. Fragmente zu einer Neu-Aufstellung der SPD

Berdem der Liebling der mächtigen Springer-Presse war. Brandt hatte gerade die Wahlen in Berlin furios gewonnen. An seiner Seite stand eine attraktive und für Pressebilder famos vorzeigbare Frau. Er erinnerte ein wenig an John F. Kennedy. Mancher Parteifunktionär musste damals seine Vorbehalte gegen den telegenen, zuweilen dandyhaft wirkenden Brandt herunterschlucken. Brandt verströmte nicht allzu viel Stallgeruch und hatte auch keine Ochsentour durch die Kommissionen der Partei unternommen. Und er hatte noch während seiner Kür zum Kandidaten kühl erklärt, dass er sich an Parteitagsbeschlüsse keineswegs gebunden fühle. Trotzdem ging die SPD den Weg mit Brandt. Und dieser führte sie 1966 erstmals in die Regierung. Ende der sechziger Jahre hatte sich die SPD erfolgreich modernisiert, geöffnet und verjüngt. So – und natürlich durch die hohen Kompetenzwerte ihres Wirtschaftsministers Karl Schiller – schaffte sie es 1969, erstmals weit in bürgerliche Wählerpotentiale einzudringen.

Sie wandelte sich von der Klassenpartei, die sie real nur noch in Sonntagsreden war, auch programmatisch zu einer Partei, die sich weit öffnete und fast alle Schichten der Bevölkerung zu erreichen suchte (*catch-all-party*). Getragen von einer Wechselstimmung und unterstützt von gesellschaftlichen Eruptionen (1968) gelang 1969 die Erringung der Kanzlerschaft.

Der gesellschaftliche Wandel aber setzte sich fort. Das Arbeiterbewusstsein änderte sich weiter, wie die Untersuchungen von Horst Kern und Michael Schumann nachwiesen. So unterschieden sich die Äußerungen von Gewerkschaftsmitgliedern nicht mehr von denen der anderen Befragten. Im Unterschied zu der Studie von Popitz/Bahrdt u. a. stellten Kern/Schumann fest: *„Ebenso wie der Einfluss marxistisch-sozialistischer Gesellschaftsinterpretationen kaum mehr gegeben ist, ist auch als Konsequenz zunehmender Differenzierung der Arbeitssituation der Rückgriff auf Kollektiverfahrungen der Klasse schwerer denn je möglich [...] In dieser Situation bleibt zu fragen, ob überhaupt inhaltlich gemeinsame, für die Arbeiterschaft insgesamt geltende Bewusstseinsstrukturen vorhanden sind“*. Aufgrund dieser Zerfaserung des Arbeiterbewusstseins sei zu bezweifeln, *„ob die Arbeiterschaft noch als das historische Subjekt gesellschaftlichen Wandels zu fungieren vermag.“* Mit anderen Worten und auf unseren Gegenstand bezogen: Die festen Stammwählerschaften erodierten. Lebenslagen, Haltungen, Milieus bestimmten stärker das Wahlverhalten.

Die SPD musste entsprechend reagieren. Sie tat dies 1984, zwei Jahre nach dem Verlust der Regierungsmacht. In einer umfassenden Studie *„Planungsdaten für die Mehrheitsfähigkeit der SPD“* ließ sie die verschiedenen gesellschaftlichen Milieus identifizieren und verknüpfte sie mit den politischen Neigungen. Wie schon der Titel der Studie andeutet, war Ausgangsfrage *nicht* (in der Sprache der Studie) *„Wie verkaufe ich das Produkt SPD-Politik am besten?“* sondern:

1. Gesellschaftlicher Wandel und sozialdemokratische Reaktionen

„Welches Produkt hat die besten Chancen auf dem Wählermarkt?“ Mit anderen Worten: Inhalte werden beliebig(er), die Politik nach dem Bewusstsein der Wähler ausgerichtet; Veränderungen des Bewusstseins werden nicht angestrebt, sondern *gemessen*. Wegweisend und neu aber war der Ansatz, über die *Sonntagsfrage* – aufgesplittet nach Geschlecht und Altersgruppen – hinaus nach dem *sozialen Milieu* und den Stimmanteilen der Parteien darin zu fragen. Dies war im Übrigen nur möglich, weil mit 5.000 Befragten eine ungewöhnlich große Stichprobe gezogen wurde.

Acht Milieus wurden identifiziert:

1. kleinbürgerliches Milieu	29%
2. aufstiegsorientiertes Milieu	21%
3. technokratisch-liberales Milieu	11%
4. konservativ-gehobenes Milieu	10%
5. traditionelles Arbeitermilieu	9%
6. traditionsloses Arbeitermilieu	8%
7. hedonistisches Milieu	8%
8. alternativ-linkes Milieu	4%

Während die CDU ihre Wähleranteile wesentlich aus dem konservativ-gehobenen und dem kleinbürgerlichen Milieu schöpfte und dort jeweils einen deutlichen Vorsprung vor der SPD aufwies, war die SPD in den beiden Arbeitermilieus und den beiden *linken* Milieus überdurchschnittlich stark vertreten. Diese Milieus haben jedoch grundverschiedene *Profile*. Die Anhängerschaft der SPD ist also viel heterogener (*Grätschenstellung*) als die der CDU. Dabei ist zusätzlich zu berücksichtigen, dass diese Milieus klein sind. So erreicht die SPD ihre größte Anhängerzahl (mit 8,4%) im Kleinbürger-Milieu, obwohl sie dort deutlich schwächer als die CDU vertreten ist. Anders gesagt: Aus den vier Milieus, in denen die SPD überdurchschnittlich stark vertreten ist, rekrutiert sie nur 37% ihrer Anhängerschaft; dagegen holt die CDU/CSU aus ihren zwei Haupt-Milieus schon 52%.

Die Grätschenstellung wurde auch an einem anderen Punkt sehr deutlich: Ca. 30% der SPD-Wähler nannten die GRÜNEN als zweitsympathischste Partei; ca. 50% die CDU/CSU. Wie auch immer sich die SPD in Bezug auf einen politischen Partner verhalten wird, sie wird einen sehr großen Teil ihrer Anhängerschaft verprellen. Allerdings gab es in diesem Bereich starke Bewegungen, die die Position der GRÜNEN verbesserten.

IV. Fragmente zu einer Neu-Aufstellung der SPD

Nach Meinung der Autoren der Studie kam es für die Mehrheitsfähigkeit der SPD wesentlich darauf an, in den beiden Schlüssel-Milieus, die von ihrer Orientierung her als „*offen bzw. wenig festgelegt*“ gelten können – und in denen CDU und SPD bei leichten Vorteilen für die CDU fast gleichauf lagen – Wähler zu rekrutieren: Dem aufstiegsorientierten und dem technokratisch-liberalen Milieu. Diese Milieus haben *Vorbildcharakter* für andere Milieus. Dies wird auch daran deutlich, dass junge Wähler bis 34 Jahre rund 5,0% dieser beiden Milieus stellen (Orientierung auf *Weiß-Kragen*-Berufe). Als besonders attraktive Themenfelder für diese Zielgruppe wurden genannt: Zukunft der Arbeit im Dienstleistungsbereich, Technologie und Medien.

Innerparteilich war umstritten, ob Stimmengewinne in den genannten *Schlüsselmilieus* erzielt werden, wenn die SPD deren Themen aufgreift. Fraglich bleibt dabei das Verhalten der Stammwählergruppen und außerdem gelangen der SPD Einbrüche in die *Weiß-Kragen-Milieus* – wie beispielhaft bei der Bundestagswahl 1972 – mit übergreifenden Themen: Frieden, Aussöhnung mit den östlichen Nachbarn. Themen also, die nicht auf die direkten (materiellen) Interessen dieser Milieus zielten.

Ein ähnlicher Einbruch gelang der CDU 1983 in die eher sozialdemokratisch dominierten Milieus mit dem übergreifenden Thema *Sanierung der Staatsfinanzen*.

Erst im Bundestagswahlkampf 1998 wurde mit einiger Konsequenz der – erfolgreiche – Versuch unternommen, diese Erkenntnisse in die Wahlkampfführung umzusetzen: mit der Ansprache einer (schwammigen) *Neuen Mitte* konnten Milieus ebenso gebündelt werden wie durch den zentralen Slogan *Innovation und Gerechtigkeit*.

Beides spiegelte sich zugleich in der Vita des Kanzlerkandidaten Gerhard Schröder wieder: von seiner Herkunft her die Traditionslinien bedienend, in seinem Machertum das Lebensgefühl erfolgreicher und aufstiegsorientierten Menschen treffend, vom Habitus her (die Cohiba-Zigarre) auch die Hedonisten ansprechend.

Einen interessanten Versuch der Differenzierung der Bevölkerung hat Gabor Steingart (2003) unternommen. Er wählte zur Veranschaulichung seines Ansatzes das Bild vom glühenden Energiekern der Volkswirtschaft, der nach außen hin kälter wird bis hin zur kalten, energieverzehrenden Kruste. Er unterteilte die Gesellschaft der rund 82,5 Millionen Bürger grob in folgende Teile:

1. Den „*produktiven, feuerroten Kern*“, bestehend aus a) der Sphäre von Bildung und Wissen und b) der Gruppe der 27,5 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sowie weiteren 2 Millionen Selbstständigen.

1. Gesellschaftlicher Wandel und sozialdemokratische Reaktionen

2. Den „*mattrotten*“ Bereich von Menschen mit Arbeitsplätzen, die kaum oder keinen Gewinn abwerfen – von ca. 2 Millionen weiteren „*neuen Selbständigen*“ und mithelfenden Familienangehörigen bis hin zu wenig produktiven normalen Arbeitnehmern wie Kellnern, Putzfrauen und Kassiererinnen.
3. Die näher an der Energie verzehrenden Kruste angesiedelten 20 Millionen Rentner und Pensionäre, 12,5 Millionen Kinder, 2,7 Millionen Empfänger von Arbeitslosengeld, 2 Millionen Bezieher von Arbeitslosenhilfe, 3 Millionen Sozialhilfeempfänger, aber auch die Beschäftigten in subventionierten Bereichen wie der Kohleindustrie (180.000), der Landwirtschaft (960.000) sowie die Wehrpflichtigen bei der Bundeswehr (200.000).
4. Den 4,5 Millionen Staatsbediensteten weist Steingart einen Status zwischen produktivem Kern und Kruste zu, deren Vermittlungsaufgaben er im Prinzip für nötig hält.

Michael Schumann (2003) hat für den Bereich der ca. 38,5 Mio. Beschäftigten sechs unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen und Interessenlagen herausgearbeitet: die globale Klasse, die Modernisierungs-Macher, die Modernisierungs-Mitgestalter, die Modernisierungs-Ausgesparten (*traditionelle* Arbeiterschaft), die Modernisierungs-Bedrohten und die Modernisierungs-Verlierer. Zu den beiden letztgenannten Gruppen rechnet er bis zu 15 Millionen Menschen: ca. 3 Mio. befristet Beschäftigte, 5 Mio. geringfügig Beschäftigte, 0,8 Mio. *Leiharbeiter*, 1 Mio. Langzeitarbeitslose sowie weitere 3-5 Mio. Arbeitslose einschließlich *stillter* Reserve.

Bezogen auf die Gesamtbevölkerung ist von einer noch weiter gehenden Differenzierung auszugehen. Die digitale Medienrevolution wird immer weitere Lebensbereiche erfassen. Unübersehbar ist, dass sich das Internet zu einem Medium wandelt, in dem sich Massen als Sender (von Online-Tagebüchern, Fotos und Videos) betätigen und Menschen sich zunehmend für längere Zeit oder kurzfristig zu elektronisch kommunizierenden (auch kleinen, speziellen) Gemeinschaften zusammenschließen. Experten sehen das Internet als das zentrale Medium der Zukunft, das die Tageszeitungen und das Fernsehen weitgehend ersetzen kann – insbesondere der Blick auf das Nutzerverhalten der Jugend (*digitale Eingeborene*) stützt diese These. Die Erreichbarkeit großer Massen und die Adressierung spezifischer Zielgruppen wird eine Umleitung von Werbe-Milliarden zur Folge haben, die die *klassischen Medien* zusätzlich schwächt. Allerdings: nicht alle Menschen werden *Prosumer* (zugleich Produzenten und Konsumenten von Inhalten), digitale Differenzierungen bis hin zu digitalen Spaltungen werden sich hartnäckig halten.

Das von Marketing-Fachleuten in Bezug auf die klassischen Medien diskutierte *Ende der Werbung* wird auch Veränderungen der politischen Kommunikation zur Folge haben.

IV. Fragmente zu einer Neu-Aufstellung der SPD

Der Wandel der SPD beweist, dass die Sozialdemokraten sehr wohl in der Lage sind, sich selbst zu erneuern. Auch heute müssen sie wieder bereit sein, ihren ständigen Wandel als Auftrag zu begreifen und sich auf die gesellschaftlichen Realitäten einzulassen. Ein Blick auf die aktuelle Mitgliederentwicklung der Sozialdemokraten macht dies mehr als deutlich. Seit der Wiedervereinigung Deutschlands ist die Zahl der SPD-Mitglieder kontinuierlich zurückgegangen. Die Organisationsdichte ist gesunken. Der Trend zur Überalterung der Mitgliedschaft beeindruckt: Fast 30 Prozent aller heute organisierten Sozialdemokraten haben das 61. Lebensjahr überschritten. Dagegen ist der Anteil der Jungsozialisten stark gesunken. 1974 bestand die SPD-Mitgliedschaft zu fast einem Drittel aus unter 35jährigen, heute ist nicht einmal mehr jeder achte Sozialdemokrat Jungsozialist.

Aber nicht nur altersmäßig hat sich die Mitgliederstruktur der SPD immer stärker verengt. Das gleiche gilt für die Berufsgruppen: Im Grunde sind in der SPD diejenigen weit überrepräsentiert, die zum Organisationsbereich von Ver.di und GEW zählen. Sie, die Angestellten und Beamten, sind es, die die Partei prägen. Dagegen haben die Sozialdemokraten kaum noch Techniker, Ingenieure, Freiberufler oder Manager in ihren Reihen; Facharbeiter und Arbeiter sind häufig nur noch passive Mitglieder.

Wenn aber die Volkspartei SPD weitere Erfolge feiern will, muss sie eine moderne Volkspartei werden. „Wir müssen die Menschen dort abholen, wo sie sind.“ Dies war lange Zeit eine wichtige Maxime sozialdemokratischen Handelns. Das allein reicht heute freilich nicht mehr aus. Die SPD muss über das Abholen hinauskommen; sie muss hingehen und dableiben und sich einlassen, ohne sich selbst aufzugeben. Der 1994 gegründeten *Arbeitsgemeinschaft 60plus* ist das schon recht gut gelungen. Andere Segmente der SPD, besonders die Jungsozialisten, tun sich da sehr viel schwerer. Wie andere Parteien und Verbände auch, organisieren die Sozialdemokraten kaum noch junge Leute. Die alten Parteien- und Vereinsstrukturen scheinen sich für diese Generation überlebt zu haben. Deshalb ist es Aufgabe der SPD, flexibler zu werden, auf die junge Generation zuzugehen und auf deren teilweise sprunghaft ändernde Interessen einzugehen.

Die alten Strukturen⁵ der SPD passen heutzutage nicht mehr zu den immer individualistischeren Verhaltensweisen der Menschen. Deren Bedürfnisse und Einstellungen haben sich – beispielsweise durch Computerisierung und mehr Freizeit – auf rasante Weise verändert. Doch die Ortsvereinssitzungen der So-

5 Auch die Struktur des sozialdemokratischen Führungspersonals hat sich verengt. Das gilt ebenso in den Bezirken und Unterbezirken. Die meisten Funktionäre sind zwischen 55 und 60 Jahre alt, gehören also der so genannten *Enkelgeneration* an. In den Vorständen fehlt die Erfahrung der älteren Genossinnen und Genossen fast völlig; die Lebenswelten der Jüngeren sind so gut wie gar nicht repräsentiert.

1. Gesellschaftlicher Wandel und sozialdemokratische Reaktionen

zialdemokraten gleichen noch häufig denen im Kaiserreich: feste Tagesordnung, formalisierte Wahlgänge, endlose Berichte, langatmige Vorträge und dröge Geschäftsordnungsdebatten. Vor allem, aber nicht allein jüngere Mitglieder wenden sich aus diesem Grund frustriert von der Partei ab. Andere lehnen diese antiquierten Zeremonien von vornherein ab.

Zukünftig wird es wohl in der Mehrzahl nur noch zu flüchtigen und spontanen Bindungen kommen. Wolfgang Thierse hatte deshalb in seinen Überlegungen zur „SPD 2000“ vorgeschlagen, auch Nichtmitglieder an der sozialdemokratischen Arbeit zu beteiligen. Gerade Jugendlichen könnte durch diese Öffnung der Schritt zur SPD erleichtert werden. Wie überhaupt die Sozialdemokraten sich anstrengen sollten, für die Interessen der Jugendlichen Vertretungen zu schaffen.

Dazu muss sich die SPD klarmachen, dass lange, spiegelstrich- und unterpunkt-durchtränkte Parteiprogramme hier eher hinderlich sind. Das *Berliner Programm*, entstanden in langwierigen Diskussionsprozessen, ist so gut wie unbekannt geblieben. Das liegt natürlich auch daran, dass es mitten in der Umbruchsituation in Deutschland und Europa 1989 beschlossen wurde. Jedem in jedem Halbsatz etwas geben zu wollen, das hat mit dem Berliner Programm nicht funktioniert. Erfolgversprechender wäre eine Außendarstellung, die auf einer programmatischen Schärfung, auf einer Verdichtung auf wenige Punkten basiert. Auf diese Weise wäre die jüngere Generation sicherlich besser zu erreichen als durch lange Programmkonvolute.

Schließlich ist die gesellschaftliche Verankerung von hoher Bedeutung. Die Konzentration auf Zielgruppenarbeit, Sympathieveranstaltungen und Zusammenarbeit mit Bürgergruppen und Verbänden müsste verstärkt werden. Dabei ist die lose Verkoppelung, die Fragmentierung der SPD und all ihrer Gliederungen gerade kein Hindernis, im Gegenteil: Die „lose verkoppelte Anarchie“ (Peter Lösche/Franz Walter) der SPD ist im Vergleich zur Union nämlich deutlich heterogener, die Partei somit die modernere Organisation. Weil die Sozialdemokratie in manch aktuellen Fragen zerstritten und weil die Organisation fragmentiert ist, hat die SPD gelernt, innerparteilich, vor allem aber auch unter den Wählern, Koalitionen zu bilden. Der Spagat zwischen divergierenden Gruppen und Interessen kann so gelingen. Die SPD hat deshalb auch einen Jost Stollmann als Wirtschaftsministerkandidaten vertragen können, der nicht sozialdemokratischer Provenienz und Prägung ist und sich vom Habitus vieler Sozialdemokraten deutlich unterscheidet.

Die Sozialdemokraten insgesamt müssen und können sich also aufs Neue verändern: hin zu mehr Offenheit; zum Hingehen und zum Zuhören; zum Aufnehmen der gesellschaftlichen Realitäten, die in ständigem Umbruch begriffen sind. Das Bild einer modernen, zeitgemäßen Sozialdemokratie ist beim Leipzi-

IV. Fragmente zu einer Neu-Aufstellung der SPD

ger Parteitag 1998 ansatzweise und im Verlauf des Bundestagswahlkampfes 1998 um einen weiteren Schritt entstanden. Dahinter darf die Partei nicht zurückfallen.

Der ständige Wandel bleibt ein Auftrag für die SPD.

2. Vor einem Neubeginn

Was wäre, wenn die Mehrheit der Mercedes-Verkäufer nicht mehr davon überzeugt wäre, dass die Marke Mercedes für optimale Qualität des Produktes steht und sie sowohl im Kundengespräch als auch öffentlich darüber nachdenken würden, ob man nicht aufgrund des Qualitätsanspruchs eine andere oder alternativ bei nahezu gleicher Qualität eine wesentlich günstigere Marke empfehlen müsste? Eine Marke, die ihr Markenzeichen verliert, und innerhalb kürzester Zeit ihren Marktanteil halbiert, ist ernsthaft bedroht. In der Marktwirtschaft steht dann ein Rettungsversuch an: Analyse der Lage, Vision, Ziele, Beseitigung von Schwächen ...

Franz Müntefering hatte *„die unzureichende Akzeptanz für die Linie unserer Bundespolitik“* als wichtige Ursache für den Ausgang der Europa-Wahl 2004 ausgemacht, der damalige Generalsekretär Klaus-Uwe Benneter aber schon eine Woche nach der Wahl auf dem Parteitag der Berliner SPD darum gebeten, *„die Kritik am Kanzler und das Weltuntergangsgerede einzustellen“*. Die SPD hatte offenbar verlernt, die Realität zu erkennen bzw. zu beschreiben; sie wollte anscheinend auch der Lassalleschen Forderung *„Aussprechen, was ist!“* nicht mehr nachkommen. Die Wiederbelebung der Seele der Partei erfordert aber ebenso wie die erfolgreiche Sanierung eines maroden Unternehmens die schonungslose Analyse der Gesellschafts- bzw. Marktsituation sowie der eigenen Fehler und Schwächen. Und eine Neuausrichtung der Organisation ist ohne die Beschreibung der Vision, der eigenen Mission und der wichtigsten Ziele nicht vorstellbar.

Heute sind eine inhaltliche Neubestimmung der Parteipositionen und die Entwicklung von Zukunftsvorstellungen erforderlich. Neben der Organisation eines entsprechenden inhaltlichen Prozesses unter Beteiligung des in der Gesellschaft vorhandenen know hows muss die Basis der Partei bis hin zum *einfachen Mitglied* eingebunden werden.

Zumindest in Teilen der SPD werden die Probleme wahrgenommen und es besteht Diskussionsbedarf. Es kommt darauf an, diese Diskussion zu organisieren – und das möglichst tabulos, möglichst schnell und unter möglichst breiter Beteiligung.

2. Vor einem Neubeginn

Die „neue SPD“ – kein schlüssiges Gesamtkonzept

Ganz gegen ihre Gepflogenheiten hatte sich die *Friedrich-Ebert-Stiftung* bemüht, eine offensive und öffentliche Hilfestellung zu geben und ein Buch mit dem Titel *„Die neue SPD“* (2004) herausgegeben, das auf einer Tagung mit Beiträgen von aufstrebenden jüngeren SPD-Politikern und -Politikerinnen (*Netzwerker*) sowie parteinahen Wissenschaftlern basiert. Die Unterzeichner eines in dem Buch dokumentierten Programmentwurfs sehen sich selbst explizit als *„Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen der ‚nach-68er-Generation‘“*, die versuchte, *„Antworten unserer Generation“* zu finden (S. 299). So ganz ernst scheint das mit dem *„Generationenprojekt“* aber denn doch nicht gemeint gewesen zu sein: Für die große Hilfe bei der Ordnung der eigenen Gedanken wird insbesondere Thomas Meyer von der Friedrich-Ebert-Stiftung gelobt, dessen Geburtsjahr (1943) ihn zumindest biologisch nicht gerade als *„nach 68-er“* ausweist.

Insgesamt kommt man nach der Lektüre des Buches leider zu dem Eindruck, dass SPD und Regierung an den *Netzwerkern* in ihrer jetzigen Verfassung nicht genesen werden. Eine zusammenhängende Analyse gesellschaftlicher Realitäten wird nicht vorgelegt, konsistente politische Visionen werden nicht entwickelt, viele Referenten-Texte mit nichts sagenden Politiker-Formeln werden präsentiert. Hervorragende Beiträge ausgezeichneter Wissenschaftler (z. B. Jürgen Kocka, Fritz Scharpf, Michael Zürn) werden nicht in ein politisch (be-)greifbares Gesamtkonzept integriert.

Für Nina Hauer ist schlichtweg gerecht, was Arbeit schafft (S. 197) – Wolfgang Schroeder sieht in solchen Verkürzungen die Preisgabe des Reformanspruchs der Sozialdemokratie (S. 238). Nicolette Kressl und Caren Marks loben die Agenda 2010 als geniale Erfindung (S. 202), Wolfgang Schroeder arbeitet Schwächen des Konzepts heraus (S. 236). Paul Nolte empfiehlt, die Partei solle auf den Begriff des demokratischen Sozialismus verzichten (S. 30), Jürgen Kocka plädiert für seine Beibehaltung (S. 64). Der Umweltpolitik wird das letzte Kapital gewidmet, und Frank Decker kommt zu dem Schluss, diese sei *„ein Opfer ihrer eigenen Erfolge“* (S. 287) geworden. Das *„deutsche Innovationsmodell“* wird im vorletzten Kapitel auf 13 Seiten abgehandelt.

Gesine Schwan hat der SPD-Programmkommission in einer Rede am 17.6.2004 nahe gelegt, über *„die sozialen Gegensätze und Ungerechtigkeiten der sich entwickelnden kapitalistischen Industriegesellschaft“* nachzudenken und eine *„moderne Politik zur Bändigung kapitalistischer Wirtschaft“* zu entwickeln; Peter Glotz hat schon vor vielen Jahren den von Dan Schiller (2000) geprägten Begriff des *„digitalen Kapitalismus“* in die Diskussion eingeführt (2001). Die *neue SPD* erwähnt den Begriff nur kurz (Hans-Peter Bartels, S. 48). Für die *Netzwerker* spielt eine umfassende Gesellschaftsanalyse keine Rolle – mit der Folge

IV. Fragmente zu einer Neu-Aufstellung der SPD

einer schweren Verwirrung: Kapitalisten existieren anscheinend nur noch in Form von (ehemaligen) Arbeitern. Christoph Matschie: *„Aus dem traditionellen Industriearbeiter ist der moderne Wissensarbeiter geworden. Sein wichtigstes Kapital ist sein Wissen, er wird zum individuellen ‚Wissens-Kapitalisten‘“* (S. 174). Wer als damaliger Wissenschafts-Staatssekretär solchen Unsinn schreibt (oder schreiben lässt), sucht sich in der Tat besser einen anderen Arbeitsplatz.

Wenn man sich bemühen würde, aus dem *Steinbruch* der *neuen SPD* die überzeugenden Elemente eines Zukunftsentwurfs herauszudestillieren, könnte damit durchaus eine Grundlage für weitere Diskussionen geschaffen werden. Immerhin stimmen die Ansprüche des Einleitungsteiles: Hans Martin Bury und Ute Vogt fordern, *„dass wir ehrlich und wahrhaftig sind und die Realität so zur Kenntnis nehmen, wie sie ist“* (S. 16). Der Vorsatz ist gut, aber der *Aufbau Ost* wird von der *neuen SPD* beispielsweise genauso wenig thematisiert wie z. B. Probleme im Zusammenhang mit der Zuwanderung oder der Gewalt in der Gesellschaft!

Wichtig ist der Appell von Sigmar Gabriel: *„Die SPD ist eine Partei, die einen Hoffnungs- und Utopieüberschuss braucht“* (S. 17); im Gegensatz zum damaligen Wirtschaftsminister Wolfgang Clement und Altkanzler Helmut Schmidt betont Sigmar Gabriel ausdrücklich: *„Wer Visionen hat, braucht keinen Arzt, sondern wird Architekt“* (S. 19). Aber auch das Buch der *neuen SPD* hat das von Sigmar Gabriel Mitte 2004 in einem Interview mit der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte* noch einmal beschriebene Grundproblem nicht gelöst: *„Im Klartext: Die SPD hat momentan keine Idee von sich selbst [...] Jetzt ist die Partei in einer Situation, wo man den Eindruck gewinnt, dass sie erschöpft, schlimmer noch: in einem Wachkoma ist“* (Nr. 7/8 2004, S. 84, 87).

3. Beispiel Programmatik: Elemente eines Neuansatzes

3.1. Ansatzpunkte der Programmdebatte

Die notwendige und von vielen – auch von den *Netzwerkern* – angemahnte Programmdebatte muss mit Fragen beginnen:

- welche gesellschaftlichen Veränderungen finden statt und wie werden sie bewertet;
- welche Grundpositionen bedürfen der Revision; z. B. das altlinke staatsfinanzierte Vergesellschaftungs-Kontinuum, also *je mehr öffentliches Eigentum, desto besser*, oder das alleinige Setzen auf genossenschaftliche Solidarität;
- welche sozialen, ökologischen und humanitären Grundpositionen sind auch in der Zukunft unverzichtbar?

Um es an einem Beispiel zu zeigen: Die von der damaligen SPD wenig verstandene Studenten- und Jugendbewegung trat Ende der 60er, Anfang der 70er

3. Beispiel Programmatik: Elemente eines Neuansatzes

Jahre mit Idealen an, die mit dem Streben nach mehr Selbstbestimmung des Menschen, mehr gesellschaftlicher Teilhabe, Gewaltfreiheit in allen Lebensbereichen und Schaffung von sozialem Ausgleich in der Weltgesellschaft beschrieben werden können. Einige dieser Ideale zeigen sich in der heutigen gesellschaftlichen Realität, wenn auch in unerwartetem Gewand wieder: moderne Unternehmen und Verwaltungen organisieren sich kleinzellig autonom von unten und der Staat bietet Teilhabe durch Vereinbarungen besonders im Bereich der Umweltpolitik (z.B. Verbandsklage) an.

Die ungeheure Attraktivität der Ideale von vor fast 40 Jahren hat angesichts der Probleme von heute spürbar nachgelassen. Gegenwärtig steht im Vordergrund:

- Die High-Tech-Revolution, deren Ausdruck etwa das Internet ist, ergreift immer mehr Bereiche des gesellschaftlichen Miteinanders.
- Die Veränderungen in unserer Gesellschaft beschleunigen sich. Das gilt insbesondere für die Technik. Innerhalb weniger Monate gibt es Veränderungen, für die in früheren Zeiten Jahre und Jahrzehnte benötigt wurden. Diese Schnelligkeit ängstigt viele Menschen, die an alte subsidiäre Strukturen gewöhnt sind.
- Die Welt wächst zusammen. Die eine, globalisierte Welt hat unsere wirtschaftlichen Strukturen schon gründlich verändert. Unternehmen und Arbeitnehmer in Deutschland wie in anderen Ländern stehen in einem die Kontinente übergreifenden Wettbewerb. Wie damit umzugehen ist, auch darauf hat die SPD eine Antwort zu finden.

Und nicht nur das: Die Auflösung des Ostblocks hat die akute Weltkriegsgefahr zwar in den Hintergrund gerückt, führt aber auf der anderen Seite zu Migrationsbewegungen von beträchtlichem Ausmaß, die auch Deutschland nicht unberührt lassen bzw. lassen werden. Viele lokale (Bürger-)Kriege sind Ausdruck solcher Migrationsbewegungen. Und viele Staaten der so genannten Dritten Welt nutzen inzwischen die Chance zu eigenen politischen Wegen und zu wirtschaftlicher Entwicklung; mit anderen Worten: Sie konkurrieren damit auch in viel stärkerem Maße als bisher mit den alten Industrienationen. In Europa ist eine Antwort gefunden worden: Die Entwicklung der Europäischen Union hin zu einem einheitlichen Markt mit einem einheitlichen Zahlungsmittel, dem Euro, und dem Versuch, die politischen Strukturen der Europäischen Union zu stärken.

Trotz aller dieser Entwicklungen ist festzustellen: Die Menschen resignieren eben nicht. Im Gegenteil: die Zahl der Menschen, die ehrenamtliche Arbeit übernehmen, war nie so hoch wie heute, bei steigender Tendenz. In Deutschland beläuft sich deren Zahl auf mindestens zwölf Millionen Personen. Über-

IV. Fragmente zu einer Neu-Aufstellung der SPD

schuss an gutem Willen, Solidarität und Mitmenschlichkeit gibt es also trotz der beklagten Materialisierung aller Lebensbereiche, und sie suchen sich sinnhafte Arbeit in überschaubaren Strukturen.

Die vorhandenen Großorganisationen, seien es Gewerkschaften, Verbände, aber auch die Parteien rufen diesen Überschuss an gutem Willen nicht mehr hinreichend ab. Im Gegenteil: Sie sind weitgehend zu bürokratischen Apparaten erkaltet, in denen die Entfaltung und Wahrnehmung verschiedener Interessen den einzelnen Individuen nicht mehr möglich erscheint. Das trifft genauso auf die staatliche Verwaltung bzw. Bürokratie zu. Öffnen sich aber Staat und Großorganisationen gegenüber diesen Bereitwilligen, so knüpfen sie an die sozialdemokratische Tradition subsidiär-gesellschaftlicher Selbsthilfe an.

Eine entscheidende Frage in der Programmdiskussion der SPD wird also sein, wie die SPD in der Definition ihrer Fortschrittsposition die Umsetzung und Ermöglichung solcher Strukturen erreicht.

Es gebietet unter den veränderten finanziellen Rahmenbedingungen der öffentlichen Hände nicht nur die materielle Not des Staates, sondern es ist auch eine große Chance, den „staatlichen Verantwortungsimperialismus“ – wie Gerhard Schröder das einmal nannte – zurückzudrängen, staatliches Handeln wieder auf die eigentlichen Kernaufgaben zurückzuführen und den ehrenamtlich tätigen Menschen Raum für aktives Handeln zurückzugeben. Dies gilt gleichermaßen für die Partei. Befähigen und Ermöglichen gehören zur Tradition der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Nachbarschaftshilfe, solidarisches Handeln, Selbstorganisation und Genossenschaftswesen sind die Stichworte hierfür.

Wenn auch der Geburtshelfer dieser Tradition die Not der Menschen in der beginnenden Industrialisierung war, die es so nicht mehr gibt: Weiterhin bleibt Eigeninitiative Sinn stiftend.

Eine Programmdebatte der SPD ist nur dann sinnvoll zu führen, wenn es gelingt, die schöpferischen Potenziale in der Partei zu aktivieren, die Debatte in die Gesellschaft hinein zu öffnen und gesellschaftliche Kompetenzen einzubeziehen. Dass dazu auch organisatorische Änderungen und die Dezentralisierung von Kompetenzen erforderlich sind, versteht sich beinahe von selbst.

Die Programmdebatte muss also auch dazu führen, dass sich die Sozialdemokraten insgesamt verändern: Hin zu mehr Offenheit, zum Hingehen, zum Zuhören; zum Aufsaugen der gesellschaftlichen Realitäten, die in ständigem Umbruch begriffen sind.

Der gutwillige, engagierte Teil der Partei ist aufgerufen, selber die Verantwortung für die eigene Generation wahrzunehmen und sich in die Diskussion um eine neue Standortbestimmung einzubringen. Ohnmachtsgefühle und Strategien des Abwartens sind zwar individuell verständlich, erhöhen aber leider nicht die Chan-

3. Beispiel Programmatik: Elemente eines Neuansatzes

cen auf Erfolge. Natürlich stellt sich die Sinn-Frage. Erfolge wozu? Was will man eigentlich, was von dem Gewünschten ist realistisch durchsetzbar, lohnt sich der Aufwand? Voraussetzung für das politische Überleben ist eine realistische Sicht der gesellschaftlichen Realitäten und der Lebensbedingungen der Mitbürger, wenn auf der Basis von Grundüberzeugungen und Wertvollstellungen handlungsleitende Gestaltungsideen formuliert werden sollen.

Steht ein Leitbild für die Sinnhaftigkeit – etwa die Sicherung von Alters- und Gesundheitsvorsorge oder die Haushaltssanierung – über dem Regierungshandeln, dann gibt es wieder einen Kompass für die Partei. So kann aus gegensätzlichen Kräften gebündelte Macht werden.

3.2. Der Grundwert Gleichheit aus heutiger Sicht

„Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit“ das sind die Worte, die mit goldenen Lettern in zahlreiche SPD-Traditionsfahnen eingestickt sind. Die Begriffe Freiheit und Brüderlichkeit – geschlechtsneutral: Solidarität – sind als sozialdemokratische Grundwerte unumschränkt akzeptiert und anerkannt. Wie aber steht es um die Gleichheit?

Dieser alte Grundwert scheint in Verruf gekommen. Er wird – jedenfalls in vielen öffentlichen Diskussionen – nur noch mit Gleichmacherei gleichgesetzt. Und wer will die schon. Gleichheit als traditioneller sozialdemokratischer Grundwert verfolgt jedoch gerade *nicht* das Ziel der Gleichmacherei. Im Art. 3 unseres Grundgesetzes ist der Gleichheitsgrundsatz formuliert worden. Dort heißt es:

„Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.“

Darüber hinaus garantiert das Grundgesetz das gleiche Stimmrecht. Betrachtet man näher die Gleichheit vor dem Gesetz oder populärer gesprochen „gleiches Recht für alle“, so wird deutlich, dass dies allein nicht ausreichen kann, um dem Gleichheitsgebot zu folgen. Verwiesen sei auf das hübsche Bonmot eines französischen Autors, der sehr richtig bemerkte: *„Arme und Reiche haben also das gleiche Recht, unter den Brücken von Paris zu schlafen.“* Das kann es ja nicht gewesen sein.

Hinzukommen muss also das, was in der Bundesrepublik immer noch unter dem Stichwort Chancengleichheit diskutiert wird. Und Chancengleichheit führt ohne Umweg zum Thema soziale Gerechtigkeit, die für den Gleichheitsgrundsatz die zentrale Grundlage bildet.

Kann ein solcher abstrakter Anspruch: *Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit* konkret umgesetzt werden? Dem Bildungsbereich kommt angesichts der

IV. Fragmente zu einer Neu-Aufstellung der SPD

erheblichen gesellschaftlichen Veränderungen eine zentrale Rolle bei der Verwirklichung von Chancengleichheit zu. Hier hat die Politik die Aufgabe, die Startbedingungen für die Jugend zu schaffen, damit sie in der Zukunft eine reale Chance hat und in der Lage ist, die Gestaltungsmöglichkeiten in der Gesellschaft auch tatsächlich wahrnehmen zu können.

In den meisten Ländern wird inzwischen dafür gesorgt, dass die Voraussetzungen schnell geschaffen werden, dass möglichst alle Schülerinnen und Schüler die Grundfertigkeiten des Umgangs mit den Informationstechnologien in der Schule erlernen können. Neben der Verbreiterung des Verständnisses der Jugend für diese Basistechnik ist dies deshalb ein Beispiel für Chancengleichheit, weil wir verhindern müssen, dass die finanziellen Ressourcen des Elternhauses darüber entscheiden, ob die Basiskenntnisse der Informationstechnologie zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erlernt werden können oder nicht.

In den Schulen hat der Markenfetischismus unter den Jugendlichen extrem Platz gegriffen. Wer heute in der Schule nicht die richtigen Marken bei der Bekleidung, Sportartikel usw. vorweisen kann, der ist häufig *out*, ein Langweiler, der links liegen gelassen wird. Die richtigen Marken zu benutzen sind gegenwärtig anscheinend Qualitätskriterien, nach denen Zugehörigkeit und Ausgrenzung organisiert wird.

Und der Besitz eines Handys scheint ja selbst für 12jährige inzwischen zur Grundausrüstung zu gehören; auf die Kosten des Betriebs wird nicht mehr geachtet. Nun kann aber ein beachtlicher Teil der Eltern diese hohen finanziellen Mittel zur Ausstattung ihrer Kinder – die ja auch dauernd *trendy* sein müssen – nicht aufbringen. Die Frage, ob wir solche Deklassierungsstrategien weiterhin hinnehmen sollen oder nicht im Sinne der Chancengleichheit verhindern oder zumindest einschränken sollen, müssen wir uns stellen. Wir wollen nicht soweit gehen und – wie in England – für eine einheitliche Schulkleidung plädieren. Selbstverständlich würden gegen einen solchen Vorschlag sofort eine große Anzahl von Einwendungen vorgebracht werden. Wir müssen aber adäquate Antworten auf aktuelle gesellschaftliche Fragen finden, auch wenn dabei eingefahrene Wege verlassen werden. Dabei steht außer Frage, dass wir gerade bei der Diskussion solcher veränderten Problemstellungen die junge Elterngeneration stärker einbeziehen müssen, als dies bisher gelungen ist.

Umfragen belegen, dass gerade sozialdemokratische Wählerinnen und Wähler viel von dem Grundsatz Gleichheit halten – und nun zunehmend enttäuscht sind. Am krassesten war das in Österreich zu beobachten, wo die Sozialdemokratie im Herbst 1999 ein historisches Wahldesaster erleben musste. Von den-

3. Beispiel Programmatik: Elemente eines Neuansatzes

jenigen traditionell SPÖ-Wählenden, die diesmal ihre Stimme *nicht* ihrer Partei gaben, nannten 54% als Grund: „weil die sozialdemokratischen Grundsätze (von der SPÖ-geführten Regierung) vernachlässigt werden“.

In Deutschland sind – nach Berechnungen des Berliner Wahlforschers Richard Stöss – 46% der Wählerinnen und Wähler der Unterschicht, 31% der Mittelschicht und 20% der Oberschicht zuzuordnen. Noch ist dabei die SPD-Anhängerschaft in der Unterschicht leicht über- und in der Oberschicht leicht unterrepräsentiert.

Wie auch immer man die Grenzen zwischen den Schichten ziehen mag, wie immer man gewichtet: Die Tendenz ist beachtlich genug, um politischen Schlussfolgerungen nicht länger auszuweichen. Denn hinzukommen weitere Daten, von denen nur auf Zahlen aus Allensbach hingewiesen sei: 70% unserer Bevölkerung, also eine deutliche Zwei-Drittel-Mehrheit, ist nach einer Umfrage aus dem Frühjahr 2001 der Ansicht, dass die Reichen zu wenig für die Allgemeinheit leisten.

Die politische Schlussfolgerung liegt auf der Hand: Ohne diejenigen mitzunehmen, für die Gleichheit und soziale Gerechtigkeit hohe Werte sind, ist die Sozialdemokratie nicht mehrheitsfähig.

Anders ausgedrückt: Wer nur auf jene 10 bis 15% der Wählerschaft setzt, die das Milieu der jungen, aufstiegsorientierten, yuppiehaften Menschen mit Ellenbogen-Mentalität umfasst, stößt den übergroßen Rest vor den Kopf. Und selbst zu diesen 10 bis 15% gehören noch aufgestiegene, moderne, leistungsorientierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die soziale Kälte nicht ertragen, einen starken Sinn für soziale Gerechtigkeit haben und für die Solidarität kein Fremdwort, sondern ein hoher Wert ist.

Wenn Sozialdemokraten also von Gleichheit reden, so sollten sie nicht der Ergebnisgleichheit das Wort reden, weil das Menschenrecht auf individuelle Souveränität eben auch individuelle und damit unterschiedliche Ergebnisse menschlichen Handelns und Wirkens einschließt. Alles andere wäre ja schrecklich; es käme den Verhältnissen der *brave new world* nur allzu nahe.

Was die Ergebnisgleichheit angeht, so ist dem damaligen Bundeswirtschaftsminister Werner Müller zuzustimmen: (Ergebnis-)„Ungleichheit ist der Motor des Fortschritts.“

Das sozialdemokratische Ideal ist vielmehr eine Gesellschaft, die geprägt ist von Chancengleichheit und dem höchstmöglichen Maß an individueller Freiheit auf der einen und einem diese Chancengleichheit durchsetzenden und ansonsten dienstleistungsorientierten und moderierenden, dem Gemeinwohl und nicht Einzel- oder Gruppeninteressen verpflichteten Staates auf der anderen Seite.

IV. Fragmente zu einer Neu-Aufstellung der SPD

Das Wort vom *aktivierenden Staat in einer aktiven Gesellschaft* meint genau diese Vorstellung. Eine neue Verantwortungsteilung zwischen Staat und Bürgerschaft wird damit angestrebt: der Staat behält seine Gemeinwohlkompetenz. Allerdings werden die konkreten öffentlichen Aufgaben sowie deren Erfüllung neu – und transparent – ausgehandelt. Dieses Aushandeln geht aber nur, wenn in diesem Prozess die Stimmen aller Bürgerinnen und Bürger das gleiche Gewicht haben.

„*Alle Tiere sind gleich!*“ heißt es auf den Plakaten in George Orwells *Farm der Tiere*. Das bleibt richtig. Richtig bleibt aber auch, dass es vielerlei Arten von Tieren gibt. Die Orwellsche Fabel über die Entartung der sozialistischen Idee im Stalinismus gibt so auch Hinweise auf den zukunftsweisenden Umgang mit unserem Thema, das aktueller denn je scheint: dem Grundwert Gleichheit.

3.3. Ideenbörse: Beispiele für das, was ist und was sein soll

An dieser Stelle können wir kein eigenes Gesamtkonzept vorstellen, wohl aber einige Ideen entwickeln. Denn: Aussprechen, was ist, benennen, wo wir hinwollen – das lässt sich in jedem nur denkbaren Politikfeld beispielhaft vorführen.

Im Grunde geht es dabei jedes Mal um einen Dreischritt: Wie ist die Lage? Wo wollen wir hin? Wie kommen wir dahin?

Wir wollen unsere Vorstellung von der *Machart* eines Entwurfs für die weitere Diskussion mit Hilfe einiger Beispiele exemplarisch darstellen.

3.3.1. Politikfeld Verkehr

Mehrere tausend Tote im Straßenverkehr pro Jahr sowie unzählige, für ihr ganzes Leben gezeichnete Schwerverletzte signalisieren den Handlungsbedarf.

Ziel der SPD muss sein: Diese Zahl auf nahezu Null abzusenken.

Dazu gibt es eine Art Zielvereinbarung mit allen Bürgerinnen und Bürgern: Ihr kauft euch sichere Autos und rast nicht, überdies nutzt ihr wenn möglich öffentliche Verkehrsmittel. Wir verbessern die öffentlichen Verkehrsmittel und fördern wenn möglich sichere und umweltverträgliche Autos (Zuckerbrot). Wer dennoch rast und so Kinder, Fußgänger, Radfahrer und andere Verkehrsteilnehmer gefährdet, wird hart bestraft; Alkoholgrenze am Steuer wird 0% (Peitsche).

Die hochproblematische Sicherheitsfrage im Verkehr wird im Gegensatz zum Ausland (Schweden, Schweiz) als Politikbereich unverständlicherweise nicht besetzt. In Großbritannien wurde sogar ein Gutachten zu dem Konzept „*Vision Zero*“ erstellt.

3.3.2. Politikfeld Arbeitsmarkt

Über 4 Millionen Arbeitslose sind für eine Gesellschaft wie die unsere nicht hinnehmbar.

3. Beispiel Programmatik: Elemente eines Neuansatzes

Ziel der SPD muss es ein, so viel Arbeitslose wie möglich wieder in den Arbeitsmarkt aufzunehmen.

Gewiss sind die Hartz-Reformen dazu wichtige Schritte. Die Philosophie des Fordern-und-Fördern ist richtig. Jedoch kommt die Seite des Förderns zur Zeit zu kurz. Andere Länder betonen sie stärker. Mit Erfolg. Das geht von der negativen Einkommenssteuer – also einem gestaffelten Zuschuss zu Niedriglöhnen – in Großbritannien und den USA bis hin zu den skandinavischen Regelungen, die eine intensive Vermittlung auf der Basis individueller Handlungspläne vorsehen. Im Vergleich zu 1993 ist die Arbeitslosigkeit in allen diesen Ländern deutlich bis drastisch zurückgegangen, während sie in Deutschland um über 20% gestiegen ist.

3.3.3. Politikfeld Innovation/Forschung

Der Umfang von Forschungs- und Entwicklungsausgaben durch Industrie und Hochschulen ist mit entscheidend für die Zukunftsfähigkeit eines Landes. Leider hat Deutschland – trotz verschiedener Anstrengungen in den vergangenen Jahren – in diesem Sektor Nachholbedarf im internationalen Vergleich.

Das Ziel der SPD muss sein: Aktivierung von Kreativität und Innovation, aber auch die Verdopplung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Deutschland innerhalb der nächsten 10 Jahre.

Maßnahmen sind: Zielvereinbarungen mit der Industrie; Erleichterung der Forschungsfinanzierung an Hochschulen durch die Industrie bei gleichzeitig verstärkter Absicherung der Unabhängigkeit der Forschungsbeiträge der Hochschulen; Dienstleistungen in Forschung und Entwicklung müssen noch stärker als Exportartikel gefördert werden.

3.3.4. Politikfeld Umwelt

Umweltpolitik wird häufig immer noch gegen die Interessen der ökonomischen Entwicklung thematisiert. Seit der Erkenntnis, dass das Ende des Ölzeitalters schon weit vor dessen Eintritt seine Schatten durch erhöhte Preise und erhöhte Abhängigkeiten mit der Folge negativer ökonomischer Bedingungen wirft, muss eine Reduzierung der Ölabhängigkeit stärker als bisher in den Vordergrund auch ökonomischer Strategien treten. Ebenfalls sind die sozialen Wirkungen der künftigen Entwicklungen zu überdenken. Die Umweltpolitik ist neu zu fokussieren.

Ziel der SPD: Bis 2015 muss eine weitere Reduzierung des Mineralölverbrauches für nichtindustrielle Zwecke um mindestens 25% erreicht werden. Dazu sind weiter verbesserte Standards im Heizungsbereich und bei Automobilen erforderlich – die deutsche Automobilindustrie muss die einst weltweit führende Position zumindest teilweise wieder erobern oder ausbauen.

IV. Fragmente zu einer Neu-Aufstellung der SPD

Methoden: Im Automobilbereich sind – bei aller Auseinandersetzung um die Erreichung der Ziele zwischen Umweltschutz und Industrie – Zielvereinbarungen durchaus von Wirkung gewesen, sie sind unbedingt fortzuschreiben. Im Heizungsbereich (bzw. in der ergänzenden Wärmedämmung) sind solche Vereinbarungen zu entwickeln. Einfache Nachricht an die Bürgerinnen und Bürger: Wer vorsorgt und die Energieeffizienz verbessert, wird Probleme mit steigenden Energiepreisen vermeiden.

3.3.5. Politikfeld Gesundheit

Die in diesem Feld herrschende Verunsicherung wurde beispielhaft deutlich bei der wirren Debatte um die Einführung der Praxisgebühr. Inzwischen ist in dieser Frage wieder Ruhe eingetreten; die Praxisgebühr hat ihre dämpfende Wirkung nachweisbar erzielt.

Ziel der SPD muss es sein, die gesundheitliche Grundversorgung nach den anerkannten medizinischen Standards zu gewährleisten.

Dazu ist das Gesundheitssystem von allen nicht dieser Grundversorgung dienenden Leistungen zu entlasten; zum Beispiel von Zahnersatzleistungen (wie geschehen aber schon wieder umstritten), von kosmetischen Leistungen (wie sie etwa die Kieferorthopädie ganz überwiegend erbringt), von vielfältigen Kur- und Wellness-Paketen.

Welches Versicherungssystem gewählt wird, ob Einheitsbeitrag (Kopfpauschale) oder Bürgerversicherung (Einbeziehung aller Einnahmen), sei dahin gestellt.

Entscheidend wird zum einen sein, dass unser Gesundheitssystem effektiver und leistungsfähiger organisiert wird. Dazu können die Patienten beitragen, indem sie Mehrfachuntersuchungen nicht mehr hinnehmen. Ein Beleg für den Missbrauch ist, dass im Land Berlin pro Jahr mehr Röntgenuntersuchungen stattfinden als in ganz Italien. Private Klinikbetreiber und organisationsoptimierte öffentliche Krankenhäuser zeigen, dass die Effektivitätsreserven noch lange nicht gehoben sind.

Zum anderen muss die nicht demokratisch legitimierte Verbandsmacht der ärztlichen Vereinigungen ebenso gebrochen werden wie die Monopolmacht der Pharmakonzerne. Die Einführung von so genannten Positiv-Listen ist ein richtiger Reformschritt.

3.3.6. Politikfeld Rente

Die Versicherung unter den Rentnerinnen und Rentnern ist nicht zu übersehen.

Ziel der SPD muss es sein, durch eine verlässliche und berechenbare Grundversicherung ein würdiges Leben der älteren Menschen sicher zu stellen, wobei an-

3. Beispiel Programmatik: Elemente eines Neuansatzes

gesichts der demographischen Entwicklung die Belastungen für die im Erwerbsleben Aktiven überschaubar und bezahlbar bleiben müssen.

Grundsicherung ist dabei der entscheidende Punkt. Eine garantierte Grundrente für alle korrespondiert dabei mit geförderten privaten Zusatzversicherungen. (Die Riester-Rente ist ein richtiger Schritt auf diesem Weg.)

Der Staat garantiert also die Grundsicherung und fördert Zusatzversicherungen: im Gegenzug sinken die Lohnnebenkosten für die Aktiven. Das ist möglich, wenn auch Freiberufler, Selbstständige und Beamte ihre Beiträge zu zahlen haben.

3.3.7. Politikfeld Ausbildungsplätze

Es wird sich zeigen, ob die Ausbildungsinitiative dazu führt, dass in den nächsten Jahren für alle Jugendlichen ein Ausbildungsplatz zur Verfügung steht. Dies jedenfalls ist das Ziel der SPD.

Die Maßnahmen sollen sicherstellen, dass kein Jugendlicher unter 25 Jahren ohne Ausbildung bleibt oder in anderer Weise in den Arbeitsmarkt integriert wird. Dass dabei nicht in jeder Region der gewünschte Platz zur Verfügung stehen kann, ist klar. Mobilität in Bezug auf den Arbeitsplatz darf auch für junge Leute kein Fremdwort sein.

3.3.8. Politikfeld Hochschule/Ausbildung

Die Universitäten haben trotz massiver finanzieller Förderung erhebliche Probleme. Die Resultate werden im internationalen Vergleich eher schlechter, soziale Ungleichheiten sind in Deutschland unübersehbar. Es studieren immer noch vorrangig Kinder wohlhabenderer Eltern, die Abbruchquoten von Studierenden liegen weit über denen des Auslands, die Bibliotheken und die gesamte Infrastruktur sind an vielen Orten im internationalen Vergleich schlecht.

Ziel der SPD muss sein: Keinem Jugendlichen oder jungem Erwachsenen darf eine seinen Fähigkeiten entsprechende Bildung aus finanziellen oder kapazitären Gründen verweigert werden. Die Bildungseinrichtungen müssen in ihrer Ausstattung innerhalb der nächsten 10 Jahre wieder im oberen Feld des internationalen Angebotes (Schweden, USA) zu finden sein.

Dazu gibt es ein Set von Maßnahmen: Erhebung von Studiengebühren für alle Studenten, die außerhalb der Bafög-Förderung sind – bei gleichzeitiger Entwicklung eines stark verbesserten Stipendien- und Studienkreditsystems; Finanzierung der Stipendien und der Verbesserung der Hochschulinfrastruktur durch die Studiengebühren; Abschluss einer klaren Zielvereinbarung mit den Universitäten über die Verwendung der Einnahmen aus den Studiengebühren als zusätzliche Mittel; Verteilung über einen Qualitätsschlüssel, bei dem mög-

IV. Fragmente zu einer Neu-Aufstellung der SPD

lichst niedrige Abbruchquoten und Beurteilungen durch die Studierenden eine entscheidende Rolle spielen.

3.3.9. Politikfeld Gewalt

Viele Menschen fühlen sich von Gewalt auf den Straßen bedroht. Auch wenn dieses subjektive Gefühl sich nicht immer auf objektive Daten stützen kann, muss es das Ziel der SPD sein, potentielle Bedrohungen zu minimieren.

Beispiel dafür könnte die Politik der Null-Toleranz in New York sein. Auch kleinere Delikte werden konsequent verfolgt, um größeren vorzubeugen. Wer in Deutschland zur körperlichen Gewalt greift, muss damit rechnen, hart bestraft zu werden. Das gilt für Jugendliche untereinander ebenso wie für erwachsene Schläger. Die vorhandenen gesetzlichen Möglichkeiten sind sowohl bei deutschen als auch bei ausländischen Straftätern (bis hin zur Abschiebung) konsequent zunutzen; Verfahrensdauern müssen verkürzt werden. Nachbarschaftliches Verhalten wird unterstützt: Wegschauen darf nicht mehr sein.

3.3.10. Perspektiven

Eine so definierte Politik würde die Verwirrung beseitigen. Sie gäbe den Mitgliedern wieder Motivation. Politik wäre in entschieden höherem Maße transparent.

Es geht um ein durchdekliniertes Maßnahmenbündel. Es spricht einiges dafür, dass eine so neu justierte Politik der deutschen Sozialdemokratie der Partei zumindest die Chance eröffnen kann, eine entscheidende Gestaltungskraft in Deutschland zu bleiben.

4. Beispiel Gesellschaftsanalyse: Globale digitale kapitalistische Netzwerkgesellschaft

4.1. Globaler digitaler Kapitalismus

Globalisierung wird häufig zunächst verkürzt verstanden als das Agieren von Unternehmen außerhalb des nationalen Rahmens und die Entwicklung des Austausches von Waren und Dienstleistungen über die Grenzen der Nationalstaaten hinweg. In diesem Sinne begann die Globalisierung vor sehr langer Zeit und wurde schon vor mehr als 100 Jahren mit scharfer Kritik bedacht – man denke z. B. an Hilferdings Analyse des Finanzkapitals und Lenins Beschreibung des Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Schon Karl Marx hat die Globalisierung als zwangsläufiges Resultat kapitalistischer Aktivitäten herausgearbeitet und darin durchaus eine zivilisatorische Qualität gesehen. Marx erkannte in seinem Hauptwerk „*Das Kapital*“ in der Mitte des 19. Jahrhunderts kurz und knapp „*drei Haupttatsachen der kapitalistischen Produktion*“, und zwar

4. Beispiel Gesellschaftsanalyse

„1. Konzentration der Produktionsmittel in wenigen Händen... 2. Organisation der Arbeit selbst, als gesellschaftlicher: durch Kooperation, Teilung der Arbeit und Verbindung der Arbeit mit der Naturwissenschaft. 3. Herstellung des Weltmarkts.“ (1968b, S. 276-277). In den Jahren 1857/58 formulierte Marx: „Die Tendenz den Weltmarkt zu schaffen ist unmittelbar im Begriff des Kapitals selbst gegeben. Jede Grenze erscheint als zu überwindende Schranke“. Das politische Wochenmagazin Der SPIEGEL zitierte Mitte 2005 in seiner Titelstory mit der Überschrift „Ein Gespenst kehrt zurück“ die frühen Ahnungen von Marx und Engels als potentiell Basismaterial für eine aktuelle Globalisierungskritik: „Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Überall muss sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen. Die Bourgeoisie hat durch ihre Exploitation des Weltmarkts die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet ... Die uralten nationalen Industrien sind vernichtet worden und werden noch täglich vernichtet ... Die Bourgeoisie reißt durch die rasche Verbesserung aller Produktionsinstrumente, durch die unendlich erleichterten Kommunikationen alle, auch die barbarischsten Nationen in die Zivilisation. Die wohlfeilen Preise ihrer Waren sind die schwere Artillerie, mit der sie alle chinesischen Mauern in den Grund schießt.“ (Marx & Engels 1972, S. 466; Spiegel, 2005).

Fast einhundertfünfzig Jahre später kam der Stanford-Professor, ehemalige Chef der Beratungsfirma SRI und zwischenzeitliche Vorstandsvorsitzende des Software-Unternehmens Borland, William Miller, zu einer nüchternen Beschreibung der (endgültigen?) Entwicklung des Weltmarktes als Prozess der Öffnung von Ökonomien (1996). Für besonders wichtig in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg hält Miller (1) die Abkehr der asiatischen Staaten (insbesondere Süd-Korea, Hongkong, Taiwan, Singapur und später Japan) von einer Politik der Import-Substitution, (2) die Modernisierung der chinesischen Wirtschaft seit 1978 mit dem Ziel der Förderung neuer Unternehmen und der Ausweitung des Handels, (3) die Öffnung der mexikanischen Ökonomie seit Mitte der achtziger Jahre sowie (4) den Kollaps und Wandel der osteuropäischen Länder.

Dan Schiller hat in seiner Analyse des *digitalen Kapitalismus* (2000) gezeigt, dass mit der Nutzung der neuen technischen Möglichkeiten unter der Rahmenbedingung einer neoliberalen politischen Grundtendenz eine Stärkung der Rolle und der Macht der transnationalen Konzerne einhergeht und gesellschaftliche Ungleichheiten nicht nur global, sondern auch und vor allen in den USA (S. 206-207) verstärkt werden.

Den Begriff des „*digitalen Kapitalismus*“ als Beschreibung für die neueste Phase der Globalisierung unter kapitalistischen Bedingungen hat Peter Glotz (2001) in die deutsche Diskussion eingeführt und auf das Problem des „*Jobless*

IV. Fragmente zu einer Neu-Aufstellung der SPD

Growth“ und die „*verschärfte gesellschaftliche Spaltung*“ hingewiesen, eine Spaltung in „*Core- und Fringe-Jobs, in Kern- und Randbelegschaften, in wertschöpfende und abgeleitete Arbeit, in eine Elite der Wissensarbeiter (samt kooperierten Helfern) und eine neue ‚Underclass‘.*“ (S. 119).

Die Herausbildung des globalen Weltkapitalismus werten Antonio Negri und Michael Hardt in ihrem Werk über das Empire (2003) aus marxistischer Perspektive als konsequente Weiterentwicklung der Geschichte. In der zunächst ökonomischen Herausbildung einer Weltgesellschaft sehen sie die positive Perspektive der Überwindung der Relevanz von (historisch überfälligen) Nationalstaaten: „*Die Vereinigten Staaten bilden nicht das Zentrum eines imperialistischen Projekts, und tatsächlich ist dazu heute kein Nationalstaat in der Lage. Der Imperialismus ist vorbei. Keine Nation kann in dem Sinne die Weltführung beanspruchen, wie die modernen europäischen Nationen dies taten.*“ (S. 12). In der ökonomisch bedingten unaufhaltsamen Entwicklung besteht die politische Chance weniger darin, „*gegen diese Prozesse Widerstand zu leisten, sondern sie umzugestalten und in Richtung auf andere Ziele zu lenken.*“ (S. 13).

Auch die Spitzenkräfte der kapitalismuskritischen deutschen Wissenschaft sehen sich nach tiefer Analyse gezwungen, die neuen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen als Faktum zur Kenntnis zu nehmen: „*Zu den Formen der Marktwirtschaft, der pluralen Gesellschaft und der politischen Demokratie gibt es derzeit keine überzeugenden qualitativen Alternativen*“, und: „*Die Globalisierung rückgängig machen zu wollen, wäre kein zukunftsorientiertes Projekt.*“ (Altvater & Mahnkopf, 1997, S. 70, 589).

Für die Städte und Regionen gilt, dass sie Teil von offenen Ökonomien und somit Elemente des Weltmarktes sind – sie unterliegen gewollt oder ungewollt der Standort-Konkurrenz mit allen Chancen und Risiken. Moss Kanter (1977) beschreibt u. a. die Entstehung einer neuen *Kaste* von Kosmopoliten im global vernetzten internationalen Management, die auf die Offenheit der Regionen (ökonomisch und auch mental) angewiesen sind. Die Herausbildung einer *Weltklasse* bei der Herstellung und Verteilung von Gütern und Dienstleistungen ist ein bereits weit fortgeschrittener Prozess (auch deshalb, weil die Menschen Weltklasse-Produkte nachfragen), und regionaler Isolationismus hat keine Chance. Das Problem für die Regionen besteht darin, sich in den Weltmarktstrukturen zu behaupten: making the global economy work locally.

4.2. Netzwerkgesellschaft

Max Weber hat sich grundlegend mit den Entwicklungsbedingungen und Strukturproblemen moderner kapitalistischer Industriegesellschaften beschäftigt. Seine theoretischen Überlegungen zielen darauf, einen Zusammenhang zwi-

4. Beispiel Gesellschaftsanalyse

schen individueller Orientierung und gesellschaftlicher Entwicklung herzustellen; er verbindet die Herausbildung des Kapitalismus mit der Durchsetzung von Rationalität: *„Was letzten Endes den Kapitalismus geschaffen hat, ist die rationale Dauerunternehmung, rationale Durchführung, rationale Technik, das rationale Recht, aber auch nicht sie allein; es musste ergänzend hinzutreten: die rationale Gesinnung, die Rationalisierung der Lebensführung, das rationale Wirtschaftsethos.“* (Weber, 1979, S. 360). Im Unterschied zu Karl Marx hat Weber die Bedeutung nicht-ökonomischer Faktoren für die Entwicklung des Kapitalismus betont. In *„Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus“* postuliert er, dass religiöse Werte, insbesondere jene des Calvinismus, für die Entstehung der kapitalistischen Haltung von entscheidender Bedeutung waren. Für die Herausbildung des *kapitalistischen Geistes* musste der auf Bedarfsdeckung und kurzfristige Bedürfnisbefriedigung ausgelegte Traditionalismus überwunden werden. Dabei kommt der *„Berufspflicht“* (Weber, 1979, S. 45) eine entscheidende Bedeutung zu: dem *Idealtypus* des kapitalistischen Unternehmers geht es nicht um Reichtum für seine Person, sondern um die Empfindung guter *„Berufserfüllung“* (S. 60), und für den Arbeiter ist es wichtig, dass er *„die Arbeit so betreibt, als sei sie absoluter Selbstzweck-Beruf.“* (S. 52). Weber sieht im asketischen Protestantismus und insbesondere im calvinistischen Puritanismus die *„konsequenteste Fundierung der Berufsidee“* (S. 166).

Die Entwicklung moderner sowie effizienter und stabiler Organisationen, der Industrieunternehmen wie des Staates, geht nach Weber einher mit dem Aufbau von Bürokratien, die den dominierenden Organisationsformen vergangener Epochen deutlich überlegen sind: *„Der entscheidende Grund für das Vordringen bürokratischer Organisation war von je her ihre rein technische Überlegenheit über jede andere Form. Ein voll entwickelter bürokratischer Mechanismus verhält sich zu diesen genau wie eine Maschine zu den nicht mechanischen Arten der Gütererzeugung. Präzision, Schnelligkeit, Eindeutigkeit, Aktenkundigkeit, Kontinuerlichkeit, Diskretion, Einheitlichkeit, straffe Unterordnung, Ersparnisse an Reibungen, sachlichen und persönlichen Kosten ... sind bei streng bürokratischer ... Verwaltung durch geschulte Einzelbeamte ... auf das Optimum gesteigert.“* (1964, S. 716).

Weber konstruiert einen Idealtypus bürokratischer Organisation, der den modernen Kapitalismus prägt. Er ist gekennzeichnet u. a. durch: die *„genaue Abgrenzung von Tätigkeiten und Befehlsgewalten (Kompetenzen), ein geordnetes System von Über- und Unterordnung in Behörden (Amtshierarchie und Instanzenzug), Schriftlichkeit der Amtsführung (Aktenkundigkeit), Trennung von der privaten Lebenssphäre, Fachschulung und Fachwissen (Prüfungen, Laufbahnprinzip), Vollberuflichkeit anstelle nebenamtlicher Tätigkeit und schließlich Amtsfüh-*

IV. Fragmente zu einer Neu-Aufstellung der SPD

nung nach festen Regeln (Regelgebundenheit, Amtswissen).“ (Bernsdorf, 1969, S. 149).

Für Weber (1964) hat die bürokratische Organisation das Optimum an Effizienz für die (die Moderne prägenden) großen Unternehmen bedeutet: *„Die ganz großen kapitalistischen Unternehmungen sind selbst normalerweise unerreichte Muster straffer bürokratischer Organisation.“* (S. 717). Die Veränderung der primär durch die große Industrie geprägten Gesellschaft (*Fordismus*), die wachsende Bedeutung des Dienstleistungsbereichs, der Einsatz neuer Informations- und Kommunikationstechnologien und neue Effizienzmodelle der Wirtschaft haben die Frage nach den Organisationsprinzipien des *Post-Fordismus* thematisiert.

Das grundlegende Werk von Manuel Castells (2001a, 2002, 2003) zur Netzwerkgesellschaft, das in drei Bänden mit einem Umfang von zusammen ca. 1500 Seiten publiziert wurde, ist als historischer Meilenstein anzusehen. Seine Kernthese (2001b) lautet: *„Ein zentrales Charakteristikum der Gesellschaftsstruktur im Informationszeitalter ist, dass sie auf Netzwerken beruht, die die soziale Morphologie kennzeichnen. Im Gegensatz zu früheren Formen stützen sich Netzwerke heute auf die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien, so dass sie sowohl den Erfordernissen flexibler Dezentralisierung als auch jenen effektiver Entscheidungsfindung gerecht werden können.“* (S. 423). Wie Webers bürokratische Organisationen sich aufgrund ihrer überlegenen Effizienz durchgesetzt und die Moderne geprägt haben, werden sie nun durch eine noch effizientere neue Organisationsform abgelöst, die die zukünftige Epoche bestimmt: *„Einmal eingeführt und durch die Informationstechnologie leistungsfähig gemacht, eliminieren Informationsnetzwerke in einem Verdrängungswettbewerb Zug um Zug andere organisatorische Formen, die in einer anderen sozialen Logik wurzeln.“* (S. 433).

Castells hält die Gesellschaftsstruktur für bestimmt durch das *„Wechselspiel von Produktions- und Konsumtionsverhältnissen, den Verhältnissen sozialer Erfahrung und existierenden Machtverhältnissen.“* (S. 424). Die von ihm als neuer Typ von Gesellschaftsstruktur beschriebene Netzwerkgesellschaft (primär geprägt durch Informationsnetzwerke) charakterisiert er auf 7 Ebenen:

- (1) Auf Basis der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien sowie der Gentechnologie entsteht eine technologische Revolution, die eine größere Umwälzung zur Folge haben wird als es die industrielle Revolution oder die Erfindung des Buchdrucks hatten (S. 427).
- (2) Die neue Ökonomie ist informationell, global und vernetzt. Die Eigentümlichkeiten dieser neuen Ökonomie können durchaus *„die kapitalistische Produktionsweise, in der sie entstanden sind, überdauern.“* (S. 428).

4. Beispiel Gesellschaftsanalys

- (3) Die Organisation von Arbeit und Beschäftigung führt zu einem „*dramatischen Anwachsen der Ungleichheit*“ (S. 429) auf Basis von Spaltungen sowohl zwischen den ausgegrenzten Erwerbslosen und den Beschäftigten wie zwischen den Arbeitenden („*selbst programmierende Arbeitskraft und routinisierte Arbeitskraft*“, S. 439) selbst. Es kommt zu einer Individualisierung der Arbeit. „*Die flexible Arbeit (wird) zur vorherrschenden Erwerbsform.*“ (S. 428).
- (4) In der kulturellen Sphäre kommt es zu einer „*oligopolistischen Konzentration von Multimedia-Gruppen*“ einerseits und zu einer Segmentierung des Marktes, die auch die Herausbildung eines interaktiven Publikums ermöglicht, „*das die Uniformität des Massenpublikums überwindet.*“ (S. 429).
- (5) Politik wird zunehmend mediale Politik und damit ein teures Geschäft, in dem es auf politisches Marketing, einfache Botschaften und Inszenierungen z. B. von Skandalen ankommt (S. 430).
- (6) Es kommt zu einer Neudefinition der materiellen Grundlagen des Lebens, von Zeit und Raum. Insbesondere das Internet ermöglicht das Entstehen einer „*zeitlosen Zeit*“ im Unterschied zur „*Uhren-Zeit des Industriezeitalters*“ (S. 430). Der „*Raum der Ströme*“ ermöglicht „*die Gleichzeitigkeit sozialer Praxis ohne geografische Nähe.*“ (S. 430), zugleich ist aber die technische Infrastruktur immer noch an bestimmte Orte gebunden.
- (7) Der Nationalstaat verliert Kompetenzen einerseits an supranationale Einheiten und muss andererseits Dezentralisierungen der Macht zulassen – er wird zunehmend zum „*Netzwerk-Staat*“ (S. 431).

Da die Funktionsweise von Netzwerken durch die Fähigkeit zum schnellen Wandel gekennzeichnet ist (nicht-kompatible Knoten werden ausgeschaltet, neue entstehen), vermutet Castells, dass sozialer Wandel im Sinne einer Transformation des Netzwerk-Programms „*in einem gegebenen Netzwerk oder einem Netzwerk von Netzwerken nur eine geringe Chance hat.*“ (S. 438). Für Veränderungen sorgen könnten jene, die eine „*Ablehnung der Netzwerk-Logik*“ vornehmen (religiöse, nationale, territoriale und ethnische Gemeinschaften) sowie Kräfte, die den Aufbau alternativer Netzwerke betreiben (z. B. ökologische, feministische und Menschenrechtsbewegungen). „*Das fundamentale Dilemma in der Netzwerkgesellschaft besteht darin, dass politische Institutionen nicht länger der Sitz der Macht sind.*“ (S. 438).

4.3. Neue Anforderungen an die Menschen

Die globale kapitalistische Netzwerkgesellschaft hat ihre materielle Basis nicht nur an konkreten Orten, sondern sie funktioniert auch nur mit und für reale Menschen. Für diese gibt es im Beruf und im Privatleben eine Reihe von neuen

IV. Fragmente zu einer Neu-Aufstellung der SPD

Anforderungen, die sowohl eine Chance darstellen als auch mit Risiken (Sennett 2000, 2005) verbunden sein können.

In den Unternehmen stärken die durch die Anforderungen der Wissensgesellschaft ausgelösten, technologisch möglichen und unter Wirtschaftlichkeitsaspekten realisierten Strukturveränderungen die Nachfrage nach einem Arbeitnehmer neuen Typs. Strukturen, Technik, Produkte und Umsatz müssen von konkreten Menschen gemacht werden, deren Verhalten und Qualifikationen zu Schlüsselfragen in einer Zeit jenseits der industriellen Massenproduktion werden.

Dynamik und Selbstbestimmung in dezentralen Strukturen statt Dienst nach Vorschrift sind heute angesagt. Beteiligung, Hierarchieabbau, Bürokratieabbau, Mitbestimmung, Humanität, ganzheitliche Tätigkeiten und flexible Arbeitsgestaltung sind häufig vom modernen Management formulierte Anforderungen – vor 35 Jahren Themen vor allem der jugendlichen Opposition. Schnittstellendenken, Verbindung von Lernen und Praxis, Teamarbeit, Interdisziplinarität, Projektorientierung, Mitbestimmung: heute von der Wirtschaft verlangt, vor 35 Jahren als Grundorientierung der als ‚rote Kadenschmiede‘ beschimpften neu gegründeten Universität Bremen ein politischer Skandal. Das Postulat „*Small is Beautiful*“ von Schumacher (1977) und die Forderung nach ‚*vernetztem Denken*‘ galten eher als Gedanken aus der *Giftkiste* der Grün-Alternativen – heute ist Dezentralisierung ein strategischer Eckpunkt für Großkonzerne. Wahrscheinlich müssten die Kulturrevolution der 68er und die Expansion des Bildungssystems heute im Interesse der Wirtschaft inszeniert werden und kämen erheblich zu spät, weil die für den unvermeidlichen Wandel erforderlichen Menschen erst ausgebildet und erzogen werden müssten.

Das Unternehmen der Zukunft als lernende Organisation braucht den Mitarbeiter, für den das lebenslange Lernen selbstverständlicher Teil der Entwicklung seiner Persönlichkeit ist. Arbeitsplatzsicherheit entsteht zunehmend durch eine den aktuellen Gegebenheiten ständig angepasste Qualifikation, die aus Sicht des Einzelnen seine „*Beschäftigungsfähigkeit*“ (Moss Kanter, 1996, S. 193) ermöglicht. Dazu gehört für zunehmend größere Gruppen auch ein weit erhöhtes Maß an keineswegs unproblematischer Flexibilität.

Nun wird die durch Technik und Vernetzung geprägte Kultur aber nicht nur durch die Arbeitssphäre, sondern auch durch das Leben außerhalb der Arbeit bestimmt. Zunehmend mehr Menschen sind über stationäre und mobile Kommunikationsgeräte (Computer/Telefone) kontinuierlich (in der Privatwohnung, unterwegs oder an anderen Aufenthaltsorten) in die Netzwerkgesellschaft integriert.

4. Beispiel Gesellschaftsanalyse

Die Vielzahl von Untersuchungen zu den Anwendungsfeldern, den neuen Möglichkeiten und den Auswirkungen dieser Entwicklung haben zwei wesentliche Resultate:

- (1) viele Menschen sind als aktive Nutzer der Technologie nicht in erster Linie die Opfer negativer Folgen, sondern *Täter* mit vielen persönlichen Vorteilen bis hin zu erweiterten Chancen der politischen Information und Partizipation. Es sind kostenbewusste Menschen, die z. B. mit günstigen Käufen und Buchungen über das Internet zur gesellschaftlichen Rationalisierung (und zum Arbeitsplatzabbau) z. B. durch Ausschaltung des Zwischenhandels beitragen.
- (2) es gibt eine Differenzierung, wenn nicht Spaltung, zwischen den Menschen mit Zugängen zu den neuen Möglichkeiten und *informationellen Habenichtsen*.

Heute gibt es eine immer wichtiger und selbstbewusster werdende Gruppe von *Wissens-Arbeitern*, die den technischen und wirtschaftlichen Fortschritt vorantreibt und eine zunehmende gesellschaftliche Gestaltungskraft bekommt. Menschen sind die *Macher des Fortschritts*, und das nicht nur im Rahmen der kapitalistischen Mechanismen.

Das Internet eröffnet für viele die Möglichkeit der persönlichen Beteiligung als Produzent, Sender und Akteur. Die Internet-Ökonomie erlaubt das Schaffen von Werten ohne kapitalintensive Produktion, und freiwillige vernetzte Aktivitäten von produktiven Menschen können erhebliche Ressourcen an Rechenleistung und Arbeitskraft kombinieren. Die inzwischen gar nicht mehr so „heimliche Medienrevolution“ (Möller, 2005), die von freien Assoziationen von Produzenten (z. B. Linux- und Open-Source-Software, Lexikon Wikipedia, Weblogs) bis zur bisher kaum zu unterdrückenden Umgehung von Urheberrechtsvorschriften beim Tausch von Musik und Filmen reicht, wird schon als Beginn eines neuen Zeitalters des „Cyberkommunismus“ (Barbrook, 2001) gesehen.

5. Beispiel Organisation: Modernisierung des Führungsstils⁶

5.1. Was ist politische Führung?

„Politische Führung umfasst die Leitungs- und Lenkungenfunktionen in politischen Systemen und Organisationen.“ So lautet die knappe Definition Josef Schmid in der Ankündigung seiner Veranstaltung „Politische Führung in der Demokratie“ im Sommersemester 2005 an der Universität Tübingen. Und Schmid weist zugleich darauf hin, dass das Thema „relativ wenig behandelt“ wurde. Das stimmt.

6 Mit Wolfgang Jüttner. Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Symposium-Verlags, Düsseldorf

IV. Fragmente zu einer Neu-Aufstellung der SPD

Bemerkenswerterweise gibt es keine systematische Aufarbeitung dessen, was politische Führung bedeutet und vor allen Dingen darüber, wie sie funktioniert und welche Aufgaben sie zu erfüllen hat, um erfolgreich zu sein. Wobei sich umgehend die Frage anschließt, wie Erfolg im Falle der politischen Führung zu messen ist.

Dieser Mangel ist wesentlich auf zwei Ursachen zurückzuführen.

- Zum einen gibt es in Deutschland aus historischen Gründen eine Scheu, sich damit zu befassen. Der *Führerstaat* der Nazis gibt immer noch Überlegungen zum politischen Führen einen gewissen Hautgout. Es wird noch dauern, bis wir bei uns ein Wort wie *leadership* ebenso selbstverständlich gebrauchen werden wie die Politiker in den USA oder Großbritannien.
- Zum anderen grenzt der Begriff *Politische Führung* an Verwaltungs- bzw. Personalführung, an politisches Management, an Regieren und Steuern politischer Prozesse. Er liegt damit an einer Schnittstelle von Betriebswirtschaft (Unternehmensführung), Organisationswissenschaft und Politikwissenschaft. Dies führte unter anderem dazu, dass Modelle aus Unternehmen oder Organisationen wie der Verwaltung schlicht auf den politischen Betrieb übertragen wurden.

An solchen Modellen herrscht kein Mangel. Mit der Literatur zur Unternehmensführung ließen sich Bibliotheken füllen. Ähnliches gilt für das Verwaltungsmanagement.

Gewiss gibt es in der Literatur Beschreibungen von Führungseigenschaften. Klassisch sind Max Webers drei Begriffe *Leidenschaft*, *Verantwortungsgefühl* und *Augenmaß*, die er als notwendige zentrale Persönlichkeitsmerkmale von politischen Führern nannte. Und seine Definition der charismatischen, parlamentarischen und plebiszitären Führerauslese. Aber auch bei Weber sucht man vergebens nach dem Wie des Führens, nach den Führungsinstrumenten und danach, welche Rolle die zu Führenden haben. – An Weber angelehnt haben Guy Kirsch und Klaus Mackscheidt 1985 drei psychosoziale Kategorien von Politikertypen herausgearbeitet: „*Staatsmann, Demagoge, Amtsinhaber*“. So amüsant das Räsonnement der beiden Autoren über Wechselbeziehungen der neurotischen Strukturen von Politiker und Wählerschaft auch zu lesen ist: allein mittels der Kenntnis der „*neurotischen Zwänge und Phobien*“, der „*Ängste und Phantasien der Wähler*“ (S. 89) lässt sich politische Führung gewiss nicht ausüben.

An neuerer Literatur gibt es lediglich verstreute Aufsätze, die sich zumeist mit Einzelaspekten des Themas auseinandersetzen. Der Göttinger Politologe Franz Walter hat am Beispiel der SPD-Vorsitzenden die unterschiedlichen Führungsstile analysiert. Er fragt „*nach den Führungsressourcen, den Führungspos-*

5. Beispiel Organisation: Modernisierung des Führungsstils

tientialen, den Führungstechniken und den Führungsrestriktionen“ und betrachtet zudem „die Fähigkeit oder Unfähigkeit zur Teamarbeit, Delegation, Moderation, Integration und Kommunikation“ des jeweiligen politischen Führers. (Walter 1998a, S. 1291).

5.2. Erwartungen an politische Führung

5.2.1. Erwartungen der Wähler- und Anhängerschaft

Politische Führer sollten in der Erwartung ihrer Wählerschaft und Anhängerschaft

- politische Entwicklungen antizipieren und frühzeitig überzeugende Antworten entwickeln (Kompetenz zur Richtungsbestimmung)
- die Partei überzeugen und hinter sich bringen, auch bei der Durchsetzung von paradigmatischen Richtungswechseln (leadership)
- persönlich eine unantastbare Glaubwürdigkeit besitzen und eine biografischen Bezug zu Grundwerten der Partei haben
- die „Seele der Partei“ erreichen und zweifelsfrei repräsentieren
- von ihrer historischen Rolle (missionarisch) überzeugt sein und den Willen zur Macht haben

Die Führung einer großen, deshalb heterogenen und vielfach fragmentierten Partei ist dabei in besonderem Maße angewiesen auf die gelegentlich verachteten Sekundärtugenden wie „Stetigkeit, Disziplin, Fleiß, langen Atem, Loyalität, auf die Fähigkeit zur Integration und Vermittlung.“ (Walter, 1998b, S. 106) Hinzukommen muss die Fähigkeit zur Repräsentation der eigenen Positionen in der Öffentlichkeit.

Bei der Betrachtung unterschiedlicher politischer Führungsstile macht Walter für die SPD u. a. den charismatischen Stil am Beispiel Kurt Schumachers, den autoritären Stil am Beispiel Herbert Wehners, den bürokratischen Führungsstil am Beispiel Hans-Jochen Vogels und den kommunikativen Stil am Beispiel Björn Engholms fest. Es spricht viel dafür, dass unter den Bedingungen der *Mediendemokratie* und angesichts der Komplexität politischer Prozesse in Zukunft ein Führungsstil angemessen ist, der sich als Mischung aus *Moderation* und *Leadership* beschreiben lässt.

Zwei Zitate kennzeichnen die beiden äußeren Pole dieser Spannweite:

- „Politische Führung muss immer darauf aus sein, Mehrheiten aus sehr unterschiedlichen Interessengruppen zu schmieden. Pragmatiker des Augenblicks bilden Allianzen auf Zeit. Es gilt die Sachrationalität der geplanten Maßnahme mit der politischen Vermittlungs- und Durchsetzungsrationale abzuwägen. Politische Führung ist deshalb häufig mehr pragmatische Moderation als hierarchische Steuerung.“ (Korte 2002)

IV. Fragmente zu einer Neu-Aufstellung der SPD

- *„Es sind Zeiten, und die sind beileibe nicht zu Ende, in denen die Menschen in Deutschland politische Orientierung erwarten. Und politische Führung. Das ist mehr als gutes Management. Management bedeutet, die Dinge, die man tun muss, möglichst richtig zu machen. Führung aber meint, dass man das Richtige tut. Und die Richtung bestimmt. Das Richtige aber ist in der Politik selten das Leichte. Es erfordert auch Mut.“* (Gerhard Schröder auf dem SPD-Parteitag in Nürnberg, 19. 11. 2001)

5.2.2. Erwartungen von Unternehmern und Managern

Die Erwartungen von Unternehmern und Managern, kurz der wirtschaftlichen Eliten, an politische Führung sind demgegenüber anders akzentuiert:

- An erster Stelle stehen Verlässlichkeit, Stringenz und Kontinuität. Diese drei items sind unabdingbar für die von Unternehmen benötigte Planungssicherheit. Abrupte Änderungen in den die Unternehmen betreffenden Politikfeldern wie Steuern und Abgaben, Arbeitsrecht oder Genehmigungsverfahren sind unerwünscht.
- Gleichzeitig fordern Unternehmer aber ständig flexible Reaktionen der Politik auf sich ändernde sozioökonomische Rahmenbedingungen und reklamieren Ausnahmeregelungen für ihren jeweiligen Betrieb oder ihre jeweilige Branche.
- Natürlich gehören niedrige Steuern, hohe Abschreibungssätze, niedrige Löhne und Gehälter zu den Erwartungen oder besser Wünschen an die Politik. Weitsichtigere Manager aber erkennen auch den ökonomischen Wert, den der soziale Friede hat.

Die Anforderungen dieser Gruppe differieren allerdings stark. Gerade bei konkreten Gesetzes- oder Richtlinienvorhaben plädieren die Verbandsvertreter von Unternehmern in der Regel für generalisierende, so genannte unbürokratische Regelungen. Die einzelnen Betriebe hingegen setzten sich für möglichst detaillierte Vorgaben ein, um beispielsweise sichere und dadurch schnelle Genehmigungsverfahren zu ermöglichen.

Dies ist bei genauerem Hinsehen nicht überraschend. Die Verbände müssen sich in der Regel am schwächsten Mitglied orientieren, das beispielsweise am wenigsten für den Umweltschutz tut. Unternehmensinhaber und Manager hingegen wissen, um beim Beispiel zu bleiben, um die Kosten sparenden Effekte umweltverträglicher Produktionsweisen. So hat sich gezeigt, dass sich Umweltschutzmaßnahmen etwa beim Einsatz gefährlicher Stoffe, bei der Abfallvermeidung oder bei der Abwasserreinigung durch Kreislaufführung betriebswirtschaftlich durchaus rechnen.

5. Beispiel Organisation: Modernisierung des Führungsstils

Hinzu kommt ein struktureller Unterschied im Agieren von Verbänden und Unternehmen. Während Verbände – auch aufgrund des Rechtfertigungsdrucks durch ihre Mitgliedschaft – immer *politisch* argumentieren müssen, streben Einzelunternehmen eher *pragmatische* Entscheidungen vor Ort an.

5.2.3. Rechtfertigungsdruck und „Produktverantwortung“

Mit anderen Worten: die Erwartungen dieser wie jeder anderen klar zu umreißenen gesellschaftlichen Gruppe an politische Führung orientieren sich zu aller erst an den ureigensten eigenen Interessen. Das ist in einer offenen Gesellschaft wie der deutschen auch völlig legitim, setzt aber die Politik unter einen beträchtlichen Rechtfertigungsdruck. Dieser kann dazu führen, dass politische Führer Aussagen machen und damit Erwartungen wecken, die sie gar nicht erfüllen können, weil weltwirtschaftliche, ökonomische oder andere Gründe ihren Handlungsspielraum beschränken. Dennoch werden Anliegen zur *Chefsache* gemacht und damit eine Allmacht suggeriert, die nicht gegeben ist, aber erwartet wird. – Umgekehrt zeigt sich eine gehörige Portion Ohnmacht angesichts der weltweiten, der europäischen und der ökonomischen Einbindungen und Zwänge, denen Politik unterliegt. Die von den Bürgerinnen und Bürgern gleich welcher Interessengruppen den politischen Führern abverlangte *Produktverantwortung* lässt sich in dem gewünschten Maße schlicht nicht mehr erbringen. Wer beispielsweise verspricht, die Arbeitslosigkeit in Deutschland in x Jahren um y % zu senken, verkennt die Grenzen politischen Handelns.

5.3. Politische Führung am Beispiel einer Fraktion

Auch die Führung einer Fraktion im Bundestag oder in den Landtagen bewegt sich in dem Korridor zwischen den oben genannten Polen *Machen* und *Moderieren*.

Eine Definition, besser eine Beschreibung, vorab:

„Eine Fraktion zu führen heißt auch, ein Rudel von Alpha-Tieren mit ständigem guten Zureden, überzeugenden Argumenten und der Aussicht auf für alle vorteilhafte Entwicklungen möglichst unmerkbar in eine gemeinsame Richtung zu steuern. Mithin verwendet der gewählte Vorsitzende einen beachtlichen Anteil seiner Arbeitszeit darauf, enormen zentrifugalen Kräften entgegenzuwirken und die Eigeninteressen wie unterschiedlichen Sichtweisen der Fraktionsmitglieder so gut es eben geht zu einem positiven Gesamtbild des großen Ganzen zu bündeln – ein entscheidendes operatives Ziel zum Teil weit jenseits inhaltlicher Fragen.“ (Eilfort 2003, S. 569)

IV. Fragmente zu einer Neu-Aufstellung der SPD

5.3.1. Aufgaben eines Fraktionsführers

Zu den zentralen Aufgaben des Fraktionsvorsitzenden gehören aber auch und neben dem Input in die Fraktion

- das Aufgreifen und Bündeln der Ideen und Vorschläge der Abgeordneten
- die Entwicklung politischer Schwerpunkte
- die Sammlung, Aufbereitung und Weitergabe von Informationen
- die Besetzung und Einrichtung von internen und medienvermittelten Kommunikationskanälen
- öffentliche Themensetzung
- die Einbindung der Partei
- der Aufbau von Personal für tragende Rollen
- die Definition längerfristiger politischer Strategien.

Politische Führungskunst in Bezug auf Fraktionen hat unterschiedliche Gegenstände. Ganz offensichtlich gibt es unterschiedliche Anforderungsprofile zwischen der Führung etwa einer Landtagsfraktion, die die Regierung stützt, und einer Oppositionsfraktion.

5.3.2. Führung einer Regierungsfraktion

Der Vorsitzende einer Regierungsfraktion operiert an der Schnittstelle zwischen Regierung und Parlament. Er ist mehr oder weniger offiziell in die Kabinettsentscheidungen eingebunden, trägt dadurch Mitverantwortung für Regierungsentscheidungen und hat die Aufgabe, für diese in der Fraktion die im Parlament erforderliche Unterstützung zu organisieren. Zugleich ist er aber in der Lage, unter Hinweis auf die Wünsche der Abgeordneten erheblichen Einfluss auf die Regierung zu nehmen – der Hinweis auf Schwierigkeiten bei der Mehrheitsbeschaffung ist in der Regel gar nicht erforderlich. Durch die den Zuständigkeitsbereich einzelner Ministerien übersteigende Teilhabe an der politischen Gesamtverantwortung ist der Fraktionsvorsitzende in einer Rolle, die ihn häufig als Nachfolger des amtierenden Ministerpräsidenten prädestiniert.

Die Möglichkeiten der Abgeordneten und des Fraktionsapparates, sich des Sachverstands aus den Ministerien zu bedienen, führt im Übrigen dazu, dass politische Initiativen aus der Mitte einer Regierungsfraktion in der Regel auf Anregung und mittels Hilfestellung durch die Ministerialbürokratie erfolgen. So werden eilige Gesetzentwürfe häufig nicht von der Regierung sondern von der Regierungsfraktion im Parlament eingebracht, weil dann die Beratungen ohne erste Lesung schneller erfolgen können; so ist es nicht ungewöhnlich, wenn aus der Spitze eines Ministeriums den eigenen Abgeordneten oder der eigenen Fraktion Hinweise auf kleine oder große Anfragen gegeben werden – bis hin zu ausformulierten Texten –, um ihre Leistungen im Parlament gebührend

5. Beispiel Organisation: Modernisierung des Führungsstils

ausmalen zu können. Und umgekehrt wird sich die Führung einer Regierungsfraktion vor möglichen eigenen Initiativen immer mit dem jeweiligen Ministerium kurzschließen, um nicht die Regierungsgeschäfte zu stören.

Das zentrale Erfolgskriterium für eine Regierungsfraktion ist es, die Regierung handlungsfähig zu halten und ihre Wiederwahl sicherzustellen. Das kann auch dadurch erreicht werden, dass die Fraktion Initiativen entfaltet, um die eigene Regierung anzutreiben. In der Regel geht es aber darum, die Mehrheitsfähigkeit der Regierung im Parlament stetig zu sichern.

5.3.3. Führung einer Oppositionsfraktion

Völlig anders stellt sich die Arbeit in der Führung einer Oppositionsfraktion dar. Die institutionelle Zuarbeit aus den Ministerien ist beendet; die informelle Zuarbeit versiegt nach und nach. Initiativen müssen in der Fraktion selbst entwickelt werden. Die Politik der Regierung muss inner- und außerhalb des Parlaments immer wieder und auf allen Politikfeldern angegriffen werden.

Deshalb muss es der Fraktionsführung in der Opposition vorrangig darum gehen, auseinanderstrebende (Einzel-) Interessen und Profilierungsversuche zu bündeln und zusammenzuführen. Belohnung etwa durch Ämter in der Verwaltung oder in der Regierung oder Disziplinierung durch Entzug von Geldern für den Wahlkreis fallen als Instrumente der Führung aus. Allein gesellige Treffen zur Förderung des Zusammenhalts bleiben bestehen.

In Führungspositionen muss vor allen Dingen durch Motivation und Zuspruch, durch Herstellung eines Gemeinschaftsgefühls mittels Attacken auf die Regierung zusammengeführt werden. Denn die Einheitlichkeit der Oppositionspolitik wird zu Recht als hohes Gut betrachtet, um am Wählermarkt punkten zu können.

Eine Regierungsfraktion steht in der medialen Aufmerksamkeit immer im Schatten der täglich agierenden Regierung. Überspitzt formuliert, ist es ihre Aufgabe, möglichst wenig politische Aufmerksamkeit – und schon gar nicht gegen das Regierungshandeln – zu erzielen. Die oppositionelle Fraktion fokussiert dagegen ihrerseits die öffentliche Aufmerksamkeit – und zwar deutlich vor der jeweiligen Partei. Aber sie muss um diese mediale Aufmerksamkeit täglich ringen.

Deshalb muss eine Oppositionsfraktion in entschieden stärkerem Maße inhaltliche Akzente setzen. Sie muss im Idealfall auf allen Politikfeldern der Regierungspolitik möglichst konkrete Alternativen gegenüberstellen. Ihr Widerpart ist im Grunde nicht die Regierungsfraktion sondern die Regierung selber. Ein gehöriges Maß an Geschlossenheit ist dabei unabdingbar. Sie kann aber kaum durch Belohnungen von Abgeordneten erreicht werden, da es dafür keine Ressourcen gibt. Die Geschlossenheit und die Motivation der Abgeordneten müssen folglich intrinsisch erfolgen, aus der gemeinsamen Grundüberzeugung

IV. Fragmente zu einer Neu-Aufstellung der SPD

oder Ideologie heraus mit der ja eher vagen und in beträchtlicher Ferne liegenden Aussicht, selbst (wieder) Regierungsfraktion zu werden.

5.3.4. Sonderfall: Fraktionsführer gleich Spitzenkandidat

Noch schwieriger gestaltet sich die Aufgabe des Fraktionsvorsitzenden, wenn er zugleich als Spitzenkandidat bei der kommenden Wahl fungiert. Dann nämlich muss er über die eigene Anhängerschaft hinaus versuchen, zusätzliche Wählerschichten zu erschließen. Harte Alternativen und Polarisierung motivieren zwar die eigene Stammwählerschaft, stoßen potentielle Wechselwähler normalerweise aber eher ab. Im Kern liegt ein Rollenkonflikt vor: Zusammenhalten der Fraktion durch inhaltliche Abgrenzung auf der einen Seite versus der Notwendigkeit eher konsensueller Politikangebote zur Erschließung neuer Wählerschichten. Paradigmatisch dazu Gerhard Schröders Aussage im Bundestagswahlkampf 1998: „Wir wollen nicht alles anders, aber vieles besser machen.“

Mit anderen Worten: ein Vorsitzender einer Oppositionsfraktion, der gleichzeitig Spitzenkandidat ist, muss die Fraktionsarbeit deutlich stärker an der Außenanstellung und damit an der Öffentlichkeitsarbeit ausrichten. Als Beispiele einer solchen Ausrichtung seien genannt:

- Die Wiederherstellung bzw. der Ausbau von Kontakten zu gesellschaftlichen Gruppen.
- Parlamentarische Anfragen sollten zielgerichtet als Materialbasis für die kommende Wahlkampfauseinandersetzung genutzt werden, was eine besondere Zuspitzung erfordert.
- Das fachliche Wissen in den Arbeitskreisen der Fraktion muss verbessert werden durch Einladen von Fachleuten zu ausgewählten Themen, was nicht zuletzt wieder den Kontakten zu und der Akzeptanz bei wichtigen gesellschaftlichen Gruppen dient.
- Erforderlich ist zudem zur Erhöhung der Wahrnehmung in der Öffentlichkeit eine durchdachte und praktizierte Verzahnung mit Aktivitäten innerhalb der jeweiligen Partei und den dort engagierten Mitgliedern. Beispielsweise könnten im jeweiligen Mitgliederblatt ein die Mitglieder bewegendes Thema in Pro und Contra vorgestellt und mittels eines einzusendenden Coupons die Mitglieder nach ihrer Position gefragt werden.
- Eine Anlaufstelle – eventuell auch bei der Partei – für Multiplikatoren sollte eingerichtet werden, die Nachfrager in Netzwerke hinein vermittelt. Einzelne Netzwerke könnten zu lockeren Terminen von der Fraktionsspitze und den Arbeitskreis-Vorsitzenden eingeladen werden.
- Personalkompetenz muss hergestellt werden. Zentrale Themen müssen mit Personen verbunden werden. Jeder Journalist muss wissen, an welches

5. Beispiel Organisation: Modernisierung des Führungsstils

Fraktionsmitglied er sich bei welchem Thema wenden muss, um eine kompetente Auskunft oder ein verwertbares Statement zu erhalten.

5.4. Kommunikationsfähigkeit nach innen und nach außen

Gar nicht zu überschätzen ist der Einfluss der Medien. Ein Zitat für viele: Insbesondere das Fernsehen habe die „*Personalisierung alles Politischen*“ bewirkt (Oberreuter, S. 173). Das fördere einen ganz bestimmten Politikertypus: „*Telegenität, die Beherrschung des spezifisch journalistischen Zeichensystems, Kontaktfähigkeit, Publikumswirksamkeit gelten als Erfolg versprechende Persönlichkeitseigenschaften. Keine von ihnen verrät primär politische Talente. Image oder Inhalte – das scheint die Alternative zu werden.*“ (ebenda)

Nun müssen sich Inhalte und Image nicht ausschließen. Richtig an Oberreuters Beobachtung bleibt aber, dass es für Politiker ohne Kamera-Kompatibilität entschieden schwieriger ist, Spitzenpositionen zu erreichen.

Und gelungene Fernsehauftritte etwa eines Spitzenkandidaten strahlen natürlich auch nach innen, in seine Partei und Fraktion aus. Die Partei- und Fraktionsmitglieder können stolz auf ihren Vormann oder auf ihre Vorfrau sein. Ob das Parteiprogramm zu 100% herüberkam, das wird dann zweitrangig. Insofern gibt es eine deutliche Interdependenz zwischen Außen- und Innenwirkung, die den oben beschriebenen Rollenkonflikt zumindest mildern kann.

5.5. Grenzen und Schwierigkeiten politischer Führung

„*Politische Führung ist möglich. Aber die* (in der Potsdamer Elite-Studie von 1995 befragten) *Politiker sehen mehrheitlich ihren Handlungskorridor eingeschränkt von Sachzwängen, der Notwendigkeit von Rücksichtnahmen und zusätzlich von gestiegenen Bevölkerungsansprüchen und wachsender Problemkomplexität*“. Sie beklagen ihre „*schwindende Handlungsautonomie*“ (Kaina 2001, S. 811). Immer mehr werden beispielsweise nationale Entscheidungen durch Entscheidungen der Europäischen Union präjudiziert; sind wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen abhängig von den Verhältnissen des globalen Marktes, in den Deutschland ebenso integriert ist wie in den europäischen Markt.

Das ist das Eine. Daneben haben es Politiker mit einem hohen Maß an Freiwilligkeit und Ehrenamtlichkeit zu tun. Ihre Vorschläge, ihre Problemlösungen und Entscheidungen bedürfen deshalb schon innerparteilich eines hohen Maßes an Legitimation. Die Erarbeitung programmatischer Ausrichtungen erfolgt in der Regel – und sie muss das auch, um die nötige Akzeptanz zu erreichen – in und nach einem breit gefächerten Diskussionsprozess. Dieser Prozess bezieht neben den Funktionären, den Abgeordneten und Mitgliedern auch die Sympathisanten und Fachleute verschiedener Couleur mit ein. Und er findet im Lichte

IV. Fragmente zu einer Neu-Aufstellung der SPD

der breiten Öffentlichkeit statt: Vorschläge und Zwischenergebnisse werden in den Medien vorgestellt, bewertet und kritisiert.

In abgeschwächter Form wird jede Entscheidungsfindung in der Politik, selbst eine tagespolitische Entscheidung, dem gleichen Prozess unterzogen. Mit anderen Worten: politische Führung ist in einem außerordentlich großen Umfang damit befasst, vor einer Entscheidung deren Legitimation herzustellen und ihre Akzeptanz abzusichern. Die in den Parteien dabei wahrgenommene Vielstimmigkeit gehört zu dieser Meinungsbildung unabdingbar dazu. Die Wählerinnen und Wähler hingegen goutieren einen solchen von ihnen als Streit wahrgenommen Entscheidungsprozess regelmäßig ebenso wenig wie die veröffentlichte Meinung. *Zerstrittenheit* gilt als Makel und als abschreckend.

Ein vergleichender Blick auf die Führungskultur in einem Unternehmen verdeutlicht die ungleich schwierigere Führungstätigkeit in der Politik. In einem Unternehmen sind die Ziele unumstritten: Maximierung des Gewinns und Wertsteigerung des Unternehmens. Der Unternehmensführer hat ein Direktionsrecht. Er definiert die notwendigen Schritte und überwacht deren Ausführung. Fehler sind so schnell erkennbar.

Auf die Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, auf eine gemeinsam erarbeitete Strategie, auf die Identifikation mit dem Unternehmen verzichten die Unternehmensführer dabei immer häufiger (was sich politische Führer bei Strafe ihrer Abwahl nicht erlauben dürften).

Das Produkt von Politik sind Gesetze, die dann von der Verwaltung umgesetzt und ausgeführt werden. Die Bürger erwarten aber andere Produkte: Sicherheit, Wohlstand, Chancengleichheit. Die Verbindung vom Gesetz zum Wohlstand ist für sie nur schwer erkennbar. Zugleich beeinflusst der Bürger sowohl als Wähler als auch als Teilnehmer an den politischen Diskussionen die Entscheidungen und Ergebnisse politischen Handelns.

Die meiste Zeit muss folglich der politische Führer *vor* einer Entscheidung investieren, um Legitimation und Akzeptanz eben dieser Entscheidung herzustellen. Der Führer eines Unternehmens hingegen investiert den Großteil seiner Arbeitskraft in das Controlling *nach* der Entscheidung und er kann zudem korrigierend eingreifen. Das korrigierende Eingreifen danach in der Politik hingegen wird als *Nachbessern* mit Unfähigkeit gleichgesetzt.

Die Unterschiede in den Mechanismen politischer und unternehmerischer Führung werden von denjenigen Personen besonders deutlich (und in der Regel schmerzlich) erfahren, die aus leitenden Positionen in der Wirtschaft in politische Spitzenpositionen (in der Regel in Regierungsfunktionen) wechseln. Das häufig zu beobachtende schnelle Ende dieser politischen Karrieren basiert meist auf wechselseitigen Unzufriedenheiten: das politische Umfeld ist ent-

täuscht über die politische Unerfahrenheit und Unprofessionalität der ehemaligen *Wirtschaftsführer*, und diese wiederum verlieren schnell die Lust an den schwierigen Abstimmungs- und Entscheidungsprozessen in den Niederungen der politischen Gremien und Apparate.

5.6. Führung durch Ansprache verschiedener Adressatengruppen

Die Schwierigkeiten politischer Führung lassen sich gut am Beispiel einer Rede auf einem Bundesparteitags verdeutlichen. Denn hier müssen vier unterschiedliche Adressatengruppen angesprochen werden:

- Die Delegierten, das sind weit überwiegend mittlere Funktionäre und Abgeordnete, die direkt vor dem Redner sitzen. Sie müssen erreicht und mitgerissen werden, ihr Nerv muss getroffen werden, sie müssen schließlich applaudieren und jubeln.
- Die Gäste, in der Regel doppelt bis dreimal so viele Leute wie die Delegierten, sind einfache Mitglieder bzw. Sympathisanten. Ihr Beifalls-, ihr Zustimmung- oder Ablehnungsverhalten bestimmt ganz maßgeblich die Atmosphäre im Tagungssaal. Der Saal *tobt* nur dann, wenn diese beiden Gruppen sich gleichermaßen angesprochen fühlen.
- Die professionellen Beobachter, also die Medienvertreter, bilden die dritte Gruppe. Häufig überwiegt ihre Zahl die der Delegierten deutlich. Sie bewerten den Redetext und den Redegestus ebenso wie die dadurch vermittelte Stimmung. Das Gesagte, also die Botschaft des Redners in möglichst knackigen Zitaten, und seine Körpersprache fließen ebenso in die Bewertung ein wie die Reaktionen der Delegierten und Sympathisanten. – Ihre Kommentare, Einschätzungen und Beobachtungen erreichen schließlich via Presse, Funk und Fernsehen den Großteil der Wahlbevölkerung.
- Millionen von Menschen aber werden direkt durch die Fernsehbilder informiert. Deshalb ist es die wichtigste, aber auch schwierigste Aufgabe des Redners zu versuchen, gleichsam durch die drei genannten Gruppen hindurch oder über sie hinweg so direkt wie möglich mit dem Fernsehzuschauer in seiner guten Stube zu kommunizieren.

Was für eine Parteitagsrede gilt, gilt im Grunde für jegliche politische Aktion oder Reaktion. Die vier unterschiedlichen Adressatengruppen – vereinfacht: Funktionäre, Mitglieder/Sympathisanten, Medienvertreter, ungebundene Wählerinnen und Wähler – müssen bei jeder politischen Äußerung mitgedacht werden. Und sie müssen gleichzeitig bedient werden. In einer Mediengesellschaft, wie wir sie nun einmal haben, lassen sich nur sehr schwer adressaten- oder ziel-

IV. Fragmente zu einer Neu-Aufstellung der SPD

gruppengenaue Botschaften aussenden. Jede Gruppe empfängt jede Botschaft, ob sie es soll oder nicht.

5.7. Ausblick: Führen heißt Zusammenführen

Letztlich ist der Erfolg politischer Führung ganz einfach zu messen: nämlich schlicht daran, ob es ihr gelungen ist, die politische Macht zu erhalten bzw. wieder zu erlangen.

Der Weg zur Entscheidungsfindung ist dagegen – wie beschrieben – in der Politik und für den politischen Führer ungleich schwieriger als für den Manager in der Wirtschaft. Und ebenso entschieden schwieriger ist in der Politik das Kommunizieren vor und nach den Entscheidungen. Denn es gibt immer unterschiedliche Adressatengruppen mit divergierenden Ansprüchen und Interessen. Schon deshalb kommt es auch auf das an, was gelegentlich etwas abschätzig *Verpackung* oder *Inszenierung* genannt wird.

Sowohl für die Entscheidungsfindung als auch für die Kommunikation nach innen und nach außen kommt es für die politische Führung entscheidend darauf an, unterschiedliche Interessen, Ansprüche, ja auch Gefühle, Neigungen und Vorurteile so weit und so gut wie möglich zusammen zu führen. Ständiges Kommunizieren, das Einbinden so vieler Interessen und Gruppen wie möglich, der Versuch der Integration selbst unterschiedlicher Meinungen im Verlaufe des Entscheidungsfindungsprozesses ist ein Schlüssel zum Erfolg.

Ein weiterer Schlüssel liegt darin, die getroffenen Entscheidungen so zu vermitteln – also zu kommunizieren –, dass sie als verständlich, transparent und notwendig vom Wähler nachvollzogen werden können. Gerade an dieser Form der Kommunikation mangelte es der rot-grünen Bundesregierung, in ihren letzten Jahren eindeutig.

Kommunikative Kompetenz ist auch die Voraussetzung für weitere Aufgaben, die die politische Führung wahrzunehmen hat. Eine längerfristige politische Strategie muss auf der Basis der jeweiligen Grundwerte definiert und beschrieben werden. Für jedermann und jede Frau muss ein roter Faden, eine Leitlinie politischen Handelns erkennbar sein. Eingepasst in die Strategie geht es um die Bestimmung einzelner Schwerpunkte, die die Meilensteine bilden. Dazu wiederum bedarf es der Sammlung und Aufbereitung entsprechender Informationen. Schließlich müssen die verschiedenen Politikfelder von Personen repräsentiert werden, die ihrerseits die Kommunikation in ihrem jeweiligen Bereich übernehmen.

Trotz der zutreffenden Beobachtung von Peter Glotz (2001, S. 169), dass es zur Aufbrechung der verkapselten Binnenkommunikation in den Parteien Populisten an der Spitze bedürfe, „*die mit autoritären Kraftakten die demokratische*

5. Beispiel Organisation: Modernisierung des Führungsstils

Meinungsbildung ihrer Partei konterkarieren“, ist dieses Modell der alleinigen Kommunikation von oben nach unten allenfalls temporär erfolgreich. Den alleinigen Macher, quasi den politischen deus ex machina, wird es angesichts der immer komplexer werdenden Realitäten immer seltener geben, auch wenn der Wunsch nach einem starken Mann oder einer starken Frau in der deutschen Bevölkerung weiterhin virulent bleiben wird. Das modernere und zukunftsfähigere Angebot politischer Führung aber wird Wert auf Teamarbeit, auf Moderation und Kommunikation legen (müssen). Gefragt werden wird ein Führungstyp jenseits der alten Begrifflichkeiten Max Webers aus dem Beginn des vergangenen Jahrhunderts. Denn während Weber Macht als Gegenmacht sieht, die anderen den eigenen Willen aufzwingt, wird die – moderne – Gegenposition von Hannah Arendt vertreten; nämlich dass Macht dort ist, wo Menschen sich zusammenschließen, um gemeinsam zu handeln.

Politische Führung mit längerfristiger Perspektive erfordert also die Bewältigung der schwierigen Aufgabe, eine realitätsnahe Parteikommunikation zu organisieren, die Partei rechtzeitig auf erforderliche Anpassungsleistungen in der Regierung vorzubereiten und sie auch bei weniger populären Entscheidungen *mitzunehmen*. Nur durch die Beteiligung der Partei kann ein Auseinanderklaffen oder gar ein Bruch zwischen (von *Basis* und *Führung* am Ende gemeinsam zu verantwortender) Regierungspraxis und Parteikultur vermieden und damit die Handlungsfähigkeit nachhaltig gesichert werden. Um es am Beispiel der SPD zu sagen: die eher kommunikativ angelegte Führung von Engholm hat den paradigmatischen Wechsel der Haltung der SPD in der Asylpolitik innerparteilich durchgekämpft (das war *leadership*) und die Partei nicht demotiviert; der autoritären Führung Schröders ist es demgegenüber nie gelungen, die ohne ernsthafte Parteidiskussion dekretierte Agenda 2010 in der Partei zu verankern – dafür wurde aber eine Austrittswelle losgetreten und eine breite Demotivation der SPD erreicht.

Kern auch politischer Führung ist und wird auch zukünftig das sein, was in der gegenwärtigen Diskussion unter der Überschrift „*transformational leadership*“ zusammengefasst wird. Dabei geht es über den partizipativen, den kooperativen, den autoritären oder den situativen Führungsstil hinaus vor allem auch um eine erkennbare Vision der gemeinsamen Zukunft, um die Förderung der Mitarbeiter, um leistungsbezogene und intellektuelle Anregungen und last but not least um emotionale Einbindung. Gerade auf letzteres kann politische Führung nicht verzichten.

V. Ausblick

1. Wohin treibt unser Parteiensystem?

Auffällig ist die Ausdifferenzierung des bundesdeutschen Parteiensystems. Nachdem sich ein Drei-Fraktionen-Bundestag etabliert hatte, der bis Anfang der 80er Jahre stabil blieb, sind zur Zeit fünf Fraktionen im Parlament vertreten. Das führt fast zwangsläufig zur gar nicht mehr so großen Großen Koalition.

(Festzuhalten bleibt aber auch, dass es eine „Mehrheit links der Mitte“, wie sie schon Willy Brandt prognostizierte, gibt.)

Zu einer vollständigen Ausdifferenzierung fehlt nur noch eine originär rechte Partei. In Sachsen lässt sich bereits ein entsprechend zusammengesetztes Landesparlament besichtigen.

Für Deutschland gilt, dass sich zwar zwei annähernd gleich große Blöcke gegenüberstehen, eine breite Mitte aber scharfe Polarisierungen verhindert. Daher ja auch Große Koalition und nicht Rot-Rot-Grün.

In anderen Ländern gibt es große rechtspopulistische Parteiformationen. In Deutschland waren deren Erfolge nur punktuell und überwiegend einmalig, so der 20%-Erfolg der Schill-Partei in Hamburg. Italien allerdings hat nach der Implosion seines alten klassischen Parteiensystems vorgeführt, wie ein Rechtspopulist – Silvio Berlusconi – im Verein mit der neofaschistischen *Allianza Nazionale* und der separatistischen *Lega Nord* eine Mehrheit erringen kann.

Nun gibt es absehbar in Deutschland keinen Berlusconi. Doch die Abwahl ebensolchen Mannes 2006 hat gezeigt, welches Bündnis dafür nötig und eben auch möglich war. Es reichte, auf deutsche Verhältnisse übertragen, von Stoiber über Merkel, Beck, Westerwelle, Fischer bis hin zu Gysi, Lafontaine, ja bis hin zu Sarah Wagenknecht.

Mit anderen Worten: ein solches Bündnis ist machbar. Oder anders herum: alle diese von den genannten Personen repräsentierten Parteien sind letztlich auch mit einander koalitionsfähig. Der koalitionspolitische Stellenwert der SPD allerdings sank dadurch drastisch ab.

2. Was ist zu tun?

Im Zentrum des Nachdenkens darüber, wie sich die Situation der Regierungspartei SPD verbessern lassen kann, müssen die offene Diskussion politischer Ziele und die Neu-Motivation des eigenen Potenzials stehen.

2. Was ist zu tun?

Man muss nicht *geborener Sozi* sein, um die Existenz und Handlungsfähigkeit der SPD für einen Wert an sich zu halten; die Partei wird in der Zukunft auch dort, wo sie nicht regiert, zumindest als ernsthafte Opposition mit der Option auf eine erneute Regierungsübernahme, dringend gebraucht.

Eine Stabilisierung der SPD wird es nur über eine wirkliche Öffnung der innerparteilichen Diskussion geben. Dazu gehört neben der *Aufklärung von oben* eine wirkliche Beteiligung nicht nur der Funktionäre, sondern auch der Mitglieder, deren Demotivation und Demission beendet werden muss. Die SPD sollte sich an die mobilisierende Wirkung der Mitgliederbefragung zur Wahl des Parteivorsitzenden im Jahre 1993 erinnern: Wenn sich die Basis zu wichtigen Dingen wirklich gefragt fühlt, kann eine überraschende Aktivität entstehen. Unser Vorschlag: macht eine *mobilisierende Mitgliederbefragung*. Schickt die Funktionäre mit Fragebögen in die Wohnzimmer oder ruft die Mitglieder in die Versammlungslokale, wertet die Ergebnisse aus und macht sie zum Gegenstand einer breiten Kommunikation in den Ortsvereinen. Nehmt die Meinungsbildung von unten ernst, fragt nach Gründen für den Frust und nach Alternativ-Ideen. Konfrontiert die Regierenden mit den Wünschen der Partei und erklärt, was geht und was nicht. Ein sicherer Nebeneffekt: die journalistische Begleitung der Aktion wird einen unbezahlbaren Werbewert bekommen und möglicherweise ja sogar zu einer Umkehr des negativen Trends bei der Mitgliederentwicklung beitragen.

Nur wenn diese Folgerungen auch gezogen werden besteht die berechtigte Hoffnung, dass die 140 Jahre alte Tante SPD nicht auseinander fällt wie ein marodes Gebäude oder implodiert wie ein defektes Fernsehgerät, sondern dass sie sich bei den weiteren Wahlen zumindest stabilisiert.

VI. Literaturverzeichnis

- Arendt, H. (1970). *Macht und Gewalt*. München.
- Altvater, E. & Mahnkopf, B. (1996). *Grenzen der Globalisierung*. 2. korrigierte Auflage. Münster.
- Barbrook, R. (2001). Cyberkommunismus. In Maresch, R. & Rötzer, F. (Hg.) (2001a). *Cyberhypes. Möglichkeiten und Grenzen des Internet*. Frankfurt am Main.
- Bernsdorf, W. (Hrsg.). (1969). *Wörterbuch der Soziologie*. Stuttgart: Enke.
- Bovenschen, S. (2003). Die Generation der 68er bewacht das Ereignis. Ein kritischer Rückblick. In W. Kraushaar (Hrsg.), *Frankfurter Schule und Studentenbewegung (Band 3, S. 232-238)*. Hamburg.
- Bundesvorstand der Jungsozialisten (1978): *Bundeskongressbeschlüsse der Jungsozialisten in der SPD 1969-1976*. Bonn: Eigendruck.
- Bussiek, H. (1971). *Politische Strategien*. Frankfurt am Main.
- Castells, M. (2001a). *Das Informationszeitalter I: Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft*. Opladen.
- Castells, M. (2001b). Bausteine einer Theorie der Netzwerkgesellschaft. In *Berliner Journal für Soziologie* 11 (4), S. 423-439.
- Castells, M. (2002). *Das Informationszeitalter II: Die Macht der Identität*. Opladen.
- Castells, M. (2003). *Das Informationszeitalter III: Die Jahrtausendwende*. Opladen.
- Castells, M. (2005). *Die Internet-Galaxie*. Wiesbaden.
- Dutschke, R. (1968). Die Widersprüche des Spätkapitalismus, die antiautoritären Studenten und ihr Verhältnis zur Dritten Welt (S.33-93). In U. Bergmann, R. Dutschke, W. Lefevre & B. Rabehl (Hrsg.). *Rebellion der Studenten oder Die neue Opposition*. Reinbek bei Hamburg.
- Eilfort, M. (2003). *Geschlossenheit und gute Figur. Ein Versuch über die Steuerung von Fraktionen*. In *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 3/2003. (S. 565-582).
- Einemann, E. (2006). *Das Internet in Deutschland*. Marburg.
- Fetscher, I. (1967). *Der Marxismus. Seine Geschichte in Dokumenten*. München.
- Fichter, T. & Lönnendonker, S. (1998). *Macht und Ohnmacht der Studenten. Kleine Geschichte des SDS*. Berlin.
- Friedrich-Ebert-Stiftung. (Hg.). (2004). *Die neue SPD*. Bonn.

VI. Literaturverzeichnis

- Gansel, N. (Hrsg.). (1971). *Überwindet den Kapitalismus oder Was wollen die Jungsozialisten?* Reinbek bei Hamburg.
- Glotz, P. (2001). *Die beschleunigte Gesellschaft*. Reinbek bei Hamburg.
- Gorz, A. (1967). *Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus*. Frankfurt am Main.
- Gorz, A. (1968). *Der schwierige Sozialismus*. Frankfurt am Main.
- Grünwald, J. (1998). Was wir wollten und was draus wurde (S. 379-390). In O. Dinné, J. Grünwald & P. Kuckuk (Hrsg.). *anno dunnemals: 68 in Bremen*. Bremen.
- Helms, L. (2000). *Politische Führung als politikwissenschaftliches Problem*. In Politische Vierteljahresschrift 3/2000. (S. 411-434).
- Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED (1971). *Der Imperialismus der BRD*. Frankfurt am Main.
- Kaina, V. (2001) *Zumutungen der Macht: Möglichkeiten und Grenzen politischer Führung*. In Zeitschrift für Parlamentsfragen 4/2001. (S. 794-811).
- Kern, H. & Schumann, M. (1970). *Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein*. Frankfurt am Main.
- Kirsch, G. & Mackscheidt, K. (1985). *Staatsmann – Demagoge – Amtsinhaber* Göttingen.
- Korte, K.-R. & Fröhlich, M. (2004). *Politik und Regieren in Deutschland. Strukturen – Prozesse – Entscheidungen*. Paderborn.
- Kraushaar, W. (2001 a). *Fischer in Frankfurt*. Hamburg.
- Kraushaar, W. (2001 b). Denkmodelle der 68er-Bewegung. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 22-23/2001 (Beilage zu Das Parlament), S. 14-27.
- Lösche, P. (2005). „Politische Führung“ und Parteivorsitzende. Einige systematische Überlegungen. In Forkmann, D. & Schlieben, M. (Hrsg.): *Die Parteivorsitzenden in der Bundesrepublik Deutschland 1949-2005*. Wiesbaden.
- Lombriser, R. & Abplanalp, P. (2004). *Strategisches Management: Visionen entwickeln, Strategien umsetzen, Erfolgspotenziale aufbauen*. 3. Auflage. Zürich.
- Mager, F. & Spinnarke, U. (1967). *Was wollen die Studenten?* Frankfurt am Main.
- Marx, K. (1968a). *Das Kapital. Erster Band*. Frankfurt am Main.
- Marx, K. (1968b). *Das Kapital. Dritter Band*. Frankfurt am Main.
- Marx, K. (1969). *Das Kapital. Zweiter Band*. Frankfurt am Main.
- Marx, K. & Engels, F. (1972). *Werke. Band 4*. Berlin: Dietz Verlag.
- Michelpers, D. (2002). *Draufhauen, Draufhauen, Nachsetzen! Die Bremer Schülerbewegung, die Straßenbahndemonstrationen und ihre Folgen 1967-70*. Bremen.

VI. Literaturverzeichnis

- Michels, R. (1957). *Zur Soziologie des Parteienwesens in der modernen Demokratie*. Stuttgart.
- Miller, W.F. (1996). *Regionalism, Globalism, and the New Economic Geography*. Paper, Palo Alto.
- Möller, E. (2005). *Die heimliche Medienrevolution*. Hannover.
- Moss Kanter, R. (1996). *Weltklasse*. Übersetzung. Wien. (Originalwerk publiziert 1995)
- Negri, A. & Hardt, M. (2003). *Empire. Die neue Weltordnung*. Frankfurt am Main.
- Oberreuter, H. (1992). Politische Führung in der parlamentarischen Demokratie. In Bracher, K. D. u. a. (Hrsg.). (1992). *Staat und Parteien. Festschrift für Rudolf Morsey zum 65. Geburtstag*. Berlin. (S. 159-174).
- Pelke, S. (2003). Und ein Kind ist Bundeskanzler – Erika Schröder-Vosseler. In dies., *Paderborner Profile 2*. Borchten. (S. 7-41).
- Popitz, H., Bahrtdt, H. P., Jüres, E. A. & Kesting, H. (1967). *Das Gesellschaftsbild des Arbeiters*. Tübingen.
- Raschke, J. (1974). *Innerparteiliche Opposition. Die Linke in der Berliner SPD*. Berlin
- Schelsky, H. (1965). Die Bedeutung des Schichtbegriffs für die Analyse der gegenwärtigen deutschen Gesellschaft. In ders.. *Auf der Suche nach Wirklichkeit. Düsseldorf/Köln (S. 332 f.)*.
- Schiller, D. (2000). *Digital Capitalism*. Cambridge/MA, London.
- Schumacher, E. F. (1977). *Die Rückkehr zum menschlichen Maß*. Reinbek bei Hamburg.
- Schumann, M. (2003). *Metamorphosen von Industriearbeit und Arbeiterbewusstsein*. Hamburg.
- Sennett, R. (2000). *Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus*. München.
- Sennett, R. (2005). *Die Kultur des neuen Kapitalismus*. Berlin.
- Spiegel (2005, 22. August). *Ein Gespenst kehrt zurück*. Heft 34/2005.
- Steingart, G. (2003). *Deutschland – Der Abstieg eines Superstars*. München/Zürich.
- Voigt, K. (1971). Zur Strategie der systemüberwindenden Reformen. In Busiek, H. (1971). *Politische Strategien*. Frankfurt am Main.
- Walter, F. (1998a). *Führung in der Politik*. In Zeitschrift für Politikwissenschaften, Heft 4/1998. (S. 1287-1336).
- Walter, F. (1998b). *Die Bonner Parteien auf dem Weg in die Berliner Republik*. Hamburg
- Weber, M. (1964). *Wirtschaft und Gesellschaft*. Köln/Berlin.
- Weber, M. (1979). *Die protestantische Ethik I*. Gütersloh.

VII. Abkürzungsverzeichnis

AFG	Arbeitsförderungsgesetz	NATO	Nordatlantisches Verteidigungsbündnis
APO	Außerparlamentarische Opposition	NDR	Norddeutscher Rundfunk
ASF	Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen	NOZ	Neue Osnabrücker Zeitung
BAFÖG	Bundesausbildungsförderungsgesetz	NP	Neue Presse
BDA	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände	NRW	Nordrhein-Westfalen
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie	NS	Nationalsozialistisch
BRD	Bundesrepublik Deutschland	OB	Oberbürgermeister
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands	OV	Ortsverein (der SPD)
DDR	Deutsche Demokratische Republik	PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
DKP	Deutsche Kommunistische Partei	RTL	Radio Television Luxemburg
EU	Europäische Union	SDS	Sozialistischer Deutscher Studentenbund
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung	SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
FDP	Freie Demokratische Partei Deutschlands	SHB	Sozialistischer Hochschulbund
FR	Frankfurter Rundschau	SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
GEW	Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft	SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs
HAZ	Hannoversche Allgemeine Zeitung	SZ	Süddeutsche Zeitung
IG	Industriegewerkschaft	UB	Unterbezirk (der SPD)
IGM	Industriegewerkschaft Metall	USA	Vereinigte Staaten von Amerika
IN-Bank	Innovationsbank Niedersachsen	Ver.di	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Jusos	Jungsozialisten in der SPD	ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
MdB	Mitglied des Deutschen Bundestages	ZK	Zentralkomitee
MdEP	Mitglied des Europäischen Parlaments		
MdL	Mitglied des Landtags		
MP	Ministerpräsident		
N 3	Fernsehprogramm Nord 3		
NAFÖG	Niedersächsisches Ausbildungsförderungsgesetz		

VIII Kurzbiographien

Ernst Albrecht

29.6.1930, Diplom-Volkswirt, Dr. rer. pol., EG-Beamter, Generaldirektor Wettbewerb, Finanzdirektor Bahlsen KG 1971-1976, MdL Niedersachsen 1970-1990, Ministerpräsident 1976-1990.

Gerd Andres

8.4.1951, Maschinenschlosser, Gewerkschaftssekretär, Stellv. Juso-Vorsitzender 1976-1977, MdB 1987-, Parl. Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium 1998-2002 und 2005-, Parl. Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium 2002-2005.

Hans Apel

25.2.1932, Diplom-Volkswirt, Dr. rer. pol., MdB 1965-1990, Parl. Staatssekretär im Bundesaußenministerium 1972-1974, Bundesfinanzminister 1974-1978, Bundesverteidigungsminister 1978-1982, Mitglied des SPD-Vorstandes 1970-1988, Präsidium 1984-1986.

Ingo Appelt

20.4.1967, Kabarettist.

Egon Bahr

18.3.1922
Journalist, Leiter des Planungsstabes im Bundesaußenministerium 1967-1969, Staatssekretär im Bundeskanzleramt 1969-1972, MdB 1972-1990, Bundesminister für besondere Aufgaben 1972-1974, Bundesentwicklungsminister

1974-1976, Mitglied des SPD-Vorstandes 1977-1991, Präsidium 1977-1991, SPD-Bundesgeschäftsführer 1976-1981.

Günter Bannas

8.5.1952, Diplom-Volkswirt, Journalist, FAZ.

Uwe Bartels

17.5.1946, Lehrer, MdL Niedersachsen 1978-1990 und 2002-2005, Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium 1990-1998, Landwirtschaftsminister 1998-2003, Bürgermeister von Vechta seit 2005.

Hans-Peter Bartels

7.5.1961, Geisteswissenschaftler, Dr. phil., Verwaltungsangestellter, MdB 1998-.

Heiner Bartling

4.9.1946, Studienrat, MdL Niedersachsen 1986-, Parl. Geschäftsführer SPD-Landtagsfraktion 1994-1998 und 2003-, Innenminister 1998-2003.

Kurt Beck

5.2.1949, Elektromechaniker, 2. Bildungsweg, Bürgermeister von Steinfeld 1989-1994, MdL Rheinland-Pfalz 1979-, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion 1991-1994, Ministerpräsident 1994-, SPD-Landesvorsitzender seit 1993, Stellv. SPD-Vorsitzender 2003-2006, SPD-Vorsitzender seit 2006.

Volker Benke

22.1.1940, Diplom-Politologe, Journalist, Stellv. Regierungssprecher der Landesregierung Niedersachsen unter den Ministerpräsidenten Gerhard Glogowski, Sigmar Gabriel und Christian Wulff 1998-2005.

Klaus-Uwe Benneter

1.3.1947, Jurist, Rechtsanwalt, MdA in Berlin 1999–2002, MdB 2002–, Juso-Vorsitzender 1977, Stellv. SPD-Vorsitzender in Berlin 1996–2000, Generalsekretär der SPD 2004–2005.

Silvio Berlusconi

29.9.1936, Jurist, Unternehmer, Vorsitzender der Partei Forza Italia 1994-, Ministerpräsident von Italien 1994 und 2001-2006.

Tony Blair

6.5.1953, Jurist, Rechtsanwalt, Mitglied des britischen Unterhauses 1983-, Vorsitzender der Labour-Partei seit 1994, Premierminister von Großbritannien 1997-.

Edzard Blanke

26.5. 1935, Jurist, Dr. jur., Rechtsanwalt, MdL Niedersachsen 1970-1994, Stellv. Vorsitzender CDU-Landtagsfraktion 1976-1985, Landtagspräsident 1985- 1990.

Karlheinz Blessing

12.5.1957, Diplom-Volkswirt, Dr. rer. soc., Gewerkschaftssekretär (IG Metal), SPD-Bundesgeschäftsführer 1991-1993, Arbeitsdirektor DHS AG 1993-.

Holger Börner

7.2.1931-2.8.2006, Betonfacharbeiter, Juso-Vorsitzender 1961-1964, MdB 1957-1976, Parl. Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium 1967-1972, SPD- Bundesgeschäftsführer 1972-1976, Ministerpräsident in Hessen 1976-1987, MdL Hessen 1978-1987, Bezirksvorsitzender Hessen-Nord 1975-1977, SPD-Landesvorsitzender 1977-1987, Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung 1987-2003.

Helmuth Bosse

9.1.1929 14.8.1995, Kaufmann, MdL Niedersachsen 1967-1990, Vizepräsident 1978-1990.

Willy Brandt

18.12.1913-8.10.1992, Journalist, MdB 1949-1957, 1961 und 1969-1992-, Regierender Bürgermeister von Berlin 1957-1966, Bundesaußenminister 1966-1969, Bundeskanzler 1969-1974, SPD-Vorsitzender 1964-1987, Präsident der Sozialistischen Internationale 1976-1992.

Wolfram Bremeier

15.12.1939, Diplom-Volkswirt, Kämmerer in Hann. Münden, Wirtschaftsdezernent und Kämmerer in Kassel, Oberbürgermeister 1991-1993.

Birgit Breuel

7.9.1937, Studium Politikwissenschaft, Kauffrau, MdBü in Hamburg 1970-1978, MdL Niedersachsen 1986-1990, Wirtschaftsministerin 1978-1986, Finanzministerin 1986-1990, Präsidentin der Treuhandanstalt 1991-1994.

VIII Kurzbiographien

Johann Bruns

25.4.1932, Vermessungstechniker, Braunschweig-Kolleg, Jugendsekretär, Dozent, MdL Niedersachsen 1970-1994, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion 1990-1994, SPD-Landesvorsitzender 1984-1994.

Christina Bührmann

13.12.1945, Kauffrau, 2. Bildungsweg, Sozialwissenschaftlerin, MdL Niedersachsen 1990-, Frauenministerin 1994-1998.

Hans Martin Bury

5.4.1966, Diplom-Betriebswirt, MdB 1990-2005, Staatsminister im Bundeskanzleramt 1999-2002, Staatsminister im Bundesaußenministerium 2002-2005.

Wolfgang Clement

7.7.1940, Jurist, Journalist, MdL Nordrhein-Westfalen 1995-2002, Minister für besondere Aufgaben 1990-1995, Wirtschaftsminister 1995-1998, Ministerpräsident 1998-2002, Bundeswirtschaftsminister 2002-2005, Sprecher des SPD-Vorstandes 1981-1985, Stellv. SPD-Vorsitzender 1999-2005.

Bill (William J.) Clinton

19.8.1946, Jurist, Gouverneur von Arkansas 1979-1981 und 1983-1992, 42. Präsident der USA 1993-2001.

Manfred Coppik

1.11.1943, Jurist, Rechtsanwalt, MdB 1972-1983, Mitglied des PDS-Vorstandes 1991.

Peter Corterier

19.6.1936, Jurist, Dr. jur., Rechtsanwalt, MdB 1969-1983 und 1984-1987, Staatsminister im Auswärtigen Amt 1981-1982, MdEP 1973-1977, Generalsekretär der Nordatlantischen Versammlung 1987-1996.

Rudolf Dreßler

17.11.1940, Schriftsetzer, MdB 1980-2000, Parl. Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium 1982, Botschafter in Israel 2000-2005, Mitglied des SPD-Vorstandes 1984-2000, Präsidium 1991-2000.

Hans Eichel

24.12.1941, Lehrer, Oberbürgermeister von Kassel 1975-1991, Ministerpräsident von Hessen 1991-1999, Bundesminister der Finanzen 1999-, MdB 2002-, Mitglied des SPD-Vorstandes 1991-, Präsidium 1999-.

Björn Engholm

9.11.1939, Schriftsetzer, Politologe, MdB 1969-1983, Bundesbildungsminister 1981-1982, Ministerpräsident von Schleswig-Holstein 1988-1993, Mitglied des SPD-Vorstandes 1984-1993, Präsidium 1986-1993, SPD-Vorsitzender 1991-1993.

Ludwig Erhard

4.2.1897-5.5.1977, Wirtschaftswissenschaftler, MdB 1949-1977, Bundeswirtschaftsminister 1949-1963, Bundeskanzler 1963-1966, CDU-Vorsitzender 1966-1967.

Fritz Erler

14.7.1913-22.2.1967

Verwaltungsbeamter, Inhaftierung im NS, MdL Württemberg-Hohenzollern, MdB 1949-1967, SPD-Fraktionsvorsitzender 1964-1967, Mitglied des SPD-Vorstandes 1954-1967, Präsidium 1958-1967, Stellv. SPD-Vorsitzender 1964-1967.

Friedhelm Farthmann

25.11.1930, Jurist, Prof. Dr. jur., MdB 1971-1975, Mitglied des SPD-Vorstandes 1986-1993, MdL Nordrhein-Westfalen 1975-1995 und 1995-1999, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales 1975-1985, Fraktionsvorsitzender 1985-1995.

Joschka (Joseph) Fischer

12.4.1948, Minister für Umwelt und Energie in Hessen 1985-1987, MdL Hessen 1991-1994, Minister für Umwelt, Energie und Bundesangelegenheiten 1991-1994, Stellv. Ministerpräsident 1991-1994, MdB 1983-1985 und 1994-2005, Grünen-Fraktionsvorsitzender 1994-1998, Bundesaußenminister 1998-2005, Vizekanzler 1998-2005.

Egon Franke

11.4.1913-26.4.1995, Tischler, Inhaftierung im NS, MdL Niedersachsen, MdB 1951-1987, Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen 1969-1982, Bezirksvorsitzender Hannover 1950-1970, SPD-Vorsitzender in Niedersachsen 1950-1970, Mitglied des SPD-Vorstandes 1946-1952 und 1958-1973, Präsidium 1962-1973.

Bruno Friedrich

31.5.1927-20.6.1987, Lehrer, Journalist, MdB 1972-1980, Stellv. SPD-Fraktionsvorsitzender 1976-1979, MdEP 1979-1987, Vizepräsident des EP 1979-1984, Mitglied des SPD-Vorstandes 1973-1985.

Anke Fuchs

5.7.1937, Juristin, Gewerkschaftssekretärin, Staatssekretärin 1977-1980, Parl. Staatssekretärin im Bundesarbeitsministerium 1980-1982, Bundesfamilienministerin 1982, MdB 1980-2002, Vizepräsidentin des Bundestages 1998-2002, Mitglied des SPD-Vorstandes 1979-2001, SPD-Bundesgeschäftsführerin 1987-1991.

Sigmar Gabriel

2.9.1959, Lehrer, Dozent in der Erwachsenenbildung, MdL Niedersachsen 1990-2005, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion 1998-1999 und 2003-2005, Ministerpräsident 1999-2003, Bundesumweltminister seit 2005.

Jürgen Gansäuer

19.4.1944, Buchdrucker, selbstständiger Kaufmann, MdL Niedersachsen seit 1974, CDU-Fraktionsvorsitzender 1988-1994, Landtagspräsident seit 2003.

Norbert Gansel

5.8.1940, Jurist, MdB 1972-1997, Oberbürgermeister von Kiel 1997-2003, Stellv. Juso-Vorsitzender 1969-1970, Mitglied des SPD-Vorstandes 1991-1995.

Heiko Gebhard

Journalist bei verschiedenen deutschen Zeitungen.

VIII Kurzbiographien

Heiner Geißler

3.3.1930, Jurist, Dr. jur., Richter, Regierungsrat, MdB 1965-1967 und 1980-2002, Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit 1982-1985, MdL Rheinland-Pfalz 1971-1979, Sozialminister 1967-1971, Minister für Soziales, Gesundheit und Sport 1971-1977, Generalsekretär der CDU 1977-1989,

Gerhard Glogowski

11.2.1943, Werkzeugmacher, 2. Bildungsweg, Diplom-Volkswirt, MdL Niedersachsen 1978-2003, Innenminister 1990-1998, Ministerpräsident 1998-1999.

Peter Glotz

6.3.1939-25.8.2005, Kommunikationswissenschaftler, Dr. phil., Hochschullehrer, MdL Bayern 1970-1972, MdB 1972-1977 und 1983-1996, Parl. Staatssekretär im Bundesbildungsministerium 1974-1977, Wissenschaftssenator von Berlin 1977-1981, Gründungsrektor der Universität Erfurt 1996-1999, SPD-Bundesgeschäftsführer 1981-1987, Mitglied des SPD-Vorstandes 1982-1988, Präsidium 1982-1987.

Günter Grass

16.10.1927, Schriftsteller, Grafiker, Mitglied der Gruppe 47, Literaturnobelpreis 1999, Initiator verschiedener SPD-Wählerinitiativen.

Gregor Gysi

16.1.1948, Diplom-Jurist, Dr. jur., Rechtsanwalt, MdB 1990-2002 und 2005-, Vorsitzender der Fraktion *Die Linke* 1990-2000 und 2005-, MdA in Berlin 2001-2002, Bürgermeister und Senator für Wirt-

schaft, Arbeit und Frauen, 2002Vorsitzender der PDS 1989-1993.

Norbert Hansen

2.7.1952, Bundesbahnassistent, Mitglied des GdED-Vorstandes 1992-, Stellv. GdED-Vorsitzender 1996-1999, Transnet(GdED)-Vorsitzender 1999.

Karl-Heinz Hansen

17.5.1927, Studiendirektor, Journalist, MdB 1969-1983.

Wilfried Hasselmann

23.7.1924-9.1.2003, Landwirtschaftslehre, Landwirt, MdL Niedersachsen 1963-1994, Vorsitzender der CDU- Landtagsfraktion 1970-1976, CDU- Landesvorsitzender 1968-1990, Landwirtschaftsminister 1965-1970, Minister für Bundesangelegenheiten 1976-1986, Innenminister 1986-1988.

Nina Hauer

30.5.1968, Lehrerin, MdB 1998-, Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion 2002-2004.

Heiner Herbst

26.11.1931, Jurist, Rechtsanwalt, MdL Niedersachsen 1978-1991, Präsident des Landesrechnungshofes 1992-1999.

Andrea Hoops

19.10.1961, Diplom-Pädagogin, MdL Niedersachsen 1990-1998, Vorsitzende der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Horst Hormann

3.5.1941, Lehrer, MdL Niedersachsen, 1974-1982 und 1983-1994, Stellv. Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion 1990-1994, Kultusminister 1988-1990.

Renate Jürgens-Pieper

5.4.1951, Lehrerin, Staatssekretärin im Kultusministerium Niedersachsen 1990-1998, Kultusministerin 1998-2003, Mitglied Bündnis 90/Die Grünen, seit 1994 SPD.

Wolfgang Jüttner

21.3.1948, Politologe, Dozent, MdL Niedersachsen seit 1986, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion seit 2005, Bezirksvorsitzender Hannover seit 1993, Landesvorsitzender 2003-2006, Umweltminister 1998-2003.

Eva Kaiser

3.6.1928, Kauffrau, Geschäftsführerin Verwaltungsstelle Delmenhorst der IG Textil-Bekleidung, Bundesfrauensekretärin der IG Chemie-Papier-Keramik, Mitglied des Hauptvorstandes 1982-1987.

Margot Käßmann

3.6.1958, Ev. Theologin, Dr. theol., Pfarrerin, Mitglied im Zentralausschuss des Ökumenischen Rats der Kirchen (ÖRK) 1983-2002, Landesbischöfin von Hannover 1999-.

Helmut Kasimier

17.10.1926, Kaufmann, Parteisekretär, MdL Niedersachsen 1963-1986, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion 1967-1974, Finanzminister 1974-1976.

Konrad Keller

25.4.1944, Jurist, Ministerialbeamter, Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium Sachsen-Anhalt 1994-1998, Landwirtschaftsminister 1998-2002.

John F. Kennedy

29.5.1917-22.11.1963, Politikwissenschaftler, Mitglied des Repräsentantenhauses 1947-1953, Senator des Staates Massachusetts 1953-1961, 35. Präsident der USA 1961-1963.

Paul Kirchhoff

21.02.1943, Jurist, Dr. jur., Hochschullehrer, Richter am BVerfG a.D., Merkel-Team 2005.

Waldemar von Knoeringen

6.10.1906-2.7.1971, Lehrer, Journalist, Exil 1933-1946, MdL Bayern 1946-1970, MdB 1949-1951, SPD-Vorsitzender in Bayern 1947-1963, Mitglied des SPD-Vorstandes 1948-1968, Stellv. SPD-Vorsitzender 1958-1962.

Susanne Knorre

3.6.1961, Diplom-Politologin, Dr. rer. pol., Wirtschaftsmanagerin, Wirtschaftsministerin in Niedersachsen 2000-2003.

Jürgen Koerth

1.9.1948, Journalist, politischer Referent, Regierungssprecher und Staatssekretär der Landesregierung Niedersachsen unter Ministerpräsident Gerhard Glogowski 1998-1999.

VIII Kurzbiographien

Helmut Kohl

3.4.1930, Historiker, Dr. phil., Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz 1969–1976, MdB 1976–2002, CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender 1976–1982, Bundeskanzler 1982–1998, CDU-Vorsitzender 1973–1998.

Hans Koschnick

2.4.1929, Verwaltungsbeamter, Gewerkschaftssekretär, Bürgermeister von Bremen 1967–1985, MdB 1987–1994, Europäischer Administrator der Stadt Mostar in Bosnien-Herzegowina 1994–1996, Stellv. SPD-Vorsitzender 1975–1979, Mitglied des SPD-Vorstandes 1970–1991, Präsidium 1975–1979.

Nicolette Kressl

29.10.1958, Berufsschullehrerin, MdB 1994–, Stellv. SPD-Fraktionsvorsitzende 2002–.

Alfred Kubel

25.5.1909–21.5.1999, Kaufmann, MdL Niedersachsen 1946–1975, Minister in verschiedenen Ministerien (Wirtschaft, Finanzen, Landwirtschaft) 1946–1955 und 1957–1970, Ministerpräsident 1970–1976.

Oskar Lafontaine

16.9.1943, Physiker, Oberbürgermeister von Saarbrücken 1976–1985, Ministerpräsident im Saarland 1985–1998, MdB 1994, 1998–1999 und 2005–, Bundesfinanzminister 1998–1999, SPD-Kanzlerkandidat 1990, Mitglied des SPD-Vorstandes 1979–1999, Präsidium 1987–1999, SPD-Vorsitzender 1995–1999, Fraktionsvorsitzender *Die Linke* 2005–.

Günter Lenz

26.7.1959, Werkzeugmacher, Betriebswirt, Betriebsratsvorsitzender VW, MdL Niedersachsen 2003–.

Udo Lindenberg

17.5.1946, Rockmusiker, Filmemacher, Maler, Engagements in Friedensbewegung und Umweltschutz.

Matthias Machnig

15.4.1960, Soziologe, Fraktions- und Ministeriumsmitarbeiter, Wahlkampforganisator BT-Wahl 1998 und 2002, Staatssekretär 1998–1999, SPD-Bundesgeschäftsführer 1999–2002, Unternehmensberater, Staatssekretär im Bundesumweltministerium 2005.

Caren Marks

25.9.1963, Diplom-Geographin, MdB 2002–.

Carsten Maschmeyer

1959, Unternehmer, Gründer des Finanzvertriebs AWD, Vorstandsvorsitzender der AWD Gruppe.

Christoph Matschie

15.7.1961, Mechaniker, Diplom-Theologe, MdB 1990–2004, Präsidium 2005–, SPD-Landesvorsitzender in Thüringen 1999–, MdL Thüringen 2004–, SPD-Fraktionsvorsitzender 2004–.

Klaus Matthiesen

15.2.1941–9.12.1998, Sozialpädagoge, Wirtschaftsmanager, MdL Schleswig-Holstein 1971–1983, SPD-Fraktionsvorsitzender 1973–1983, MdL Nord-

rhein-Westfalen 1983-1998, Minister für Landwirtschaft 1983-1995, Minister für Umweltschutz und Raumordnung 1985-1995, SPD-Fraktionsvorsitzender 1995-1998.

Walter Meinhold

16.6.1945, Kaufmann, 2. Bildungsweg, Lehrer, Rektor, MdL Niedersachsen 1998-, SPD-Vorsitzender in Hannover.

Angela Merkel

17.7.1954, Diplom-Physikerin, Dr. rer. nat., MdB 1990-, Bundesministerin für Frauen und Jugend 1991-1994, Bundesumweltministerin 1994-1998, CDU-Fraktionsvorsitzende 2002-2005, Bundeskanzlerin 2005-, CDU-Landesvorsitzende in Mecklenburg-Vorpommern 1993-2000, CDU-Generalsekretärin 1998-2000, CDU-Vorsitzende 2000-.

Thomas Meyer

22.10.1943, Politologe, Dr. phil., Hochschullehrer, Wissenschaftlicher Leiter der FES-Akademie für politische Bildung.

Thomas Mirow

6.1.1953, Politologe, Dr. phil., Büroleiter Willy Brandts, Staatsrat in Hamburg, Senator für Stadtentwicklung 1993-1997, Wirtschaftssenator 1997-2001, Staatssekretär im Bundesfinanzministerium 2005.

Dieter Möhrmann

6.3.1948, Industriekaufmann, 2. Bildungsweg, Diplom-Betriebswirt, MdL Niedersachsen 1982-1986 und 1989-, SPD-Bezirksvorsitzender Nord-Niedersachsen.

Albrecht Müller

16.5.1938, Diplom-Volkswirt, Journalist, MdB 1987-1994, Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit des SPD-Vorstandes 1970-1972, Leiter der Planungsabteilung im Bundeskanzleramt 1973-1982.

Michael Müller

10.7.1948, Stahlbetonbauer, 2. Bildungsweg, Diplom-Betriebswirt, Stellv. Juso-Vorsitzender 1972-1978, MdB 1983-, Parl. Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Werner Müller

1.6.1946, Diplom-Volkswirt, Dr. phil., Hochschullehrer, Wirtschaftsmanager, Bundeswirtschaftsminister 1998-2002, Vorstandsvorsitzender RAG 2003-

Franz Müntefering

16.1.1940, Industriekaufmann, MdB 1975-1992 und 1998-, Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen, Städtebau und Verkehr 1998-1999, SPD-Fraktionsvorsitzender 2002-2005, Bundesminister für Arbeit und Soziales 2005-, Vizekanzler 2005-, Minister für Gesundheit, Arbeit und Soziales in Nordrhein-Westfalen 1992-1995, MdL Nordrhein-Westfalen 1996-1998, SPD-Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen 1998-2001, SPD-Bundesgeschäftsführer 1995-1998, SPD-Generalsekretär 1999-2002, SPD-Vorsitzender 2004-2005.

Michael Naumann

8.12.1941, Philologe, Dr. phil., Verleger, Staatsminister für Kulturfragen im Bun-

VIII Kurzbiographien

deskazleramt 1998-2001, Herausgeber der Zeit.

Richard Nixon

9.1.1913-22.4.1994, Jurist, Vizepräsident der USA 1953-1961, 37.Präsident der USA 1969-1974.

Peter von Oertzen

2.9.1924, Politikwissenschaftler, Hochschullehrer, MdL Niedersachsen 1955–1959 und 1967–1982, Kultusminister 1970–1974, SPD-Vorsitzender in Niedersachsen 1970–1978, Bezirksvorsitzender Hannover 1970-1984, Mitglied des SPD-Vorstandes 1973–1993.

Helga Oetting

SPD-Mitglied in Göttingen in den 1960-er und 1970-er Jahren.

Erich Ollenhauer

27.3.1901-14.12.1963, Kaufmann, Journalist, Exil 1933–1946, MdB 1949–1963, SPD-Fraktionsvorsitzender 1952–1963, Stellv. SPD-Vorsitzender 1946–1952, SPD-Vorsitzender 1952–1963.

Thomas Oppermann

27.4.1954, Jurist, Verwaltungsrichter, MdL Niedersachsen 1990-2005, Wissenschaftsminister 1998-2003, MdB seit 2005.

Heide Pfarr

12.10.1944, Juristin, Dr. jur., Hochschullehrerin, Senatorin für Bundesangelegenheiten in Berlin 1989-1990, Ministerin für Frauen, Arbeit und Sozialordnung in Hessen 1991-1993, Direktorin des Wirt-

schafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung.

Christian Pfeiffer

20.2.1944, Jurist, Dr. jur., Hochschullehrer, Justizminister in Niedersachsen 2000-2003.

Axel Plaue

20.10.1950, Bauzeichner, Bauingenieur, MdL Niedersachsen seit 1986, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion 1999-2003.

Jobst Plog

26.2.1941, Jurist, Rechtsanwalt, Stellv. Intendant des NDR 1980-1990, Intendant des NDR 1990-, Präsident von ARTE 1999-1002

Wladimir Putin

7.10.1952, Jurist, Vize-Oberbürgermeister von Sankt Petersburg 1994-1996, Direktor des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB 1998-1999, Ministerpräsident von Russland 1999, Präsident von Russland 2000-.

Johannes Rau

16.1.1931-27.1.2006, Buchhändler, Journalist, Oberbürgermeister von Wuppertal 1969-1970, MdL Nordrhein-Westfalen 1958-1999, Wissenschaftsminister 1970-1878, Ministerpräsident 1978-1998, SPD-Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten 1994, Bundespräsident 1999-2004, SPD-Kanzlerkandidat 1986/87, Mitglied des SPD-Vorstandes 1968-1999, Präsidium 1979-1999, Stellv. SPD- Vorsitzender 1982-1999.

Karl Ravens

29.6.1927, Flugzeugbauer, Kfz-Handwerker, MdB 1961-1978, MdL Niedersachsen 1978-1990, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion 1978-1986, Parl. Staatssekretär 1969-1974, Bundesminister für Städtebau 1974-1978.

Walter Remmers

17.10.1933, Jurist, MdL Niedersachsen 1970-1990, Justizminister 1982-1990, Justizminister in 1990-1994.

Werner Remmers

3.12.1930, Diplom-Volkswirt, Dr. rer. pol., Direktor in der Erwachsenenbildung, MdL Niedersachsen 1967-1994, Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion 1982-1986, Kultusminister 1976-1982, Umweltminister 1986-1990.

Walter Riester

27.9.1943
Fliesenleger, Gewerkschaftssekretär, 2. Bundesvorsitzender IG Metal 1993-1998, Bundesminister für Arbeit 1998-2002, MdB 2002-, Mitglied des SPD-Vorstandes 1998-.

Wolfgang Roth

26.1.1941, Diplom-Volkswirt, MdB 1976-1993, Vizepräsident der Europäischen Investitionsbank in Luxemburg 1993-2006, Juso-Vorsitzender 1972-1975, Mitglied des SPD-Vorstandes 1973-1979 und 1982-1991.

Rudolf Scharping

2.12.1947, Politologe, Stellv. Juso-Vorsitzender 1974-1976, MdL Rhein-

land-Pfalz 1975-1994, SPD-Fraktionsvorsitzender 1985-1991, Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz 1991-1994, MdB 1994-2005, SPD-Fraktionsvorsitzender 1994-1998, Bundesverteidigungsminister 1998-2002, SPD-Landesvorsitzender von Rheinland-Pfalz 1985-1993, SPD-Vorsitzender 1993-1995 Stellv. SPD-Vorsitzender 1995-2003.

Karl Schiller

24.4.1911-26.12.1994

Diplom-Volkswirt, Dr. rer. pol., Hochschullehrer, Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft 1946-1972, Senator für Wirtschaft und Verkehr 1948-1953, Senator für Wirtschaft in Berlin 1961-1965, MdB 1965-1972, Bundeswirtschaftsminister 1966-1972, Bundesfinanzminister 1971-1972.

Herbert Schmalstieg

8.6.1943

Sparkassenkaufmann, MdL Niedersachsen 1986-1994, Oberbürgermeister von Hannover 1972-2006.

Carlo Schmid

3.12.1896-11.12.1979

Jurist, Hochschullehrer, Justizminister von Württemberg-Hohenzollern 1947-1950, Mitglied des Parlamentarischen Rates 1948-1949, MdB 1949-1972, Bundestagsvizepräsident 1949-1966 und 1969-1972, Bundesratsminister 1966-1969, SPD-Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten 1959, Mitglied des SPD-Vorstandes 1947-1973, Präsidium 1958-1970.

VIII Kurzbiographien

Helmut Schmidt

23.12.1918, Diplom-Volkswirt, Innensenator von Hamburg 1961-1965, MdB 1953-1961 und 1965-1987, Bundesverteidigungsminister 1969-1972, Bundeswirtschaftsminister 1972, Bundesfinanzminister 1972-1974, Bundeskanzler 1974-1982, Mitglied des SPD-Vorstandes 1958-1984, Stellv. SPD-Vorsitzender 1968-1971.

Waltraut Schoppe

27.6.1942, Erzieherin, Lehrerin, MdB 1983-1985, 1987-1990 und 1994-1998, Grünen-Fraktionssprecherin 1984-1985, 1987-1988 und 1990, Frauenministerin in Niedersachsen 1990-1994.

Ottmar Schreiner

21.2.1946, Jurist, MdB 1980-, SPD-Bundesgeschäftsführer 1998-1999, Stellv. SPD-Fraktionsvorsitzender 1997-1998, Stellv. Juso-Vorsitzender 1974-1977, Mitglied des SPD-Parteivorstandes 2001-.

Gerhard Schröder

7.4.1944, Kaufmann, 2.Bildungsweg, Jurist, MdL Niedersachsen 1986-1998, Ministerpräsident von Niedersachsen 1990-1998, MdB 1980-1986 und 1998-2005, Bundeskanzler 1998-2005, Mitglied des SPD-Vorstandes 1986-2005, Präsidium 1989-2005, SPD-Vorsitzender 1999-2004.

Wolfgang Schroeder

10.6.1960, Politologe, Dr. rer. pol., Leiter der Abteilung Tarifpolitik beim Vorstand der IG Metal 2000-2003, Hochschullehrer.

Helga Schuchardt

2.8.1939, Ingenieurin, MdB 1972-1982, Mitglied des FDP-Bundesvorstandes 1970-1982, Stellv. FDP-Landesvorsitzende in Hamburg 1974-1975, FDP-Landesvorsitzende in Hamburg 1975-1980, Austritt aus der FDP 1982, Kultursenatorin von Hamburg 1983-1987, Ministerin für Wissenschaft und Kultur in Niedersachsen 1990-1998.

Kurt Schumacher

13.10.1895-20.8.1952, Jurist, Journalist, MdL Württemberg 1924-1931, MdR 1930-1933, Inhaftierung im NS, MdB 1942-1952, SPD-Fraktionsvorsitzender 1949-1952, SPD-Vorsitzender 1946-1952.

Uwe Schünemann

8.8.1964, Industriekaufmann, Bürgermeister von Holzminden 1996-1999, MdL Niedersachsen 1994-, Innenminister in Niedersachsen 2003-.

Gesine Schwan

22.5.1943, Politologin, Dr. phil., Hochschullehrerin, Präsidentin der Europa-Universität Viadrina 1999-, SPD-Kandidatin für das Amt der Bundespräsidentin 2004.

Heide Simonis

4.7.1943, Diplom-Volkswirtin, MdB 1976-1988, MdL Schleswig-Holstein 1992-2005, Finanzministerin 1988-1993, Ministerpräsidentin 1993-2005, Mitglied des SPD-Parteivorstandes 1988-1991 und 1993-2005.

Rainer Sontowski

15.4.1959, Politologe, Dr. phil., politischer Referent und Referatsleiter, Büroleiter des SPD-Vorsitzenden Gerhard Schröder 1999-2002, Abteilungsleiter im Bundespresseamt 2003-2005, Zentral-Abteilungsleiter im Bundesumweltministerium 2005-.

Klaus Staeck

28.2.1938, Jurist, Grafiker, Verleger, Hochschullehrer, Initiator verschiedener SPD-Wählerinitiativen, Präsident der Akademie der Künste 2006-.

Josef Stock

11.7.1938, Kaufmann, MdL Niedersachsen 1974-1994, Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion 1986-1988, CDU-Landesvorsitzender 1990-1994, Innenminister 1988-1990.

Edmund Stoiber

28.9.1941, Jurist, Dr. jur., Rechtsanwalt, MdL Bayern 1974-, Leiter der bayrischen Staatskanzlei 1982-1986, Innenminister 1988-1993, Ministerpräsident 1993-, MdB 2005, Generalsekretär der CSU 1978-1983, Stellv. CSU-Vorsitzender 1989-1999, CSU-Vorsitzender 1999-.

Jost Stollmann

17.1.1955, Jurist, Wirtschaftsunternehmer, Schröder-Team 1998.

Manfred Stolpe

16.5.1936, Jurist, Konsistorialpräsident der Ostregion der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg, Stellv. Vorsitzender des Bundes der Evangelischen Kirchen in

der DDR 1982-1989, MdL Brandenburg 1990-2002, Ministerpräsident 1990-2002, Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen und Aufbau Ost 2002-2005.

Hans Striefler

23.5.1907-27.4.1998, Klempner, 2. Bildungsweg, Ltd. Bezirksgeschäftsführer und Landesgeschäftsführer, MdL Niedersachsen 1951-1974.

Gitta Tauernicht

30.4.1951, Chemielaborantin, 2. Bildungsweg, Soziologin, Dr. phil., Staatsrätin im Hamburger Senat 1995-2000, MdL Niedersachsen 2003-2004, Ministerin für Frauen, Arbeit und Soziales in Niedersachsen 2000-2003, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz in Schleswig-Holstein 2004-.

Wolfgang Thierse

22.10.1943, Schriftsetzer, Kulturwissenschaftler, Dr. phil., Mitglied der DDR-Volkskammer, MdB 1990-, Bundestagspräsident 1998-2005, Vorsitzender der SPD-Ost 1990, Stellv. SPD-Vorsitzender 1990-2005.

Jürgen Trittin

25.7.1954, Diplom-Sozialwirt, Journalist, MdL Niedersachsen 1982-1990 und 1994-1998, Vorsitzender der Landtagsfraktion die Grünen 1985-1986 und 1988-1990, Minister für Bundesangelegenheiten 1990-1999, 1998-, Bundesumweltminister 1998-2005.

VIII Kurzbiographien

Timm Ulrichs

31.3.1940, Bildhauer, Plastiker, Hochschullehrer.

Fritz Vahrenholt

8.5.1949, Chemiker, Dr. rer. nat., Staatsrat in der Hamburgischen Umweltbehörde 1984-1990, Chef der Senatskanzlei 1990-1991, Umweltsenator 1991-1997, Mitglied des Vorstandes der Deutschen Shell AG 1998-2000, Vorstandsvorsitzender der RE-powersystems AG 2001-.

Hans-Jochen Vogel

3.2.1926, Jurist, Dr. jur., Amtsgerichtsrat, Oberbürgermeister von München 1960-1972, Reg. Bürgermeister von Berlin, MdA in Berlin und Vorsitzender der SPD-Fraktion 1981-1983, MdB 1972-1981 und 1983-1994, Vorsitzender der SPD-Fraktion 1983-1991, Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau 1972-1974, Bundesjustizminister 1974-1981, Mitglied des SPD-Vorstandes 1970-1991, Präsidium 1972-1991, SPD-Vorsitzender 1987-1991.

Ute Vogt

3.10.1964, Juristin, Rechtsanwältin, MdB 1994-2005, MdL Baden-Württemberg 2006-, SPD-Fraktionsvorsitzende 2006-, Stellv. SPD-Landesvorsitzende von Baden-Württemberg, 1995-1999, SPD Landesvorsitzende 1999-, Stellv. SPD-Vorsitzende 2003-, Präsidium 2001-.

Karsten D. Voigt

11.4.1941, Historiker, MdB 1976-1998, Koordinator der deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit 1999-, Juso-Vorsitzender

1969-1972, Mitglied des SPD-Vorstandes 1984-1995.

Henning Voscherau

13.8.1941, Jurist, Dr. jur. Notar, MdB in Hamburg 1974-1997, Vorsitzender der SPD-Fraktion 1987-1988, Erster Bürgermeister von Hamburg 1988-1997, Mitglied des SPD-Landesvorstandes in Hamburg 1971-1997.

Thomas von der Vring

27.5.1937, Politikwissenschaftler, Hochschullehrer, Gründungsrektor der Universität Brehmen 1970-1973, MdEP 1979-1994, Stellv. Juso-Vorsitzender 1964-1970.

Sarah Wagenknecht

16.7.1969, Geisteswissenschaftlerin, Mitglied des PDS-Vorstandes 1991-1995 und 2000-, MdEP 2004-.

Willi Waike

20.1.1938, Anwaltsgehilfe, Kommunalbeamter, MdL Niedersachsen 1982-1994, Landesminister und Leiter der Staatskanzlei 1994-1998.

Walter Wallmann

24.9.1932, Jurist, Dr. jur., Richter, MdL Hessen 1966-1972, Stellv. Vorsitzender der CDU-Fraktion 1970-1972, MdB 1972-1977, Oberbürgermeister von Frankfurt am Main 1977-1986, Bundesumweltminister 1986-1987, MdB 1987, Ministerpräsident von Hessen 1987-1991, Stellv. CDU-Landesvorsitzender 1967-1982, Landesvorsitzender 1982-1991, Präsidium 1985-1992.

Wolf Weber

16.11.1946, Jurist, Dr. jur., Richter, MdL Niedersachsen 1986-1990 und 1994-2002, Regierungspräsident 1990-1991, Staatssekretär in der Staatskanzlei, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion 1994-1996, Sozialminister 1996-1998, Minister für Justiz- und Europaangelegenheiten 1998-1999, Justizminister 1999-2000.

Klaus Wedemeier

12.1.1944, Kaufmann, MdBü in Bremen 1971-1999, Vorsitzender der SPD-Fraktion 1979-1985, Bürgermeister 1985-1995.

Herbert Wehner

11.7.1906-19.1.1990, Kaufmann, Journalist, MdL Sachsen 1930-1931 (KPD), Exil 1935-1946, MdB 1949-1983, SPD-Fraktionsvorsitzender 1969-1983, Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen 1966-1969, Mitglied des SPD-Vorstandes 1954-1982, Stellv. SPD-Vorsitzender 1958-1973.

Mathias Wehrmeyer

5.8.1956, Jurist, Ministerialbeamter

Stefan Weil

15.12.1958, Jurist, Richter, Ministerialrat im niedersächsischen Justizministerium, Stadtkämmerer in Hannover, Oberbürgermeister von Hannover 2006-.

Guido Westerwelle

27.12.1961, Jurist, Dr. jur., Rechtsanwalt, MdB 1996-, FDP-Fraktionsvorsitzender 2006-, Vorsitzender der Jungen Liberalen, 1983-1988, Mitglied des FDP-Vorstandes

1988-, FDP-Generalsekretär 1994-2001, FDP-Vorsitzender 2001-.

Inge Wettig-Danielmeier

1.10.1936, Auslandskorrespondentin, Dolmetscherin, Diplom-Sozialwirtin, MdL Niedersachsen 1972-1990, MdB 1990-2005, Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen 1982-1992, Mitglied des SPD-Vorstandes 1982-, Präsidium 1988-, Schatzmeisterin 1991-.

Heidemarie Wieczorek-Zeul

21.11.1942, Lehrerin, MdEP 1979-1987, MdB 1987-, Bundesentwicklungsministerin 1998-, Juso-Vorsitzende 1974-1977, Mitglied des SPD-Vorstandes 1986-2005, Präsidium 1986-2005, Stellv. SPD-Vorsitzende 1993-2005.

Anne Will

18.3.1966, Politologin, Journalistin, Moderatorin der Tagesthemen 2001-.

Hans-Jürgen Wischniewski

24.7.1922, Metallarbeiter, Gewerkschaftsfunktionär, MdB 1957-1990, Bundesentwicklungsminister 1966-1968, Staatsminister im Bundesaußenministerium 1974-1976, Staatsminister im Bundeskanzleramt 1976-1982, Juso-Vorsitzender 1959-1961, Mitglied des SPD-Vorstandes 1970-1985, SPD-Bundesgeschäftsführer 1968-1979 und 1982, Schatzmeister 1984-1985, Stellv. SPD-Vorsitzender 1979-1982.

VIII Kurzbiographien

Ernst-August Wolf

31.12.1942, Maurermeister, MdL Niedersachsen 1994-2003.

Christian Wulff

19.6.1959, Jurist, Rechtsanwalt, MdL Niedersachsen 1994-, Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion 1994-2003, CDU-Landesvorsitzender seit 1994, Ministerpräsident seit 2003.

Christoph Zöpel

4.7.1943, Diplom-Ökonom, Dr. rer. oec., MdL Nordrhein-Westfalen 1972-1990, Minister für Bundesangelegenheiten 1978-1980, Minister für Landes- und Stadtentwicklung, Verkehr 1980-1980, Staatsminister im Auswärtigen Amt 1999-2002.

IX. Biografisches zu den Autoren

Heinz Thörmer, Dr., Jahrgang 1948, war bis zu seinem Tod am 15. Oktober 2006 Ministerialdirigent am Niedersächsischen Landesrechnungshof.



Edgar Einemann, Prof. Dr., Jahrgang 1953, lehrt an der Hochschule Bremerhaven.



Rolf Wernstedt, Prof., Jahrgang 1940, Niedersächsischer Kultusminister a. D. und Landtagspräsident a. D., war von 1974 bis 2003 Mitglied des Niedersächsischen Landtags.



Rolf Wernstedt: Trauerrede für Heinz Thörmer am 24. 10 2006 im FZH Lister Turm in Hannover

Ich habe in den letzten zwei Wochen niemanden getroffen, der zum Tod von Heinz Thörmer etwas Tröstliches sagen konnte.

Allzu plötzlich und unvorbereitet haben wir die Nachricht vom Herzstillstand auf der Straße erhalten; bangend, hoffend und fürchtend in den Tagen danach. Dem Tod in der Fußgängerzone zu begegnen hat für jeden, der davon hört, etwas Beunruhigendes und Erschreckendes.

Für diejenigen, die ihn in den wenigen Tagen nach dem so überaus glücklichen Urlaub gesehen haben, ist dies völlig unbegreiflich. Wir sind ratlos und trauern mit Marga, seiner Mutter und der Familie.

Es gilt wohl für alle, die hier anwesend sind, dass mit ihm ein Stück unserer eigenen Welt gegangen ist. Unterschiedlich und vielfältig, wie wir sind.

Sich ihm zu nähern, der so vielen so viel bedeutet hat, kann nur ebenso vielfältig sein. Die Traueranzeigen der letzten Tage zeigen dies.

Die Trauer um einen Menschen, der nach dem Gefühl der Gebliebenen zu früh verstorben ist, hat immer zwei Dimensionen: Die Frage nach dem unvollendet Vergangenen und die Veränderung, die ein solcher Tod für die Weiterlebenden mit sich bringt. Wie viele von uns hatten selbstverständlich damit gerechnet, mit Heinz noch weiter zu arbeiten, zu diskutieren, auch Karten zu spielen, ein Glas Wein zu trinken, Projekte zu entwerfen und durchzuführen, Bücher herauszugeben, Aufsätze zu schreiben und im weitesten Sinne ein politisch interessiertes Leben zu führen!

Aus alledem wird nichts mehr werden. Heinz ist nur noch in unserem Gedächtnis. Das allerdings ist nicht wenig, denn ich vermute, er wird es noch lange bleiben. Wer mit ihm zu tun hatte, bemerkte sehr schnell, dass er ein durch und durch politischer Mensch war. Er stand nicht im Rampenlicht, in dem sich Durchsetzungswille und Eitelkeiten als Kern der gewöhnlichen politischen Existenz zu gerieren scheinen. Er hielt sich im Hintergrund und behielt den Überblick.

Er gehörte zu denen, ohne die man ein Land nicht erfolgreich regieren kann: scharf beobachtend und analysierend, abwägend und präzise, detailpräsent und grundsatzstark. Er war nicht nur einfach ein Berater, sondern einer, der aus dem Gesamtzusammenhang mitdachte. Das machte ihn innerlich souverän und völlig unbestechlich. Er war auf eine geradezu aufreizende Art unpretenziös, aber nicht ohne Ehrgeiz.

Vielleicht macht gerade dies seine Anziehungskraft aus, dass er seine in vielen Studien und Diskussionen erworbenen grundlegenden Überzeugungen

Trauerrede für Heinz Thörmer

nicht als dogmatische Sätze vortrug, sondern sie der nüchternen Realitätskontrolle unterwarf.

Heinz hatte immer etwas Antiautoritäres an sich. Er respektierte die Autorität des Arguments, aber niemals die aufgesetzte Autorität von Position, Titel oder Etikette. Er konnte zynisch sein, hatte Humor, manchmal sogar schwarzen. Aber niemals spielte er die widerständige Wirklichkeit gegen seine Grundsätze aus. Er besaß genügend intellektuelle Weite, um die Spannung von Theorie und Praxis in der Politik nicht als Dilemma zu beklagen, sondern als Aufgabe zu betrachten.

Ohne ein solches Verständnis könnte man gar nicht begreifen, dass ein Jungsozialist vom „antirevisionistischen Flügel“ – so hieß das damals – eines Tages Bedeutendes in der Verwaltungsreform Niedersachsens leistet und Senator beim Landesrechnungshof wird.

Wahrscheinlich hat ihn auch dieser untrügliche Sinn für das Präzise im Allgemeinen in der Zuarbeit für Gerhard Schröder erst in der SPD-Landtagsfraktion, dann in der Staatskanzlei und schließlich in der SPD-Wahlkampfzentrale 1998 so zuverlässig und unentbehrlich gemacht.

Dies war die Zeit des sozialdemokratischen Optimismus, der im Prozess der deutschen Einheit so merkwürdig gebrochen wurde.

Heinz Thörmer stand mit beiden Beinen in der niedersächsischen Landespolitik, koordinierte Wahlprogramme und kannte Schwachstellen. Aber sein Sinn ging weit darüber hinaus.

Fast vergessen ist sein dauerndes Interesse an der Variante des Sozialismus, der sich in der DDR als real existierend verstand, aber in Wahrheit gar nicht existierte.

Er durchschaute auf der Stelle beim Honnecker-Besuch Gerhard Schröders 1985 die Aufgeblasenheit der DDR-Führung, er war in Magdeburg Zeuge des politischen Offenbarungseides des Politbüromitglieds Werner Eberlein im November 1988 – wir waren zu dritt-, und er kommentierte bissig im Dezember 1989 die Desorientiertheit der professoralen SED-Kader bei einem Besuch der Universität Greifswald.

Es sprach für seine spontane Wachheit, dass er sich in den aufregenden Tagen dieses Besuchs wichtige Vorträge schenkte und stattdessen der Besetzung der örtlichen Stasizentrale zuschaute und mit den Leuten redete. Das war wirklich wichtiger.

Er fasste später diese Beobachtungen als „Zerbröselung eines Staates“ zusammen. Als einige SED-Kader, inzwischen pensionierte Professoren, 10 Jahre später immer noch nichts gelernt hatten, fuhr er aus der Haut und hielt ihnen

schneidend ihre geistige Hohlheit vor. Das war einer der seltenen Augenblicke, an denen ich ihn außer sich erlebt habe.

Heinz hat in verschiedenen sozialwissenschaftlichen Studien mitgewirkt. Bücher der Kritischen Theorie gehörten zu seinem geistigen Haushalt. Viele seiner Bücher, außer den klassischen Texten, befinden sich jetzt in der Bibliothek der Universität Rostock.

Ihn beunruhigte die mangelnde Gestaltungsperspektive linker Gesellschaftskritik. Da er selbst ein rastloser Arbeiter war, der in selbst bestimmter und durchgeführter Arbeit Bestimmung und Erfüllung suchte und fand, faszinierte ihn das Konzept des aktivierenden Staates.

In Transformation des alten Facharbeiterstolzes und der Forderung nach mehr Bildung problematisierte er die primitive Form eines Versorgungsstaates, beharrte aber auf der sozialen Verpflichtung des Staates zur Hilfe zur Selbsthilfe. Die Stärkung der bürgergesellschaftlichen Kräfte sah er als soziale und demokratische Stabilisierungsaufgabe der Zukunft.

Dass dieses Konzept unter den asymmetrischen Arbeitsbedingungen einer globalisierten Ökonomie und ihrer aus den Fugen geratenen Maßstäbe noch nicht ausreicht, war ihm durchaus bewusst. Er wäre nie auf die Idee gekommen, die globalen Verarmungsprozesse allein nationalstaatlichen Entscheidungen anzulasten. Dazu war er sozialwissenschaftlich und historisch zu gebildet.

In der realen Betrachtung der finanziellen Rahmenbedingungen des niedersächsischen Landeshaushalts und der Konflikte um konkrete Haushaltsentscheidungen erwuchs ihm die Erkenntnis, dass Haushaltspolitik keine Jahresangelegenheit ist und sein darf.

Er ist Mitverfasser eines der bedeutendsten landespolitischen Texte der 90er Jahre, nämlich der schnörkellosen Berechnung, was passiert, wenn nichts passiert. (Eine methodische Fragestellung, die vor der Verkündung mancher Entscheidung sehr hilfreich wäre!)

Angesprochen auf diese nicht wirklich gut rezipierte Schrift, meinte er vor nicht langer Zeit, eigentlich könnte man alles wissen.

Er hat sich 1998 entschieden, nicht mit Gerhard Schröder nach Bonn bzw. nach Berlin zu gehen, sondern hat aus den Arbeitszusammenhängen der Verwaltungsreform heraus – er war „Stellvertreter des Beauftragten für Staatsmodernisierung in der Niedersächsischen Staatskanzlei“ – das Angebot angenommen, an den Landesrechnungshof zu gehen. Dort hat er 6 Jahre gearbeitet – selbst ein bisschen verwundert, wo er nun gelandet war. Die Disziplin, die man dafür braucht, hatte er; den politischen Sachverstand, der die Zahlen erst zum Leben erweckt, auch; und den Landtag, dem der Landesrechnungshof zuarbeitet, kannte er mit seinen Spielregeln seit 14 Jahren.

Trauerrede für Heinz Thörmer

Wer als Beamter an den Schnittstellen politischer und administrativer Entscheidungen arbeitet, kann dies nicht nur am Schreibtisch tun. Er muss in vielfacher Hinsicht kommunikativ sein: Nämlich die Sache beherrschen und die Motive des Gesprächspartners verstehen. Heinz Thörmer konnte das und hat deswegen auch mit klugen Konservativen engen und regen Kontakt unterhalten. Einen Widerschein davon kann man in der von Sympathie getragenen Notiz von Helmut Rieger finden.

Heinz Thörmer war ein so selbstsicherer und selbsterworbener Sozialdemokrat, dass er sich solche Flexibilität leisten konnte. Verhältnismäßig fremd blieben ihm religiöse oder theologische Fragestellungen.

Mir hat an Heinz immer imponiert, wie klug er systematisieren konnte. In inhaltlich und sprachlich weit entfernt voneinander liegenden Texten fand er das manchmal untergründig Verbindende und setzte den Zusammenhang.

Dies ist auch in dem Buch zu sehen, das er mit Edgar Einemann herausgeben wollte und von dem bereits 184 Seiten im Computer stehen. Es handelt vom Aufstieg und der Krise der Generation Schröder. Auch an diesem Buch wird sichtbar, was so viele an ihm mochten: Kritikfähigkeit in Loyalität. Wir sollten dafür sorgen, dass es bald veröffentlicht wird. Es ist nicht nur das Grau in Grau einer zu Ende gehenden Epoche.

Heinz Thörmer war seit einigen Jahren Lehrbeauftragter am Institut für Politische Wissenschaft der (jetzt Leibniz-)Universität Hannover. Er arbeitete gern mit Studenten und Studentinnen und war ganz auf Ergebnissicherung aus. Sie mochten ihn, gerade wegen seiner unkomplizierten und doch exakten Art.

Für dieses Wintersemester hatten wir beide gemeinsam zwei Veranstaltungen angekündigt. Als ich am letzten Mittwoch zur ersten Sitzung allein vor die Studenten trat, lag vor mir auf dem leeren Tisch eine Rose. Ein Student hatte sie für Heinz mitgebracht. Unsere Andacht brauchte keine Worte.

Wir alle haben uns in diesen Tagen ein klein wenig verändert. Man sagt so leichthin, dass Leben und Tod nahe beieinander liegen. Bei diesem Tod muss man das nicht mehr beweisen.